DIE FÖRDERUNG UND ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IM LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG

Eine Betrachtung und Beurteilung
regionaler Förderungspolitik

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Helmut Schwenke
aus Früchtenau (Krs. Züllichau)

Berlin 1970

DIE FÖRDERUNG UND ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IM LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG

Eine Betrachtung und Beurteilung
regionaler Förderungspolitik

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Helmut Schwenke
aus Früchtenau (Krs. Züllichau)

Berlin 1970

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Dekan: Prof. Dr.Dr. W. Fischer
1. Gutachter: Prof. Dr. Arthur Kühn
2. Gutachter: Prof. Dr. Karl Christian Behrens
Tag der mündlichen Prüfung: 7.7.1970

In Dankbarkeit

meinen Eltern

gewidmet

V O R W O R T

Die Anregung zu diesem Thema verdanke ich meinem verehrten Hochschullehrer für Geographie, Herrn Professor Dr. Arthur Kühn.

Im Sommersemester 1968 fuhren wir - eine Gruppe Studenten der Freien Universität Berlin - für zwei Wochen in die Lüneburger Heide. Leiter der Exkursion war Professor Dr. Arthur Kühn. Der Zweck unseres Besuches bei der Bezirksregierung, Kreisbehörden und Bürgermeistern war, Landesplanung auf verschiedenen Ebenen kennenzulernen und von den Sorgen der Landesplaner zu hören.

Damals sah ich zum ersten Mal das Hannoversche Wendland, den Landkreis Lüchow-Dannenberg: den Reichtum an Wäldern und Wiesen, die Armut an Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Der Oberkreisdirektor und die Bürgermeister erzählten uns von der Förderung der Wirtschaft durch Bundes- und Landesmittel; wenn sie erzählten, betonten sie stets ihre Zweifel an einem Erfolg.

Warum Zweifel ? Berechtigte Zweifel oder nicht ? Diesen Fragen ging ich nach und versuchte Antworten zu finden.

Für die Arbeit waren viele Reisen und Gespräche nötig; Reisen, um das Untersuchungsgebiet kennenzulernen, Gespräche mit den Gemeindeverwaltungen und Kreisbehörden, Besuche bei der Bezirksregierung in Lüneburg, Kammern und Verbänden, Landes- und Bundesministerien.

Den Mitarbeitern dieser Institutionen danke ich für die freundliche Aufnahme und die Bereitschaft, mir mit Material und Ratschlägen zu helfen.

Mein Dank gilt ferner Herrn Oberregierungsrat Dr. Partzsch im Bundesministerium des Innern für seine Hilfe bei der Materialbeschaffung.

Herr Engel - Kartograph am Lehrstuhl für Angewandte Geographie - zeichnete die Abbildungen und Karten. Ich danke ihm sehr dafür.

Diese Arbeit entstand unter der Leitung von Professor Dr. Arthur Kühn. Für seine Hilfe bei der Untersuchung - geistige und materielle - bleibe ich ihm stets zu Dank verpflichtet.

Berlin, im April 1970

ÜBERSICHT:

Die Förderung und Entwicklung der Wirtschaft im Landkreis Lüchow-Dannenberg

EINLEITUNG: PROBLEMSTELLUNG

1. TEIL: WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG ALS INSTRUMENT DER REGIONALPOLITIK

1. Kap.: Wirtschaftsförderung in verschiedener Sicht

2. Kap.: Entwicklung der Wirtschaftsförderung

2. TEIL: WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND WIRTSCHAFTS-ENTWICKLUNG IM LANDKREIS LÜCHOW - DANNENBERG

1. Abschnitt: Der Landkreis Lüchow-Dannenberg

1. Kap.: Lüchow-Dannenbergs Raumlage

2. Kap.: Die Raumbeschaffenheit

3. Kap.: Lüchow-Dannenbergs Wirtschaftsgeschichte

2. Abschnitt: Die Förderung und Entwicklung der Wirtschaft im Landkreis Lüchow-Dannenberg

1. Kap.: Die Arten der Förderung und der Umfang der Fördermaßnahmen

2. Kap.: Die Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige

3. Kap.: Lüchow-Dannenbergs gesamte Wirtschaftsentwicklung

3. Abschnitt: Wirtschaftsförderung und die gesamte Entwicklung im Landkreis Lüchow-Dannenberg

1. Kap.: Die Entwicklung des Kreises in einzelnen Bereichen

2. Kap.: Entwicklung der Teilgebiete und der größeren Orte

3. TEIL: BEURTEILUNG DER FÖRDERUNGSPOLITIK

1. Kap.: Die Förderung im Landkreis Lüchow-Dannenberg

2. Kap.: Regionale Förderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

SCHLUSS: ZUSAMMENFASSUNG

INHALTSVERZEICHNIS:

		Seite
EINLEITUNG:	PROBLEMSTELLUNG	11
	Die Ausgangslage	11
	Die Aufgabenstellung	13
	Der Begriff "Wirtschafts-förderung"	14
	Gang der Darstellung	18
1. TEIL:	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG ALS INSTRUMENT DER REGIONAL-POLITIK	19
1. Kap.:	Wirtschaftsförderung in verschiedener Sicht	20
	Angewandte Geographie	20
	Volkswirtschaftslehre	21
	Volkswirtschaftspolitik	23
	Regionalpolitik	25
	Betriebswirtschaftslehre	27
	Raumordnung	29
	Zusammenfassung	31
2. Kap.:	Entwicklung der Wirtschafts-förderung	32
	Die Zunahme der staatlichen Intervention	32
	Regionale Wirtschaftsförderung seit 1950	33
	Der Begriff "Notstandsgebiet"	34
	Auswahl der Fördergebiete	36
	Zusammenfassung	38
2. TEIL:	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG	39
1. Abschnitt:	Der Landkreis Lüchow-Dannenberg	40
1. Kap.:	Lüchow-Dannenbergs Raumlage	41
	Lage im Großraum	41
	Lage zu den Nachbargebieten	43
	Raumgröße	44
	Raumkategorien	45
	Zusammenfassung	46

		Seite
2. Kap.:	Die Raumbeschaffenheit	48
	Bodenverhältnisse	48
	Naturräumliche Einheiten	49
	Wasserverhältnisse	50
	Klimaverhältnisse	53
	Bodenbedeckung	56
	Einwohnerzahlen	57
	Wahlverhalten	58
	Zentrale Orte	58
	Gemeindegrößenklassen	59
	Rundlingssiedlungen	60
	Wirtschaftszweige	61
	Steueraufkommen	63
	Finanzzuweisungen	64
	Amts- und Dienstbereiche	65
3. Kap.:	Lüchow-Dannenbergs Wirtschaftsgeschichte	67
	Frühzeit	67
	Zeit der Völkerwanderung	68
	Die Kolonisierung	69
	Kräfteverhältnis	70
	Siedlungsweise	71
	Wirtschaftsentwicklung	72
	Siedlungsentwicklung:	
	Schnackenburg	78
	Gartow	79
	Bergen	81
	Clenze	81
	Wustrow	82
	Hitzacker	84
	Dannenberg	86
	Lüchow	88
	Lüchow-Dannenberg im 19. Jh.	90
	Das Wendland zu Beginn des 20. Jh.	93
	Zusammenfassung	95
2. Abschnitt:	Die Förderung und Entwicklung der Wirtschaft im Landkreis Lüchow-Dannenberg	96
1. Kap.:	Die Arten der Förderung und der Umfang der Fördermaßnahmen	97
	Förderungsmöglichkeiten	97
	Regionales Förderungsprogramm	99
	ERP-Kredite	104
	Sondermittel	106
	Förderung der Land- und Forstwirtschaft	110
	Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen	112

		Seite
	Hilfen für den Straßenbau	114
	Förderung der gewerblichen Wirtschaft	115
	Fördermittel für die Gemeinden	118
	Zusammenfassung	121
2. Kap.:	Die Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige	122
	Land- und Forstwirtschaft	123
	Handwerk	133
	Handel	136
	Fremdenverkehr	138
	Industrie	140
3. Kap.:	Lüchow-Dannenbergs gesamte Wirtschaftsentwicklung	149
	Beschäftigung	149
	Pendlerwesen	153
	Arbeitslose	154
	Gesamtumsatz	156
	Bruttoinlandsprodukt	160
3. Abschnitt:	Wirtschaftsförderung und die gesamte Entwicklung im Landkreis Lüchow-Dannenberg	165
1. Kap.:	Die Entwicklung des Kreises in einzelnen Bereichen	166
	Bevölkerungsentwicklung	166
	Gemeindegrößenklassen	174
	Wohnungswesen	176
	Schulwesen	177
	Krankenhauswesen	177
	Verkehrswesen	178
	Öffentliche Finanzen	181
2. Kap.:	Entwicklung der Teilgebiete und der größeren Orte	196
	Raum Gartow-Schnackenburg	196
	Lucie	199
	Lemgow und Öring	200
	Das Niederungsgebiet im Süden	201
	Schweinemark	203
	Das Clenzer Gebiet	205
	Die Gemeinden an der Göhrde	207
	Der Elbuferraum	208
	Hitzacker	209
	Der Dannenberger Raum	211
	Dannenberg	212
	Der Lüchower Raum	214
	Lüchow	215

		Seite
	Vergleich Hitzacker-Dannenberg-Lüchow	217
	Zusammenfassung	220
3. TEIL:	BEURTEILUNG DER FÖRDERUNGSPOLITIK	222
1. Kap.:	Die Förderung im Landkreis Lüchow-Dannenberg	223
	Erfolge der Förderungspolitik	223
	Mißerfolge der Förderung	224
	Gründe für die unzureichende Wirksamkeit	224
	Die Verwaltungs- und Gebietsreform	230
	Lüchow-Dannenbergs zukünftige Entwicklung	232
2. Kap.:	Regionale Förderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	234
	Aufgaben der Förderungspolitik	234
	Wirkung der Förderung	234
	Gründe für die unzureichende Wirksamkeit	235
	Regionale Wirtschaftspolitik in der Zukunft	236
SCHLUSS:	ZUSAMMENFASSUNG	239
	Literaturverzeichnis	242
	Abbildungsverzeichnis	261
	Tabellenverzeichnis - Text	263
	Übersichtsverzeichnis	266
	Tabellenverzeichnis - Anhang	267
	Kartenverzeichnis - Anhang	270
	Anhang: Tabellen	271
	Anhang: Karten	304

E I N L E I T U N G

Die Leistungskraft des Zonenrandgebietes ist bevorzugt mit dem Ziel zu stärken, daß in allen seinen Teilen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Wirtschafts- und Sozialstruktur geschaffen werden, die denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sind.

§ 2 Abs. 1 Nr. 4
Bundesraumordnungsgesetz

Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft mit dem ihm immanenten Recht der freien Standortwahl führte in der Bundesrepublik Deutschland zu weiterem Wachstum der Verdichtungsgebiete und Industriezonen. In ihnen leben

auf einem Drittel der Fläche
zwei Drittel ihrer Bevölkerung und damit
drei Viertel aller Industriebeschäftigten.

Daneben gibt es dünnbesiedelte ländliche Räume. In ihnen kam die Industrialisierung nie in Gang, bedingt durch ihre Geschichte oder ihre Raumlage. Für die Bevölkerung dieser Gebiete mangelt es an vielem, an Arbeitsplätzen in Handel, Handwerk und Industrie, an genügend Möglichkeiten zur Bildung und Unterhaltung. Es fehlen dort Einrichtungen zur Daseinsvorsorge, Schwimmbäder und Krankenhäuser.

Handelten wir im Sinne klassischer Volkswirtschaftslehre, dann müßte - ohne staatlichen Eingriff - ein Ausgleich dem Marktmechanismus überlassen bleiben. Er führte immer zu einer Ordnung, nicht immer aber zu einer harmonischen. Zu seinem Wirken schreibt ARNDT: "Er kann ein neues volkswirtschaftliches Gleichgewicht dadurch herstellen, daß Kulturland versteppt, Werkhallen verfallen und Arbeitslose auswandern oder verhungern. Er ist mit Umwertungen und damit zugleich mit elementaren Änderungen der volkswirtschaftlichen Verteilung zugunsten der einen und zu Lasten der anderen vereinbar." [1)]

Überließen wir alles der Ordnung durch den Marktmechanismus, gäbe es nur eine Lösung: wir müßten die im Notstandsgebiet lebenden Menschen zum Verlassen dieses Raumes auffordern. Nur diese Lösung wäre systemkonform - ein Zeugnis von der beschränkten Aussagefähigkeit älterer Wirtschaftsmodelle.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. Für sie darf daher nicht das Primat des Wirtschaftlichen gelten, es hat sich alles dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit unterzuordnen. Die Idee des sozialen Ausgleichs ist im allgemeinen Teil des Grundgesetzes enthalten, sie diente als Richtschnur für später erlassene Gesetze, so auch für das Bundesraumordnungsgesetz von 1965.

Diese Verpflichtung bedeutet für jede Regierung:

- sie darf nicht die Auffassung hegen, der Rückstand einzelner Räume sei unabänderlich.
- sie hat für die dort Wohnenden durch verstärkte Förderung Lebensverhältnisse zu schaffen, die denen im übrigen Bundesgebiet entsprechen.

---

1) Helmut Arndt, Mikroökonomische Theorie, 2. Band: Marktprozesse (Tübingen, 1966), S.124.

Vor hundertfünfzig Jahren schrieb Friedrich LIST: "Während andere große Völker den Wert der Nationaleinheit nach den Reichtümern schätzen können, die sie ihnen gebracht, müssen wir Deutschen ihn nach den Verlusten bemessen, die uns durch die Nationalzersplitterung verursacht worden sind." [1)]

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Schaffung der Besatzungszonen und der Teilung Deutschlands, gelten diese Worte erneut. Die Zonengrenze trennt heute ehemals einheitliche Wirtschaftsräume. Einst lagen diese Gebiete im Herzen Deutschlands. Sie wurden zu wirtschaftsschwachen Randgebieten, im Westen wie im Osten.

1953 begann die Bundesregierung mit der Wirtschaftsförderung im Grenzgebiet. Ein Gebietsstreifen von 40 km Breite entlang der Zonengrenze, der Ostseeküste und der Grenze zur Tschechoslowakei wurde zum Zonenrandgebiet erklärt. [2)] Es reicht von Flensburg bis nach Passau, 81 Landkreise und 25 kreisfreie Städte gehören dazu: ein Fünftel der Fläche des Bundesgebietes. Es wurde ein Zonenrand-Programm begonnen, das die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben im Grenzraum zum Ziel hatte.

Diese Arbeit untersucht den Erfolg regionaler Wirtschaftspolitik in einem Landkreis des Zonenrandgebietes, in Lüchow-Dannenberg. Der Landkreis liegt im Osten Niedersachsens, am Rande der Lüneburger Heide. Es wird versucht, auf folgende Fragen eine Antwort zu finden:

Welche Arten der Wirtschaftsförderung hat es in Lüchow-Dannenberg gegeben ?

Welcher Erfolg war diesen Maßnahmen beschieden ?

---

1) Friedrich List,"Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen", Friedrich List - Schriften/Reden/Briefe, 8. Band, hg. von Friedrich Lenz und Erwin Wirkemann (Berlin, o.J.), S.441.

2) Abgrenzung durch Bundestags-Beschluß vom 2.7.1953.

Der Begriff 'Wirtschaftsförderung' wird im Schrifttum nicht einheitlich verwendet. Im weitesten Sinne wird er gebraucht, wenn gesagt wird, jede staatliche Tätigkeit sei Wirtschaftsförderung, weil sie das Zusammenleben regele. [1] Dann wären schon die durch den Staat geschaffenen Grundbedingungen, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Wirtschaftsförderung, nicht erst das Tätigwerden in ihrem Rahmen. Es erscheint aber nicht zweckmäßig, den Begriff so aufzufassen, weil der Zusammenhang mit der betrieblichen Leistungserstellung zu weit wird:

> Jede betriebliche Tätigkeit spielt sich im Rahmen eines staatlichen Verbandes ab, dessen Leistungen mit seiner Existenz schlechthin verbunden sind und die daher auch notwendig der einzelnen Unternehmung zugute kommen. Diese Leistungen stellen eine strukturelle Voraussetzung des Betriebsgeschehens überhaupt dar, dessen Ablauf durch das staatliche Ordnungsgefüge politisch und rechtlich gesichert wird; von ihrer Beschaffung kann somit nur im weiteren Sinne gesprochen werden. 2)

Wirtschaftsförderung setzt voraus:

einen Zuweisenden (Staat, Gemeinden);
einen Zuweisungsempfänger (Wirtschaftssubjekte);
eine Zuweisung (je nach der Zweckbindung im Freiheitsgrad der Mittelverwendung variierbar).

Wirtschaftsförderung liegt dann vor, wenn durch die öffentliche Hand an Wirtschaftssubjekte Hilfen gelangen, die den Erwerb eines für den Produktionsprozeß benötigten Einsatzfaktors verbilligen.

Durch Wirtschaftsförderung wird auf der Beschaffungs- oder Absatzseite der Marktpreis, das Regulans für

---

1) Max Adenauer, "Wirtschaftsförderung", Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3.Band: Kommunale Finanzen und kommunale Wirtschaft, hg. von Hans Peters (Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1959), S. 900.

2) Karl Christian Behrens, Allgemeine Standortbestimmungslehre mit einem Anhang über Raumordnung (Köln und Opladen, 1961), S.63.

Angebot und Nachfrage, außer Kraft gesetzt. Der Betriebsaufwand ist geringer als die in das Produkt eingehenden Faktorkosten. Er ist geringer, weil ein Teil der Faktorkosten durch den Staat übernommen wird. Der Staat erreicht durch diese Übernahme Veränderungen in der betrieblichen Kostenstruktur, die die Standortbestimmung beeinflussen. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sind z.B.:

die Dieselöl-Verbilligung in der Landwirtschaft;

Fracht-Beihilfen;

zinsgünstige Betriebs-Darlehen.

Eine andere Kostengruppe kann den Effekt der Standortbeeinflussung durch Wirtschaftsförderung verstärken, aber auch abschwächen: die social costs. Social costs sind

- Werteverzehr im Rahmen der Betriebsleistung, also echte Kosten;
- nicht in der Kostenrechnung der Wirtschaftssubjekte enthalten;
- auf die Allgemeinheit abgewälzt;
- schwierig zu erfassen und den Verursachern zuzuordnen. [1)]

Sie sind Produktionskosten, die unwillentlich und unwissentlich durch die Allgemeinheit übernommen werden.

> In einer Wirtschaftsordnung, in der die Standortbestimmung der freien Entscheidung der Unternehmer auf Grundlage eines Kosten- und Ertragsvergleiches unterliegt, kommt es wesentlich darauf an, daß die Erfolgskomponenten vollständig erfaßt werden. Braucht der Unternehmer in seinem Kalkül aber nicht alle Kosten zu berücksichtigen, die durch seine Entscheidung hervorgerufen werden, so wird dadurch das Kosten- und Preisgefüge der Betriebe unterschiedlich betroffen. Die Übernahme der 'Social Costs' durch die Allgemeinheit

---

[1)] Vgl. Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S.127.

hat die Wirkung einer betrieblich-differenzierten Subventionierung. Von einer streng marktwirtschaftlichen Konzeption aus müßten die 'Social Costs' durchweg in privatwirtschaftliche Kosten umgewandelt werden. 1)

In Zusammenfassung:
Der betriebliche Produktionsprozeß verursacht Kosten, die entweder der Betrieb selbst oder der Staat trägt. Einen Teil der auf ihn entfallenden Kosten trägt der Staat freiwillig und wissentlich, die Kosten für die Wirtschaftsförderung. Der andere Teil ist auf ihn abgewälzt und läßt sich nicht hinreichend genau den Verursachern zurechnen, die 'social costs'. 'Social costs' können die beabsichtigte Wirkung der Wirtschaftsförderung beeinträchtigen. Sie sind unkontrolliert vergebene Subventionen.

Diese Arbeit versucht die Entwicklung eines Raumes zu beschreiben. Sie bedarf dabei der Erkenntnisse und Methoden folgender Disziplinen:

- der Angewandten Geographie, vor allem der Wirtschaftsgeographie.
  Ihre Grundfaktoren sind nach KÜHN Raum, Zeit und Kraft. "Ausgehend von der Tatsache, daß sich alles Leben im Raum und in der Zeit und als Entstehung, Entwicklung und Verbrauch von Kräften und Energien vollzieht, bilden RAUM, ZEIT und KRAFT die konstitutiven Grundelemente der dem tätigen Leben zugewandten Angewandten Geographie." 2)
- der Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftspolitik.
  Die Fragen, die im Rahmen der Arbeit an die betriebswirtschaftliche Forschung gestellt sind,

---

1) Vgl. Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S.128.

2) Arthur Kühn, "Angewandte Geographie", Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, hg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover, 1966), Sp.121.

lauten: Welche Faktoren beeinflussen die Standortwahl eines Betriebes ? Wie geschieht die Standortbestimmung ?

- der Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik.
  In diesem Bereich ist zu erforschen: Sind Subventionen in volkswirtschaftlichen Modellen systemgeeignet ? Sind sie als Mittel regionaler Wirtschaftspolitik geeignet ? Welche anderen Instrumente dienen der Regionalpolitik ?
- der Raumforschung und allen Teilbereichen der Raumordnung:
  Der faktischen Raumordnung, die nach der Erfassung aller Strukturmerkmale eines Raumes strebt, der idealen Raumordnung, die dem Normengehalt von Leitbildern nachgeht und der tätigen Raumordnung, die Raumordnungsmaßnahmen der Exekutive auf ihre Widerspruchsfreiheit und Zieladäquanz untersucht. [1)]

Zu den Untersuchungsmethoden:
Methoden sind Wege der Erkenntnis, die beschritten werden, um der Wissenschaft bei ihrer Aufgabe, dem Streben nach Wahrheit, zu helfen. Es gibt eine Vielzahl von ihnen.

Diese Arbeit behandelt ein Thema der Sozialwissenschaften. Es entstammt dem Bereich der angewandten Wissenschaften. Das bedeutet: es wird nicht zweckfrei geforscht, sondern für Aufgaben, vor die sich die Praxis täglich gestellt sieht, werden Lösungen gesucht. Im Sinne von SCHMALENBACH ist diese Betrachtungsweise empirisch-realistisch. Werden Lösungen genannt, setzt das ein Vergleichen und Beurteilen der Alternativen voraus. Kritik und Wertung zwingen

---

1) Vgl. Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S.113 f.

deshalb zu normativer Betrachtung, die einen Soll-Zustand mit dem gegebenen Zustand vergleicht. Bei Unzulänglichkeiten in der Erfassung oder Beurteilung der Daten wird pragmatisch vorgegangen. Den Arbeitsablauf bestimmen Auswahl und Vergleich, Wertung und Prognose. [1)]

In den Sozialwissenschaften gibt es keine Konstanten, daher auch keine zwingenden Beweise. "Die Prüfung, ob zwischen zwei Faktoren eine 'kausale Beziehung' besteht, wird also beim sozialwissenschaftlichen Gegenstand unter irgendwelchen Umständen immer zu einem positiven Resultat gelangen." [2)] Die Interdependenz aller Faktoren zwingt deshalb zu vorsichtigem Urteil.

Die Fragestellung der Arbeit lautet:
Wie wirkten Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Lüchow-Dannenberg ?
Dafür müssen folgende Einzelfragen beantwortet werden:

Für wen gab es und gibt es Wirtschaftsförderung ?
In welcher Art wird Wirtschaftsförderung betrieben ?
In welcher Höhe wurden Fördermittel im Untersuchungsraum gewährt ?
Wie wirkten sie dort ?
Wie könnte man ihre Wirksamkeit steigern ?

Die Arbeit wird zu diesem Zweck in drei Teile gegliedert:

1. Wirtschaftsförderung im Modelldenken
2. Wirtschaftsförderung in Lüchow-Dannenberg
3. Kritik und Änderungsvorschläge zur Förderung.

---

1) Vgl. Kühn: "Angewandte Geographie", Handwörterbuch der Raumforschung u. Raumordnung, Sp.122 f.

2) Wigand Siebel, Die Logik des Experiments in den Sozialwissenschaften, Soziologische Schriften Band 2 (Berlin, o.J.), S.193.

1. T E I L

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

ALS INSTRUMENT

DER REGIONALPOLITIK

1. K A P I T E L

W i r t s c h a f t s f ö r d e r u n g

i n v e r s c h i e d e n e r S i c h t

In diesem Kapitel wird kurz dargestellt, in welchem Verhältnis

Angewandte Geographie,
Volkswirtschaft,
Betriebswirtschaft und
Raumordnung
zur Wirtschaftsförderung stehen.

Die Angewandte Geographie untersucht, wie unser Lebensraum für den wirtschaftenden Menschen geeignet ist und durch ihn verändert wird. Sie ist ein Teilgebiet der wissenschaftlichen Geographie und "erforscht und lehrt die Möglichkeiten der Anwendung wissenschaftlicher geographischer Erkenntnisse in der Praxis, d.h. im tätigen Leben der Politik, der Wirtschaft in allen ihren Bereichen, des Sozial-, Siedlungs- und Verkehrswesens, in der Raumordnung und in der Landesplanung."[1)] Aus der Sicht der Geographie sind zur Wirtschaftsförderung folgende Fragen zu beantworten:

Wird die Kulturlandschaft durch den staatlichen Einfluß der Wirtschaftsförderung verändert ?
In welcher Weise ?
Durch alle Fördermaßnahmen ?

Die Subventionierung von Betrieben in Fördergebieten

---

1) Kühn: "Angewandte Geographie", Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Sp. 113.

steigert die Standortqualität dieser Räume. Neue Betriebe werden angezogen und bestehende erweitern ihr Betriebspotential. Die gewerbliche Durchdringung verändert das Bild der Kulturlandschaft, neue Wirtschaftszentren und Siedlungen entstehen.

Je nach ihrer Zweckbindung unterscheiden sich die Fördermaßnahmen im Wirkungsgrad der Landschaftsveränderung. Subventionen zur Erweiterung der Infrastruktur sind raumwirksamer als Förderbeträge, die nur einen Einkommenseffekt haben, beispielsweise Getreidepreis-Ausgleichszahlungen in der Landwirtschaft.

Im Begriff 'Förderung' ist enthalten, daß ein Teil aus einer Gesamtheit bevorzugt behandelt wird. Bekommt der gesamte Raum Präferenzen, dann können sie nicht in allen Teilräumen standortattrahierend wirken. Bei der Förderung des gesamten Raumes kann nicht mehr von einer gezielten Raumwirksamkeit der Fördermittel gesprochen werden.

Zur Volkswirtschaftslehre gehört als eines ihrer Teilgebiete die Preistheorie. Wirtschaftssubjekte treten als Anbieter oder Nachfrager von Gütern und Diensten an den Markt. Die Theorie der Marktbeziehungen versucht zu erklären, wie der Preis Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringt. Der Markt wird in diesen Modellen als 'Punktmarkt' verstanden, damit wird der Einfluß des Raumes auf die Preisbildung eliminiert.

Bei den Wirtschaftssubjekten werden meist drei Gruppen unterschieden:

der Staat,
die Unternehmungen,
die privaten Haushalte.

Alle drei sind Anbieter und Nachfrager zugleich.

Im Marktmodell ist der Preis ein Mechanismus, der

Angebot und Nachfrage ausgleicht. Er übernimmt dabei drei Funktionen:

die Ausgleichsfunktion,
die Steuerungsfunktion,
die Informationsfunktion.[1)]

Der Preis gibt Auskunft über die Wertvorstellungen der Anbieter und Nachfrager. Er steuert Angebot und Nachfrage und führt schließlich zu deren Ausgleich am Schnittpunkt der Angebots- und Nachfragekurven.

Durch die Wirtschaftsförderung wird in diesen Preisbildungsprozeß eingegriffen. Ein Marktpartner, die Unternehmung, wird durch den Staat subventioniert. Subventionen sind Geldmittel, die der Staat Unternehmungen zuleitet, ohne daß diese eine Gegenleistung erbringen.[2)] "Geldmäßig nicht faßbare Begünstigungen durch den Staat, auch wenn sie auf Kosten der Allgemeinheit erfolgen, sind keine echten Subventionen. Deren begriffliche Einbeziehung würde jede positive Maßnahme der staatlichen Wirtschaftspolitik zum Akt der Subventionierung machen."[3)]

Durch die Leistung des Wirtschaftssubjektes 'Staat' an das Wirtschaftssubjekt 'Unternehmung' wird die Mechanik des Preisausgleichs nicht zerstört, jedoch der Ausgleichspunkt von Angebots- und Nachfragekurve verschoben. Der veränderte Preis ist zweier Funktionen ledig, der Steuerung und der Information. Er hat nur mechanisch den Ausgleich herbeigeführt. Das Ergebnis: es kommt zu Markt-Fehleinschätzungen durch die Wirtschaftssubjekte. Dadurch wird die volkswirtschaftlich optimale Faktorverteilung

---

1) Helmut Arndt, Mikroökonomische Theorie, 2.Band: Marktprozesse (Tübingen, 1966), S.24 f.

2) Vgl. Theodor Wessels, "Subventionen", Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. völlig neu bearb. Aufl., hg. von Hans Seischab und Karl Schwantag (Stuttgart, 1960), 3. Band, Sp.5321.

3) Wilhelm Meinhold, "Subventionen", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hg. von Erwin von Beckerath u.a. (Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1959), 10. Band, S.239.

erschwert. Im Marktmodell der Volkswirtschaftslehre wirken Subventionen daher störend. Das gilt auch für jede andere Form der Wirtschaftsförderung.

Der liberalistischen Nationalökonomie waren freie Marktwirtschaft und interventionistische Wirtschaftspolitik unvereinbar. Subventionen wurden erst in unserem Jahrhundert zunehmend zum Instrument der Wirtschaftspolitik. Man sollte ihre negative Wirkung aber nicht überschätzen, "weil alle subventionspolitischen Forderungen und Bereitschaften ihre harte Grenze im Diktat der leeren Kassen finden."[1)]

Unsere Wirtschaftsordnung hat den Grundgedanken, Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Dem dient die Wirtschaftspolitik. Ihre divergierenden Ziele lauten:

Vollbeschäftigung,
wirtschaftlicher Fortschritt,
Einkommens- und Geldwertstabilität.

Die Skala wirtschaftspolitischer Instrumente reicht von der Empfehlung bis zum unmittelbaren Zwang, der auf Wirtschaftssubjekte ausgeübt wird. So gilt es zwischen dem Einsatz systemadäquater Mittel und dem nicht mehr systemkonformer zu unterscheiden. Zwang ist in der sozialen Marktwirtschaft kein geeignetes Instrument.

Unsere Wirtschaftspolitik geht deshalb den anderen Weg; sie straft nicht, sie belohnt. Wirtschaftssubjekte, die ihrer Empfehlung folgen, erhalten Vergünstigungen, wie Prämien, Betriebs-Darlehen und Steuererleichterungen. Derartige Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sind in der Volkswirtschaftspolitik üblich und mit dem Grundgedanken unserer Wirtschaftsordnung vereinbar. In den letzten Jahren ließ der stetig steigende Anteil staatlicher Intervention die Zahl der Subventionsmaßnahmen

---

1) Meinhold: "Subventionen", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10.Band, S.246.

und die dafür benötigten Geldbeträge stark wachsen.

Nur aus einem Grund sind Subventionen als wirtschaftspolitisches Mittel bedenklich. Wirtschaftspolitik sollte vernunftbezogen, vorhersehbar und langfristig betrieben werden. Subventionen sind Maßnahmen, die kurzfristig von volkswirtschaftlichem Nutzen sein können, weil sie helfen, einen akuten Mißstand zu beseitigen; auf lange Sicht aber verführen sie dazu, nur Symptome zu kurieren und nicht das Übel selbst. In unserem Wirtschaftsleben geben viele Subventions-Relikte davon Zeugnis.

In unserem Leben übernimmt der Staat zunehmend Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die wachsenden staatlichen Aufgaben bedingen steigende Staatsausgaben. Staatliche Ausgaben entstehen durch den Kauf von Gütern und Diensten, durch Subventionen und durch Transferzahlungen in Form von Renten. Die Einnahmen im Staatshaushalt setzen sich aus Steuern und dem Verkauf von Gütern und Diensten zusammen. Subventionen sind in der Finanzpolitik ein gebräuchliches Mittel des staatlichen Umverteilungsprozesses. Durch Steuern wird Wirtschaftssubjekten Kaufkraft entzogen, anderen Wirtschaftssubjekten durch Subventionen zugeleitet. Die Gründe zur Umverteilung sind nicht finanzpolitische; die Finanzpolitik wird nur als Mittel zum Erreichen des Zweckes benutzt. Warum und in welcher Höhe neuverteilt wird, hängt von den Zielen unserer Gesellschaftspolitik ab.

Als für uns gültige gesellschaftspolitische Ziele nennt GIERSCH :

Freiheit,
Frieden,
Gerechtigkeit,
Sicherheit und
Wohlstand. [1)]

---

1) Vgl. Herbert Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Band: Grundlagen (Wiesbaden, o.J.), S. 68.

Diese Ziele versucht die Sozialpolitik durch Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit zu erreichen. Sie muß den Interessengegensatz einzelner Gruppen überbrücken. Einkommens- und Vermögensabschöpfung und Subventionsvergabe sind daher in der Sozialpolitik übliche Mittel, Korrekturen zugunsten notleidender Wirtschaftsräume und Wirtschaftssubjekte. Werden sie bestimmten Wirtschaftszweigen vorbehalten, sind sie gleichzeitig Instrumente der Strukturpolitik. Die Beihilfen der Bundesregierung für die Landwirtschaft und den Steinkohlenbergbau sind für ihren strukturpolitischen Einsatz Beispiele.

Einen weiteren Bereich der Volkswirtschafts-Politik stellt die Regionalpolitik dar: Regionalpolitik ist Wirtschaftspolitik in einem Teilraum. Sie ist Struktur-, Sozial- und Finanzpolitik zugleich.

Regionalpolitik umfaßt eine Fülle von Zielvorstellungen. In ihr stehen "wirtschaftliche neben außerwirtschaftlichen sowie qualitative neben quantitativen Zielen".[1] Man will

> Disparitäten in der interregionalen Einkommensverteilung abbauen,
> die konjunkturelle und strukturelle Anfälligkeit der Region beseitigen und
> ein gesamtwirtschaftlich optimales Wachstum erreichen.[2]

Diese Forderungen enthalten die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik - Stabilität, Gerechtigkeit, Wachstum - in regionalpolitischer Formulierung.

---

1) Norbert Kloten, "Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik", Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd.41 (Berlin,1968), S. 25.

2) Vgl. Hans K. Schneider, "Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik", Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 41 (Berlin, 1968), S. 4.

Regionale Wirtschaftspolitik sollte darauf "ausgerichtet sein, interregionale Wohlstandsunterschiede zu verhindern".[1] In dieser Forderung ist zweierlei enthalten, zum einen, die weitere Zunahme interregionaler Wohlstandsunterschiede zu verhindern, zum anderen, bestehende Wohlstandsunterschiede abzubauen.

Der Zwang zum Ausgleich kann verhindern, daß eine Volkswirtschaft ihr Optimum erreicht. Daher läßt sich eine derartige Politik mit dem Wachstumsziel nur "insoweit vereinbaren, wie Grund zu der Annahme besteht, daß die aufholenden Regionen auch langfristig vergleichsweise große Entwicklungschancen haben, d.h. den zuströmenden Kapitalien - und gegebenenfalls Arbeitskräften - auf viele Jahre hinaus eine überdurchschnittlich hohe Grenzproduktivität verleihen werden." [2]

Zum Abbau interregionaler Wohlstandsunterschiede kann die Regionalpolitik zwei Wege beschreiten: sie kann das Einkommen der Wirtschaftssubjekte durch Kaufkraftübertragung erhöhen oder durch Investitionszuschüsse die regionale Wirtschaft stärken. In der Praxis wird meist der zweite Weg gewählt. Gemäß dem Multiplikatorprinzip bewirken dabei erhöhte Investitionen einen höheren Produktionsausstoß, ein gesteigertes Faktoreinkommen , erhöhte Kaufkraft und höheren Verbrauch. Durch die Konsumneigung werden wieder neue Investitionen angeregt. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sind in der Regionalpolitik daher das Mittel, welches den größten Erfolg beim Abbau regionaler Wohlstandsunterschiede verspricht. Jedoch gilt für die Regionalpolitik wie für

---

1) Herbert Schmidt, Räumliche Wirkung der Investitionen im Industrialisierungsprozeß, Analyse des regionalen Wirtschaftswachstums, Bd.9: Die industrielle Entwicklung, hg. von Fritz Voigt u.a. (Köln und Opladen, 1966), S.30.

2) Herbert Giersch, "Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik", Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hg. von Harald Jürgensen (Göttingen, o.J.), S.388.

die Wirtschaftspolitik, daß inkongruente Ziele zu ständigem Ausgleich aller Forderungen zwingen.

Gemäß Art. 92 des EWG-Vertrages sind Subventionen als regionalpolitisches Mittel nicht zulässig. Ausnahmen gelten nur für das Zonenrandgebiet und andere wirtschaftsschwache Gebiete. [1] Dieses Verbot war aber bisher wenig wirksam, weil sich die Regierungen der Wirtschaftsgemeinschaft über den Inhalt der Begriffe 'Rückstandsgebiete' und 'Subventionen' nie einig waren.

Zur Wirtschaftsförderung aus der Sicht der Betriebswirtschaftslehre: Erkenntnisobjekt ihrer Forschung ist das Unternehmen. Die Unternehmung übernimmt die Beschaffung der Produktionsfaktoren, die Faktorenkombination im Betriebsprozeß und den Absatz des Produktes. Mit anderen Marktteilnehmern kommt sie beim Kauf und Verkauf von Gütern und Diensten in Berührung.

Kosten für den Kauf der Produktionsfaktoren und Erlöse beim Produkt-Absatz sind nicht überall gleich hoch. Für Betriebsgründungen ist deshalb der optimale Standort zu ermitteln. Dem dient die Standorttheorie. Sie ist in mehrere Forschungsrichtungen gegliedert. BEHRENS spricht von

> Standortentwicklungslehre, wenn der geschichtliche Prozeß der Bestimmung und Wirkung eines Standortes betrachtet wird;
>
> Standortgestaltungslehre, wenn beobachtet wird, mit welchen Mitteln die Entwicklung der Standortstruktur gelenkt werden kann;

---

1) Die entsprechenden Abschnitte des Art. 92 lauten:

Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete...

Als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar können angesehen werden: Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung ungewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht...

Standortbestimmungslehre, wenn in betriebswirtschaftlicher Sicht durch Kosten-Ertrags-Vergleiche der optimale Standort ermittelt wird.

Nun ist es evident, daß die Standortgestaltungslehre nicht betriebswirtschaftlicher Art ist. Eine betriebswirtschaftliche Standortentwicklungslehre - die bisher kaum ausgebildet ist - hätte dagegen die Darstellung der Standortverlagerungen bestimmter Firmen oder Branchen im historischen Zeitablauf zum Inhalt. Da jedoch die Schilderung standortgeschichtlicher Entwicklungen zur Ableitung praktisch-betrieblicher Standortüberlegungen nicht hinreicht, steht die Standortbestimmungslehre im Vordergrund des betriebswirtschaftlichen Interesses. 1)

Die Standortbestimmungslehre ist eine empirisch - realistische Wissenschaft. In einer Beschaffungspotentialanalyse vergleicht sie die alternativen Kosten der Produktion an verschiedenen fiktiven Standorten. Ferner untersucht sie in einer Absatzpotentialanalyse die für den Verkauf des Produktes wichtigen Absatzfaktoren. Aus der Gesamtschau der Beschaffungs- und Absatzpotentialanalyse versucht sie, die Frage nach dem optimalen Standort des Betriebes zu beantworten.

Durch Wirtschaftsförderung wird auf das Ergebnis der Standortbestimmung eingewirkt. "Regionale Differenzierungen der Staatssteuern (z.B. örtliche Unterschiede in den Steuertarifen) wirken ebenso standortbeeinflussend wie regionale Unterschiede in den öffentlichen Ausgaben (z.B. bevorzugte Vergabe staatlicher Aufträge an Industrien in Notstandsgebieten) oder in den staatlichen Leistungsabgaben (z.B. verstärkter Ausbau von Bundesstraßen in bestimmten Räumen)." 2)

---

1) Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S.37, vgl. zum ganzen Absatz: ebd., S.36 ff.

2) Konrad Littmann und Mitarbeiter, Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Band 50 (Hannover, 1968), S. 2.

Es ist festzustellen, daß die Bedeutung der Standortfaktoren gesellschaftlich-wirtschaftspolitischer Art (wie beispielsweise Steuerpräferenzen) bei der Standortbestimmung zunimmt. Als Erklärung kann dienen, daß viele der einstigen natürlichen Standortvorteile zu Ubiquitäten geworden sind. Ist die Faktorkombination in jedem Gebiet gleich günstig möglich, sinkt ihr Gewicht bei der Standortbestimmung. Dann entscheiden nur noch gesellschaftspolitische Standortfaktoren die Wahl des Standortes.

Die Standortgestaltung gehört zum Forschungsgebiet der wirtschaftspolitischen Standortlehre. [1] Sie handelt von der wirtschaftlichen Raumordnung und Entwicklungspolitik. Erstrebt wird ein räumliches Gleichgewicht, im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise, in der das Gleichgewicht stets im Zeitablauf erreicht wird. [2]

Raumordnung und Entwicklungspolitik zielen auf eine "Verringerung des Gefälles zwischen dem Zentrum und der Peripherie". [3] Sie vollziehen sich auf mehreren Ebenen, in einer Einteilung bei PÖSCHL auf folgenden:

als internationale Raumordnung,
als nationale Raumordnung,
als regionale Raumordnung,

---

1) Vgl. Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S.37 f.

2) Vgl. Ingeborg Esenwein-Rothe, "Regionale Wirtschaftspolitik und soziale Marktwirtschaft", Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen, Festschrift für Friedrich Lenz, hg. von Siegfried Wendt, Sozialwissenschaftliche Abhandlungen H.9 (Berlin, o.J.), S.227.

3) Erich Egner, "Raumordnung durch Industrialisierungspolitik", 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960), S. 326.

als kommunale Raumordnung,
als Raumordnung der Einzelsubjekte.[1)]

Nach dem Grundgesetz ist die Bundesregierung verpflichtet, Raumordnung und Entwicklungspolitik zu betreiben, und zwar zum Ausgleich sozialer Spannungen und aus dem Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. (Artt. 20, 28 Grundgesetz). Gemäß Art. 2 Grundgesetz wird jedem die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zugesichert. Raumordnungspolitik dient dabei der Verpflichtung, überall für ausreichende Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu sorgen.

Die Sanierung in der Entwicklung zurückgebliebener Gebiete ist eine Aufgabe für die Bundesregierung, eine zusätzliche sind Hilfsmaßnahmen für die Gebietskategorie 'Zonenrandgebiet'. Nach dem Grundgesetz hat das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands Maßstab aller Handlungen der Exekutive zu sein. In negativer Formulierung: alles der Wiedervereinigung Hinderliche hat zu unterbleiben. Dazu zählt auch ein in seiner Wirtschaftskraft geschwächter Raum entlang der Zonengrenze.

Die Forderungen des Grundgesetzes zur regionalen Politik haben ihren Niederschlag im Bundesraumordnungsgesetz von 1965 gefunden. Gemäß Art. 75 Grundgesetz ist das Bundesraumordnungsgesetz ein Rahmengesetz. Seinen Ideen angepaßt haben die Bundesländer jeweils Raumordnungsgesetze erlassen.[2)] Das Ziel der Raumordnungspolitik ist, zu Gebieten "mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen"[3)] zu gelangen.

---

1) Vgl. Arnold Ernst Pöschl, Raum und Raumordnung, (Berlin, o.J.), S. 58 ff.

2) Vgl. Werner Weber, Rechtsgutachten über Fragen der Verfassungsmäßigkeit des Regierungsentwurfs eines Raumordnungsgesetzes, Bundestagsdrucksache IV/1204 (Bonn, 1963), S.27.

3) § 2, Abs.1, Satz 1 Bundesraumordnungsgesetz.

Durch Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung in schwach strukturierten Räumen wird dieser Zustand angestrebt. Die Steigerung der Wirtschaftskraft einer Region durch die Förderung ihrer Wirtschaftssubjekte erscheint als hohe Garantie dafür, die Lebensverhältnisse dieses Raumes nachhaltig zu verbessern. Raumordnung, verstanden im Sinne der Standortgestaltung, trägt damit entscheidend bei "zur Lösung des Schicksalsproblems der Menschheit: zur gerechten und harmonischen Aufteilung der Erde, des Raumes, von Grund und Boden als Siedlungs- und Wohnraum und als Nährfläche der Menschen".[1)]

In Zusammenfassung:

Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sind

in der Sicht der Angewandten Geographie
staatliche Einflußnahme auf den Kulturlandschaftswandel;

in der Sicht der Volkswirtschaft
störende Eingriffe in das Marktgeschehen;

in der Sicht der Wirtschaftspolitik
übliche Mittel zum Erreichen ökonomischer und metaökonomischer Ziele;

in der Sicht der Betriebswirtschaft
als sozialökonomische Standortfaktoren von Einfluß auf die Standortbestimmung;

in der Sicht der Raumordnung
Instrumente zur Standortgestaltung und Erhöhung der Raumqualität.

---

1) Arthur Kühn, "Die 'mittlere Zukunft' in der Raumforschung", 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960), S.120.

2. KAPITEL

Entwicklung der Wirtschaftsförderung

Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf hat es stets gegeben, nicht immer aber nur zur Beschränkung der Handlungsfreiheit durch Produktionsverbote, Erhöhung der Gewerbeabgaben oder Vorschriften zur Preisgestaltung und gerechten Entlohnung. Landesherren räumten Gewerbezweigen und Betrieben Monopolstellungen zur Stärkung ihrer Macht ein und versahen sie mit Privilegien aller Art. Der Merkantilismus brachte die Blütezeit dieser privilegierten Unternehmungen. Die mit Steuervergünstigungen ausgestatteten Manufakturen, unter staatlicher Kontrolle stehend, wurden zur Grundlage des Wirtschaftswachstums in der vorindustriellen Epoche.

Unter dem Einfluß liberalistischer Grundgedanken von der Harmonie des Wirtschaftsgeschehens wurden im vorigen Jahrhundert unmittelbare staatliche Interventionen im Marktgeschehen vermieden. Erst in unserem Jahrhundert wuchs die Neigung zu staatlichem Eingreifen wieder. Während beider Weltkriege nahm sie in zentralverwaltungswirtschaftlicher Ausprägung überhand.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mußte für die bis dahin nach Plan geleitete Wirtschaft eine neue Wirtschaftsordnung entwickelt werden. Zu ihrem Werden hat die Freiburger Schule viel beigetragen. [1] Die

---

1) Vertreter ihrer Richtung waren EUCKEN, MIKSCH und RÖPKE.

neoliberalistische ordo-Idee wurde zum Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaftsordnung versucht, den Gegensatz zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichem Nutzen abzuschwächen. Diese Aufgabe rechtfertigt daher staatliche Interventionen, wenn sie der Vermeidung sozialer Härten dienen und durch die Zahlung von Subventionen eine beschleunigte Anpassung an die veränderte Marktlage erreicht wird.

Dieses Kapitel behandelt die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik seit 1950. Zuerst werden kurz die Institutionen der Regionalpolitik beschrieben, danach die Schwierigkeiten bei der Bestimmung und Abgrenzung der Fördergebiete.

Das Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen zwang die Behörden bei Kriegsende zu schnell wirksamer Hilfe. Es mangelte an Wohnungen und Arbeitsplätzen. Wohnungsbau und die Beschaffung von Erwerbsmöglichkeiten mußten daher mit Vorrang geschehen.

1950 begann in den westlichen Besatzungszonen ein 'Schwerpunktprogramm' für die Bundesländer mit den höchsten Anteilen Vertriebener.
Das Programm sah vor:

- den verstärkten Bau von Wohnräumen;
- die Umsiedlung der Flüchtlinge in weniger betroffene Gebiete;
- die Einrichtung von Arbeitsplätzen durch die 'werteschaffende Arbeitsfürsorge'.

Zur Abstimmung der Hilfsmaßnahmen wurde 1951 der IMNOS gegründet, der 'Interministerielle Ausschuß für Notstandsgebietsfragen'. Ihm standen 1951 für die Notstandsgebiete insgesamt nur 25 Mio. DM zur Verfügung; gemessen an der Fülle seiner Aufgaben eine geringe Summe.

Seit 1953 wurde durch Beschluß des Bundestages das Zonenrandgebiet besonders gefördert. 1955 begann ein

Sanierungsprogramm für die Notstandsgebiete, 1959 für zentrale Orte. Der IMNOS wurde umbenannt in 'Interministerieller Ausschuß für regionale Wirtschaftspolitik', ein Zeichen seiner erweiterten Aufgaben. Mit Fragen regionaler Förderung beschäftigten sich neben ihm auf Bundesebene noch zwei weitere Ausschüsse, der Sachverständigenausschuß für Raumordnung (SARO) und der Interministerielle Ausschuß für Raumordnung (IMARO). Sie widmeten sich der Aufstellung eines raumordnungspolitischen Leitbildes und der Koordinierung raumwirksamer staatlicher Ausgaben. [1)]

Förderprogramme des Bundes wurden durch Landesprogramme zur Wirtschaftsförderung ergänzt. Dabei bemühte man sich um die Abstimmung der Bundes- und Landesmaßnahmen. Der Bund wies den Ländern Fördermittel zu und zwang sie, sich an förderungswürdigen Projekten mit eigenen Mitteln zu beteiligen. Je nach Förderungsbereich schwankte dabei der Bundesanteil zwischen 20 v.H. und 80 v.H.

Die Bezeichnung wirtschaftsschwacher Räume wurde durch ministeriellen Sprachgebrauch geändert: aus 'Notstandsgebieten' wurden 'Fördergebiete'. Die Probleme der Wirtschaftsförderung änderten sich jedoch nicht. Es blieb schwierig, geeignete Merkmale zur Bestimmung eines räumlichen Notstandes zu erarbeiten.

Der Begriff 'Notstand' enthält ein subjektives Werturteil. Sein Inhalt ist dem Wandel der Gesellschaft unterworfen, für die er gelten soll. Notstandsmerkmale der Bundesrepublik von 1950 und 1970 können nicht die gleichen sein. 'Notstand' wird statistisch durch einen Ver-

---

1) Vgl. Dietrich Storbeck, "Regionale Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Studie über die Mittel, Ergebnisse und Probleme der Förderungspolitik des Bundes", Regionale Entwicklungspolitik in Großbritannien und den Ländern der EWG - Materialien zur Raumplanung, hg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Beitrag 3 (Münster, 1968), S.129 f.

gleich von Durchschnitts- und Streuwerten bestimmt. Daher ist er abhängig von der betrachteten Gesamtheit. Das bedeutet in räumlicher Betrachtung: Notstandsgebiete in Nordrhein-Westfalen können bei gleichen statistischen Werten wirtschaftlich ausgewogenen Räumen in Niedersachsen entsprechen, weil der jeweilige Landesdurchschnitt das Notstandsmerkmal bestimmt hat. Gemessen am Bundesdurchschnitt ist das Zonenrandgebiet ein wirtschaftliches Rückstandsgebiet. Gemessen an EWG-Durchschnittswerten wäre aber eine Förderung dort nicht mehr nötig.

Schwierigkeiten der Notstandsbestimmung ergaben sich in der Vergangenheit

beim Finden geeigneter Merkmale
(Gibt es typische Kennzeichen wirtschaftlicher Not ?);

bei der Beurteilung des einzelnen Merkmals
(Welches ist der Grenzwert, von dem ab von Notstand gesprochen werden kann ?);

bei der Gewichtung aller Merkmale im Gesamturteil
(Wie lassen sich Bestands- und Stromgrößen verschiedener Art zusammenzählen ?).

Die Auswahl der Notstandsmerkmale wurde durch organisatorische Mängel stark beschränkt: man mußte zur Bestimmung empirische Daten kleinerer Regionen besitzen, konnte aber nur auf eine ungenügend aufgegliederte Regionalstatistik zurückgreifen. Daraus ergab sich, daß die Notstandsbestimmung nicht auf Merkmalen aufbaute, die sie methodisch für richtig hielt, sondern auf solchen, die kreisweise zur Verfügung standen. Im folgenden sollen einige Lösungsversuche zur Abgrenzung von Fördergebieten beschrieben werden. [1)]

---

1) Vgl. zum folgenden: Georg Müller und Mitarbeiter, Zur Problematik der Abgrenzung von hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten, Mitteilungen aus dem Institut für Raumordnung, Bad Godesberg, Heft 60 (Bad Godesberg, 1968).

1950 entschied der Interministerielle Ausschuß für Notstandsgebietsfragen:
Notstand lag dann vor, wenn

in einem Gebiet mit mindestens 100.000 Einwohnern die Arbeitslosenquote im Durchschnitt von 5 Stichtagen größer als 25 v.H. gewesen war;

in einem Gebiet von der Mindestgröße eines Landkreises auf je 100.000 DM landwirtschaftliches Betriebsvermögen im Jahre 1950 mehr als 80 landwirtschaftliche Berufszugehörige, einschließlich Familienangehörigen, entfallen waren;

in einem Gebiet von der Mindestgröße eines Landkreises die Schadenssumme der Kriegszerstörungen mindestens 30 v.H. des gesamten landwirtschaftlichen Betriebsvermögens betragen hatte.

1952 und 1953 wurde die Arbeitslosenquote herabgesetzt. Es wurden auch Gebiete in die Förderung einbezogen, in denen zwei Notstandsmerkmale fast erfüllt waren, keines aber vollkommen.

In der Bundesrepublik zählten danach große Teile Schleswig-Holsteins und Niedersachsens, des Bayerischen und Oberpfälzer Waldes und der Eifel zu den Notstandsgebieten.

In einer Denkschrift benutzte 1954 das Institut für Raumforschung folgende Kriterien zur Bestimmung von Passivräumen: [1]

Bevölkerungsveränderung 1950/1953;
Flüchtlingsanteil;
Industriebeschäftigte;

---

1) "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik", Denkschrift des Instituts für Raumforschung (Bad Godesberg, 1954).

Arbeitslosenquote 1951/1952;
Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen;
landwirtschaftlicher Einheitswert je ha;
Krafträder je 1.000 Einwohner;
Rundfunkgenehmigungen je 100 Haushalte;
Spareinlagen je Konto;
Spareinlagen je Einwohner.

Schwellenwerte wurden nicht entwickelt und die einzelnen Merkmale nicht gewichtet. Je nach der Häufigkeit der verschiedenen Merkmale in einem Gebiet wurden Stufen von Raumkategorien gebildet. Zur letzten Stufe, den Passivräumen, zählten 1954 nach dieser Abgrenzung 7 kreisfreie Städte und 54 Landkreise. Ihre räumliche Verteilung entsprach der Abgrenzung des IMNOS: Passivräume waren die Landkreise im gesamten Küstengebiet, im Osten Bayerns und im Westen im Raum Eifel-Hunsrück.

In späteren Jahren wurden als ergänzende Aussagen herangezogen:

der Abwanderungssaldo,
die Entwicklung des Industriebesatzes,
der Kraftfahrzeug-Bestand,
die Realsteuerkraft je Einwohner.

Für die Festlegung der Bundesausbaugebiete im Jahre 1963 durch den IMNOS waren die entscheidenden Kriterien:

der Wanderungssaldo,
die in der Industrie Beschäftigten je 1.000 Einwohner,
das Bruttoinlandsprodukt, bezogen auf die Wirtschaftsbevölkerung.

1968 veröffentlichte MÜLLER neue Vorschläge zur Abgrenzung von hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten. Er benutzte die oben genannten Abgrenzungsmerkmale, ergänzte sie jedoch durch weitere

Kennziffern zur Raumausstattung, wie
Krankenhausbetten-Dichte,
Arzt-Dichte,
Bildungs-Dichte,
Wohnverhältnisse,
Verkehrsverhältnisse. [1)]

Mit einigen Ausnahmen und Verfeinerungen entsprach die räumliche Verteilung der zurückgebliebenen Gebiete früheren Notstandsgebiets-Abgrenzungen.

Zusammengefaßt:

Regionale Wirtschaftsförderung wurde durch Bundes- und Landesministerien betrieben und durch interministerielle Ausschüsse koordiniert.

Mangels genauer Notstands-Merkmale bereitete die Abgrenzung der Fördergebiete Schwierigkeiten.

In den Denkschriften und Abgrenzungsvorschlägen verschiedener Institutionen ergab sich eine große Übereinstimmung der als entwicklungsbedürftig bezeichneten Räume, weil allen Untersuchungen die gleichen Notstandsmerkmale - wenn auch abgewandelt oder ergänzt - zugrundelagen.

In allen Abgrenzungsvorschlägen wurde der Landkreis Lüchow-Dannenberg, das Untersuchungsgebiet dieser Arbeit, als zu förderndes Rückstandsgebiet aufgezählt.

Welche Hilfen er bekam und welche Wirkung die Hilfen zeigten, wird im folgenden Teil der Arbeit dargestellt.

---

1) Vgl. Georg Müller: Zur Problematik der Abgrenzung von hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten, S.41 ff.

2. T E I L

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM LANDKREIS LÜCHOW - DANNENBERG

1. A b s c h n i t t

Der Landkreis

Lüchow - Dannenberg

1. K A P I T E L

L ü c h o w - D a n n e n b e r g s

R a u m l a g e

Die Raumlage ist "die Summe der Lagebeziehungen von Örtlichkeiten, Regionen oder Räumen, die in verschiedenen Zeiten und durch unterschiedliche Kräfte und Einflüsse verändert werden und somit auch das Produkt dieser Lagebeziehungen, eben die Raumlage, zu einem im Wert sich wandelnden geographischen Faktor machen". [1)]

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg, das Hannoversche Wendland,[2)] liegt im Nordosten Niedersachsens, am Ostrand der Lüneburger Heide. Er wird im Norden und Nordosten durch die Elbe begrenzt, im Süden durch die Niederungsgebiete der Dumme und des Landgrabens von der Altmark getrennt. Die Osthannoversche Endmoräne mit den ihr vorgelagerten Höhenzügen Unterer und Oberer Drawehn ist die westliche Grenze.

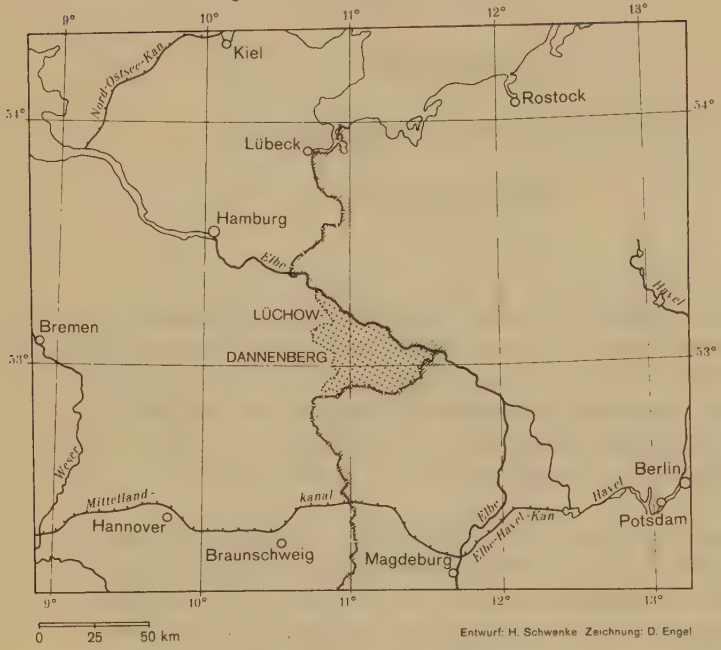
Der Landkreis entstand 1932 durch die Zusammenlegung der Kreise Lüchow und Dannenberg. Er gehört zum Regierungsbezirk Lüneburg und ist in ihm am weitesten nach Osten vorgeschoben. Jenseits der Elbe grenzt er im Bezirk Schwerin an die Kreise Hagenow und Ludwigslust, im Süden an die Kreise Osterburg und Salzwedel im Bezirk Magdeburg.

---

1) Arthur Kühn, "Bemerkungen über Begriff, Wesen und Methodik der Raumlagebetrachtungen", als Ms. hg. vom Forschungsausschuß 'Stadtforschung' der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover, 1969), S.3.

2) Im folgenden werden die Bezeichnungen 'Lüchow-Dannenberg' und 'Hannoversches Wendland' synonym gebraucht. Siedlungsgeographisch ist das Wendland nur ein Teil des Landkreises.

Abb. 1
Lage im norddeutschen Raum



Vor dem Kriege lag Lüchow-Dannenberg im Kräftefeld der Wirtschaftsräume (vgl. Abb.1)

Berlin im Südosten,
Hamburg im Nordwesten,
Hannover-Braunschweig-Magdeburg im Süden.

Der Einfluß dieser Städte wirkte auf die Kreisentwicklung in zweierlei Art: die Funktion des Kreises, Mittler zu sein, wurde gestärkt, gleichzeitig aber die eigenständige wirtschaftliche Entfaltung Lüchow-Dannenbergs behindert.

Nach 1945 nahm die Lageungunst des Kreises zu. Durch die Sprengung der Elbbrücken bei Dömitz ruhten seit dem Kriegsende Straßen- und Eisenbahnverkehr nach Ludwigslust und in die Prignitz. 1952 wurde die Straßenverbindung von Bergen/Dumme nach Salzwedel unterbrochen. Von den Kreisgrenzen wurden 140 km - etwa zwei Drittel - durch die politische Entwicklung zur Zonengrenze: die

Abb. 2
Lage in der näheren Umgebung

Elbe mit einer Länge von 64 Kilometern, die Landgraben- und Dummeniederung im Süden mit 76 Kilometern. Handel und Verkehr ins Mecklenburgische, Brandenburgische und Sächsische kamen damit zum Erliegen.

Nur die Verbindung nach Westen blieb erhalten, zu den Wirtschaftsräumen Hamburg und Hannover-Braunschweig. Anregungen zu einem wirtschaftlichen Aufschwung Lüchow-Dannenbergs waren aber von dort wegen der großen Entfernungen nicht zu erwarten. (Auf der Straße sind es von Lüchow nach Hamburg rd. 100 km, nach Hannover rd. 140 km und nach Braunschweig rd. 120 km.)

Die Lage Lüchow-Dannenbergs zu den Wirtschafts - Großräumen entsprach der zu Städten in der näheren Umgebung. In nur geringer Entfernung ist Lüchow-Dannenberg ringsum von größeren Städten umgeben (vgl. Abb.2): im Süden Salzwedel, Uelzen im Westen, im Nordwesten

Lüneburg, Lauenburg und Boizenburg, Ludwigslust im Norden und Perleberg und Wittenberge im Osten. Städte im Landkreis, wie Lüchow, Dannenberg und Hitzacker, besaßen wenig Anziehungskraft. Sie waren alle so klein, daß keine von ihnen die Vorherrschaft erlangen konnte und in großen Teilen des Kreises der Einfluß der umliegenden zentralen Orte stärker war. Für den südlichen Teil des Wendlandes war es vor allem Salzwedel, das große Bedeutung hatte. Schüler aus Lüchow besuchten in Salzwedel das Gymnasium, zu den Markttagen fuhr man nach Salzwedel, seine Ersparnisse brachte man dort auf die Bank.

Durch die Grenzziehung nach Kriegsende wurde die wirtschaftliche und kulturelle Verflechtung des Landkreises mit seinen Nachbargebieten im Norden, Osten und Süden zerschnitten. Die wirtschaftliche Ausstrahlung der Städte Salzwedel, Wittenberge, Perleberg und Ludwigslust erlosch; der Kreis war zu stärkerer Verflechtung mit dem Regierungsbezirk Lüneburg und den nächsten größeren Städten Uelzen und Lüneburg gezwungen.

Die Abriegelung früherer Einflußzentren war für den Landkreis die Grundlage zum Wachstum seiner Städte. Es ist fraglich, ob bei Nichtbestehen der Zonengrenze die Städte Lüchow und Dannenberg die wirtschaftliche Bedeutung für das Wendland erlangt hätten, die sie heute besitzen.

Das Kreisgebiet hat die Form eines gleichschenkligen Dreiecks, dessen Spitze im Osten bei Schnackenburg an der Elbe liegt. Von Schnackenburg bis zu den Endpunkten des Kreises im Nord- und Südwesten sind es 50-60 Kilometer. Die Nord-Süd-Erstreckung im Westen beträgt mehr als 45 km. Der gesamte Kreis ist 1.209 qkm groß. Er entspricht damit dem Durchschnitt der Landkreise im Regierungsbezirk Lüneburg. (Kleinster Kreis: Burgdorf mit 825 qkm; größter Kreis: Gifhorn mit 1.606 qkm.)

Es gibt im Landkreis keinen zentralen Ort von der Größe Lüneburgs oder Uelzens. Zentren des Kreises sind die Städte Lüchow, Dannenberg und Hitzacker, am Laufe der Jeetzel, dem größten Fluß im Landkreis. Der Vorteil mehrerer zentraler Orte liegt in der schnellen Erreichbarkeit für die auf dem Lande Wohnenden. Der Nachteil: es gibt keinen Ort höherer Zentralität, der von Einfluß auf das gesamte Kreisgebiet wäre. Daher besitzen die Schwerpunktsorte Uelzen und Lüneburg im Westteil des Kreises große Anziehungskraft.

Im Regierungsbezirk Lüneburg zählt Lüchow-Dannenberg zum schwachstrukturierten ländlichen Raum. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 65 Einwohnern je qkm leben in dieser Gebietskategorie 18 v.H. der Bevölkerung des Regierungsbezirkes auf 38 v.H. seiner Fläche. (vgl. Tab.1)

Tabelle 1

Regierungsbezirk Lüneburg:
Raumkategorien

Gebietskategorie	v.H.-Anteil an der Fläche des Bezirkes	v.H.-Anteil an der Bezirksbevölkerung	Bevölkerungsdichte Einw./qkm
Verdichtungsraum	15,4	47,4	505
Ländlicher Raum	46,3	34,5	106
Schwachstruktur. ländl. Raum	38,3	18,1	65
	100,0	100,0	

Quelle:
Land Niedersachsen
Raumordnungsbericht 1968

Der Landkreis gehört zum Zonenrandgebiet. Damit sind die Voraussetzungen für eine verstärkte Förderung erfüllt.

Abb. 3

Verdichtungsräume, zentrale Orte und Förderungsgebiete

Quelle: Landesregierung Niedersachsen, Raumordnungsbericht 1967, Raumordnungsbericht 1968

Zusätzlich wurde Lüchow-Dannenberg auch zum Bundesausbaugebiet erklärt. (s. Abb.3)

Kurz wiederholt:

Vor dem Kriege lag Lüchow-Dannenberg im Kräftefeld der Wirtschaftszentren Berlin, Hamburg und Hannover-Braunschweig-Magdeburg. Jeder dieser Wirtschaftsräume besaß Einfluß auf den Kreis, aber keiner von ihnen einen dominierenden. Der Landkreis blieb ein wirtschaftsschwaches Agrargebiet. Die größeren Städte in der näheren Umgebung erschwerten eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung.

Nach Kriegsende nahm durch die Grenzziehung die Lageungunst zu. Der Landkreis mußte sich auf die Wirtschaftsräume Hamburg und Hannover-Braunschweig ausrichten, ohne jedoch für diese Gebiete von Bedeutung zu sein.

Lüchow-Dannenberg ist ein Beispiel für Veränderungen der Raumlage durch politische Entscheidungen. Raumlagebetrachtungen können daher nicht statisch sein. Dazu schreibt KÜHN : "In der modernen Auffassung von der Raumlage ist diese nicht länger, um mit RATZEL zu sprechen, 'ein beständiges Verhältnis zur Erde' - das trifft höchstens für die Lage im Gradnetz zu -, sondern eine sich unablässig wandelnde Summe von Lagebeziehungen, die sich ihrerseits durch politische, sozio-ökonomische, technische und kulturelle Veränderungen immer wieder wandeln." [1)]

1) Arthur Kühn: Bemerkungen über Begriff, Wesen und Methodik der Raumlagebetrachtungen, S.3.

2. K A P I T E L

D i e R a u m b e s c h a f f e n h e i t

Lüchow-Dannenberg läßt sich geologisch gliedern in
ein Teilgebiet der osthannoverschen Endmoräne,
eine altdiluviale Grundmoränenplatte und
Anteile am Urstromtalgebiet der Elbe, unterteilt in Flußniederungen
und Talsandflächen.

Das Wendland gehört als Teil des norddeutschen Flachlandes zum glazialen Aufschüttungsgebiet. Im Westen des Landkreises, im Bereich der osthannoverschen Endmoräne und der daran anschließenden Grundmoräne, sind Reste glazialer Formen erhalten geblieben. Im Ostteil des Kreises sind nur noch kleinere Inseln der ehemaligen Grundmoränenplatte vorhanden, so zum Beispiel der Höhbeck bei Gartow. Vorherrschend sind im Osten die Talsandflächen.

Der größte Teil des Kreises besitzt Sand- und Kiesböden, unterbrochen im Moränengebiet durch Geschiebelehmplatten. [1] Das Gebiet ist arm an Bodenschätzen. Bei Wustrow, im Süden des Landkreises, wurde früher Salz gewonnen. Die bisher bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommen lohnen die Erschließung nicht. Abbauwürdig sind nur Kies-, Sand- und Ziegeltonlager im Westteil des Kreises.

Lüchow-Dannenberg gehört den naturräumlichen Einheiten 'Ostheide', 'Lüchower Niederung' und der

---

1) Vgl. Theodor Müller, "Lüchower Niederung", Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands, 8.Lieferung, hg. von E. Meynen u.a. (Bad Godesberg, 1961), S.1182.

'Mittelelbeniederung' an. [1] Die Landschaft wird in folgende Räume untergliedert (vgl. Anhang:Karte 1):

das Endmoränengebiet im Westen;
Drawehn und Schwienmark im Südwesten;
Dumme- und Landgrabenniederung im Süden;
die Jeetzelniederung;
Öring und Lemgow, Diluvialschollen im Südosten;
die Langendorfer Diluvialscholle im Nordosten;
im Raum Dannenberg: die Lucie,
die Grundmoränenfläche und
die Elbmarsch;
im Osten: die Gartower Talsandfläche,
den Höhbeck und
die Schnackenburger Elbmarsch. [2] [3]

Hohe Geest - Niedere Geest - Niederung : so lautet zusammengefaßt die Dreiteilung der Landschaft. [4]

Im Westen des Kreises trennt der Höhenzug der osthannoverschen Kiesmoräne (mittlere Höhe 90-100 m) die Jeetzelniederung vom Uelzener und Dahlenburger Becken und der Lüneburger Bucht. Der Höhenzug fällt nach Osten und Norden steil ab. Seine größte Erhebung ist der Hohenmechtin mit +142,3 m NN. Flußniederungen und Talsandflächen haben Höhenlagen um +10 m bis +30 m NN. Die Höhe der Grundmoränenfläche schwankt zwischen +30 m und +70 m.

---

1) Vgl. Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands.

2) Vgl. "Agrarstrukturelle Vorplanung - Landkreis Lüchow-Dannenberg", Heft 1 - Vorplanungsbericht, als Ms. hg. von der Gesellschaft für Landeskultur GmbH,Bremen (Bremen, 1967).

3) Vgl. Luise Drischler, Wirtschaft und Siedlung im Wendland, Eine wirtschaftsgeographische Monographie (Diss. Hamburg, 1967).

4) Vgl. Anneliese Krenzlin, Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands (Diss. Berlin, 1931).

Die Höhenzüge der Endmoräne im Westen, die Ebene der Jeetzelniederung, die Talsandfläche im Osten, aus der die Diluvialschollen - Höhbeck, Öring, Lemgow - wie Inseln herausragen: sie bestimmen das Bild der Landschaft. Im Westteil des Kreises tritt die Höhe der vorgelagerten Grundmoräne nicht stark in Erscheinung, weil sich ihr der Höhenzug der Endmoräne anschließt. Anders im Osten: aus der Ebene - mit Höhen um +20 m NN - ragen der Höhbeck mit +75 m NN, der Öring mit +54 m NN und die Langendorfer Scholle mit +49 m NN deutlich empor.

Die Wasserverhältnisse in Lüchow-Dannenberg sind durch starken Gegensatz gekennzeichnet. Auf kleinem Raum bewirken geringe Höhenunterschiede oft große Unterschiede im Wasservorkommen. Dadurch bedingt waren zur Zeit der ersten Ansiedlung zwei Gebiete als Wohn- und Wirtschaftsraum ungeeignet: das Gebiet der Endmoräne wegen Wassermangels, die Niederungen wegen ihres Wasserüberschusses. Die frühen Siedlungen wurden deshalb im Grundmoränengebiet gegründet, dem Wirtschaftsraum, der durch Hochwasser und Überschwemmungen nicht mehr erreicht wurde, in dem sich aber noch genügend Quellwasser für Ackerbau und Viehzucht fand.

Die Elbe und einer ihrer Nebenflüsse, die Jeetzel, sind für den Landkreis von großer Bedeutung. Alljährlich beeinträchtigten sie durch Hochwasser und Überschwemmungen den Erfolg der Landwirtschaft in großen Teilen des Gebietes.

Die Jeetzel entspringt in der Altmark, bei Klötze. Ihre Quelle liegt am Nordrand des Drömling, [1] auf

1) Vgl. O. Franzius und Mitarbeiter, Die Wasserwege Niedersachsens, Forschungen, Heft 8, hg. von der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. (Hannover, 1930), S.75.

einer Höhe von 72 m über dem Meeresspiegel. Die Jeetzel ist rd. 82 km lang. Ihr Lauf führt durch die Städte Salzwedel, Wustrow, Lüchow, Dannenberg und Hitzacker.

Bis Salzwedel ist das Gefälle des Flusses recht stark. Danach durchfließt er eine sich bis Wustrow erstreckende Talniederung. Salzwedel, am Rande dieser Niederung, ist bereits von seinem Hochwasser bedroht. "Dieses häufig überschwemmte obere Niederungsgebiet der Jeetzel erstreckt sich in ostwestlicher Richtung vom Arendsee bis in das Gebiet der Stadt Bergen. Es hat insgesamt eine Länge von rd. 32 km. Der Lüchower Landgraben entwässert dürftig den östlichen, die Wustrower Dumme den westlichen Teil." 1)

Bis Lüchow fließt die Jeetzel dann in einem engen Tal, im Westen begrenzt durch die Höhen des Oberen Drawehn, im Osten durch Öring und Lemgow.

> Unterhalb der Stadt Lüchow gelangt die Jeetzel schließlich in den Bereich einer großen, vollkommen flachen Talsandebene, die der sogenannten 'Elbniederterrasse' zugehört. Dieses Niederungsgebiet war noch bis in die jüngste geologische Vergangenheit hinein das natürliche Überschwemmungsgebiet der Elbe und Jeetzel. Von Süd nach Nord mißt es rd. 15 km und von Ost nach West rd. 10 km. Die natürlichen Höhenzüge - der Drawehn im Westen und der Gartower Forst im Osten - bildeten zur Ebene hin ein breites, offenes Delta. 2)

Im Niederschlagsgebiet der Jeetzel liegen drei Viertel des Kreisgebietes. Ihr Gefälle vom Südrand des Kreises bei Wustrow (+17 m NN) bis zur Mündung bei Hitzacker (+ 13 m NN) beträgt lediglich 4 Meter, bei einer Lauflänge von 35 Kilometern. Die Jeetzel hat bei Salzwedel eine mittlere jährliche Abflußleistung von 3 m^3/s, bei Dannenberg von 8 m^3/s und an ihrer Mündung bei Hitzacker von 10 m^3/s.

---

1) Heinz Klawitter, Ausbau und Bedeichung der Jeetzelniederung, hg. vom Jeetzeldeichverband Dannenberg, 1964 (o.O., o.J.), S.12.

2) Ders., S.13.

Der Aland, der bei Schnackenburg in die Elbe mündet, die Seege, die bei Vietze in die Elbe fließt: diese beiden kleineren Flüsse im Ostteil des Kreises haben gegenüber der Jeetzel für den Landkreis nur wenig Bedeutung. Jeetzel, Aland und Seege ist folgendes gemeinsam: sie durchfließen Gebiete, die unter dem mittleren Wasserstand der Elbe liegen. Da sie nur geringes Gefälle aufweisen, verzweigen sie sich oft, ufern aus und bilden Sumpfgebiete. Durch den Rückstau der Elbe bei Hochwasser oder durch Eigenhochwasser der Flüsse kam es häufig zu Überschwemmungen, die große Teile der Niederungen und des östlichen Kreisgebietes betrafen. Die wirtschaftliche Entfaltung dieser Räume wurde dadurch gehemmt.

Durch Befestigungen und Deichbauten ist schon im Mittelalter versucht worden, der Hochwasser und Überschwemmungen Herr zu werden. Überwunden wurde die Gefahr für große Teile des Landkreises jedoch erst in den letzten zehn Jahren durch die Jeetzel-Kanalisierung und den verstärkten Deichausbau.

In den Niederungsgebieten ist es der Wasserüberschuß, der Sorge bereitet, im Gebiet der Endmoräne die Wasserknappheit. Ihre Täler führen nur wenig Wasser. Auch Teile des Höhbeck, der Langendorfer Scholle und Gebiete im Gartower Forst sind vom Wassermangel betroffen. "Die Brunnen der hochgelegenen Dörfer im Endmoränengebiet finden durchweg erst bei 50 m Tiefe ausreichend Wasser. Sämtliche Täler des Moränenzuges sind wasserlos, da die Niederschläge vollkommen von den ... sandigen und kiesigen Böden aufgesogen werden und bis zum Grundwasserstau durchsickern." [1)]

Der Gegensatz zwischen Wassermangel und Wasserüberfluß engte jahrhundertelang den Wirtschaftsraum des

---

1) Luise Drischler: Wirtschaft und Siedlung im Wendland, S.9 f.

Menschen ein und beeinflußte dadurch die Entwicklung des Kreises.

Lüchow-Dannenberg gehört mit seinen vorherrschenden Westwinden zum Klimagebiet des norddeutschen Tieflandes. In ihm treffen maritime und kontinentale Klimaeinflüsse aufeinander. Der westliche Kreisteil ist noch dem Klimabezirk der Lüneburger Heide zuzurechnen. Im östlichen und südlichen Kreisteil ist das Klima dem mehr kontinentalen der Altmark ähnlich. Der nördliche Kreisteil gehört zum Klimabezirk der Elbniederung.

Die mittlere monatliche Lufttemperatur erreicht im Juli mit 17,5°C ihr Maximum, im Januar und Februar mit 0,0° C bis -0,5°C ihr Minimum.(vgl. Abb.4, folgende S.) Weitere Klimadaten:

mittlere Jahrestemperatur	8°-9°C,
mittlerer Beginn eines Tagesmittels der Lufttemperatur von 10°C	15.4.,
mittlere Dauer eines Tagesmittels der Lufttemperatur von 10°C	160 Tage,
mittlere Zahl der Sommertage (Tageshöchstwert mehr als 25°C)	20-30,
mittlere Dauer der frostfreien Zeit	180 Tage,
mittlere Zahl der Tage mit Schneefall	20-30,
mittlere Zahl der Tage mit Schneedecke	30-40. [1]

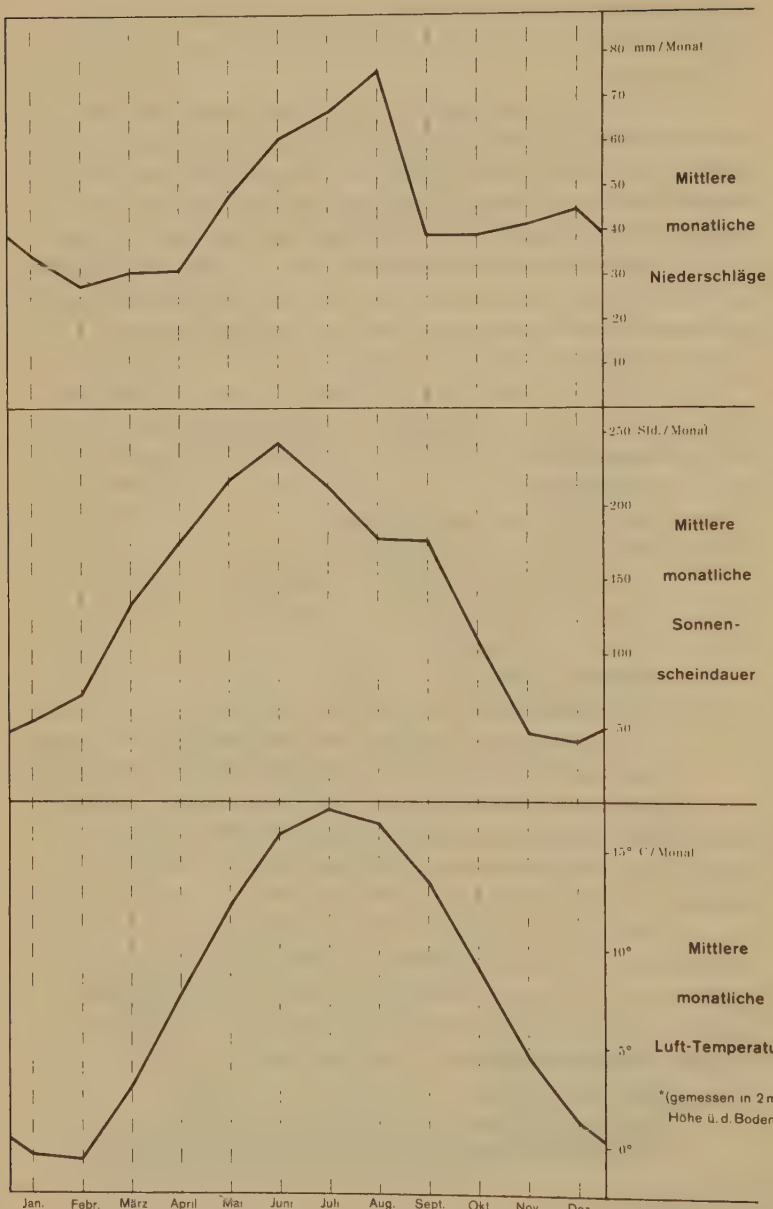
Die mittleren monatlichen und jährlichen Schwankungen sind höher als in den anderen Landkreisen des Heidebezirkes.

Die Niederschläge erreichen in den Sommermonaten Juni, Juli und August ihren Höhepunkt. Mit 550-600 mm Jahresniederschlag bleiben sie hinter den Werten der Kreise in der Lüneburger Heide zurück. (Uelzen 650-700 mm;

1) Klima-Atlas von Niedersachsen, hg. vom Deutschen Wetterdienst (Offenbach a.M.,1964).

Abb. 4

Lüchow - Dannenberg: Klima - Übersicht



Meßstationen: Dannenberg, bzw. Lüchow

Quelle: Errechnet nach Angaben der Statistischen Monatshefte für Niedersachsen 1950 - 1965, Hannover

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

Soltau 700-800 mm). [1] Im Kreis haben nur die Göhrde und der Drawehn entsprechende Niederschlagsmengen. Das restliche Gebiet liegt im Regenschatten des Endmoränenwalles.

Lüchow-Dannenberg hat höhere Werte für Sonnenscheindauer als andere Kreise des Heidebezirkes:
sie beträgt in

Dannenberg 1.607 Std. im Jahr, in
Lüneburg 1.457 Std. und in
Celle 1.516 Stunden im Jahr.[2]

Gegenüber anderen Gebieten Norddeutschlands ist in Lüchow-Dannenberg die Vegetationsdauer verkürzt. Der Vorfrühlingsbeginn ist relativ spät, der Beginn des Hochsommers vergleichsweise früh.

Vorfrühlingsbeginn: um den 1. März
(mittlerer Beginn der Schneeglöckchenblüte);
Frühlingsbeginn: um den 10. Mai
(mittlerer Beginn der Apfelblüte);
Hochsommerbeginn: um den 20. Juli
(mittlerer Beginn der Winterroggenernte).[3]

Zusammengefaßt:
Lüchow-Dannenberg gehört zum Klimagebiet des norddeutschen Tieflandes, untersteht jedoch auch dem mehr kontinentalen Klima-Einfluß der Altmark. Die Temperaturschwankungen sind größer als in den anderen Heide-Landkreisen. Die Vegetationsdauer ist im Vergleich zu ihnen kürzer.

---

1) Vgl. Deutscher Planungsatlas - Band II, Niedersachsen und Bremen, hg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Verbindung mit dem Niedersächsischen Landesverwaltungsamt (Hannover, 1961).

2) Vgl. Planungsatlas Niedersachsen, Blatt 21.

3) Vgl. Deutscher Wetterdienst: Klima-Atlas von Niedersachsen.

Wälder, Wiesen und Felder bestimmen in Lüchow-Dannenberg das Landschaftsbild. Der Wald bedeckt mehr als ein Drittel der Kreisfläche. Über die Hälfte des Kreisgebietes wird landwirtschaftlich genutzt.

Große geschlossene Waldgebiete befinden sich in der Göhrde, dem Unteren und Oberen Drawehn, der Lucie und der Gartower Talsandfläche. Vergleicht man die heutige Waldverteilung mit der am Ende des 18. Jahrhunderts, so ergeben sich bedeutende Abweichungen: die Hohe und die Niedere Geest waren weitgehend frei von Wald, die Niederung viel bewaldeter als heute. [1] Im Endmoränengebiet dominierte die Heidelandschaft. "Von der Waldarmut der Hohen Geest zeugt auch der mittelalterliche Holzmangel. Bei einem Streit zweier Dörfer klagen sich die Beteiligten gegenseitig an, einander 'Busch, auch unterweilen etliche Steige Hestern' weggenommen zu haben, während in der Niederung der Streit immer um offene Weidegelegenheit, niemals aber um Holz geht." [2]

Der Waldbestand der Lucie war in früherer Zeit umfangreicher, im Gartower Raum war der Wald mehr durch Moor und Ödland unterbrochen. [3]

Große Teile des früheren Ödlandes wurden durch Kultivierungsmaßnahmen in für die Landwirtschaft nutzbare Flächen umgewandelt. Die ehemaligen Heidegebiete der Hohen Geest und im Raum um Gartow wurden aufgeforstet. Heidelandschaft gibt es heute nur noch ganz vereinzelt.

Die aufgeforsteten Flächen haben Böden, die eine ertragreiche landwirtschaftliche Nutzung nicht zulassen. [4]

---

1) Vgl. Anneliese Krenzlin: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands, S. 18.

2) Krenzlin, S. 19.

3) Vgl. Planungsatlas Niedersachsen, Blatt 10,11.

4) Vgl. Planungsatlas Niedersachsen, Blatt 8.

Im Raum der Göhrde und des Drawehn sowie im Gartower Gebiet sind es Geestböden geringer natürlicher Güte, in Teilen der Lucie und im Norden des Landkreises Moorböden und tonig-sandige Marschböden. Die Lehmböden der Grundmoräneninseln werden als gute Ackerböden genutzt.

Der Wald ist überwiegend Nadelwald. Auf vier Fünfteln der Waldfläche herrscht die Kiefer vor. Sie dominiert im Gartower Raum, ebenso in großen Teilen der Göhrde und des Drawehn. [1] Die Niederungsgebiete der Jeetzel sind der Standort von Erlen und Eschen, Birken und Ulmen. Eichenwald findet man in der Lucie, der Gegend um Lüchow und dem Elbholz bei Gartow.

Die großen Moor- und Anmoorgebiete des Kreises befinden sich in der Jeetzel-Niederung zwischen Lüchow und Dannenberg und in der Landgraben- und Dummenieder-rung. Hauptgebiete landwirtschaftlicher Nutzung sind Lemgow und Öring im Südosten, der Drawehn und die Schweinemark im Südwesten, im Norden und Osten die Lucie und die Elbmarsch. Der Anteil des Dauergrünlandes an der Wirtschaftsfläche ist hoch, im Kreisdurchschnitt über 50 v.H., in der Jeetzelniederung sogar bis zu 80 v.H.

Der Landkreis hatte 1961 rd. 52.000 Einwohner, das entsprach einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 43 Einwohnern je Quadratkilometer (Bundesdurchschnitt 1961: 226 Einw./qkm). Der Anteil Vertriebener unter ihnen war hoch. Die Bevölkerung ist überwiegend - 1961 zu mehr als 90 v.H. - protestantischen Glaubens.

Bedingt durch die Vorherrschaft der ländlichen Bevölkerung erreichte die CDU bei Wahlen die größten Stimmenanteile. Bei den Kreiswahlen 1964 und 1968 stimmte rd. ein Drittel aller Wähler für sie, für die SPD 1968 etwas mehr als ein Viertel. Im Landkreis gab es

---

1) Vgl. Planungsatlas Niedersachsen, Blatt 9.

mehr FDP-Wähler als im Landesdurchschnitt. (s. Tab.2)

Tabelle 2

Lüchow-Dannenberg:
Ergebnisse der Kreiswahlen
von 1964 und 1968

Partei	Kreiswahlen 1964		Kreiswahlen 1968	
	von 100 gültigen Stimmen entfielen auf...			
CDU	33,3		31,5	
Landesdurchschnitt...		37,5		38,9
SPD	24,0		27,0	
Landesdurchschnitt...		43,2		41,7
FDP	15,5		10,6	
Landesdurchschnitt...		9,2		9,2

Quelle:
Statistik von Niedersachsen, Bd.118

Ein Teil der Wähler in Lüchow-Dannenberg ist konservativ-nationalen Parteien nicht abgeneigt. Frühere Wahlen brachten der DP und der DRP Stimmenanteile bis zu 10 v.H. Bei der Bundestagswahl 1969 erhielt die NPD im Wahlkreis Lüneburg/Lüchow-Dannenberg 9.721 Zweitstimmen, das entsprach einem Anteil von 7,5 v.H. (Landesdurchschnitt Niedersachsen: 4,6 v.H.). Auf die CDU entfielen bei der Bundestagswahl 48,4 v.H. aller gültigen Zweitstimmen, auf die SPD 37,1 v.H.; die FDP kam nur auf einen Anteil von 6,0 v.H.

Die Städte Lüchow und Dannenberg sind für den Landkreis die zentralen Orte. Bis zur Zusammenlegung der Kreise Lüchow und Dannenberg im Jahre 1932 waren sie beide Kreisstädte. Nach dem Zusammenschluß wurde Dannenberg zum Sitz der Kreisverwaltung, in der Nachkriegszeit Lüchow. Weitere größere Siedlungen in der Jeetzelniederung sind Hitzacker - an der Mündung der Jeetzel

in die Elbe - und Wustrow, zwischen Lüchow und Salzwedel gelegen. Im Ostteil des Kreises dienen Gartow und Schnackenburg als Nahversorgungszentren. Mit weniger als 700 Einwohnern ist Schnackenburg eine der kleinsten Städte Deutschlands. Größere Orte im Südwesten sind Clenze im Oberen Drawehn, Bergen an der Dumme und Schnega in der Schwienmark. Im Westen des Kreises entfaltet Zernien als einziger Ort zentrale Funktionen.

Bei einer Gliederung der Orte nach ihrer Bedeutung müßten drei Kategorien unterschieden werden:

		(Einwohner 1968)[1]
Übergeordnete Zentrale Orte		
	Lüchow,	5.870
	Dannenberg;	4.123
Zentrale Orte		
	Clenze,	1.303
	Gartow,	1.123
	Hitzacker;	3.761
Mittelpunktsorte		
	Bergen,	1.015
	Schnega,	471
	Wustrow,	1.247
	Zernien.[2]	510

Lüchow-Dannenberg ist in Deutschland der Landkreis mit den höchsten Anteilen an Gemeinden unter 100 Einwohnern.[3] 1968 gab es im Landkreis insgesamt 230 Gemeinden: 46 v.H. von ihnen hatten weniger als 100 Einwohner,

---

1) Vgl. Statistik von Niedersachsen, Bd.131.

2) Vgl. "Agrarstrukturelle Vorplanung - Landkreis Lüchow-Dannenberg".

3) Die drei Landkreise mit den höchsten Anteilen an Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern waren 1960 in der Bundesrepublik: Lüchow-Dannenberg mit 41 v.H., Prüm mit 30 v.H. und Bitburg mit 27 v.H.

Vgl. Herbert Morgen und Mitarbeiter, Die ländliche Kleingemeinde - in Nordwestdeutschland - in geschichtlicher, verwaltungsmäßiger und soziologischer Sicht, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Bd.41 (Hannover, 1963), S.6.

drei Viertel aller Gemeinden weniger als 200 Einwohner gegenüber einem Siebentel im Bundesdurchschnitt.

Tabelle 3

Anteile der Kleinstgemeinden an der Gesamtzahl der Gemeinden 1968

Gebiet	bis unter 100 Einwohner	100 bis unter 200 Einwohner	insges. b.u. 200 Einwohner
	Anteile in v.H.		
Lüchow-Dannenberg	45,6	29,6	75,2
Niedersachsen	6,0	11,7	17,7
Bundesrepublik	3,5	10,7	14,2

Quelle:
Statistik von Niedersachsen, Bd.131; Statistisches Jahrbuch 1969 für die Bundesrepublik Deutschland

Die Häufigkeit der Kleinstgemeinden ist zum Teil durch eine siedlungsgeographische Sonderform der Dorfanlage bedingt, den Rundling. Diese Dorfform erschwert eine Neuansiedlung innerhalb der Dorfgemeinschaft, behindert die Dorferweiterung und Bevölkerungszuzug und damit die Entwicklung zu Gemeinden mit höheren Einwohnerzahlen.

Rundlinge findet man vor allem im Süden des Kreises, im Drawehn, Öring und Lemgow. Ihr Grundriß "bildet häufig einen fast kreisrunden Dorfplatz, um den sich die Höfe als Kreisausschnitte ordnen und dem Ausgang nur eine enge Pforte lassen." [1] Die Flurverfassung zeigt die gleiche Regelmäßigkeit. Ihre Grundlage war "die deutsche Hufe mit dem Zubehör Hof, Anteil am Ackerland und Anteil an der Gemeinheitsnutzung. Das Ackerland des einzelnen liegt im Gemenge und die Aufteilung der Feldflur erfolgt

1) Anneliese Krenzlin: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands, S.23.

nach deutscher Weise in Gewannen." [1] Neue Hofstellen werden durch Teilung geschaffen, "und zwar Teilung der Hofstelle im Dorf und des Ackerlandes in den Gewannen." [2]

> Zusammenfassend lassen sich die wendländischen Rundlinge definieren als mittelalterliche Sekundärformen, die beim Vorhandensein einer wendischen Restbevölkerung unter dem Einfluß verschiedenartiger Verwaltungsmaßnahmen vor allem aus primären Dreihofrunden und gebogenen Zeilen überall dort entstanden, wo gute ... Ackerböden ... nebst Grünflächen von höherem Weidewert die Siedlungen umgaben und Orographie wie soziale Struktur der Bewohner mehrere Verbindungswege im allgemeinen überflüssig machten. 3)

Die Frage, warum das Wendland vorwiegend in der Form des Rundlings besiedelt wurde, hat man bisher verschieden beantwortet. Früher stand die Erklärung im Vordergrund, der Rundling sei eine Schutzform gewesen, ein Wehrdorf. [4] Heute erklärt man den Rundling als Sonderform eines Platzdorfes, das sich - hufeisenförmig angelegt - zu einem fast vollständigen Ring geschlossen habe. [5]

In Lüchow-Dannenberg war die Landwirtschaft immer der vorherrschende Wirtschaftszweig. Industrie, Handel und Handwerk blieben daneben von geringer Bedeutung. 1950 standen für mehr als 70.000 Einwohner nur rd. 10.000 Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zur Verfügung, davon in Lüchow rd. 2.000, in Dannenberg

---

1) Krenzlin, S. 24.

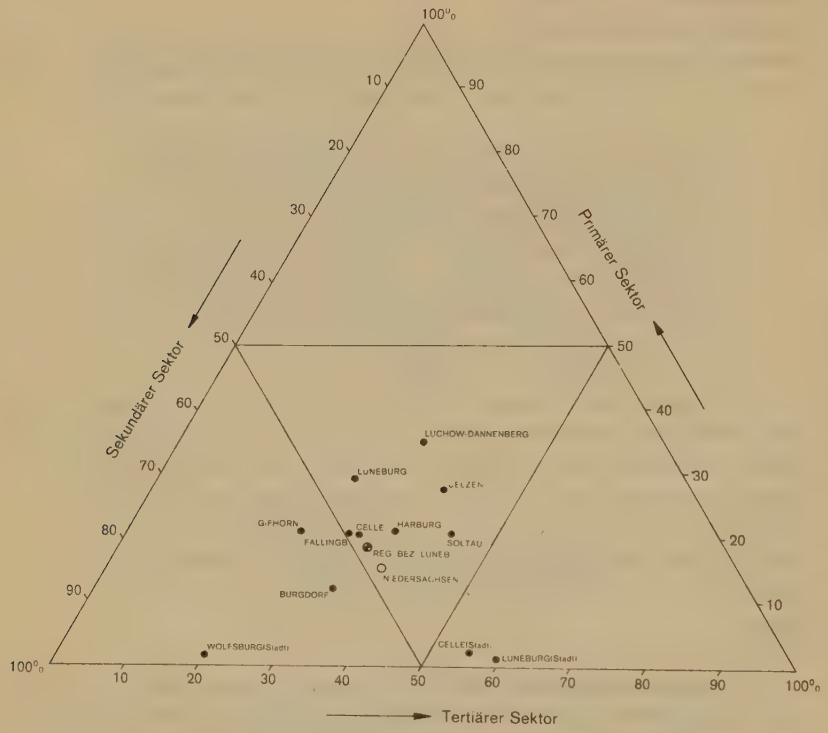
2) Krenzlin, S. 24.

3) Willy Schulz, Primäre und sekundäre Rundlingsformen in der Niederen Geest des hannoverschen Wendlandes (Bad Godesberg, 1963), S.45.

4) "Der echte Rundling der Niederen Geest ist eine Schutzform. Dies folgt aus seiner Geschlossenheit nach außen und seiner Lage mitten in der Niederung.": Krenzlin, S.45.

5) Vgl. Wolfgang Meibeyer, Die Rundlingsdörfer im östlichen Niedersachsen, Ihre Verbreitung, Entstehung und Beziehung zur slawischen Siedlung in Niedersachsen, Braunschweiger Geographische Studien, Heft 1 (Braunschweig, 1964).

Abb: 5
Regierungsbezirk Lüneburg: Darstellung der Landkreise und kreisfreien Städte nach Wirtschaftsbereichen 1961



Quelle: Statistik von Niedersachsen - Band 27, Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61, Teil 1. Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit, Nieders. Landesverw.amt - Statistik; Hannover 1964

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

rd. 1.300 und in Hitzacker rd. 1.000. (vgl. Anhang, Tab. A 13).Arbeitslosigkeit - vor allem bei der Gruppe der Vertriebenen - war die Folge. Noch 1951 waren 23 v.H. aller Erwerbsfähigen arbeitslos. (vgl. Anhang, Tab. A 19). Der Landkreis wurde deshalb früh in Notstandsprogramme einbezogen:

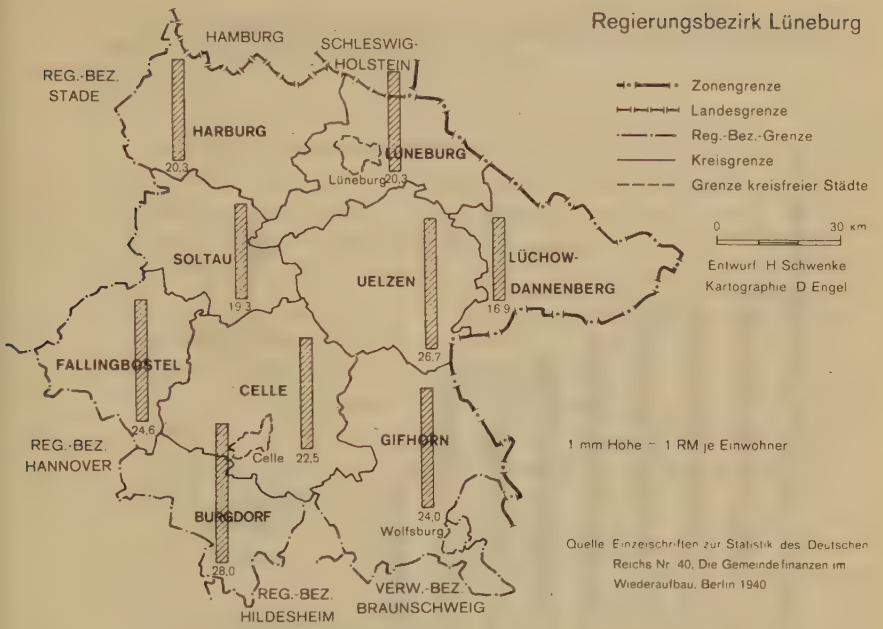
1951 wurden Teile des Kreises zum Sanierungsgebiet erklärt;

1954 Erweiterung des Sanierungsprogramms, Beginn der Zonenrandhilfe und des Regionalen Förderungsprogrammes.

Ab 1964 zählt der Landkreis zu den Bundesausbaugebieten.

1961 arbeitete noch mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft (vgl. Abb.5). Im Regierungsbezirk Lüneburg war

Abb. 6
Steuern (abzüglich Reichssteuerüberweisungen) 1935



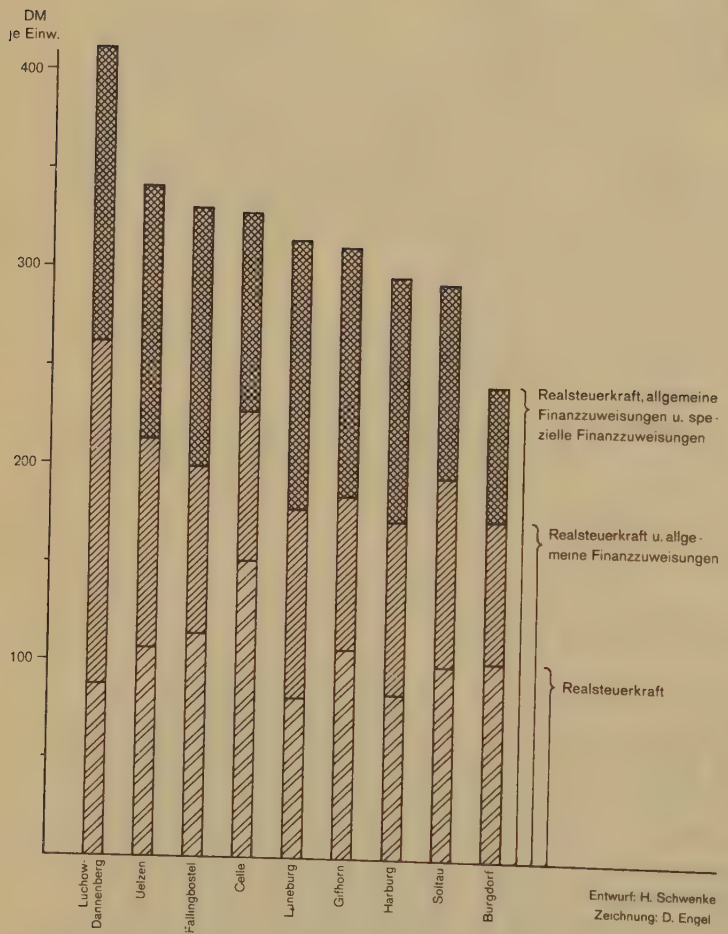
das der höchste Wert, der Durchschnitt des Landes Niedersachsen lag bei 16 v.H.

Bereits vor dem Kriege war das Steueraufkommen des Landkreises geringer als das anderer Kreise im Regierungsbezirk Lüneburg. 1935 betrug es in Lüchow-Dannenberg nur 17 Reichsmark je Einwohner, im Nachbarkreis Uelzen 27 RM je Einwohner (s.Abb.6). Zwischen 1927 und 1937 stieg das Personalsteuer-Aufkommen - je Kopf der Bevölkerung - im Finanzamtsbezirk Lüchow-Dannenberg um 3,80 RM, im Reichsdurchschnitt um 29,80 RM. Seine Höhe betrug 1937 im [1]

Finanzamtsbezirk Lüchow-Dannenberg 19,60 RM je Einwohner;
Landes-Finanzamtsbezirk Hannover 76,90 RM je Einwohner
und im Reichsdurchschnitt 88,30 RM je Einwohner.

1) Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 39: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Jahren 1926 - 1938 (Berlin, 1941).

Abb. 7
Regierungsbezirk Lüneburg
Realsteuerkraft und Finanzzuweisungen an die Landkreise 1964



Quelle: EHRLICHER, Werner; Kommunaler Finanzausgleich und Raumordnung, Hannover 1967, S. 107

Wegen seiner geringen Realsteuerkraft erhielt der Landkreis in der Nachkriegszeit hohe Finanzzuweisungen. Im Finanzausgleich 1964 waren sie - bezogen auf die Einwohnerzahl - so hoch, daß Lüchow-Dannenberg in der verfügbaren Summe auf den ersten Platz im Regierungsbezirk Lüneburg vorrückte (s.Abb.7).

Lüchow-Dannenberg gehört zu den Dienst- und Verwaltungsbezirken folgender Behörden:

Deutsche Bundespost - Oberpostdirektion Hannover;
Deutsche Bundesbahn - Bundesbahndirektion Hamburg;
Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hamburg;
Arbeitsamt Uelzen, mit Nebenstellen
in Dannenberg und
in Lüchow;
Staatshochbauamt - Sitz Uelzen;
Gewerbeaufsichtsamt - Sitz Lüneburg;
Wasserwirtschaftsamt - Sitz Lüneburg;
Straßenbauamt - Sitz Lüneburg;
Siedlungs- und Flurbereinigungsbehörde in Lüneburg.

Ferner gehört der Kreis zu den Kammerbezirken

der Industrie- und Handelskammer Lüneburg;
der Handwerkskammer Lüneburg-Stade;
der Landwirtschaftskammer Hannover.

Gerichtsbarkeit:

Amtsgerichte in Lüchow und Dannenberg,
Landgericht in Lüneburg,
Arbeitsgericht in Lüneburg,
Sozialgericht in Lüneburg,
Verwaltungsgericht in Braunschweig
- mit Kammer in Lüneburg. [1]

1) Vgl. Verwaltungsatlas des Landes Niedersachsen, hg. vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt (Hannover, 1967).

In diesem Kapitel wurde versucht, die Beschaffenheit des Kreises kurz zu beschreiben: die Böden, das Relief und das Klima, die Naturräume, die Wasserverhältnisse und die Bodenbedeckung, die Siedlungs- und Hauptwirtschaftsbereiche, das Finanzaufkommen und die Behördenorganisation.

Die Beschreibung der Beschaffenheit eines Raumes muß durch die Darstellung seines Werdens ergänzt werden. Dem dient das nächste Kapitel. Es hat die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung des Landkreises zum Inhalt.

3. KAPITEL

Lüchow-Dannenbergs

Wirtschaftsgeschichte

Funde bei Ausgrabungen zeugen von der frühen Besiedlung des Raumes, vor allem der Niederen Geest. Die Bewohner waren im Grundmoränengebiet vor Überschwemmungen sicher. Von dort aus ließ sich gut Jagd, Fischerei und Ackerbau - in einfacher Form - betreiben.

Für den Raum Lüchow-Dannenberg läßt sich durch Funde, zwei Beile, bereits in der mittleren Steinzeit die Anwesenheit des Menschen nachweisen. Funde aus der Jungsteinzeit sind häufig. An ihnen ist der Einfluß verschiedener Kulturen sichtbar. [1] Ferner entdeckte man aus dem 3. Jahrtausend v.Chr. stammende Reste von Steingräbern.

Für die Bronzezeit ist das Leben des Menschen im heutigen Kreisgebiet durch Großsteingräber germanischer Siedler, Bronze-Einfuhrgut aus dem Südosten, Urnenfriedhöfe und zahlreiche Beilfunde vielfach belegt. [2]

Aus der frühen Eisenzeit (500 v.Chr.) sind ebenfalls Urnenfriedhöfe in der Niederen Geest entdeckt worden (Jastorf-Kultur). [3]

---

1) Vgl. Alfred Pudelko, "Allgemeine Betrachtungen zur Vor- und Frühgeschichte des Höhbecks", Die Kunde, 20.Jg. (Hildesheim, 1969), S.6 f.

2) Vgl. Geschichtlicher Handatlas Niedersachsens, hg. von Georg Schnath u.a. (Berlin, 1939), Karten 1-3.

3) Ebd., vgl. Karte 4 ff.

Um die Zeitwende gehörte das Gebiet zum Siedlungsraum der Langobarden, in deren Machtbereich es bis zur Völkerwanderung blieb. In der Jeetzel-Niederung sind Urnenfriedhöfe von ihnen - aus der Zeit um 400 n. Chr. - bekannt.

Durch die Abwanderung der Langobarden nach Süden leerte sich der Raum im 6. Jahrhundert. Das Gebiet wurde von den bis dahin nur östlich der Elbe siedelnden Slawen eingenommen, die in den nächsten Jahrhunderten - bis zum Beginn deutscher Kolonisierung - zum Drawehn und in die Ilmenau-Niederung vorstießen.

Abweichend von der Hauptrichtung slawischer Besiedlung von Osten nach Westen, wird die Besiedlung des Wendlandes und der Altmark im 6. und 7. Jahrhundert in Nord-Süd-Richtung vermutet. [1] Die frühen slawischen Siedlungen glichen der regellosen Anhäufung von Einzelgehöften. Vorwiegender Siedlungsraum war die Niedere Geest. Ackerbau wird durch die Slawen - man vermutet den Stamm der Polaben oder Obotriten [2] - nur in einfacher Form mit dem Hakenpflug betrieben worden sein. Bis zum Beginn der Kolonisation ist das Landschaftsbild durch die Siedlungstätigkeit nicht wesentlich verändert worden. In dieser frühen Zeit vermutet man nur eine geringe Siedlungsdichte im Wendland.

Lüchow-Dannenberg war damals Grenzgebiet zwischen dem westlichen Altsiedelland und dem Kolonisationsland im Osten. Als Grenzraum unterstand es fränkischem und slawischem Einfluß.

Aus der Zeit Karls des Großen ist ein Kastell am Höhbeck bekannt. In diesem Zeitabschnitt begann die

---

1) Vgl. Anneliese Krenzlin: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands.

2) Vgl. Krenzlin, S.12 ff.

Ansiedlung deutscher Kolonisten im Wendland. Das vordem slawisch besiedelte Gebiet wurde bis 1300 zu einem gemischt-besiedelten Raum, in dem zum Schluß die Slawen die Minderheit bildeten.

Das während der Sachsenkriege Karls des Großen angelegte Uferkastell am Höhbeck konnte das Vordringen slawischer Besiedlung nicht verhindern. Um 900 n. Chr. hat man die Westgrenze der slawischen Siedlungen entlang der Linie Bardowick - Uelzen - Gifhorn - Magdeburg zu vermuten. 929 fand unter Heinrich I. bei Lenzen eine Schlacht gegen die Slawen statt. Durch neue Kraft bei der Kolonisierung wurden bis 950 die Slawen in Richtung der Oder abgedrängt. Die Kolonisationsströme umgingen dabei den Raum Lüchow-Dannenberg im Norden und Süden. Unter Otto I. entstanden 961 die Grenzmarken des Billungers im Norden und Geros im Süden und Osten des Wendlandes.

Die Schwächung des Reiches durch Niederlagen in Italien änderte nach 980 erneut die Lage: die Slawen drangen wieder bis zur Elbe vor. Seinen Höhepunkt erlangte der slawische Einfluß im 10. und 11. Jahrhundert.

Um 1150 wird durch wiederholte 'Wendenkreuzzüge' die slawische Vorherrschaft bekämpft und gebrochen. Es entstehen die Grafschaften Dannenberg und Lüchow. Große Teile des Wendlandes gehören damals als Eigengüter zum Einflußbereich Heinrichs des Löwen. Als 1180 über ihn die Reichsacht verhängt wurde, erstarkte die Stellung der Grafen von Dannenberg und Lüchow. Ihre Herkunft aus Salzwedel und Warpke deutet auf die Verflechtung des Raumes mit der Altmark hin.

Die Kolonisierung des Wendlandes geschah in gemäßigter Form. Die Lüneburger Fürsten und die Grafen zu Dannenberg und Lüchow - die Träger der wendländischen Kolonisation - ließen den einheimischen Slawen viele ihrer Rechte. Anders die Markgrafen im Osten: sie sicherten

ihre neu eroberten Gebiete dadurch, daß sie die Slawen in einem strengen Untertanenverhältnis hielten oder sie nach Osten zurückdrängten.

Im Wendland blieb die Zahl der Kirchen gering, Klöster wurden nicht gegründet. Lange Zeit blieb für Teile der Bevölkerung das Wendische die Muttersprache.

> Die Quellen deuten darauf hin, daß die Wenden ihren Verbleib in diesem westelbischen Raum durch ein Untertanenverhältnis erkauft haben... Da in der Folgezeit das Wendland politisch vorwiegend nach dem Westen orientiert bleibt, so verlieren sich die Verbindungen zu den Obotriten Mecklenburgs und den Wenden der Altmark, die stärker dem Germanisierungsprozeß ausgesetzt waren und sich nur in kleinen Volkstumsinseln (Jabelheide, Drömling) länger in ihrer Eigenart zu erhalten vermochten. Bis ins 18. Jahrhundert, wie im Hannoverschen Wendland, konnte sich die wendische Sprache dort jedoch nicht behaupten. 1)

Zwei Mächtegruppen strebten die Herrschaft im Wendland an: die Herzöge von Lüneburg und die Markgrafen von Brandenburg. Im Süden waren die Beziehungen zur Altmark vielfältig, vor allem nach Salzwedel, im Norden nach Lüneburg. Die Lüneburger besaßen durch ihre Lage einen Vorteil: aus nordwestlicher Richtung war leichter Eingang in das Wendland zu gewinnen als aus südlicher. Zwischen Salzwedel und Lüchow lag das einem Durchgang hinderliche Niederungsgebiet der Dumme und der Jeetzel.

1303 gingen Burg und Stadt Dannenberg an den Lüneburger Herzog über. Die Grafschaft Lüchow fiel 1317 durch Erbgang an die Markgrafen zu Brandenburg. Im Jahre 1319 verschob sich mit dem Tode des letzten Askaniers, des Markgrafen Waldemar von Brandenburg, das Kräfteverhältnis im Wendland zugunsten der Herzöge von Lüneburg. 1321 kam auch die Grafschaft Lüchow in ihren

---

1) Joachim Schwebe, Volksglaube und Volksbrauch im Hannoverschen Wendland, Mitteldeutsche Forschungen, Bd.19 (Köln/Graz, 1960), S.8.

Besitz, der Raum um Gartow ebenfalls zu dieser Zeit.

Die Eigenentwicklung der Grafschaften Lüchow und Dannenberg fand damit ihr Ende. Die Grafen von Dannenberg und Lüchow blieben eigenständig, so lange sie von Welfen und Askaniern umworben worden waren. Nach dem Tode Waldemars von Brandenburg war das Gleichgewicht zerstört, der Kernraum des Wendlandes gelangte in welfischen Besitz und blieb es von da ab. [1]

Von 1569 bis 1671 war Dannenberg selbständiges Fürstentum einer Lüneburger Nebenlinie. 1592 wurden die Vogteien Hitzacker, Lüchow und Warpke dem Fürstentum zugeschlagen. Damit wurde früh die einheitliche Verwaltung des gesamten Wendlandes gesichert. 1671 fiel der gesamte Raum zurück an das welfische Stammhaus.

Im Mittelalter und der Neuzeit änderte sich durch die Kultivierung das Landschaftsbild. Der Waldbestand in den Talniederungen verringerte sich; es entstanden dort Flächen für Wiesen und Weiden. Im 13. Jahrhundert wurde bereits mit Deich-Aufschüttungen und Flußregulierungen begonnen, um der Überschwemmungen Herr zu werden, allerdings ohne viel Erfolg. Ackerbau wurde nunmehr in geregelter Weise betrieben.

Die neu besiedelten Dörfer im Drawehn, Öring und Lemgow lagen meist auf 20 m Höhe oder nahe dieser Höhenlinie. [2] Nachfolgende Kolonisten waren gezwungen, sich höher oder tiefer anzusiedeln. Ließen sie sich im Westen nieder - in Richtung zur Hohen Geest -, mußten sie den Wassermangel bekämpfen, siedelten sie in der Niederung, den Wasserüberschuß.

---

1) Vgl. dazu Luise Drischler: Wirtschaft und Siedlung im Wendland.

2) So zum Beispiel die Dörfer: Nauden, Luckau, Lensiahn, Schreyahn, Jabel, Güstritz, Klennow, Jeetzel, Reetze, Satemin, Gühlitz.

Im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit blühten Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Schiffahrt im Wendland. Das Gebiet wurde von mehreren Handelsstrassen durchkreuzt: einer Straße von Lüneburg über Bergen (Dumme) und Salzwedel nach Magdeburg, einer Strecke von Dömitz nach Dannenberg und von dort mit Routen nach Uelzen und Lüneburg, einem Fahrweg von Dannenberg nach Salzwedel, über Schaafhausen, Grabow, bei Lüchow die Jeetzel überquerend, Bösel und Lübbow. [1)]

Dem Frachtverkehr in nord-südlicher Richtung diente vor allem die Jeetzel. Sie war damals für kleine Frachtkähne bis Salzwedel schiffbar. Die Kähne waren rd. 18 m lang, 3,5 m breit und besaßen 20 t Tragfähigkeit. Bei Elbhochwasser konnten ab Dannenberg Schiffe von 60 m Länge, 8 m Breite und 300 t Tragfähigkeit benutzt werden. Die Fortbewegung geschah durch Segeln und durch Staken. [2)]

Salzwedel hatte Fracht bis nach Flandern. Seine Einwohner verdingten sich häufig als Schiffsknechte. Auf der Jeetzel wurde stromauf mehr Fracht befördert als stromabwärts.

> Zwischen 1593 und 1650 sind die Jeetzel abwärts in erster Linie Leinen, Flachs, Tuch, Decken und Brennholz befördert worden. Stromaufwärts gingen dagegen Heringe, Bücklinge, Schollen, Stinte und andere Fische, sowie Wein, Bier, Malz, Butter, Käse..., Talg, Seife, Tran, Teer, Leinsaat,... Eisen, Blei, Pfannensteine und Leder. 3)

---

1) Vgl. Hansische Handelsstraßen, Atlas, bearb. von Hugo Weczerka und Friedrich Bruns, Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, hg. vom Hansischen Geschichtsverein, N.F. Bd.13, Teil 1 (Köln/Graz, 1962), Teil 2 (Textband) (Köln/Graz, 1967).

2) Vgl. O. Franzius: Die Wasserwege Niedersachsens, S. 75.

3) Siegmund A. Wolf, Zur Geschichte der Stadt Hitzacker und ihrer Bürgerhäuser 1258 - 1958, hg. von der Stadt Hitzacker (Hitzacker, 1958), S.55 f.

Salzwedels Handel brachte auch den anderen Jeetzelstädten Nahrung. Als die Jeetzelschiffahrt nach dem Dreißigjährigen Kriege zum Erliegen kam, klagte 1694 der Amtmann in Hitzacker, daß die Stadt durch die Jeetzel-Verfrachtungen nichts mehr verdiene, weil'die Stadt Salzwedel ganz nahrlos worden' sei. [1)]

Der Ackerbau im Wendland dehnte sich bis in die Hohe Geest aus, nur fand dort nicht die Bewirtschaftung im Dreifeldersystem statt, sondern Plaggenwirtschaft.

> Hauptmerkmal ist der Jahr für Jahr auf derselben Fläche wiederholte Anbau von Roggen; auf ihn folgte nach mehreren Jahren Rauhhafer und Buchweizen, und brachten auch diese Früchte keinen Erfolg mehr, so wurde eine neue Fläche bebaut, während man die alte der natürlichen Berasung überließ; man legte sie in Legden... Um für den 6 - 8 Jahre hintereinander erfolgenden Körnerbau angemessene Erträge zu sichern, wurde auf das Ackerland der sogenannte Plaggendünger gebracht, der eine Mischung von natürlichem Dung und Heide ist... Zur Gewinnung des Plaggendungs für 1 Morgen Ackerland waren 10 Morgen Heide erforderlich. So stand der völligen Kultivierung des Heidelandes das Arbeitssystem des ewigen Roggenbaues entgegen. 2)

Die Agrarverfassung des Wendlandes blieb der im Westen verbunden. Sie führte nicht zu Großgrundbesitz. Ausgedehnter grundherrschaftlicher Besitz war nur im Gartower Raum und der Dannenberger Elbmarsch vorhanden. Schon im 17. Jahrhundert sorgten Erlasse aus Lüneburg für den Schutz der Bauern. Als im 19. Jahrhundert die grundherrlichen Lasten abgelöst wurden,[3)] wirtschafteten die Bauern von dann ab frei auf eigener Scholle.

---

1) Vgl. Siegmund A. Wolf: Geschichte der Stadt Hitzacker, S. 55.

2) Anneliese Krenzlin: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands, S. 55 f.

3) 1802 Gemeinheitsteilungsordnung,
1831 Verordnung über die Ablösung grund- und gutsherrlicher Lasten,
1843 Hannoversches Verkoppelungsgesetz.

Vgl. Krenzlin, S.61.

Über den Broterwerb der wendländischen Einwohner im 18. Jahrhundert berichtet MANECKE [1] aus den Ämtern Lüchow, Dannenberg, Hitzacker und Gartow:

Amt Lüchow:

> Die Aecker tragen Rocken, Gerste, Hafer, Buchweizen, etwas Weizen, Erbsen, Bohnen, Hirse, Linsen, Wicken, viel Lein, auch Kartoffeln und weißen Kohl... Der weiße Kohl, den Eingesessene im Felde ziehen, wird zum Verkauf nach Lüneburg, Uelzen u.m.O. gebracht... Hanf wird gar nicht gebauet, der Flachsanbau aber mit so großem Fleiß und Sorgfalt, als immer möglich getrieben... Roh wird wenig und nur derjenige Flachs verkauft, den Eingesessene mit den Ihrigen, groß und klein aufzuspinnen nicht vermögen... Es werden 3 Arten von Leinewand gemacht. Pechleinen von der gröbsten Hede, Halbleinen ... und Flechsenleinen. Letztere beiden Sorten werden von den Hausleuten selbst gebleicht und dann das, was sie nicht selber bedürfen, an die Leinenhändler in den Städten und die Leinweber in Bergen deren es dort viele giebt, verkauft. Man rechnet den Gewinn der Eingesessenen von Leinen-Garn und rohem Flachs jährlich auf 24 - 30.000 Thaler. 2)

Viehzucht ergänzte den Ackerbau: man zog im Wendland Füllen und Stiere auf und verkaufte sie an Roß- und Viehhändler aus der Altmark. In den Heide-Dörfern wurde viel Schafzucht betrieben. Vor allem im Drawehn gab es viele Imker. Im Jahre 1764 wurden dort 3.000 Bienenstöcke gezählt. 3)

Landwirtschaft und Leinewand-Herstellung reichten als Lebensgrundlagen nicht für alle Einwohner aus. Im Drawehn waren als Nebengewerbe Besenbinden und Beerenpflücken üblich. Hinzu kamen der Handel und andere Verdienstmöglichkeiten:

> Die Eingesessenen, die an der Brandenburgischen Grenze wohnen, treiben Handel und Wandel nach den

---

1) 1746 in Lüneburg geboren; von 1774 bis 1775 Amts-Auditor in Lüchow; 1827 gestorben.

2) Urban Friedrich Christoph Manecke, Topographisch-historische Beschreibungen der Städte, Aemter und adelichen Gerichte im Fürstenthum Lüneburg, in zwei Bänden (Celle, 1858), S. 135, II.Bd.

3) Ebd., vgl. S.136.

nächsten Städten mit Korn, das sie sich aus dem Brandenburgschen liefern lassen... Einige wenige Ackersleute fahren auch Fracht von und nach Lüneburg, und Eingesessene, die mit kleinen oder gar keinen Stellen angesessen sind, gehen im Sommer nach Holland und Ostfriesland zum Torfmachen. Der Fischfang und der Verkauf von Fischen giebt gar wenigen Verdienst. 1)

Amt Dannenberg:

Landwirtschaft und Leineweberei, Hopfenanbau, Imkerei und Schafzucht waren die Erwerbsgrundlagen im Amte Dannenberg.

Der Acker= auch Hopfenbau und die Viehzucht ernähret die Bewohner der Marsch und die, die an dem Gehölze, die Luzie wohnen. Der Hopfenbau ist ansehnlich. Man schätzt ihn auf den jährlichen Ertrag von 20.000 Thaler. Handelsleute aus Braunschweig, aus dem Holsteinschen und aus den hiesigen Landen holen den Hopfen von hier ab... Den Eingesessenen in der Heide oder in der Hausvogtei giebt der Ackerbau und die Viehzucht den nothdürftigen Unterhalt nicht, sondern mehr als jene beide trägt ihnen ein die Bienen= und Schafzucht, vornemlich aber die Bearbeitung des Flachses zu Kaufgarn und Leinewand, welches gleich wie Honig und Wachs nach Hamburg hin versandt wird. 2)

Amt Hitzacker:

Auf den Marschböden in Hitzackers Umgebung wurde Ackerbau, Rinder- und Pferdezucht betrieben, auf den Heideböden der Geest Bienen- und Schafzucht. 3)

Gericht Gartow:

Auch im Gartower Raum war ein Teil der Einheimischen gezwungen, sich sommers auswärts zu verdingen, z.B. als 'Hollandgänger'.

Der Ackerbau und die Viehzucht ist es vornemlich, die den mehresten Gerichtseingesessenen Beschäftigung und Nahrung giebet. Die Producte, die ausgeführt werden, sind Korn, Hanf, Flachs, Vieh,... Wolle, Honig, Wachs, etwas Eichen= und viel Tannen-

1) U.F.C. Manecke: Topographisch=historische Beschreibungen..., II.Bd., S. 136.

2) Ebd., S. 85 ff.

3) Ebd., S. 69.

> holz, zu dem Nebengewerbe der Eingesessenen aber gehört das Schiffahrten auf der Elbe, das Reisen nach Holland zum Grasmähen, das Kaufgarnspinnen und das Leineweben zum feilen Verkauf. 1)

Zusammengefaßt: Ackerbau und Viehzucht bildeten die Grunderwerbsquellen der wendländischen Einwohner. Hinzu trat - als Form intensiver Landnutzung - der Gartenbau. Durch die Leineweberei - sie entwickelte sich von einer bäuerlichen Nebentätigkeit zu einem Gewerbe - wurde die Erwerbsgrundlage für die wendländische Bevölkerung erweitert, durch Handel, Schiffahrt und andere Dienste ergänzt.

In den Zeiten der Kolonisation waren die Deutschen durch verstärkte Ansiedlung zur Mehrheit geworden. Die wendländischen Slawen wurden zwar nicht vertrieben, aber in minder ertragreiche Gebiete abgedrängt. In den aufblühenden städtischen Gemeinwesen durften sie lange Zeit nicht die Bürgerrechte erhalten. Ein Uelzener Magistratsbeschluß vom Jahre 1619 lautete:

> Wenn derfernest auch einige dieser Stadt Borgher sich an einige Weiber, so nicht teutscher, sondern wendischer Herkommnis seien, verheirathen, so will Ew. Rat die Borgere wolmeintlich gewarnet haben sich dessen zu enthalten, falls sich nun der ein oder ander, dem zuwider, sich mit dero gleichen Personen befreunte sollen, so können und sollen dero Kinder, die aus solcher Ehe geboren werden in keine Aemter aufgenommen werden, noch mit einigen dieser Ortsüblichen Geburtsbriefen versehen werden. 2)

---

1) U.F.C. Manecke: Topographisch=historische Beschreibungen..., II.Bd., S. 173.

2) Benecke, Lüneburger Heimatbuch (Bremen, 1927), S. 383.

Zit. nach: H. Hildebrand, "Siedlungsform und Siedlungsdichte der Dörfer im Hannoverschen Wendland", Heimatkundliche Beiträge zum Studium Niedersachsens, hg. von J.U. Samel, Heft 1 (Hannover, 1958), S. 12 f.

Die Nachfahren der ehemals slawischen Bevölkerungsgruppe blieben lange Zeit als Minderheit unter sich. Das Urteil der anderen Einwohner über ihre Charaktereigenschaften lautete bis in dieses Jahrhundert, sie wären anspruchslos, gesellig, fleißig und robust, sie wären aber auch prahlerisch, verschwenderisch, redselig und verschlagen. [1]

Pläne zur Förderung des Raumes gab es schon frühzeitig. Bereits im Jahre 1681 wurde durch Georg Wilhelm, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg-Celle, Neusiedlern in einer Bekanntmachung zur Ansiedlung in Hitzacker versprochen:

> Sol denen, so zu Hitzacker neu anbauen wollen, ein Platz zum Hause, auch einig Hoff- oder Garten-Raum umbsonst gegeben (werden)...
> Die Bau-Materialien... sollen auff ein denen Anbauenden... zu ertheilendes Attestatum bey allen Ihrer Durchl. Zollen zu Wasser und Lande frey passirt (werden können)...
> Die Neuanbauende sollen von Einquartierung und insgemein allen Beschwerden, An- und Auflagen, ordinar und extraordinar... auf eine gewisse Zeit nach Proportion derer von ihnen zu erbauenden Häuser befreyet seyn. 2)

Die Pläne des Herzogs scheiterten damals, weil sich nur zwei Bauwillige meldeten. Auch andere Städte standen unter landesherrlicher Schirmherrschaft und konnten Neubürgern ebenfalls Privilegien einräumen.

Im folgenden wird kurz die Entwicklung einzelner Orte in den vergangenen Jahrhunderten beschrieben: der Stadt Schnackenburg und des Fleckens Gartow, im Osten des Kreises; der Orte Bergen/Dumme und Clenze im Südwesten; der Jeetzel-Städte Wustrow und Lüchow, Dannenberg und Hitzacker.

---

1) Vgl. Joachim Schwebe: Volksglaube und Volksbrauch im Hannoverschen Wendland, S. 10 ff.

2) Zit. nach: Siegmund A. Wolf: Geschichte der Stadt Hitzacker, S. 80 f.

Schnackenburg

Der Ort an sich ist zwar geringe, hat auch schlechten Acker; doch scheinet selbiger wegen seiner guten Gelegenheit zur Schiffahrt, und der auf der Elbe habenden Zoll=Gerechtigkeit, indem alle aus Böhmen, aus Sachsen, aus dem Magdeburgischen und aus der Marck kommende und nach Hamburg fahrende Schiffe, allda den Zoll entrichten müssen, nicht wenig zu importiren.

Zedler, 1743

Die Stadt Schnackenburg wuchs, lebte und verfiel mit ihrer Bedeutung als Zollplatz. Es wurden hier drei Zölle erhoben: Landzoll für die Waren auf dem Landweg, Alandzoll für den Schiffsverkehr auf diesem Fluß und Elbzoll, der wichtigste von allen. Wegen des Elbzolls kam es zu häufigem Streit zwischen den Fürsten.

Um 1300 war Schnackenburg im Besitz der Markgrafen von Brandenburg. Aber schon 1320 zogen die Herzöge von Lüneburg den Zoll ein. [1] 1328 kam es zu einem Vergleich: die Lüneburger erhielten die Grafschaft Lüchow, Schnackenburg fiel zurück an den Markgrafen. In der folgenden Zeit wurde Schnackenburg dann an die Herzöge von Lüneburg verpfändet. 1362 bestätigte eine kaiserliche Urkunde die Zugehörigkeit Schnackenburgs zum Herzogtum Lüneburg.

Durch die Zollerhebung wuchs Schnackenburgs Bedeutung schnell. Urkunden vom Anfang des 14. Jahrhunderts sprachen noch von einem Dorf, 1351 bereits von der Verpfändung des Weichbildes, des Zollhofes und des Zolls. 1373 wurden dann Schloß und Stadt Schnackenburg und ihre Zolleinnahmen verpfändet. Nach einem Schiedsspruch hatte Brandenburg einen Anspruch auf die Hälfte der Zolleinnahmen. Dieser Anspruch wurde durch Verpfändung an die Herzöge von Braunschweig übertragen. Ab 1441

1) Vgl. zum folgenden: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954, Sonderdruck der Elbe-Jeetzel-Zeitung (Lüchow, 1954).

mußte bei Lenzen an der Elbe der brandenburgische Zoll gesondert entrichtet werden.

Als zu Beginn des letzten Jahrhunderts die preußische Ein- und Ausfuhr strenger überwacht wurde, begann Schnackenburgs allmählicher Niedergang. Nach der Gründung des Deutschen Zollvereins und dem Beitritt Hannovers wurde 1864 der Elbzoll aufgehoben. Damit entfiel für die Schiffer der Zwang, in Schnackenburg anzulegen. Schnackenburgs Handel wurde schwer beeinträchtigt. 1925 lebten nur noch 605 Einwohner in der Stadt, ein Viertel weniger als 100 Jahre vorher:

1821	818	Einwohner,
1848	813	Einwohner,
1871	684	Einwohner,
1905	643	Einwohner,
1925	605	Einwohner. [1]

Gartow

Lange Zeit hindurch war im Osten Lüchow-Dannenbergs zwischen Gartow und Schnackenburg Streit um die Vorherrschaft.

Die Herren von Gartow werden urkundlich zum ersten Mal im Jahre 1225 erwähnt. [2] Man vermutet, daß in dieser Zeit schon eine Burg an einem See der Seege bestanden habe. Im Schutze dieser Burg wuchs im 13. und 14. Jahrhundert die Siedlung. 1321 war Gartow bereits ein Kirchdorf. Um 1360 kamen Stadt und Herrschaft Gartow an den Johanniterorden. Gartow wurde Komturei und

1) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Band 45 (Hannover, 1966).

2) Vgl. 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954, S. 16 ff.

unterstand unmittelbar dem Reich. [1]

Von 1441 bis 1694 residierten in Gartow die von Bülow. Um 1600 entfiel für den Raum die Reichsunmittelbarkeit, er wurde erneut lüneburgisches Gebiet. 1694 wurde Gartow durch die Familie von Bernstorff erworben. [2] Damit begann sein Aufstieg. 1720 wurde das 'Geschlossene Adelige Gericht Gartow' errichtet, das in der Bedeutung einem Amte gleichkam. Schnackenburg wurde von seinem Hinterland abgetrennt und verlor an Einfluß. In Gartow wurden zwischen 1710 und 1727 ein Schloß und eine Kirche erbaut.

Das 'Adelige Gericht' bestand bis 1850. Dann wurde es aufgelöst und mit Schnackenburg zum Königlichen Amt Gartow-Schnackenburg vereint. 1871 verlor Gartow den Sitz des Amtsgerichts, 1872 den Sitz des Amtes. Beides wurde nach Lüchow verlegt.

Im Gartower Raum wurde 1803 mit der Aufforstung der Talsandflächen zwischen Gartow und Trebel begonnen. 1860 waren die letzten Heideflächen in Forsten verwandelt. Die Forstwirtschaft wurde für den Ort zum wichtigen Wirtschaftszweig. 1870 nahm ein Sägewerk den Betrieb auf, 1891 ein zweites. Dennoch lebten 1925 nur wenig Einwohner in Gartow. Ihre Zahl war über 100 Jahre fast konstant geblieben:

1821	918	Einwohner,
1848	914	Einwohner,
1871	1.067	Einwohner,
1905	939	Einwohner,
1925	941	Einwohner. [3]

---

1) Vgl. Luise Drischler: Wirtschaft und Siedlung im Wendland, S. 17 f.

2) Andreas Gottlieb von Bernstorff: bis 1704 Ministerpräsident in Celle, danach Premierminister in Hannover und Leiter der Deutschen Kanzlei.

3) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961.

Bergen

Der Flecken Bergen entstand an einer Furt der alten Handelsstraße von Lüneburg nach Magdeburg. Zur Sicherung des Dumme - Überganges wurden dort Befestigungen gebaut, Bauern und Handwerker siedelten sich an. 1552 gab es in der Stadt sechs Schmiede, ein Gewerbe, das an Rastplätzen von Frachtstraßen stets häufig vertreten war.

Bergen war Zollstadt an der Grenze altmärkischen und lüneburgischen Territoriums. Zweiter Bürgermeister war bis 1600 stets der jeweilige lüneburgische Zöllner.

Landwirtschaft und Leinewandherstellung sicherten den Bewohnern den Lebensunterhalt. 1676 bekam Bergen ein königliches Brauhaus.

Im vergangenen Jahrhundert stagnierte die Entwicklung, bedingt durch den Verfall der Leineweberei. Der Flecken - Bergen hatte nie Stadtrechte erlangt - zählte 1925 nur 961 Einwohner; das entsprach einem Bevölkerungsstand, der bereits 50 Jahre vorher erreicht worden war:

1821	822	Einwohner,
1848	919	Einwohner,
1871	979	Einwohner,
1905	1.008	Einwohner,
1925	961	Einwohner. [1]

Clenze

In einer Urkunde aus dem Jahre 956 wird der Ort Clenze zum ersten Mal erwähnt. Otto der Große vermacht darin das Dorf Clenze mit anderen Dörfern dem Kloster Quedlinburg.

---

1) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961.

Später gehörte Clenze Wichmann Billung, einem Neffen Hermann Billungs, danach dem Stift Kemnade. [1] In den Registern dieses Stiftes wird im Jahre 1004 das Dorf 'Claniki im Drewani' als Besitzung erwähnt.

Clenze gehörte zum Amte Warpke, ab 1548 zum Amte Lüchow und später zum Amte Bergen. 1777 zählte man im Ort 33 Feuerstellen, 1825 65 Wohnhäuser. 1827 brannte ein großer Teil des Ortes ab.

Die Haupteinkünfte der Bevölkerung stammten aus der Landwirtschaft und dem ländlichen Handel und Handwerk. Im vergangenen Jahrhundert stieg Clenzes Einwohnerzahl nur bis 1871. Von 1871 bis 1925 ging sie leicht zurück:

1821	507	Einwohner,
1848	712	Einwohner,
1871	871	Einwohner,
1905	824	Einwohner,
1925	814	Einwohner. [2]

Wustrow

Halben Weges zwischen Salzwedel und Lüchow liegt an der Jeetzel - dort, wo sie die Dumme aufnimmt - die Stadt Wustrow.

Das Wachsen der Stadt, auf mehreren Inseln in der Jeetzel- und Dummeniederung, ist mit der Geschichte der Herren von Wustrow und ihrer Burg verknüpft. 1217 wird Wustrow zum ersten Mal erwähnt, 1377 nennen Urkunden sie schon 'Stadt'.

Um 1600 starb das Geschlecht derer von Wustrow aus. Neuer Burgherr wurde Curd von Münchhausen, nach seinem

---

1) Vgl. 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954, S. 11 f.

2) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961.

Tode fiel Wustrow an die Herzöge von Dannenberg. Die Stadt war Verwaltungs- und Gerichtssitz des gleichnamigen Amtes.

Wechselnde Einquartierungen im Dreißigjährigen Kriege und Feuersbrünste in den Jahren 1645, 1691 und 1743 trafen die Bürgerschaft schwer. [1] Ackerbau und Viehzucht, die Lebensgrundlagen, wurden bald durch andere Gewerbe ergänzt: Gerber, Färber, Brauer, Brenner, Leineweber. Es gab einige kleine Braustätten. Wustrower Braunbier war in der Umgegend gefragt.

Alle anderen Gewerbe übertraf die Leineweberei an Bedeutung. In der Umgebung wurde Flachs angebaut. Die wasserreichen Niederungen waren für das Rötten des Flachses günstig. Verarbeitet wurde er durch die Leineweber, winters auch durch die Bewohner der wendländischen Dörfer. Zwischen 1790 und 1799 wurden in Bergen, Wustrow und Lüchow Leggen gegründet, 1833 auch in Dannenberg. Sie regelten den An- und Verkauf der Leinewand und überwachten und beglaubigten ihre Qualität. "Die Leggemeister maßen das Gewebe auf 10-Ellen-langen Maßtischen und stempelten es mit zwei Leggestempeln. Die Leggen waren Zwangsleggen, denen also alle Gewebe vorgelegt werden mußten. Ungestempeltes Linnen durfte nicht verkauft werden. Leggegebühren wurden im Lüneburgischen nur von 1829 - 1846 erhoben." [2]

Wustrows Bedeutung wuchs mit der steigenden Leinwandherstellung: 1861 wurden der Wustrower Legge 730.000 Ellen Leinwand vorgelegt - mit einem Wert von 75.000 Talern.

---

1) Vgl. zum folgenden: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954, S. 40 f.

2) Günther Franz, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Veröffentlichungen, Bd. 54 (Bremen, 1955), S. 48.

Das Aufkommen des mechanischen Webstuhles bereitete dem Leineweberhandwerk, hier wie anderswo, ein allmähliches Ende. 1874 wurde in Wustrow eine mechanische Weberei eröffnet; sie bot bis nach 1945 die meisten Arbeitsplätze.

1906 wurde in der Nähe Wustrows ein Kalischacht errichtet, weitere folgten in den nächsten Jahren. Damit begann für Wustrow ein wirtschaftlicher Aufschwung, bis zum Jahre 1925. Dann wurden die Schächte durch das Kalisyndikat stillgelegt.

Die Einwohnerzahl der Stadt hatte sich im Zeitraum von 1821 - 1925 verdoppelt. Von 1925 bis 1939 ging sie langsam zurück:

1821	655	Einwohner,
1848	804	Einwohner,
1871	818	Einwohner,
1905	968	Einwohner,
1925	1.218	Einwohner,
1939	1.108	Einwohner. [1]

Hitzacker

Amt und Städtlein in einer lustigen Gegend an der Elbe, wo dieselbe die Irtze zu sich nimmt, zwischen Dömitz und Lauenburg. Es hat etliche hohe Berge, auf deren einem ein Turm oder Schloß gestanden.

Zedler, 1735

Die Burg Hitzacker, an der Mündung der Jeetzel in die Elbe, gehörte zum Eigentum Heinrichs des Löwen. Als 1180 die Reichsacht über ihn verhängt wurde, kam es zwischen den Welfen und Askaniern zum Streit um ihren Besitz. Die Burg war wegen ihrer Lage bedeutend: wer die Jeetzelmündung beherrschte, herrschte über Handel und Schiffahrt im Wendland.

---

1) Gustav Uelschen, Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961.

1229 fiel Hitzacker an die Askanier. In wenig günstiger Lage wurde am Fuß der Burg eine Ansiedlung gegründet. 1258 erhielt der Ort bereits Stadtrecht.

Hitzacker besaß ein Zollamt. 1593 betrugen die Einnahmen rd. 6.800 Mark, 1619 rd. 13.000 Taler. [1] Von 1604 bis 1635 war die Stadt Residenz eines Herzoges: August des Jüngeren von Braunschweig-Lüneburg.

Die Ackerflur der Stadt war nur gering. Ein Teil des Grünlandes lag östlich der Elbe. So konnte die Landwirtschaft nicht zum Haupterwerb der Bürger werden.

Dem ansässigen Handel machte die Konkurrenz der Hökerer zu schaffen. Diese durften mit ihren Schuten in Hitzacker anlegen und mit den Bauern der Umgebung Korn und Grütze gegen Fett und Käse tauschen. Der Absatz ins Mecklenburgische wurde behindert, weil das östliche Elbufer Zollausland war. In einer Bittschrift aus Hitzacker hieß es im Jahre 1786:

> Aus dem benachbarten Mecklenburgischen wird Korn zur Wiederausfuhr nach Hamburg angekauft. Dieser Handel, der sonst den Hauptverkehr des hiesigen Städtchens ausmachte, hat aber seit einigen Jahren sehr gelitten und ist fast ganz dadurch aufgehoben worden, daß der Herzog von Mecklenburg-Schwerin den inländischen Untertanen die Zollfreiheit sowohl zu Dömitz als zu Boitzenburg erteilt hat... Wofern daher nicht die hiesigen Untertanen mit einer gleichen Gnade begünstigt werden, so dürfte wohl die Kornhandlung gänzlich aufhören. [2]

Hitzackers Handel mit den umliegenden Dörfern konnte keinen großen Gewinn bringen; die Heide war zu dünn besiedelt, Dannenbergs Konkurrenz zu mächtig.

Das Handwerk war in Hitzacker zahlreich vertreten. An Handwerkern gab es nach den Gildebriefen:

---

1) Vgl. zum folgenden: Siegmund A. Wolf: Geschichte der Stadt Hitzacker.

2) Zit. nach: Siegmund A. Wolf, S. 60.

4 Bäckermeister, 16 Schustermeister, 5 Schneidermeister, 5 Leineweber, 4 Hufschmiede, 2 Schlosser, 5 Tischler. [1]

Im 18. Jahrhundert lebten in der Stadt rd. 800 Einwohner. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die Stadt rd. 900 Einwohner und 100 Häuser. [2]

1873 wurde Hitzacker durch den Bau der Eisenbahnstrecke von Lüneburg nach Wittenberge an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Durch die Entdeckung einer Mineralquelle begann 1883 Hitzackers Aufstieg zum 'Heilbad'. Ein Trinkpavillon, ein Theaterhaus auf dem Weinberg und ein Badehaus entstanden.

Um 1900 wurde bei Hitzacker mit dem Abbau von Kiesvorkommen begonnen. Der Lärm vertrieb bald die Kurgäste, die Quelle versiegte mangels Pflege. Damit war Hitzackers Aufstieg zum Bad beendet.

Die Einwohnerzahl stagnierte bis zum Jahre 1936 und begann dann nach der Errichtung eines Wehrmachtsbetriebes anzusteigen. 1939 hatte Hitzacker 2.143 Einwohner.

Dannenberg

Der Ort ist wegen der zur Vieh=Zucht, Acker= und Honig=Bau bequemen Gegend, und des Jeetze=Stroms sehr nahrhafft; insonderheit wird viel Geld von der groben Leinwand, Pechtling genannt, gemacht, welche häufig nach Hamburg, und von dar nach England und Norwegen gebracht wird.

Zedler, 1734

Bereits um 1150 war Dannenberg der Sitz eines Adelsgeschlechtes. Von 1223 bis 1225 wurde im Turm der Burg

---

1) Vgl. Siegmund A. Wolf, S. 63.

2) Vgl. J.G.Fr. Cannabich, Lehrbuch der Geographie nach den neuesten Friedensbestimmungen, 12. ber. und vermehrte Auflage (Ilmenau, 1829), S.392.

zu Dannenberg Waldemar II. von Dänemark in Haft gehalten. 1306 starb der letzte der Dannenberger Grafen. Die Herzöge von Lüneburg-Braunschweig hatten 1303 die Stadt und die Herrschaft von ihm durch Abtretung erworben. Sie vergaben sie als Lehen. Zu dieser Zeit war Dannenberg häufig verpfändet.

1373 bekam die Stadt ein Stadtgericht und die Erlaubnis zur Einrichtung eines Ratsstuhles. [1] Um 1380 wurde die Johanniskirche erbaut.

Bis in die Neuzeit blieb die Stadt in lüneburgischem Besitz. Sie erhielt 1852 ein Obergericht, das aber schon 1859 wieder nach Lüneburg zurückverlegt wurde.

Die Stadt hatte durch Unbilden viel zu leiden: 1483 wurde sie durch Feuer zum Teil zerstört, 1490 vom Hochwasser umschlossen; die Jahre 1592, 1602 und 1608 brachten große Brände. 1631 wurde Dannenberg geplündert, 1638 wütete die Pest. Im 18. Jahrhundert kam es mehrmals zu Hochwasser und Überschwemmungen.

Über Dannenbergs Wirtschaft im 18. Jahrhundert berichtet MANECKE :

> Unter dem Betriebe der Bürgerschaft gehört der Ackerbau, vornehmlich aber die Brauerei und die Branntweinbrennerei. Der Handel, der mit Pechleinen, das nach Hamburg und von dort in die See geht, getrieben wird, ist einer der beträchlichsten und das feine Waizenmehl das hier und zu Prisser gemacht wird, wird weit verfahren. Auch haben verschiedene ihre Nahrung von der Schiffahrt auf der Jeezel und der Elbe. 2)

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte die Stadt 183 Häuser und 1.346 Einwohner, um 1830 192 Häuser und

---

1) Vgl. zum folgenden: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954.

2) U.F.C. Manecke: Topographisch=historische Beschreibungen..., I. Bd. S. 195.

1.426 Einwohner. [1] Es gab einen regen Handel mit Korn, Mehl, Garn und Leinewand. 1833 wurde ebenfalls in Dannenberg eine Leinen-Legge gegründet.

1870 wurden die Straßen nach Lüneburg und Uelzen befestigt, 1874 Dannenberg an die Eisenbahnlinie Wittenberge-Lüneburg angeschlossen. Durch ihre Verkehrslage besaß die Stadt damit gegenüber Lüchow einen Vorteil. Ihre Bevölkerungszahl stieg allmählich. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 2. Weltkrieges hatte die Stadt rd. 2.000 Einwohner. [2]

Lüchow

> Die Stadt liegt sonst 2 Meilen über Danneberg an einem sumpfichten Ort, aber doch in einer sehr fruchtbaren und lustigen Gegend, indem die Jeetze sich hier in 4 Arme theilet, die durch und an der Stadt fliessen, und soll sonst nur ein Paß oder Damm mit 2 Wirths=Häussern gewesen seyn.
>
> Zedler, 1738

Im Mittelalter war Lüchow lange Zeit Grafensitz. Nachdem die Stadt in lüneburgischen Besitz übergegangen war, wurden die Herren von Warpke mit der Grafschaft belehnt und nannten sich fortan Grafen von Lüchow. Sie standen zu den lüneburgischen Herzögen nur in einem losen Vasallenverhältnis.

Zu dieser Zeit hatte Lüchow engere Wirtschaftsbeziehungen zur Altmark als zum Lüneburger Raum. Die in Lüchow geprägten Silberpfennige wurden deshalb den in der Altmark gängigen Münzen angeglichen, nicht den lüneburgischen. [3]

---

1) Vgl. J.G.Fr. Cannabich: Lehrbuch der Geographie.., S. 392.
Vgl. Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und Künste, hg. von J.S. Ersch und J.G. Gruber, 1.Section, 23. Theil (Leipzig, 1832), S. 32.

2) Vgl. Anhang, Tab. A 1.

3) Vgl. Chronik der Stadt Lüchow (Lüchow, 1949).

Über den Nahrungserwerb der Lüchower Bürger heißt es: "In Ansehung des Gewerbes und der Nahrung aber theilen sich Einwohner in Brauer, Branntweinbrenner, Kaufleute, Handwerker und Tagelöhner. Die Brauerei und Branntweinbrennerei, auch der Handel mit Leinen und Korn ist eine Hauptnahrung der Bürger." [1] Das in Lüchow gebraute kräftige Bier - der Hopfen stammte aus der Dannenberger Marsch, die Gerste aus dem Lemgow und dem Drawehn - fand in der Altmark und Lüneburg Absatz. [2] 1770 gab es im Stadtgebiet rd. 200 Wohngebäude. [3]

Im Zeitraum von 1668 - 1777 leisteten in der Stadt Lüchow 571 Einwohner den Bürgereid. [4] Nur 226 von ihnen waren Söhne Lüchower Bürger. 345 Neubürger kamen von auswärts, unter ihnen jedoch nur 10 v.H. aus den Dörfern der Umgebung. Die anderen zogen aus ferneren Gegenden herbei, vor allem aus Salzwedel und Lüneburg.

Das Ratsbuch der Stadt verzeichnete die Berufe der neuen Bürger. So waren in den hundert Jahren von 1670 bis 1770 unter ihnen: 50 Brauer und Brenner, 38 Händler, 64 Schuhmacher, 39 Schneider und 29 Schmiede. [5] Lüchows Handwerker deckten einen großen Teil des Bedarfs der umliegenden Dörfer.

Neben Wochen- und Viehmärkten besaß Lüchow drei weitere feste Markttage im Jahr. Jedoch konnte keiner der Märkte überregionale Bedeutung erlangen. Im Mai 1811 brannte die Stadt zu zwei Dritteln ab.

---

1) U.F.C. Manecke: Topographisch=historische Beschreibungen..., I.Bd. S. 166.

2) Vgl. Anneliese Krenzlin: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands, S. 59.

3) Vgl. zum folgenden: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954.

4) Vgl. Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 7. Juli 1969.

5) Ebd., vgl. Beilage.

Die hohen Kosten für den Wiederaufbau der Stadt hemmten ihre weitere Entfaltung. Zum anderen war ihrem Wachstum aber auch die Mentalität ihrer Bürger hinderlich. 1857 lehnten sie den Bau einer Realschule in Lüchow ab. Sie widersetzten sich auch dem Bauplan einer Kleinbahnlinie von Arendsee über Lüchow nach Uelzen. 1865 wurde eine Kavallerie-Schwadron zur Stationierung angeboten, aber es war kein geeignetes Gelände entbehrlich. Wegen des damit verbundenen Lärms und der Unruhe lehnte die Bürgerschaft es 1867 ab, eine Ulanen-Eskadron in ihrer Stadt zu haben. [1)]

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt stagnierte bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. 1921 gab es nur eine Volksschule; 1925 wurde eine Mittelschule für 200 Schüler eröffnet. Höhere Schüler besuchten das Johanneum in Lüneburg oder das Gymnasium in Salzwedel. 1939 hatte die Stadt rd. 3.000 Einwohner.

Bis 1866 blieb das Wendland ein Randgebiet im Königreich Hannover. Nach dem Anschluß Hannovers an Preußen fielen die Zollgrenzen zum Osten. 1872 gab es im Gebiet nur noch das Amt und die Stadt Lüchow und das Amt und die Stadt Dannenberg. Die vordem amtsfreien Städte wurden einbezogen; ab 1885 blieben nur noch die Landkreise Lüchow und Dannenberg bestehen. 1932 wurden sie zum Landkreis'Dannenberg'vereinigt. Seit Kriegsende heißt der Landkreis 'Lüchow-Dannenberg'.

Im 19. Jahrhundert wurde das Wendland erst spät für den Verkehr erschlossen. 1863 waren nur Teile der Straßen

Uelzen - Dannenberg - Dömitz,
Uelzen - Bergen - Salzwedel,
Dannenberg - Lüchow befestigt.

---

1) Vgl. 800 - Jahrfeier der Stadt Lüchow 1158 - 1958, hg. von Ernst Köhring (Lüchow, 1958), S.73.

Bis 1890 waren auch die Wege nach Gartow, Hitzacker, Zernien, Clenze und Wustrow ausgebaut worden. [1]

Die Schiffahrt auf der Jeetzel erlosch bis zum Beginn dieses Jahrhunderts. Vor der Zeit der Eisenbahn hatte sie die Frachtgüter befördert. 1863 gingen per Schiff rd. 41.000 Zentner von Lüchow nach Hamburg, in umgekehrter Richtung rd. 66.000 Zentner. Zur gleichen Zeit wurden von Salzwedel bis Hitzacker jährlich rd. 170.000 Zentner Fracht auf Schiffen transportiert. [2] Projekte zur Jeetzel-Kanalisierung wurden immer wieder verschoben, weil die dafür notwendigen Gelder nicht aufgebracht werden konnten.

Lüchow-Dannenberg wurde erst spät durch die Eisenbahn erschlossen. Hauptlinien führten nicht durch den Raum: die Strecke Berlin-Hannover verlief im Süden, bei Stendal, die Strecke Berlin-Hamburg im Osten und Norden des Kreises, bei Wittenberge und Ludwigslust.

Der Dannenberger Raum besaß Anschluß an die Linie Wittenberge - Lüneburg. Der Lüchower Raum wurde durch die Linie Stendal - Uelzen im Südwesten des Gebietes nur berührt. [3] Lüchow erhielt erst 1891 Bahnanschluß.

---

1) Vgl. Udo Baldermann, Die Entwicklung des Straßennetzes in Niedersachsen von 1768 bis 1960, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Forschungen zur Landes- und Volkskunde, Reihe A, Bd. 87 (Göttingen/Hannover, 1968).

2) Vgl. Chronik der Stadt Lüchow, S. 42.

3) Lüchows Entwicklung verlief, wie bereits im Jahre 1855 vorausgesagt: "Würde die von Seiten Preußens beabsichtigte Richtung von Salzwedel über Bergen an der Dumme nach Uelzen eingeschlagen, Lüchow also umgangen, so wäre ein... allmähliger Ruin der letzteren Stadt die sichere Folge."
Karl Hennings, 'Zeitung für das Wendland', Nr.18, vom 3. März 1855.
Zit. nach: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954.

Der Landkreis erhielt Anschluß an folgende Eisenbahnlinien:

	(Jahr der Eröffnung)
Salzwedel - Wieren - Uelzen	(1873),
Lüneburg - Dannenberg - Ludwigslust	(1873),
Salzwedel - Lüchow	(1891),
Dannenberg - Lüchow	(1911),
Uelzen - Dannenberg	(1924).[1]

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts blieb die Leineweberei in Lüchow-Dannenberg ein bedeutendes Handwerk. 1865 wurden in der Legge zu Wustrow rd. 800.000 Ellen Leinwand vermessen. 1861 brachten die 2,5 Mio. Ellen Leinen der Leggen Lüchow, Wustrow und Bergen einen Erlös von 240.000 Talern.[2] Am Leinwandhandel durch die Leggen hatte Lüchow den größten Anteil. In den Leggen wurden 1868 vorgelegt:

Lüchow	16.002 Stück,
Wustrow	9.732 Stück,
Bergen/D.	5.523 Stück und
Dannenberg	3.705 Stück Leinwand.[3]

Der Leggezwang wurde 1875 beseitigt. 1902 gab es nur noch Leggen in Lüchow, Dannenberg und Wustrow. 1909 stellten sie ihre Tätigkeit ein.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war für den Raum Lüchow-Dannenberg eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwunges. Der Landwirtschaft brachten die seit 1770 steigenden Preise für Agrarprodukte genügend Gewinn. Lüchower Weizen und Dannenberger Mehl waren wegen ihrer Qualität weithin bekannt. Die Leineweberei konnte

---

1) Vgl. Planungsatlas Niedersachsen, Blatt 87.

2) Vgl. Chronik der Stadt Lüchow, S. 63.

3) Vgl. Günther Franz: Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg, S. 48.

der steigenden Nachfrage nur knapp nachkommen. Die Bevölkerungszahl stieg in dieser Zeit erheblich an. War in früheren Jahrhunderten die Niedere Geest der wichtigste Wirtschaftsraum im Landkreis gewesen, so trat im 18. und 19. Jahrhundert der Wirtschaftsraum der Niederung seine Vorrangstellung an.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts verschlechterten sich die Erwerbsgrundlagen in Lüchow-Dannenberg. Durch Agrareinfuhren aus Übersee und dem Osten sanken die Getreidepreise. Der mechanische Webstuhl verdrängte die Leineweber und ihre Zunft. Lageungunst und mangelnde Verkehrserschlossenheit ließen den Raum ohne Impulse von außen in seiner wirtschaftlichen Schwäche verharren.

1904 gab es in
Lüchow-Dannenberg 207 gewerbliche Betriebe
mit 778 Arbeitern, im Kreis
Uelzen 245 gewerbliche Betriebe
mit 1.557 Arbeitern und im Kreis
Lüneburg 119 gewerbliche Betriebe
mit 451 Arbeitern. [1)]

Die geringe durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Landkreis Lüchow-Dannenberg - im Amt Dannenberg waren es durchschnittlich 2 Arbeitskräfte je Betrieb, im Amt Lüchow 5 - zeigt den handwerksmäßigen Charakter der Betriebe: sie dienten überwiegend nur der Versorgung der wendländischen Bevölkerung.

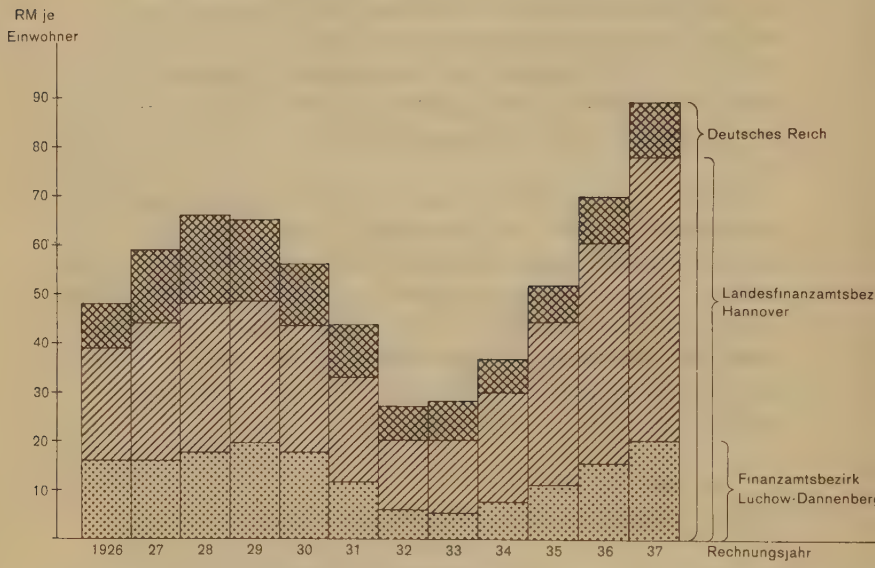
Der geringen Wirtschaftskraft des Landkreises entsprach ein niedriges Steueraufkommen. Im Jahre 1926 lag das Personalsteueraufkommen je Einwohner in Lüchow-Dannenberg nur bei einem Drittel des Durchschnitts im

---

1) Vgl. Gustav Luntowski, Die Industrie- und Handelskammern und die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr im Regierungsbezirk Lüneburg, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Lüneburg am 26. Mai 1966 (Lüneburg, 1966), S. 63.

Abb. 8

Personalsteuern* - Steueraufkommen in den Rechnungsjahren 1926-1937
[in RM je Einwohner]



Quelle: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr 39: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Jahren 1926 1938, Berlin 1941

Entwurf: H. Schwen
Zeichnung: D. Engel

* Lohnsteuer, veranlagte Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer

Deutschen Reich, 1937 nur bei einem Fünftel (vgl.Abb.8). 1938 war in den Kreisen Uelzen, Lüneburg und Salzwedel das Aufkommen an Einkommenssteuer - je Kopf der Bevölkerung - doppelt so hoch wie in Lüchow-Dannenberg:

Kreis	Lüchow-Dannenberg	13 RM je Einwohner,
Kreis	Uelzen	25 RM je Einwohner,
Kreis	Lüneburg	27 RM je Einwohner,
Kreis	Salzwedel	27 RM je Einwohner,
Deutsches Reich		47 RM je Einwohner. [1]

1) Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Jahren 1926 - 1938, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 39 (Berlin, 1941).

Nach 1945 kam durch die Grenzziehung jeglicher Durchgangsverkehr zum Erliegen. Es wurden folgende heutige Bundesstraßen unterbrochen:

die B 71 (Uelzen-Salzwedel) bei Bergen/Dumme;
die B 191 (Uelzen-Dannenberg-Dömitz-Ludwigslust) bei Dömitz an der Elbe;
die Bundesstraßen B 216 und B 248 (Lüneburg-Dannenberg-Lüchow-Salzwedel) bei Lübbow. [1)]

Die Entwicklung im Eisenbahnverkehr verlief ähnlich. Die Strecke Uelzen-Bergen-Salzwedel wurde bei Nienbergen unterbrochen, die Strecke Uelzen-Dannenberg-Lüchow-Salzwedel bei Lübbow, im Süden, die Strecken Uelzen-Dannenberg-Dömitz-Ludwigslust und Lüneburg-Hitzacker-Dannenberg-Dömitz-Wittenberge bei Dömitz, an der Elbe.

Zusammengefaßt:

Durch die starke Nachfrage nach Agrarprodukten und Erzeugnissen der Leineweberei erlebte das Wendland bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Blütezeit. Strukturschwierigkeiten der Landwirtschaft und des Leineweber-Handwerks in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließen die Bedeutung dieser Wirtschaftszweige zurückgehen. Da andere Wirtschaftszweige von Bedeutung fehlten, konnte ihr Rückgang nicht kompensiert werden. Der Raum blieb hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Der wirtschaftliche Notstand im Landkreis wurde durch die Grenzziehung nach 1945 zwar verstärkt, nicht aber durch sie ausgelöst. Lüchow-Dannenberg war bereits seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts ein wirtschaftlich schwach strukturiertes Gebiet.

---

1) Vgl. Anhang, Karte 1.

2. A b s c h n i t t

Die Förderung und Entwicklung der Wirtschaft im Landkreis Lüchow - Dannenberg

1. KAPITEL

Die Arten der Förderung und der Umfang der Fördermaßnahmen

Dieses Kapitel besteht aus zwei Teilen: im ersten Teil werden die regionalen Förderungsmittel des Bundes und des Landes Niedersachsen nach ihrer Art und ihrem Umfang beschrieben, im zweiten Teil die Höhe der Förderungsbeträge im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Die regionale Wirtschaftspolitik bedient sich verschiedener Arten der Förderung.[1] Ihre Träger - Bundes- und Landesministerien - können zur Förderung der Betriebe

Geld- oder Sachmittel bereitstellen und Bürgschaften übernehmen oder

durch Verzicht auf die Einnahme von Geldmitteln (Steuerpräferenzen) die Eigenfinanzierung der Wirtschaftseinheiten stärken.[2]

Jeder betriebliche Einsatzfaktor kann durch staatliche Hilfe subventioniert werden. Die dem Wirtschaftssubjekt verbleibende Entscheidungsfreiheit ist dabei nach der Maßnahme der Förderung verschieden. Die Vergabe staat-

---

1) Vgl. zum folgenden: Erich Egner, "Raumwirtschaftspolitik", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8. Band, S. 697 ff.

2) Regionalpolitisch zum ersten Mal bei der 'Oststeuerhilfe' eingesetzt: 'Verordnung über Steuererleichterung zur Förderung der eingegliederten Ostgebiete, 1940'. Vgl. Heinz Dörpmund, Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Bd. 17 (Bremen, o.J.), S. 97.

licher Aufträge zur Unterstützung bestimmter Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsräume, Verlustübernahme-Verpflichtungen und Preisgarantien sind Beispiele öffentlicher Absatzhilfen, Darlehen und Bürgschaften, Zuschüsse beim Faktoreinsatz und Grundstückserwerb Beispiele staatlicher Hilfen bei der Beschaffung. [1]

Betriebliche Steuervorteile durch Wirtschaftsförderung können direkter und indirekter Art sein: "direkte Steuerersparnisse drücken sich in einer niedrigeren Steuerzahlung aus, während indirekte Steuererleichterungen beispielsweise darin bestehen, daß eine besonders 'wirtschaftsfreundliche' Handhabung der an sich einheitlichen Steuergesetze durch die zuständige Finanzverwaltung die finanzielle Belastung der Unternehmung vermindert." [2]

Die öffentlichen Fördermittel lassen sich nach verschiedenen Merkmalen ordnen:

nach der Art der Hilfe:	Darlehen,
	Zuschüsse,
	Zinsverbilligungen, usw.;
nach dem Zuweisungsempfänger:	Landarbeiter,
	Vertriebene,
	Gemeinden, usw.;
nach dem geförderten Wirtschaftszweig:	Landwirtschaft,
	Industrie,
	Handwerk,
	Fremdenverkehr, usw.;
nach begünstigten Investitionsobjekten:	Steinkohlenkraftwerke,
	Frachtschiffe, usw.;

1) Vgl. Behrens: Allgemeine Standortbestimmungslehre, S. 56 ff.

2) Ders., S. 63.

nach dem Geber der Mittel: Bundesministerien,
Landesministerien,
Sondervermögen, usw.;
nach dem zu fördernden Raum: ländliche Gebiete,
Ausbaugebiete,
Passivregionen.

In Zusammenfassung: gegenüber der Gesamtheit der am Wirtschaftsleben Beteiligten will man durch Wirtschaftsförderung

bestimmten Wirtschaftszweigen Hilfen zukommen lassen (objekt- und branchenbezogene Förderung),
einen bestimmten Personenkreis unterstützen (subjektbezogene Förderung),
bestimmte Gebiete bevorzugt behandeln (raumbezogene Förderung).

Richtlinien zur Förderung nennen immer nur eine der beschriebenen Zielgruppen, beispielsweise die Landwirtschaft, die Vertriebenen, das Zonenrandgebiet. Da diese Zielgruppen aber nicht sich gegenseitig ausschließend formuliert sind, kann sich je nach der Struktur die räumliche Auswirkung der Förderung verstärken. Oft ist z.B. die Förderung der Landwirtschaft zugleich eine regionale Hilfe für rückständige Gebiete.

Im folgenden wird kurz das Regionale Förderungsprogramm und die Wirtschaftsförderung durch ERP-Mittel und Ergänzungsprogramme beschrieben.

Regionales Förderungsprogramm

Durch das Regionale Förderungsprogramm sollen Mängel der regionalen Wirtschaftsstruktur gemildert werden. Es besteht seit 1951. Förderarten sind Zuschüsse, Darlehen und Sonderabschreibungen (s. Übersicht 1).

Übersicht 1

Regionales Förderungsprogramm:

Fördermaßnahmen im Zonenrandgebiet

Art der Maßnahmen	Ziel der Maßnahmen/Empfänger der Beihilfen
Darlehen und Zuschüsse für landwirtschaftliche Maßnahmen	Wirtschaftsbeihilfen für Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche, die infolge der Grenzziehung nach 1945 nicht genutzt werden kann
Darlehen und Zuschüsse an gewerbliche Unternehmen	Rationalisierung der Betriebe
Darlehen an das Fremdenverkehrsgewerbe	Verbesserung der Unterkünfte, Erhöhung der Bettenzahl
Darlehen und Zuschüsse für sonstige Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft	Verbesserung der Infrastruktur
Frachthilfen	zum Ausgleich des Verlustes früherer Bezugs- bzw. Absatzgebiete für Betriebe, denen durch die Zonengrenze beim Rohstoffbezug oder Erzeugnisversand wesentliche Frachtmehrkosten entstehen; Frachthilfe wird nicht gewährt beim Transport folgender Güter: a) Erden aller Art, Tone, Schamotte b) Flußspat, Feldspat, Schwerspat; c) Baustoffe, Wegebaustoffe; d) Rundholz und Schnittholz; e) Kohle aller Art
Sonderabschreibungen	Förderung von Neuinvestitionen; je Unternehmen nicht mehr als 200.000 DM p.a.
Auftragsvergabe	bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden Zonenrandbetriebe bevorzugt

Quelle:
Der Bund als Finanzier;
Bad Godesberg, 1966

Es werden nur Maßnahmen gefördert, die unmittelbar zusätzliche Einkommensquellen in den zu fördernden Gebieten erschließen. [1] Die Mittel des Regionalen Förderungsprogrammes sollen nur zusätzlich helfen. Bedingung ist eine angemessene Eigenbeteiligung des Unternehmers und eine Beteiligung des jeweiligen Bundeslandes. [2] Die Projekte der Förderung sollen in kurzer Zeit realisierbar sein.

1951 betrug die Höhe der Regionalen Fördermittel im Land Niedersachsen nur rd. 5 Mio. DM. Zehn Jahre später waren es rd. 50 Mio. DM. [3] Von 1951 bis 1967 wurden für die Regionalförderung rd. 2 Mrd. DM Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Davon erhielten die vier Bundesländer mit Landesteilen im Zonenrandgebiet neun Zehntel (vgl. Tab.4).

Tabelle 4

Einsatz von Bundesmitteln im Regionalen Förderungsprogramm 1951-1967

Bundesland	erhaltene Fördermittel in Mio. DM	Anteil an der Gesamt-Fördersumme in v.H.
Schleswig-Holstein	401	21,1
Niedersachsen	487	25,6
Hessen	153	8,0
Bayern	680	35,7
insgesamt	1.721	90,4

Quelle:
Bundesministerium für Wirtschaft, Unterlagen beim Referat I C 1.

1) Vgl. 'Richtlinien für die Verwendung von Bundeshaushaltsmitteln', hg. vom Bundesmin. f. Wirtschaft.

2) Durch die Bundesländer wurden deshalb zusätzlich Richtlinien zur Mittelvergabe erlassen.

3) Vgl. Kraft, Jürgen, Die Entwicklung des tertiären Sektors zwischen 1950 und 1961 und der Agglomerationsprozeß, Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung, Bd. 5 (München, o.J.).

Bundes- und Landesmittel wurden in Niedersachsen mit verschiedenen Schwerpunkten eingesetzt. Von 1951 bis 1965 erhielt das niedersächsische Zonenrandgebiet nur die Hälfte der Bundesbeihilfen für Niedersachsen, aber mehr als drei Viertel der Landesbeihilfen. Im Durchschnitt der Jahre von 1951 bis 1965 lag die Beteiligungsquote des Landes Niedersachsen an der regionalen Wirtschaftsförderung bei 23 v.H. [1)]

1966 standen für die regionale Wirtschaftsförderung insgesamt 114 Mio. DM Bundeshaushaltsmittel bereit. Davon bekam Niedersachsen mehr als ein Viertel:

Schleswig-Holstein	27 Mio. DM	(24 v.H.),
Niedersachsen	31 Mio. DM	(27 v.H.),
Hessen	11 Mio. DM	(10 v.H.),
Bayern	31 Mio. DM	(27 v.H.). [2)]

Im 2. Konjunkturprogramm der Bundesregierung bekamen Betriebe im Zonenrandgebiet bevorzugt öffentliche Aufträge im Gesamtwert von 1,4 Mrd. DM. An niedersächsische Betriebe im Zonenrandgebiet wurden davon Aufträge in Höhe von 467 Mio. DM vergeben, rd. ein Drittel der gesamten Mittel. [3)]

Die Hälfte aller Förderbeträge wurde in Niedersachsen für die Industrie und die Erschließung von Industriegelände ausgegeben. Von rd. 500 Mio. DM Fördermitteln im Zeitraum von 1951 bis 1967 wurden für die Industrie und die gewerbliche Erschließung 48 v.H. verwendet, für die Landwirtschaft 14 v.H., für Verkehrsverbesserungen 16 v.H. (zu den Förderbedingungen s. Übers. 2+3). Damit

---

1) Vgl. Karl-Heinz Schmidt, Regionales Wirtschaftswachstum und Handwerksentwicklung im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik Deutschland (Göttingen, 1967), S. 188 f.

2) Vgl. Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/3958 (Bonn, 1969), S.80.

3) Vgl. "Leistung in Zahlen", 16. Aufl., hg. vom Bundesminister für Wirtschaft (Bonn, 1967), S.100.

Übersicht 2

Regionales Förderungsprogramm:

Darlehens-Konditionen

Verwendungszweck	Zinssatz	Laufzeit
Kredite für landwirtschaftliche Maßnahmen	2 %	20 Jahre
Kredite an das Handwerk und die Industrie bei Verwendung für Maschinenbeschaffung	4 %	10 Jahre
Kredite an das Handwerk und die Industrie bei Verwendung für Baumaßnahmen	3,5 %	15 Jahre
Kredite an das Fremdenverkehrsgewerbe	3,5 %	15 Jahre
Kredite an Gemeinden für Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft	2 %	20 Jahre

Quelle:
Der Bund als Finanzier;
Bad Godesberg, 1966

Übersicht 3

Investitionszuschüsse

im Zonenrandgebiet

bis zu 10 % der Investitionskosten

für die Rationalisierung gewerblicher Produktionsbetriebe und im Fremdenverkehrsgewerbe;

bis zu 15 % der Investitionskosten

für Ansiedlung und Umstellung gewerblicher Produktionsbetriebe;

bis zu 60 % der Investitionskosten

für Infrastrukturmaßnahmen in Gemeinden

Quelle: Bundesminister für Wirtschaft:
Veröffentl. vom 18.3.1969

entsprach die Mittelverteilung im Land Niedersachsen - mit nur geringen Abweichungen - der Aufteilung im Bundesdurchschnitt. (Vgl. Tab.5).

55 v.H. der Bundesmittel wurden in Niedersachsen als Zuschüsse vergeben, der Rest als Darlehen:

Tabelle 5

Regionales Förderungsprogramm: Einsatz von Bundesmitteln in Niedersachsen, nach der Art der Förderung, in den Jahren 1951 - 1967

Förderung	Darlehen 1.000 DM	Zuschüsse 1.000 DM	Insgesamt 1.000 DM
Land- und Forstwirtschaft	27.409	40.553	67.962
Gewerbliche Erschließung	43.972	74.806	118.778
Industrie	113.905	4.700	118.605
Verkehr	16.839	58.105	74.944
Fremdenverkehr	11.501	100	11.601
Förderung der Berufsausbild.	7.766	21.559	29.325
Zinszuschüsse	-	18.698	18.698
Frachthilfe	-	47.349	47.349
Summe	221.392	265.870	487.262

Quelle:
Bundesministerium für Wirtschaft, Unterlagen beim Referat I C 1.

ERP-Kredite

Die regionale Wirtschaftsförderung wird durch Mittel aus dem Europäischen-Wiederaufbau-Fonds erweitert. Aus dem ERP-Sondervermögen - verwaltet im Bundesschatzministerium - können Betriebe und Gemeinden im Zonenrandgebiet günstige Investitionskredite erhalten (s.Übers.4+5).

Übersicht 4

ERP-Investitionskredite für Unternehmen im Zonenrandgebiet

Antragsberechtigte	Kaufleute, Handwerker, Hoteliers, kleinere Industriebetriebe
Verwendungszweck	Aufbau, Ausbau und Rationalisierung mittelständischer Betriebe
Kredithöchstbetrag	150.000 DM für Handel, Handwerk und Gaststättengewerbe; 300.000 DM für Beherbergungsgewerbe ; 500.000 DM für kleinere Industriebetriebe; in den Richtlinien des neuen Programms ist die Begrenzung aufgehoben worden
Zinssatz	5 % p.a.
Laufzeit	20 Jahre für Baumaßnahmen; 12 Jahre für übrige Maßnahmen; bis zu 4 Jahren Tilgungsfreiheit

Quelle:
Bundesschatzministerium, Bonn:
"ERP-Kredite für die deutsche Wirtschaft- 1969 "

Übersicht 5

ERP-Kredite an Gemeinden in Agrargebieten

Antragsberechtigte	Gemeinden, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden
Verwendungszweck	Erschließung von Industriegelände; Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserreinigungsanlagen; Bau von Fremdenverkehrseinrichtungen
Kredithöchstbetrag	keine Begrenzung
Zinssatz	3 % p.a.
Laufzeit	20 Jahre für Baumaßnahmen; 12 Jahre für übrige Maßnahmen; bis zu 2 Jahren Tilgungsfreiheit

Quelle: wie Übersicht 4

Die Richtlinien zur Vergabe der ERP-Mittel sind denen des Regionalen Förderungsprogramms ähnlich.

1968 wurden 1,7 Mrd. DM ERP-Kredite für die Wirtschaftsförderung bereitgestellt, 1969 waren es 2,0 Mrd.DM. Davon wurden 1969 286 Mio. DM an die gewerbliche Wirtschaft vergeben, 100 Mio. DM als Anpassungshilfen für Bergbaugebiete und 250 Mio. DM zur Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Gemeinden. [1)]

Ergänzungsprogramme zur regionalen Förderung und zur ERP-Wirtschaftsförderung sind die Hilfen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV), Kredite im Lastenausgleich und Sondermittel für die Landwirtschaft. Daneben gibt es im Zonenrandgebiet besondere Bundeszuschüsse zur Förderung von kulturellen Maßnahmen.

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beteiligt sich seit 1960 am Regionalen Förderungsprogramm der Bundesregierung. Im Zeitraum von 1960 bis 1968 wurden von ihr 320 Mio. DM für Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Vorhaben wurden durch einen interministeriellen Ausschuß geprüft. Es wurden nur Projekte gefördert, die in einer Region kurzfristig neue Arbeitsplätze schufen. Neben Krediten zur Wirtschaftsförderung gewährte die Bundesanstalt umzuschulenden Arbeitnehmern Überbrückungs-Beihilfen.

Aus dem Lastenausgleich wurden bis Ende 1967 Kredite in Höhe von 1,7 Mrd. DM bewilligt. Ein Fünftel dieser Summe wurde an Lastenausgleichs-Berechtigte in Fördergebieten des Bundes ausgezahlt. [2)]

---

1) Vgl. "ERP-Kredite für die deutsche Wirtschaft - 1969", hg. vom Bundesschatzministerium.

2) Vgl. Jahresbericht 1967 der Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte), Bad Godesberg, Tab. 7.

Im Zonenrandgebiet gab es für den Bau von Schulen, Kindergärten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung besondere Bundeshilfen: Zuschüsse zur Förderung von kulturellen Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters. Von 1955 bis 1966 wurden dafür rd. 60 Mio. DM bereitgestellt. Der Schwerpunkt der Förderung lag beim Bau von Schulen. [1)]

Im Bereich der Landwirtschaft sollen Subventionen, Steuerbefreiungen [2)] und Finanzierungshilfen den Strukturwandel erleichtern. Subventionen für Düngemittel und Dieselkraftstoff, Saatgut, Flachs, Hanf und Getreide, für Milch und Eier stehen zur Verfügung, ferner Bundes- und Landeskredite für Investitionen und Bauvorhaben. (Vgl. Übers. 6+7).Die jährlichen Kosten der Agrarfinanzierung haben seit langem die Milliardengrenze überschritten. Sie wachsen in jedem Jahr weiter.

Bisher wurden die Arten regionaler Förderungsmaßnahmen genannt, ihr Umfang, ihre Träger und ihre Verwendungsbestimmungen. Im folgenden wird versucht festzustellen, welche Förderungsarten im Landkreis Lüchow-Dannenberg wirksam wurden und welche Höhe die Fördermittel erreichten.

---

1) Auskunft des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

2) Steuerbefreiungen für die Landwirtschaft:
Umsatzsteuer - Steuerbefreiung für Landwirte;
Mehrwertsteuer - Steuerentlastung für Landwirte;
Einkommenssteuer - Freibeträge für nichtbuchführende Landwirte;
Kraftfahrzeugsteuer - Steuerbefreiung für landw. genutzte Zugmaschinen;
zeitweilig: Einkommenssteuer - Bewertungsfreiheit für Betriebsgebäude bei Landwirten, die Vertriebene sind.

Übersicht 6

Finanzierungshilfen des Bundes für landwirtschaftliche Betriebe

Maßnahme	Konditionen
Kredite zur Förderung von Aussiedlungen	bis zu 100.000 DM zu 1 % bis 4 %
Kredite für bauliche Maßnahmen in Altgehöften	bis zu 50.000 DM 1 % p.a.
Kredite für Aufstockungen	bis zu 30.000 DM zu 1 % bis 4 %
Kredite im Neusiedlungsverfahren	bis zu 90 % des Schätzwerts 1 % p.a.
Kredite an Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge	bis zu 90 % des Schätzwerts zinslos
Landabgabedarlehen	Höchstbetrag im angemessenen Verh. zum Grundstückswert 1 % p.a.
Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft nach LAG und Kriegsfolgengesetz	bis zu 50.000 DM zinslos
Investitionsbeihilfen für landw. Betriebe	bis zu 30.000 DM -
Zinszuschüsse zur Förderung agrarwirtschaftlicher Maßnahmen	Zinsverbilligung auf 4 % p.a.
Bürgschaftsübernahmen	für Kredite bis zu 100.000 DM

Quelle:
Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Sonderausgabe 1968: "Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder an die Landwirtschaft"; Frankfurt a.M., 1968

Übersicht 7

Finanzierungshilfen des Landes Niedersachsen für landwirtschaftliche Betriebe

Zinszuschüsse Darlehen	Verbilligung der Kosten für Kapitalmarktkredite bis zu 4 % p.a. Höchstbeträge: 2.000 DM je ha landw. Nutzfl. 200.000 DM je bewirtschaftete Einheit; Zinssatz: 3 % p.a.
Zuschüsse für Betriebsaufgabe bei Unrentabilität	bis zum zehnfachen Betrag der angemessenen Jahrespacht

Quelle: wie Übersicht 6

Qui numerare incipit errare incipit.

In dieser Untersuchung liegt der Schwerpunkt bei den direkten staatlichen Hilfen für Industrie, Handwerk, Handel und das Fremdenverkehrsgewerbe. Fördermittel für die Landwirtschaft und zur Verbesserung der Raumausstattung werden zur Ergänzung mit aufgezählt.

Für die Zahlen, die genannt werden, gilt folgende Einschränkung: sie sind unvollständig - ihre Summe ist deshalb in der angegebenen Höhe nur wahrscheinlich, nicht aber exakt.

Die Zahlen sind unvollständig, weil nicht alle Behörden in der Lage oder willens sind, vergebene Beträge bis auf die Ebene eines Landkreises zu verfolgen und gesondert auszuweisen. Sie sind es ferner, weil sich betriebliche Kostenersparnisse, z.B. durch Steuerpräferenzen oder den verbilligten Erwerb von Industriegelände, extern nicht hinreichend genau schätzen lassen. Sie sind es auch deshalb, weil der Zugang zu den Anträgen und Bescheiden durch die Institutionen erschwert wird.

Es war für diese Arbeit notwendig, Bewilligungsbescheide aus einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten durchzusehen. Die dabei erlangten Ergebnisse decken sich in der Größenordnung mit den Angaben der Kreisverwaltung in Lüchow-Dannenberg und der Bezirksregierung in Lüneburg. Sie stimmen aber nicht mit den Angaben überein. In den folgenden Tabellen wird daher nur versucht, Vorstellungen von der Höhe der Förderbeträge in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu vermitteln.

Zuerst werden die Hilfen für die Landwirtschaft, die Wasserwirtschaft und den Straßenbau aufgezählt, danach die Fördermittel für die gewerbliche Wirtschaft und die Gemeinden im Rahmen des Regionalen Förderungsprogramms.

Land- und Forstwirtschaft

Die Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft waren vielfältig. Ihre Vergabe wurde unterschiedlich geregelt:

> Der Überblick zeigt, daß der Bund sich bei der Förderung der Landwirtschaft nahezu aller ausgabetechnischen Möglichkeiten bedient hat; auf das einnahmepolitische Instrumentarium wurde dagegen verzichtet. Die Landwirtschaft ist durch sogenannte Bereichsausnahmen weitgehend von der Steuerzahlung befreit; der Gesetzgeber hat den der Subvention ähnlichen Weg der generellen und bedingungslosen Freistellung gewählt und nicht wie bei industrieller Förderungspolitik zu bedingten Steuerbefreiungen gegriffen, die grundsätzlich an bestimmte Verhaltensweisen gebunden sind. 1)

Bis 1966 wurden in Lüchow-Dannenberg mit Zuschüssen aus dem Grünen Plan rd. 250 Kilometer Wirtschaftswege ausgebaut. Dabei entstanden Gesamtkosten von 11,3 Mio. Mark. 2)

Ein Teil der Zuweisungen an die Landwirtschaft wurde in den Kreis-Haushaltsplänen als durchlaufender Posten ausgewiesen:

die Dieselöl-Beihilfe (1967 rd. 1,2 Mio. DM),
die Wirtschaftsbeihilfen für grenzdurchschnittene Betriebe (1967 rd. 30.000 DM) und
die Getreidepreis-Ausgleichszahlungen (Haushaltsansatz 1968: 2,2 Mio. DM). 3)

In einem 1967 erstellten agrarstrukturellen Gutachten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg wurden folgende

---

1) Karl-Heinrich Hansmeyer, Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland, Materialien zu einem wirtschaftspolitischen Problem, Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten N.F. Heft 25, hg. von Günter Schmölders (Berlin, o.J.), S.227.

2) Vgl. Gesellschaft für Landeskultur: Agrarstrukturelle Vorplanung, Heft 1.

3) Vgl. Haushaltspläne des Kreises Lüchow-Dannenberg 1967, 1968 und 1969.

an die Land- und Forstwirtschaft gezahlte Förderungsbeträge ermittelt: (Förderungszeitraum:1966)

4,7 Mio. DM Fördermittel des Bundes,
1,2 Mio. DM gemeinsame Mittel vom Bund und dem Land Niedersachsen,
2,2 Mio. DM Fördermittel des Landes Niedersachsen.

Sie verteilten sich auf folgende Maßnahmen:

Dieselölbeihilfe	1,8 Mio. DM,
Milchpreis-Subventionen	2,8 Mio. DM,
Althofsanierung	0,2 Mio. DM,
Investitionsbeihilfen	0,7 Mio. DM,
zinsverbilligte Darlehen	1,5 Mio. DM,
Beihilfen für grenzdurchschnittene Betriebe	0,1 Mio. DM,
Wirtschaftswegebau	0,4 Mio. DM,
wasserwirtschaftliche Maßnahmen	1,5 Mio. DM,
sozialer Ergänzungsplan	0,1 Mio. DM.

1966 erhielt die Land- und Forstwirtschaft demnach rd. 9,1 Mio. DM Fördermittel, überwiegend in Form von Zuschüssen (s. Tab.6).

Tabelle 6

Lüchow-Dannenberg: Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1966

	Darlehen 1.000 DM	Zuschüsse 1.000 DM
Bundesmittel	1.726	3.999
Bundes- und Landesmittel	-	1.229
Landesmittel	658	1.565
Summe	2.384	6.793

Quelle:
Gesellschaft für Landeskultur:Agrarstrukturelle Vorplanung, Heft 1.

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Um der Wirtschaft in Lüchow-Dannenberg wirksam zu helfen, mußte zuerst der wasserwirtschaftliche Notstand beseitigt werden. In früherer Zeit standen Teile des Landkreises durch Überschwemmungen der Elbe und der Jeetzel mehrmals jährlich unter Wasser.

1951 wurden zum Ausbau der Wasserläufe 0,5 Mio. DM bereitgestellt. Bis 1966 betrugen diese Fördermittel insgesamt 12 Mio. DM. Ein Drittel der Gelder entstammte dem Regionalen Förderungsprogramm, der Rest kam aus allgemeinen Landesmitteln. [1)]

Für den Ausbau der Jeetzel von Lüchow bis zur Bezirksgrenze im Süden standen seit 1960 jährlich 1,2 Mio. DM Landeszuschüsse bereit. Bis 1966 waren für dieses Projekt 10,1 Mio. DM verausgabt worden. [2)]

Auch durch die Förderung anderer Institutionen wird die Binnenentwässerung verbessert. Für den Ausbau des Königshorster Kanals - südöstlich von Lüchow gelegen - sind von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als zusätzliche Hilfe zur Agrarstrukturverbesserung Mittel bereitgestellt worden. Zu den Gesamtkosten von 5,5 Mio. DM zahlt der Europäische Ausrichtungs- und Garantie-Fonds für die Landwirtschaft (EAGFL) einen Zuschuß von 1,3 Mio. DM. 2,5 Mio. DM kommen aus Landes- und Bundesmitteln, der Rest wird als Eigenleistung vom'Wasser- und Bodenverband Königshorster Kanal' aufgebracht. [3)]

---

1) Bezirksregierung in Lüneburg: nach Unterlagen des Dezernates für Wirtschaftsförderung.

2) Land Niedersachsen: Landeshaushaltspläne 1950-1968.

3) Bezirksregierung in Lüneburg: nach Ausk. beim Dezernat für Wasserwirtschaft.

Die umfangreichste wasserwirtschaftliche Maßnahme in Lüchow-Dannenberg war die Eindeichung und Kanalisierung der Jeetzel. Pläne zur Sanierung des Jeetzelgebietes lagen schon lange vor, aber immer war die Finanzierung ungesichert.

Nach 1945 wurde im Wasserwirtschaftsamt Lüneburg ein neuer Entwurf angefertigt. 1950 wurde der Jeetzel-Deichverband gegründet. Die Wasser- und Bodenverbände der Jeetzelniederung und die Städte Dannenberg und Lüchow sind seine Mitglieder. 1952 wurde mit dem Bau begonnen. Bisher sind die Arbeiten zum großen Teil durchgeführt, aber noch nicht beendet.

Bis 1957 wurden für die Eindeichung der Jeetzel 8,5 Mio. DM gezahlt, die Gesamtkosten wurden auf 22,3 Mio. DM veranschlagt. 1969 erhielt der Jeetzel-Deichverband 2,3 Mio. DM Fördermittel. Bis dahin waren Baumaßnahmen in Höhe von 33,5 Mio. DM bereits ausgeführt, die Schätzung der Gesamt-Baukosten hatte sich auf 54 Mio. DM erhöht (vgl. Tab.7). Neun Zehntel der gesamten Kosten wurden durch Zuschüsse des Bundes und des Landes gedeckt.

Tabelle 7

Jeetzel-Deichverband: Finanzierungsplan

Maßnahme	Gesamtbaukosten (1.000 DM)
Bauleitung, Grunderwerb, Flurberein.	5.871
Jeetzel-Ausbau, Brücken, Wehre	8.500
Hochwasserschutz, Deichbau	23.661
Schöpfwerk, Binnenentwässerung	12.028
Folgemaßnahmen	4.000
Summe	54.060
bish.ausgef.	33.450
Eigenbeteiligung 6.039,6 = 11 v.H.	
Zuschüsse 48.020,4 = 89 v.H.	

Quelle:
Unterlagen des Jeetzel-Deichverbands, Dannenberg.

Straßenbau

Im Jahre 1967 bekam Lüchow-Dannenberg 1,7 Mio. DM Zuschüsse für den Straßenbau und die Unterhaltung der Straßen. Davon waren

1,3 Mio. DM Landeszuschüsse für Kreisstraßen,
0,4 Mio. DM Zuschüsse für Gemeindeverbindungsstraßen. [1]

Der Ausbau der durch den Landkreis führenden Bundesstraßen 216, 191, 71 und 248 [2] wurde bis 1963 mit 2,2 Mio. DM Bundeshaushaltsmitteln gefördert. "Aus den im Bundeshaushalt für 'regionale Förderung' bereitgestellten Mitteln sind von den im Zeitraum von 1951 bis 1963 dem Zonengrenzkreis Lüchow-Dannenberg insgesamt in Höhe von 10,6 Mio. DM gewährten Zuschüssen rund 6 Mio. DM für den Ausbau von Straßen kommunaler Baulastträger... zugeflossen." [3]

Von 1950 bis 1968 wurden in Lüchow-Dannenberg für die Förderung des Straßenbaues insgesamt 17 Mio. DM ausgegeben. Zwei Drittel der Gelder entstammten dem Regionalen Förderungsprogramm:

gesamte Förderung	17,1 Mio. DM,
davon	
allg. Landesmittel	2,7 Mio. DM,
Zuschüsse aus dem Förderungsprogramm	10,8 Mio. DM,
Darlehen aus dem Förderungsprogramm	0,8 Mio. DM. [4]

1) Siehe Anhang, Tab. A 28.

2) Siehe Anhang, Karte 1.

3) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte Band 55, 4. Wahlperiode, 133. Sitzung, Antwort des Bundesministers für Verkehr (Bonn, 1964), S.6516.

4) Bezirksregierung in Lüneburg: errechnet nach Unterlagen des Dezernates für Wirtschaftsförderung.

Förderung der gewerblichen Wirtschaft

Durch regionale Wirtschaftsförderung erhielten Betriebe in Lüchow-Dannenberg Bürgschaften, Frachthilfen, Zinszuschüsse und Darlehen.

Bis Ende 1968 waren im Regionalen Förderungsprogramm für Unternehmen mit Sitz in Lüchow-Dannenberg Bürgschaften in Höhe von 2,5 Mio. DM übernommen worden. [1] Hinzu kamen Bürgschaftsübernahmen in Höhe von 0,3 Mio. DM durch Kreditgarantiegemeinschaften. [2] [3]

Wegen des Wegfalls früherer Bezugs- oder Absatzgebiete konnten Unternehmen im Zonenrandgebiet Frachthilfe beantragen. Diese Frachthilfe blieb für Lüchow-Dannenberg ohne Bedeutung, weil sie für einige der Massentransportgüter (Kies, Sand) nicht galt, ferner auf die schon vor dem Kriege bestehenden Unternehmen beschränkt war. So erhielt im Landkreis ein einziger Betrieb in Gartow eine jährliche Frachthilfe von rd. 4.000 DM. [4]

Eine Sonderform der Kreditgewährung stellen Zinszuschüsse dar: Unternehmen verschaffen sich Darlehen am Kapitalmarkt, der Staat übernimmt einen Teil der Zinskosten. Das Unternehmen erhält damit die gleichen Zins-

---

1) Bezirksregierung in Lüneburg: nach Unterlagen des Dezernates für Wirtschaftsförderung.

2) Auskunft der Kreditgarantiegemeinschaft des niedersächsischen Handwerks GmbH und der Bürgschaftsgemeinschaft für Industrie und Verkehr GmbH, Hannover.

3) Die Kreditgarantiegemeinschaften - Gemeinschaftseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft - sollen die Kreditversorgung der mittelständischen Betriebe verbessern und durch Übernahme von Ausfallbürgschaften fehlende Sicherheiten ersetzen. Zugunsten der Gemeinschaften übernehmen der Bund und die Länder Rückbürgschaften und gewähren Darlehen zur Stärkung des Haftungsfonds.
Vgl.: Der Bund als Finanzier, hg. von Walter Schlauwitz (Bad Godesberg, 1966).

4) Bezirksregierung in Lüneburg: Auskunft beim Dezernat für Wirtschaftsförderung.

vorteile wie bei einer staatlichen Darlehensgewährung.

Bis Ende 1968 erhielten verschiedene Industriebetriebe in Lüchow-Dannenberg insgesamt Zinszuschüsse in Höhe von 231.000 DM. Für Betriebe des gewerblichen Mittelstandes wurden gesondert Zuschüsse in Höhe von 10.000 DM bis 15.000 DM im Jahr bewilligt. [1)]

In großem Maße ist seit Bestehen des Regionalen Förderungsprogramms der gewerbliche Mittelstand in Lüchow-Dannenberg durch Darlehen aus Landesmitteln gefördert worden. Die Darlehenssumme stieg von 111.000 DM im Jahre 1953 auf 350.000 DM im Jahre 1968 (s.Tab.8).

Tabelle 8

Lüchow-Dannenberg: Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung Darlehen für den gewerblichen Mittelstand im Zeitraum 1953 - 1968

Jahr	Darlehenssumme (1.000 DM)
1953	111
1954	158
1955	198
1956	140
1957	234
1958	263
1959	135
1960	321
1961	150
1962	157
1963	224
1964	301
1965	311
1966	365
1967	397
1968	350

Quelle:
Vgl. Anhang, Tab. A 26.

1) Bezirksregierung in Lüneburg: nach Unterlagen des Dezernates für Wirtschaftsförderung.

Im Zeitraum von 1953 bis 1968 erhielt Lüchow-Dannenberg mehr als 30 v.H. der im Regierungsbezirk Lüneburg zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmittel für Darlehen an den gewerblichen Mittelstand. Bezogen auf die Einwohnerzahl war die Gewerbe-Förderung im Landkreis Lüchow-Dannenberg zwischen 1953 und 1968 mit 75 DM je Einwohner dreimal so hoch wie der Durchschnitt in den geförderten Gebieten des Regierungsbezirks Lüneburg. (S. Tab.9).

Tabelle 9

Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968
Darlehen für den gewerbl. Mittelstand

Landkreis kreisfr. Stadt	gesamte Darlehenssumme 1953-1968 (1.000 DM)	Förderungsbetrag 1953-1968 je Einw. (DM je Einw.)
Lüchow-Dannenberg	3.815	74,60
Uelzen	2.633	27,50
Gifhorn	2.210	16,50
Lüneburg	1.893	30,60
Lüneburg, Stadt	1.679	28,00
Wolfsburg	203	24,10

Quelle:
Vgl. Anhang, Tab.A 26.

Neben der Landwirtschaft war die Industrie in Lüchow-Dannenberg der am meisten geförderte Wirtschaftszweig. Sie erhielt im Regionalen Förderungsprogramm bis 1968 4,4 Mio. DM. [1] Das entsprach fast der Hälfte der

1) Dieser Betrag entspricht in der Größenordnung den Ergebnissen anderer Untersuchungen.
Vgl.: Joachim Lemelsen,"Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg", Neues Archiv für Niedersachsen Bd. 17, H.1 (Göttingen, 1968), S.33.

gesamten Fördermittel:
Kredite zur Wirtschaftsförderung
in Lüchow-Dannenberg aus Mitteln
des Regionalen Förderungsprogramms
im Zeitraum von 1951 bis 1968

insgesamt 9,2 Mio. DM.

Davon für den Bereich

Industrie 4,4 Mio. DM,
Handwerk 2,4 Mio. DM,
Handel 1,6 Mio. DM. [1)]

Fördermittel für die Gemeinden

Im Regionalen Förderungsprogramm wurden den Gemeinden Zuschüsse gewährt, bestimmt für die Erschließung von Industriegelände, den Bau von Versorgungseinrichtungen und den Ausbau der Kanalisation. Im Jahre 1953 erhielten Gemeinden für diese Vorhaben im Landkreis 32.000 DM Zuschüsse, 1968 waren es 263.000 DM. (Vgl. Tab.10).

Tabelle 10

Lüchow-Dannenberg: Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung Zuschüsse für die Infrastrukturverbesserung der Gemeinden

Zeitraum	Zuschuß (1.000 DM)
1953/1956	244
1957/1960	308
1961/1964	906
1965/1968	1.316

Quelle:
Vgl. Anhang, Tab.A26.

1) Vgl. Anhang, Tab. A 31.

Insgesamt wurden im Regierungsbezirk Lüneburg von 1953 bis 1968 aus Landesmitteln zur Wirtschaftsförderung rd. 7 Mio. DM an Zuschüssen für Gemeinden bewilligt. Lüchow-Dannenberg erhielt davon ein Drittel, bezogen auf die Einwohnerzahl 54 DM je Kopf der Bevölkerung. Das war viermal so viel wie der durchschnittliche Förderbetrag je Einwohner in den anderen Landkreisen. (Vgl. Tab.11).

Tabelle 11

Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968 Zuschüsse für Gemeinden

Landkreis kreisfr. Stadt	Fördersumme 1953 - 1968 (1.000 DM)	Förderungsbetrag 1953-1968 je Einw. (DM je Einw.)
Lüchow-Dannenberg	2.771	54,10
Uelzen	1.187	12,40
Gifhorn	1.524	11,40
Lüneburg	806	13,00
Lüneburg, Stadt	686	11,40

Quelle:
Vgl. Anhang, Tab. A 26.

Die jährlichen Förderungsbeträge sind in der Vergangenheit in Lüchow-Dannenberg stark gestiegen. 1951 erhielt der Landkreis Mittelzuweisungen für die Wirtschaftsförderung in Höhe von 127.000 DM. 1953 wurde im Rahmen des Regionalen Förderungsprogramms ein Betrag von 216.000 DM bereitgestellt. 1958 betrug die Fördersumme 1,0 Mio.DM, 1963 waren es 2,1 Mio. DM. Im Jahre 1968 erhielt der Landkreis aus regionalen Fördermitteln für die Wirtschaftsförderung 4,5 Mio. DM. [1)]

1) Vgl. Anhang, Tab. A 29.

Nach den Unterlagen der Bezirksregierung in Lüneburg hat Lüchow-Dannenberg von 1951 bis 1968 aus dem Regionalen Förderungsprogramm Mittel in Höhe von rd. 23 Mio. DM erhalten, nach Berechnungen der Kreisverwaltung in Lüchow von 1955 bis 1968 rd. 21 Mio. DM. [1] Rechnet man zu den 21 Mio. DM die Förderbeträge von 1951 bis 1954 (1,4 Mio. DM) hinzu, dann stimmen die Zahlen der Bezirksregierung in Lüneburg und der Kreisverwaltung in Lüchow nahezu überein.

Unterschiede zwischen den Erhebungen in Lüneburg und Lüchow bestehen nur in der Aufgliederung der Gesamtmittel nach Förderungsarten: nach Angaben der Kreisverwaltung in Lüchow waren 16,6 Mio. DM der gesamten Förderbeträge Zuschüsse des Bundes und des Landes Niedersachsen, nach Unterlagen der Bezirksregierung in Lüneburg nur 10,6 Mio. DM.[2] Es ist zu vermuten, daß die letztere Zahlenangabe die genauere ist. [3]

Von den gesamten Mitteln des Regionalen Förderungsprogramms gingen in Lüchow-Dannenberg von 1951 bis 1968 60 v.H. als Zuschüsse und Darlehen an die Gemeinden und nur 40 v.H. als Darlehen an gewerbliche Betriebe:

Mittelzuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm im Zeitraum von 1951 bis 1968		
	insgesamt	22,5 Mio. DM.
Davon für den Bereich (Darlehen)	Handwerk, Handel, Industrie	9,2 Mio. DM,

1) Vgl. Anhang, Tab. A 27.

2) Vgl. Anhang, Tab. A 27 und Tab. A 29.

3) Sie beruht auf der Durchsicht und Addition der Förderbeträge nach den einzelnen Bewilligungsbescheiden. Die Kreisverwaltung in Lüchow erhielt - nach dortiger Auskunft - von Bewilligungen oft nur spät und ungenügend spezifiziert Kenntnis.

(Darlehen)	kommunale Gebietskörperschaften	2,7 Mio. DM,
(Zuschüsse)	kommunale Gebietskörperschaften	10,6 Mio. DM.[1]

Zusammengefaßt:

Von 1951 bis 1968 sind in Lüchow-Dannenberg an die gewerbliche Wirtschaft rd. 10 Mio. DM Darlehen zur Wirtschaftsförderung vergeben worden, an die Gemeinden rd. 12 Mio. DM zur Verbesserung der Infrastruktur. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen wurden mit rd. 45 Mio. DM gefördert, der Straßenbau mit rd. 17 Mio. DM. Seit Bestehen des Grünen Plans kamen der Landwirtschaft in Lüchow-Dannenberg 40-60 Mio. DM Fördermittel zugute.
Insgesamt betrug die Summe dieser Fördermaßnahmen im Landkreis Lüchow-Dannenberg von 1950 bis 1968 zwischen 120 und 150 Mio. DM. [2]

1) Vgl. Anhang, Tab. A 29.

2) Ohne Fördermittel für Schulbauten und andere ähnliche öffentliche Einrichtungen. Die Förderbeträge für die Landwirtschaft mußten geschätzt werden.

2. K A P I T E L

D i e E n t w i c k l u n g

e i n z e l n e r

W i r t s c h a f t s z w e i g e

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Handel und Fremdenverkehr, Handwerk und Industrie in Lüchow-Dannenberg seit Kriegsende geschildert.

Durch regionale Wirtschaftsförderung wurde zwar das Bestehen und die Entfaltung dieser Wirtschaftszweige beeinflußt, ihr Bestand und Wachstum aber war nicht nur durch die Bereitstellung von Fördermitteln bedingt. Andere Einflußgrößen konjunktureller, struktureller und saisonaler Art hatten an der Entwicklung ebenfalls ihren Anteil. Das bedeutet: die Wirkung öffentlicher Mittelvergabe läßt sich bislang nicht exakt bestimmen. Ihr Beitrag zur Gesamtentwicklung kann daher nur geschätzt werden, nicht aber berechnet. [1]

---

1) Dazu schreibt Georg MÜLLER in einer Arbeit mit dem gleichen Untersuchungsziel:
Es dürfte kaum möglich sein, "die wirtschaftliche Belebung und die Strukturverbesserungen, die ... in den geförderten Gebieten, wie im Zuge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs andernorts auch, ... zu verzeichnen sind, den jeweils durchgeführten besonderen Maßnahmen zuzuschreiben, um so etwa den Erfolg der Förderungsmaßnahmen im einzelnen nachweisen zu wollen."
Vgl.: Georg Müller u.M., Die wirtschaftliche Entwicklung in den Fördergebieten des Bundes, Einzeluntersuchungen ausgewählter Gebiete, Bd.1: Eifel, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 50 (Bad Godesberg, 1963), S.1.

Landwirtschaft

Große Teile des Niederungsgebietes in Lüchow-Dannenberg waren seit je durch Hochwasser der Elbe und der Jeetzel bedroht. Intensive Landwirtschaft konnte dort nicht betrieben werden. Deshalb wurden Pläne zur Eindeichung der Jeetzel entworfen, in dem betroffenen Gebiet wurde ein Deichverband gegründet.

Das Gebiet des Jeetzel-Deichverbandes liegt zwischen den Höhen NN + 11,00 m und NN + 16,00 m. "Im Jahre 1895 erreichte das Hochwasser der Elbe eine Höhe von NN + 15,05 m...; rund 10.000 ha wurden überflutet und weiteren rund 6.500 ha gleichzeitig die Vorflut genommen. Die Wasserfläche reichte bis vor die Tore der Stadt Lüchow. 34 Ortschaften, darunter die Stadt Dannenberg, wurden unmittelbar betroffen. 13 Ortschaften wurden vollständig vom Wasser eingeschlossen." [1)]

1926 trat Hochwasser kurz vor dem Einbringen der Grasernte auf. "Alle Feld- und Gartenfrüchte einschließlich zahlreicher Obstbäume tauchten lange in dem stark erwärmten Wassermeer unter und erstickten. Große Flächen wurden mit dichtem Schlamm bedeckt, der später zu einer pappartigen Schicht eintrocknete...Das minderwertige Futter der versumpften und ständig nassen Wiesen führte verbreitet zu Tiererkrankungen." [2)]

Bei einem Elbwasserstand von NN + 11,00 m in Hitzacker war der Jeetzel die Vorflut genommen. Bei höherem Wasserstand der Elbe floß Wasser in das Verbandsgebiet zurück; es kam zu Überschwemmungen. Bei einem Wasserstand der Elbe von NN + 12,50 m gingen im Ver-

---

1) Klawitter: Ausbau und Bedeichung der Jeetzelniederung, S.15 f.

2) Ders., S. 17.

bandsgebiet rd. 609 ha landwirtschaftliche Nutzfläche unter, bei einem Wasserstand von NN + 13,50 Meter - Pegel Hitzacker - waren es rd. 2.700 ha und bei einem Elbwasserstand von NN + 14,50 m rd. 6.000 ha. [1)]

Diese Werte wurden oft erreicht. Im Durchschnitt der Jahre von 1930 bis 1956 betrug bei Dannenberg die mittlere Dauer einer Überflutung der Geländehöhe NN + 12,00 m im Winter 117 Tage, im Sommer 38 Tage. 1947 wurden bei einem Winterhochwasser (Höhe: NN + 14,70 m) rd. 7.800 ha überschwemmt. [2)]

Zusätzlich machte dem Niederungsgebiet das Hochwasser der Jeetzel zu schaffen. Auch nach ihrem Ausbau in den Jahren 1929 bis 1934 lag ihr mittlerer Wasserstand nur 60 cm unter dem Geländeniveau. Wegen ihres geringen Gefälles und ihrer ungenügenden Abflußleistung uferte sie durchschnittlich an 32 Tagen im Jahr aus, in nassen Jahren an mehr als 100 Tagen.

Von den Schäden durch Hochwasser war hauptsächlich die Landwirtschaft betroffen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte sie registrierte Schäden in Höhe von 11,5 Mio. Mark. Sie erhielt zum Ausgleich staatliche Beihilfen in Höhe von 4,3 Mio. Mark.

1952 wurde mit den Bauvorhaben zur Kanalisierung begonnen. Die wasserbautechnischen Ziele waren:

- die Überflutung der Niederungsgebiete durch Hochwasser der Elbe und der Jeetzel zu verhindern;
- für die Jeetzel und ihre Nebenflüsse ausreichende Vorflut zu schaffen;
- das versumpfte Niederungsgebiet zu entwässern.

---

1) Vgl. Klawitter, S.16.

2) Vgl. - auch zum folgenden - Klawitter, S.17 ff.

Durch die Kanalisierung der Jeetzel ab Lüchow, ihren Ausbau von Lüchow bis zur Zonengrenze im Süden, die Errichtung eines großen Schöpfwerkes und durch die Eindeichung sind die wasserbautechnischen Ziele im Gebiet der Jeetzelniederung zum großen Teil erreicht worden. Der Grünlandanteil der landwirtschaftlichen Betriebe im Niederungsgebiet sank im Durchschnitt von 70 v.H. auf 40 v.H.

Als wasserwirtschaftliche Aufgaben bleiben noch: der Umbau des Königshorster Kanals - im Süden der Niederung - und die Regulierung der Wasserverhältnisse in der Seegeniederung und im Lemgow. Nach Abschluß dieser Baumaßnahmen wird für die Landwirtschaft der durch die häufigen Überflutungen entstandene Wettbewerbsnachteil beseitigt sein.

In Lüchow-Dannenberg war vor dem Kriege die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. 1961 war die Landwirtschaft noch für 36 v.H. aller Erwerbstätigen der überwiegende Lebensunterhalt. (Durchschnitt des Regierungsbezirks Lüneburg 18 v.H., des Landes Niedersachsen 16 v.H.). [1)]

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten seit 1950 stetig gesunken. (1950: 26 v.H. aller Erwerbstätigen; 1966: 11 v.H. der insgesamt Beschäftigten.) Es wird geschätzt, daß 1980 nur noch 7 v.H. aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten werden. [2)]

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg gab es 1961 11.747 in der Landwirtschaft Erwerbstätige. Durch Hofaufgabe

---

1) Statistik von Niedersachsen: Band 60, Band 61.

2) Vgl.: Deutscher Bundestag: Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, S.36.

und steigende Arbeitsproduktivität wird ihre Zahl in Zukunft weiter abnehmen. 1980 werden in Lüchow-Dannenberg voraussichtlich 6.000 bis 7.000 Erwerbstätige in der Landwirtschaft beschäftigt sein.

Dieser Produktivitätsprozeß ist für die Landwirtschaft von Vorteil, weil dadurch eine rentablere Bewirtschaftung erreicht werden kann, für die davon Betroffenen jedoch von Nachteil, weil es für sie im Landkreis kaum Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft gibt. Wenn man nicht einen Teil der Bevölkerung zum Verlassen des Raumes zwingen will,ist daher die Sanierung der Agrarstruktur von den Erfolgen der Industrieansiedlung abhängig.

Das Ackerland im Landkreis ist von mittlerer bis geringer Bodengüte. Die höchsten Bodenwerte sind in den Marschgebieten zu finden, die niedrigsten im Endmoränengebiet im Westen. Der Kreisdurchschnitt liegt bei einer Bodenklimazahl von 34, die Böden der Grundmoräne erreichen Bodenwerte von 35 bis 45. Drei Viertel des gesamten Ackerlandes in Lüchow-Dannenberg haben Bodenwertzahlen zwischen 28 und 44. [1)]

Die Einheitswerte der landwirtschaftlichen Betriebe sind gering. 47 v.H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche sind unter 800 DM je ha veranschlagt, 39 v.H. zwischen 800 und 1.200 DM je Hektar. Nur 14 v.H. der Nutzfläche haben Einheitswerte von 1.200 DM je ha und mehr. [2)]

1960 wurde in Lüchow-Dannenberg von 5.401 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eine landwirtschaftliche

---

1) Vgl.: "Agrarstrukturelle Vorplanung - Landkreis Lüchow-Dannenberg", H.1.

2) Ebd., H.1.

Nutzfläche von 61.155 ha und eine Waldfläche von 43.188 ha bewirtschaftet. [1] Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren

34.966 ha Ackerland und
25.130 ha Dauergrünland.

Bis 1968 erhöhte sich der Anteil des Ackerlandes auf 37.997 ha, der Anteil des Dauergrünlandes sank infolge der Meliorationsarbeiten auf 24.492 ha. [2] Drei Viertel des Ackerlandes wurden für Getreideanbau genutzt, der Rest für Hackfrüchte, vor allem Kartoffeln. Schwerpunkte des Hackfruchtanbaues waren der Drawehn und die Schweinemark, im Südwesten des Kreises.

Durch die große Zahl von Teilstücken - 1960 rd. 35.000 - war die rationelle Bewirtschaftung der Flächen erschwert. 1960 war im Kreis Uelzen ein Teilstück im Durchschnitt 3,9 ha groß, im Kreis Lüchow-Dannenberg 1,8 ha. (Durchschnitt Land Niedersachsen: 2,2 ha.) In Lüchow-Dannenberg entfielen 1960 auf jeden Betrieb durchschnittlich 6,4 Teilstücke, der Landesdurchschnitt lag bei 4,7 Teilstücken. [3]

1960 betrug der Anteil des Pachtlandes an der gesamten Wirtschaftsfläche ein Fünftel, in den Betriebsgrössenklassen bis unter 20 ha zwei Fünftel. Durch diesen hohen Pachtlandanteil wurden Bodenmeliorationen und Flurbereinigungsverfahren erschwert. [4]

---

1) Statistik von Niedersachsen: Bd. 30.

2) Statistik von Niedersachsen: Bd. 126.

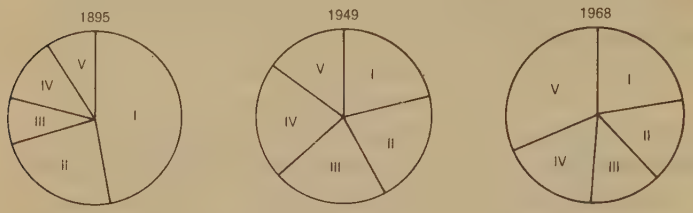
3) Vgl.: "Agrarstrukturelle Vorplanung"- 1. Teil.

4) Anteil des Pachtlandes an der Betriebsfläche: je

Größenklasse:	1949	1960
0,5 ha b.u. 10 ha	56 v.H.	44 v.H.
10 ha b.u. 20 ha	34 v.H.	40 v.H.
20 ha b.u. 50 ha	8 v.H.	19 v.H.

Vgl.: "Agrarstrukturelle Vorplanung".
Die Pachtverträge werden meist langfristig - auf die Dauer von 6 oder 9 Jahren - abgeschlossen.

Abb. 9
Lüchow-Dannenberg
Aufteilung der Gesamtzahl der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche in Betriebsgrößenklassen



I=Betriebe mit LNF bis unter 2 ha
II= " " " von 2 bis unter 5 ha
III= " " " von 5 bis unter 10 ha
IV= " " " von 10 bis unter 20 ha
V= " " " von 20 ha und mehr

Quelle: s. Anhang, Tab. A 6

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

Vor 75 Jahren gab es im Landkreis noch rd. 9.300 selbständige Landwirte. Bis 1939 wurde ein Drittel der Höfe aufgegeben, bis 1968 mehr als die Hälfte:

1895	9.267	landw. Betriebe;
1925	8.575	landw. Betriebe;
1939	6.345	landw. Betriebe;
1949	6.121	landw. Betriebe;
1960	4.797	landw. Betriebe;
1968	4.197	landw. Betriebe. [1]

1895 hatten die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe - mit einer Wirtschaftsfläche von weniger als 2 ha - den größten Anteil an der Gesamtzahl. Mehr als drei Viertel aller Landwirte hatten weniger als 10 ha zur Bewirtschaftung. (Vgl. Abb.9.) 1968 waren die Landwirtschaftsbetriebe mit einer Nutzfläche von 20 ha und mehr am stärksten vertreten; die Hälfte aller Betriebe hatte Wirtschaftsflächen von 10 ha und mehr.

Von 1949 bis 1968 hat in Lüchow-Dannenberg die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um ein Drittel abgenommen. Am stärksten waren Betriebe in den Größenklassen

1) Siehe Anhang: Tab. A 6.

von 5 ha bis 10 ha und von 10 ha bis 20 ha von der Abnahme betroffen. Die Zahl der Kleinstbetriebe - mit landwirtschaftlicher Nutzfläche bis unter 2 ha - stieg von 1960 bis 1968 leicht an, ein Zeichen ihrer vermehrten Bewirtschaftung als Nebenerwerbsbetriebe. (Vgl.Tab.12).

Tabelle 12

Lüchow-Dannenberg: Landwirtschaftsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen

Größenklasse	Zahl der Betriebe			
	1949	1960	1965	1968
bis unter 2 ha	1.326	928	876	941
2 bis unter 5 ha	1.270	833	680	666
5 bis unter 10 ha	1.301	776	601	542
10 bis unter 20 ha	1.341	1.188	892	740
20 bis unter 50 ha	848	1.007	1.166	1.209
50 ha und mehr	35	65	87	99
Summe	6.121	4.797	4.302	4.197

Quelle:
Veröffentlichungen von Nds. F 15, H.5, Teil 4;
Statistische Monatshefte, 19.Jg.H.12;
20.Jg.H. 3;
22.Jg.H.11.

Von 1960 bis 1968 wuchs die bewirtschaftete Fläche in der Betriebsgrößenklasse von 20 ha bis unter 50 ha um 26 v.H. (Bundesdurchschnitt: + 16 v.H.), die der Betriebe von 5 ha bis unter 20 ha nahm im Landkreis um 35 v.H. ab (Bundesdurchschnitt: - 29 v.H.): Betriebe mit einer gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von weniger als 20 ha bewirtschafteten 1960 in Lüchow-Dannenberg insgesamt 27.030 ha, 1968 18.364 ha. Für Betriebe mit Betriebsgrößen von 20 ha und mehr standen 1960 33.644 ha zur Verfügung, 1968 43.504 ha. [1)]

1) Vgl. Anhang: Tab. A 7.

Die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft ließ das Pferd als Zugtier entbehrlich werden. Der Pferdebestand nahm in Lüchow-Dannenberg daher von 1949 bis 1965 stark ab. Im gleichen Zeitraum stieg die Rindviehhaltung an; der Schweine- und Ferkelbestand verdoppelte sich. (Vgl. Tab. 13).

Tabelle 13

Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Viehbestandes von 1900 bis 1965

Jahr	Pferde	Rinder	Schweine + Ferkel
1900	6.773	32.362	67.563
1912	7.283	33.810	84.309
1928	7.557	34.979	78.210
1938	7.894	43.937	94.977
1949	9.337	40.313	58.261
1961	3.786	43.501	96.616
1965	1.740	44.579	110.793

Quelle:
"Agrarstrukturelle Vorplanung" - H. 1.

1967 wurden in Lüchow-Dannenberg 17.371 Milchkühe gehalten. Die durchschnittliche Milchleistung der Rinder lag 1968 im Landkreis über dem Bundesdurchschnitt, aber unter dem des Landes Niedersachsen:

- Milchleistung je Kuh 1968 -

Lüchow-Dannenberg 4.057 kg im Jahr,
Niedersachsen 4.253 kg im Jahr,
Bundesrepublik 3.771 kg im Jahr. [1]

Vom gesamten Milchertrag 1968 des Landkreises in Höhe von 70.476 to wurden 88 v.H. an Molkereien und Händler geliefert.

---

1) Statistische Berichte von Niedersachsen C III 1-67, C III 3-68; Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969.

Niedrige Erlöse bei Holzverkäufen und steigende Personalkosten erschweren den forstwirtschaftlichen Betrieben die Gewinn-Erzielung. [1] Dadurch sinkt der einzelwirtschaftliche Nutzen des Waldes. Sein volkswirtschaftlicher Nutzen als Erholungsraum bleibt davon unberührt. Die Förderung der Forstwirtschaft nutzt daher dem einzelnen und der Allgemeinheit zugleich; Subventionen für Forstbetriebe sind zum Teil gemeinwirtschaftliche Kosten für die Sozialfunktion des Waldes.

Eine rentable Bewirtschaftung des Landes setzt die Vergrößerung der Betriebe und ihre Spezialisierung voraus, außerdem den Willen zur Kooperation. Das Genossenschaftswesen ist im Landkreis von großer Bedeutung: es gibt Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Gemeinschaftsbrennereien zur Kartoffelverwertung, Kühlhaus- und Viehverkaufs-Genossenschaften, Molkereivereine und Maschinenringe. Jedoch können Kooperation und Spezialisierung nur Hilfen für wirtschaftlich starke Betriebe sein, nicht aber für stagnierende. Nach Vorausschätzungen werden in Lüchow-Dannenberg bis 1980 noch zwei Drittel aller Inhaber von Betrieben mit weniger als 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zum Ausscheiden aus der Landwirtschaft gezwungen sein. [2]

---

1) In den vergangenen Jahren erzielte der Forstverband Waddeweitz durch Holzverkauf folgende Einnahmen:

1966	4,07 DM je fm,
1967	3,63 DM je fm,
1968	2,12 DM je fm,
1969	rd. 1,70 DM je fm.

1.000 Stück einjährige Kiefernsämlinge kosteten 1951 4 DM, 1959 9 DM und 1969 18 DM. Je fm Grubenholz wurden 1951 63 DM, 1959 48 DM und 1969 38 DM erlöst. Ausk.: Forstverband Waddeweitz.

2) Vgl.: Prognos AG, Die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Regierungsbezirks Lüneburg 1950 - 1980 (Basel, 1966).

Am 1.1. 1968 betrug der Schuldenstand der Betriebe mit mehr als 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Lüchow-Dannenberg 1.920 DM je Hektar. Durch den Zwang zu Investitionen war die Schuldenlast in den letzten Jahren ständig gestiegen. Am 1.1. 1967 betrug die gesamte Verschuldung der Landwirtschaft im Landkreis rd. 77 Mio. DM. [1] Ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe trug zu diesem Zeitpunkt drei Viertel der gesamten Schulden.

Um den Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe zu steigern und nachhaltig zu sichern, wären nach Schätzungen in Lüchow-Dannenberg noch Investitionen im Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft in Höhe von rd. 450 Mio. DM nötig:

Kulturtechnik und Flurbereinigung -		
Wasserbau	60 Mio. DM	
Flurbereinigung	150 Mio. DM	
Landschaftspflege	10 Mio. DM	
		220 Mio. DM
Gebäude und Betriebsstätten -		
Aussiedlung	65 Mio. DM	
Althofsanierung	100 Mio. DM	
Gebäudeverbesserungen	25 Mio. DM	
		190 Mio. DM
Betriebliche Investitionen -		40 Mio. DM
		450 Mio. DM. [2]

Angesichts dieser Summe erscheint das bisherige Fördervolumen für die Land- und Forstwirtschaft im Landkreis gering. Gemessen jedoch an der Förderung der anderen Wirtschaftszweige, schnitt die Landwirtschaft sehr günstig ab. Sie erhielt die meisten Subventionen; wenngleich auch nur mit geringem Nutzen: sie ist weder leistungsstark noch wettbewerbsfähig geworden.

---

1) Vgl.: "Agrarstrukturelle Vorplanung" - H. 1.
2) Ebd.: H. 2, S. 115 f.

Handwerk

Das Handwerk war in der Nachkriegszeit in Lüchow-Dannenberg stark vertreten. Am 1.10. 1947 gab es im Landkreis 1.258 Handwerksbetriebe. Sie hatten im Durchschnitt 3,2 Beschäftigte je Betrieb; damit waren sie kleiner als die Betriebe in den Nachbarkreisen Lüneburg (3,6 Beschäftigte) und Uelzen (4,2 Beschäftigte). Von den insgesamt 3.964 am 1.10.1947 im Handwerk Beschäftigten arbeiteten in den Branchen

Bauhandwerk	939	Arbeitnehmer,
holzverarb. Handwerk	728	Arbeitnehmer,
metallverarb. Handwerk	860	Arbeitnehmer und im
Bekleidungsgewerbe	878	Arbeitnehmer. [1]

An der regen Tiefbau-Tätigkeit, bedingt durch die öffentlichen Förderprogramme, konnten Baubetriebe in Lüchow-Dannenberg nur in geringem Umfang als Subunternehmer teilnehmen. Beim Straßenbau-Programm und der Jeetzel-Kanalisierung waren die ausgeschriebenen Baulose für die Übernahme durch ansässige Baubetriebe zu groß. [2]

1954 gab es im Bauhauptgewerbe 92 Betriebe mit 1.239 Beschäftigten, 1967 73 Betriebe mit 1.360 Beschäftigten. [3] Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb hatte sich in diesem Zeitraum von 13,4 auf 18,6 erhöht. Im Kreis Uelzen lag sie 1967 bei 22,3 Beschäftigten je Baubetrieb. [4]

---

1) Statistische Monatshefte für Nds.: 3. Jg., H.6.

2) Im I. Bauabschnitt der Jeetzelbedeichung fielen die Baulose an Firmen in Braunschweig, Hannover, Westercelle und Hitzacker, im II. Bauabschnitt an Betriebe in Geesthacht, Bremen und Westercelle.

3) Vgl. Anhang: Tab. A 18.

4) Statistik von Niedersachsen, Band 115.

1966 betrug in Lüchow-Dannenberg der Jahresumsatz im Bauhauptgewerbe 31,7 Mio. DM. Er hatte sich seit 1955 vervierfacht, der durchschnittliche Umsatz je Betrieb verfünffacht.[1)]

1961 waren rd. 3.200 Erwerbstätige im Baugewerbe und den anderen Handwerkszweigen beschäftigt. Die Zahl der ehemals über 1.200 Handwerksbetriebe war bis 1961 auf zwei Drittel gesunken, bis 1969 auf die Hälfte:

1961	845	Handwerksbetriebe,
1965	735	Handwerksbetriebe,
1969	662	Handwerksbetriebe.[2)]

Der Rückgang war in den einzelnen Handwerkszweigen unterschiedlich. Stark rückläufig war z.B. die Zahl der Handwerksbetriebe im Bekleidungsgewerbe, das Installations- und Kraftfahrzeughandwerk blieb dagegen vom Rückgang unberührt.

Der Gesamtumsatz im Handwerk stieg von 1954 bis 1966 im Kreis Lüchow-Dannenberg um das 2,6-fache, im Kreis Lüneburg um das 2,7-fache und im Kreis Uelzen um das 2,9-fache. Durch den geringeren Ausgangswert im Landkreis Lüchow-Dannenberg und die niedrigere Steigerungsrate vergrößerte sich der Abstand zu den Umsatzergebnissen der Nachbarkreise. 1954 betrug der Umsatzvorsprung des Kreises Uelzen gegenüber Lüchow-Dannenberg rd. 30 Mio. DM, 1966 rd. 100 Mio. DM. (Vgl. Tab.14).

Das Handwerk hatte 1962 in Lüchow-Dannenberg zu 19 v.H. Anteil am Gesamtumsatz, 1966 zu 22 v.H. Im Kreis Uelzen erreichte der Handwerksumsatz 1966 nur 15 v.H. vom Gesamtumsatz: Anzeichen für die stärkere Bedeutung der Industrie und des Dienstleistungssektors.

---

1) Veröffentl. von Nds.: Reihe F 11/15, 1956; Statistik von Nds.: Bd. 115.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 25.

Der Durchschnitt im Land Niedersachsen betrug 1966 11 v.H.

Tabelle 14

Gesamtumsatz im Handwerk
1954 - 1960 - 1966

Landkreis	1954	1960 (in Mio. DM)	1966
Lüchow-Dannenberg	28,3	47,4	73,0
Lüneburg	34,4	61,6	92,4
Uelzen	60,6	107,3	175,8

Quelle:
Veröffentl. von Nds.: Reihe F, Bd.12, H.33;
Statistik von Nds.: Bd. 41, Bd. 108.

Im Zeitraum von 1961 bis 1969 ging die Zahl der Handwerksbetriebe im Regierungsbezirk Lüneburg durchschnittlich um 10 v.H. zurück, im Kreis Lüchow-Dannenberg jedoch um 20 v.H. 1969 gab es in Lüchow-Dannenberg 13 Handwerksbetriebe je 1.000 Einwohner, im Kreis Uelzen 11 je 1.000 Einwohner. Der Durchschnitt im Regierungsbezirk Lüneburg lag 1969 bei 10 Handwerksbetrieben je 1.000 Einwohner. [1)]

In Zusammenfassung:
Das Handwerk war in Lüchow-Dannenberg stets überdurchschnittlich vertreten; besonders in der ersten Zeit nach Kriegsende war es überbesetzt. Bedingt durch strukturelle und regionale Hemmnisse sank in den folgenden Jahren die Zahl der Handwerksbetriebe erheblich. Trotz hoher regionaler Fördermittel für das Handwerk konnte nicht verhindert werden, daß sich der Rückstand zu den Nachbarräumen vergrößerte. Lüchow-Dannenberg hatte im Vergleich zu den Kreisen Lüneburg und Uelzen im Handwerk den geringsten Umsatz und die kleinsten Zuwachsraten.

1) Nach Unterlagen der Handwerkskammer in Lüneburg.

Handel

Am 30.9. 1960 gab es in Lüchow-Dannenberg:
535 Einzelhandelsbetriebe mit 1.603 Beschäftigten,
128 Großhandelsbetriebe mit 773 Beschäftigten,
67 Unternehmen der Handelsvermittlung mit 100 Beschäftigten. [1)]

Am stärksten vertreten war im Einzelhandel der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, im Großhandel der 'Landhandel', der Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln. Handelsvermittler hatten im Landkreis nur geringe Bedeutung.

Von 1950 bis 1961 war in Lüchow-Dannenberg die Zahl der im Handel Beschäftigten um 15 v.H. gestiegen, im Landkreis Lüneburg und der Stadt um 30 v.H., im Nachbarkreis Uelzen um 45 v.H. (vgl. Tab.15).

Tabelle 15

Beschäftigte im Handel 1950 und 1961

Beschäftigte im ...	Jahr	Lüchow-Dannenberg	Lüneburg Stadt+Kreis	Uelzen
Einzelhandel	1950	1.396	3.237	2.661
	1961	1.630	4.806	3.811
Großhandel	1950	615	1.845	1.682
	1961	724	2.020	2.624
Handelsvermittlung	1950	131	439	275
	1961	120	377	273
Summe	1950	2.142	5.521	4.618
	1961	2.474	7.203	6.708

Quelle:
Bruno Tietz, Unterschiede und Wandlungen der regionalen Handelsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1961 (Köln und Opladen, 1967).

1) Statistik von Nds.: Bd. 36.

Zwischen 1954 und 1966 nahm im gesamten Regierungsbezirk Lüneburg der Einzelhandels-Umsatz um 160 v.H. zu, jedoch in Lüchow-Dannenberg nur um 116 v.H. und im Kreis Uelzen um 118 v.H. Der Großhandels-Umsatz stieg im gleichen Zeitraum im Regierungsbezirk Lüneburg um 167 v.H., im Landkreis Lüneburg sogar um 288 v.H., im Kreis Uelzen jedoch nur um 113 v.H. und im Kreis Lüchow-Dannenberg um 120 v.H.

Von 1954 bis 1966 verdoppelte sich der Umsatzvorsprung des Kreises Uelzen gegenüber dem Kreis Lüchow-Dannenberg im Groß- und Einzelhandel von rd. 200 auf rd. 400 Mio. DM. (Vgl. Tab.16).

Tabelle 16

Umsatz im Groß- und Einzelhandel
1954 - 1960 - 1966

Landkreis	1954	1960	1966
		(in Mio. DM)	
Großhandel			
Lüchow-Dannenberg	41,0	58,5	89,6
Lüneburg	21,4	38,8	83,7
Uelzen	189,0	248,3	402,1
Einzelhandel			
Lüchow-Dannenberg	36,0	47,6	77,6
Lüneburg	22,2	31,8	54,4
Uelzen	81,4	113,4	177,5

Quelle:
Veröffentl. von Nds.: Reihe F, Bd.12, H.33;
Statistik von Nds.: Bd. 41, Bd. 108.

Trotz vieler Hilfen geschah im Handel eine Entwicklung, die ähnlich verlief wie im Handwerk: die Zuwachsraten blieben in Lüchow-Dannenberg geringer als in anderen Kreisen, der Umsatz-Rückstand vergrößerte sich.

Fremdenverkehr

1960 gab es in Lüchow-Dannenberg 216 Gastwirtschaften, 29 Gasthöfe und 6 Hotels. Im Gastgewerbe waren insgesamt 740 Personen beschäftigt. Zur gleichen Zeit waren im Landkreis 525 Fremdenzimmer mit 811 Fremdenbetten vorhanden. [1]

In den letzten Jahren ist in Lüchow-Dannenberg die Zahl der Fremdenbetten und die der Fremdenübernachtungen stark gewachsen. 1966 betrug z.B. die Kapazität der Samtgemeinde Gartow:[2] 348 Betten - 28.635 Übernachtungen;
der Samtgemeinde Zernien: 40 Betten - 4.280 Übern.;
der Samtgemeinde Waddeweitz: 40 Betten - 3.349 Übern.;
der Samtgemeinde Wustrow: 35 Betten und 1.497 Übernachtungen.[3]

Unter den Fremdenverkehrs-Berichtsgemeinden im Landkreis erzielte die Stadt Hitzacker das größte Fremdenverkehrs-Aufkommen. Im Sommer-Halbjahr 1968 entfielen auf Hitzacker so viele Übernachtungen wie auf Dannenberg, Lüchow und Bergen zusammen. (Vgl. Tab.17).

Tabelle 17

Lüchow-Dannenberg: Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1968 in ausgewählten Gemeinden

Gemeinde	Fremdenbetten	Meldungen	Übernachtungen
Hitzacker	261	4.329	15.720
Bergen	97	1.184	6.907
Dannenberg	130	3.392	4.748
Lüchow	105	3.447	3.857

Quelle: Vgl. Anhang, Tab. A 5.

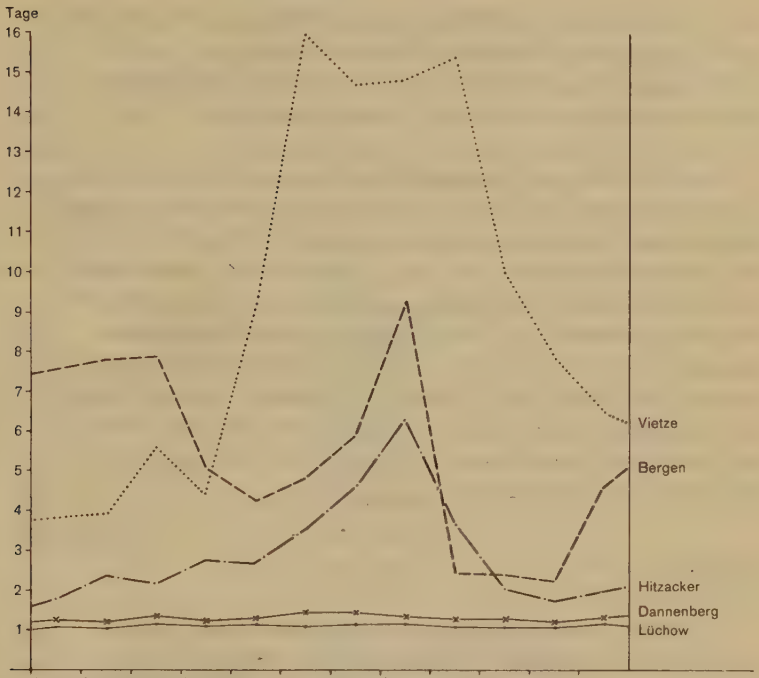
1) Statistik von Nds.: Bd. 34.

2) Gartow verfügt über eine zentrale Zimmer-Vermittlung. Zusammenschluß in der Fremdenverkehrsvereinigung Höhbeck/Elbe.

3) Nach Unterlagen der Kreisverwaltung.

Abb.10

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Monat in ausgewählten Fremdenverkehrsgemeinden*



Quelle: * Errechnet nach Werten aus dem Zeitraum 1966-1968; Statistische Berichte - Der Fremdenverkehr in Niedersachsen, Serie G IV 1-m

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

In den Berichtsgemeinden war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Besucher je Monat stark unterschiedlich. In den Städten Lüchow und Dannenberg lag sie bei 1 bis 2 Tagen und blieb das Jahr hindurch konstant: ein Anzeichen für viele Übernachtungen durch Geschäftsreisende. In Vietze, einer kleinen Gemeinde beim Höhbeck an der Elbe, stieg sie im Sommer auf 16 Tage (s.Abb.10): Kennzeichen der Saison in einem Fremdenverkehrsort. Im Luftkurort Hitzacker blieben die Fremden zwischen Juli und September durchschnittlich 5 Tage.

Zuschüsse zum Ausbau von Fremdenzimmern haben die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Landkreis begünstigt. Fremdenverkehrsvereine wurden gegründet, in Gartow ein

Familien-Feriendorf erbaut, der größte Teil des Waldes in den Naturpark Elbufer-Drawehn einbezogen. [1] Mit Hilfe regionaler Fördermittel entstanden Schwimmbäder, wurden Spielplätze und Wanderwege ausgebaut.

Diese Anfänge im Fremdenverkehrswesen sind erfolgssichere Investitionen für die Zukunft. Dennoch darf man sich keiner Täuschung hingeben: der Fremdenverkehr wird für Lüchow-Dannenberg nur eine zusätzliche Einkommensquelle bleiben, nicht aber zum Haupterwerb im Landkreis aufrücken können. Die Konkurrenz anderer Fremdenverkehrsgebiete ist zu groß, die Attraktivität des Landkreises zu gering, die Saison - abhängig von der Dauer der günstigen Witterung - in Lüchow-Dannenberg zu kurz. Hohe Anfangsinvestitionen führen bei einer Saison von 100 Tagen im Jahr nur knapp zum Gewinn.

Industrie

In Lüchow-Dannenberg gab es vor dem Kriege wenig Industrie, nur einige kleinere Werke: Torffabriken, Brauereien, Ziegeleien, Baustoffwerke, holzverarbeitende Betriebe. Zwischen 1936 und 1942 wurden im Kreis mehrere Wehrmachtsanstalten errichtet, die Munition fertigten. Sie wurden 1945 demontiert.

1946 gab es in Lüchow-Dannenberg 41 Industriebetriebe mit mehr als 25 Beschäftigten. Die Hälfte dieser Betriebe war in der Nahrungs- und Genußmittel-Branche tätig. [2] Bis 1948 wurden im Kreis 14 Betriebe von Flüchtlingen eröffnet. Mangels Kapitals mußte ein Teil dieser Unternehmen nach kurzer Zeit wieder schließen. [3]

---

1) Vgl. Anhang: Karte 1.

2) Statistische Mitteilungen für Niedersachsen: Juni 1947, S. 41.

3) Statistische Monatshefte für Niedersachsen: 2. Jg., H. 7.

Aus einer Branchenübersicht von 1950 geht hervor, daß im Landkreis die ländliche Industrie vorherrschte. Für Kieswerke und Holzfabriken waren die Rohstoffvorkommen, für Mühlen, Ziegeleien und Brauereien die ländlichen Abnehmer entscheidend bei der Standortwahl gewesen:

- Gewerbebetriebe 1950 -

Dannenberg	Sägewerk,
	Möbelfabrik,
	Färberei,
	Bekleidungsfabrik,
	Brauerei,
	Mühlenbau;
Lüchow	Sägewerk,
	Druckerei,
	Milchwerk,
	Brennerei;
Hitzacker	Schiffswerft,
	Sägewerk,
	Fassfabrik,
	Sackfabrik,
	Mineralwasser-Herstellung;
Wustrow	Weberei;
Schnackenburg	Kleiderfabrik;
Neutramm	Trikotagenfabrik;
Gartow	Sägewerk.
Holzverarbeitungsbetriebe in:	Tobringen, Trebel, Woltersdorf, Gorleben, Billerbeck.
Kalksandsteinwerke in:	Tiessau, Gistenbeck.
Ziegeleien in:	Güstritz, Schutschur, Wibbese, Dickfeitzen. [1]

Seit 1950 hat sich die Branchenzusammensetzung gewandelt. Ein Teil der Betriebe, die im Landkreis wegen der natürlichen Standortfaktoren produzierten, mußte schließen, weil die Absatzbedingungen sich verschlechtert

---

1) Vgl.: Landesplanerisches Gutachten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, hg. vom Regierungspräsidenten in Lüneburg (Lüneburg, 1952), S.148 f.

hatten, ein anderer Teil der Betriebe schloß, weil er von den Strukturschwierigkeiten seiner Branche mit erfaßt wurde. So entließen Ziegeleien und Brauereien, Sägewerke und Fassfabriken Arbeitskräfte.

Durch Fördermaßnahmen konnten neue Betriebe angesiedelt werden, vor allem in den Bereichen der Metallverarbeitung und der Textilindustrie. (Vgl. Tab.18).

Tabelle 18

Lüchow-Dannenberg: Betriebsgründungen und Schließungen von Betrieben zwischen 1949 und 1966

Industriegruppe	Gründungen	Schließungen von Betrieben (Zahl der Betriebe)
Steine und Erden	8	4
Eisen- und Metallverarbeitung	9	1
Sägewerke, holzverarb. Ind.	2	5
Druckereien, papierverarb. Ind.	1	1
Textil- und Bekleidungsindustrie	8	-
Nahrungs- und Genußmittelind.	4	7

Quelle:
Angaben der Kreisverwaltung.
Nach: Lemelsen: "Auswirkungen von Industrieansiedlungen...", Neues Archiv für Nds., H.1, 1968, S.34 f.

Erst im Zeitraum 1960/1961 konnte die Struktur der Industrie im Landkreis entscheidend verbessert werden. Mit Unterstützung aus dem Regionalen Förderungsprogramm gelang es, zwei größere Betriebe in Lüchow-Dannenberg anzusiedeln:

in Dannenberg ein Zweigwerk der Continental-Gummiwerke AG und

in Lüchow ein Zweigwerk der SKF - Kugellagerfabriken GmbH.

Durch die neugeschaffenen Arbeitsplätze - anfangs hatten die beiden Werke rd. 700 Beschäftigte, später 1.200 - konnte der Beschäftigungsverlust ausgeglichen werden, der durch Betriebsschließungen entstanden war.

Von 1954 bis 1966 stieg der Umsatz der Industrie im Kreis Uelzen um 136 v.H., im Kreis Lüneburg um 77 v.H. und in Lüchow-Dannenberg um 63 v.H. Trotz der Gründung der beiden größeren Zweigwerke wuchs der Umsatz in Lüchow-Dannenberg im Zeitraum von 1960 bis 1966 nur um 17 v.H., im Kreis Lüneburg um 68 v.H. und im Kreis Uelzen um 75 v.H. (vgl. Tab.19).

Tabelle 19

Umsatz der Industrie
1954 - 1960 - 1966

Landkreis	1954	1960 (in Mio.DM)	1966
Lüchow-Dannenberg	35,4	49,1	57,7
Lüneburg	45,0	47,3	79,4
Uelzen	138,0	185,9	325,7

Quelle:
Veröffentl. von Nds.: Reihe F, Bd.12, H.33;
Statistik von Nds.: Bd.41, Bd. 108.

1967 erwirtschafteten in Lüchow-Dannenberg 7 Betriebe der Investitionsgüterindustrie 55 v.H. des gesamten Industrie-Umsatzes:

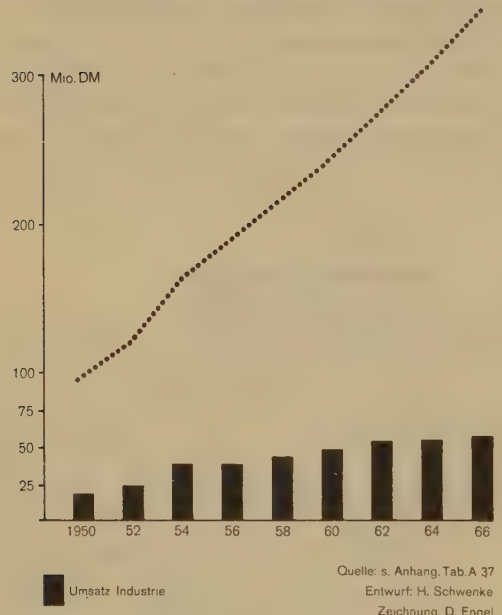
- Industrie-Umsatz nach Wirtschaftszweigen -

Grundstoffindustrie	13,4	Mio. DM,
Investitionsgüterindustrie	36,1	Mio. DM,
Verbrauchsgüterindustrie	7,6	Mio. DM,
Nahrungs- u. Genußmittelind.	8,1	Mio. DM. [1]

Der Umsatz-Anteil der Industrie am Gesamtumsatz betrug 1966
in Lüchow-Dannenberg 17 v.H.,
im Kreis Lüneburg 23 v.H.,
im Kreis Uelzen 28 v.H. und

1) Statistik von Nds.: Bd. 116.

Abb.11
Lüchow-Dannenberg
Gesamtumsatz aller Wirtschaftshauptbereiche und
Umsatz der Industrie im Zeitraum 1950-1966



im Land Niedersachsen 43 v.H.

Während der Anteilswert der Industrie im Landes- und im Regierungsbezirks-Durchschnitt von 1962 bis 1966 konstant geblieben war, sank er im Landkreis Lüchow-Dannenberg von 20 v.H. im Jahre 1962 auf 17 v.H. im Jahre 1966 (1964: 18 v.H.). [1] Der sinkende Umsatzanteil spiegelt das Übergewicht der Wirtschaftssektoren Handel und Handwerk wider. Die Zuwachsrate des Industrieumsatzes blieb hinter der des Gesamtumsatzes zurück. (Vgl. Abb.11).

Von 1952 bis 1967 stieg im Landkreis die Zahl der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten nur

---

1) Statistische Monatshefte für Nds.: 17.Jg., H. 11;
19.Jg., H. 9;
21.Jg., H. 10.

gering, jedoch verdoppelte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der von ihnen Beschäftigten. (Vgl.Tab.20).

Tabelle 20

Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe - mit 10 und mehr Beschäftigten -

Jahr	Betriebe	Beschäftigte
1952	35	954
1959	36	1.419
1963	44	2.141
1967	41	1.982

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 21.

Die Zunahme der Beschäftigung geschah vor allem in den Jahren 1961 bis 1963. In diesem Zeitraum begannen die Zweigwerke der SKF - Kugellagerfabriken GmbH und der Continental AG mit der Produktion. Von 1963 bis 1968 veränderte sich der Beschäftigungsstand nur noch gering. (Vgl. Tab.21).

Tabelle 21

Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe und Beschäftigte

Jahr	Betriebe	Beschäftigte
1952	85	1.156
1957	76	1.235
1958	71	1.436
1959	72	1.621
1960	75	1.446
1961	79	1.829
1962	83	2.169
1963	81	2.318
1964	73	2.225
1965	74	2.130
1966	76	2.339
1968	74	2.339

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 20.

Die meisten der von 1958 bis 1968 neu in das Handelsregister eingetragenen Vollkaufleute entstammten dem Bereich der Industrie. Am 31.12. 1958 gab es in Lüchow-Dannenberg insgesamt 195 Vollkaufleute, darunter 49 aus der Industrie, am 31.12. 1968 waren es insgesamt 222 Vollkaufleute, unter ihnen 62 aus dem industriellen Bereich. [1)]

Eine Aufgliederung der Industriebetriebe nach Branchen zeigt für Lüchow-Dannenberg im Jahre 1966 die Vorherrschaft der Industriezweige Maschinen- und Fahrzeugbau und Textilindustrie. (Vgl. Tab.22).

Tabelle 22

Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe - Branche und Zahl der Beschäftigten 1966

Branche	Betriebe	Beschäftigte
Ziegelindustrie, Kieswerke	12	167
Maschinen- und Fahrzeugbau	8	989
Stahlblechwaren-Industrie	3	19
Sägewerke, holzverarb. Industrie	16	154
Druckereibetriebe	3	39
Kunststoffverarb. Industrie	2	246
Textilindustrie	12	467
Konservenfabriken	5	149
Molkereien	11	64
Getränkeindustrie	4	45
Summe	76	2.339

Quelle:
Statistisches Landesamt Hannover - Sondererhebung zum Industriebericht des Jahres 1966.

Von 1959 bis 1967 waren im Landkreis die Beschäftigtenzahlen in der Grundstoffindustrie und der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie rückläufig, in der

1) Nach Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Lüneburg.

Investitionsgüterindustrie vervierfachten sie sich in diesem Zeitraum. (Vgl. Tab.23).

Tabelle 23

Lüchow-Dannenberg: Beschäftigte nach Industriegruppen - 1959 und 1967 - in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten -

Industriegruppe	Beschäftigte		
	1959	1967	1980 [1]
Grundstoffindustrie	488	240	250
Investitionsgüterind.	250	964	1.200
Verbrauchsgüterind.	511	692	700
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	170	86	100

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 22.

Begünstigt durch Wirtschaftsförderung und den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung hat die Industrie in Lüchow-Dannenberg ihren Umsatz erhöhen können. Die Zahl der durch sie Beschäftigten verdoppelte sich von 1952 bis 1968.

Diese Steigerungsraten haben aber nicht mit denen der Nachbarkreise Schritt gehalten. So hat sich der industrielle Rückstand Lüchow-Dannenbergs vergrößert. 1965 lag der Industriebesatz im Landkreis bei 41 Industriebeschäftigten je 1.000 Einwohnern und damit weit hinter den Durchschnittswerten (vgl. Tab.24)

des gesamten Zonenrandgebietes
(123 Industriebeschäftigte/1.000 Einw.),

Niedersachsens
(111 Industriebeschäftigte/1.000 Einw.)

und der Bundesrepublik Deutschland
(143 Industriebeschäftigte/1.000 Einw.).

1) Schätzung der Prognos AG.

Tabelle 24

Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner in den Jahren 1951,1961,1965

Gebiet	1951	1961	1965
	- Industriebeschäftigte/1.000 Einw. -		
Lüchow-Dannenberg	15,5	30,3	40,9
Niedersachsen	62,5*	109,9	111,0
Zonenrandgebiet	79,8	122,5	123,0
Bundesrepublik**	111,4	148,6	143,3

*Wert von 1950
**ohne Berlin

Quelle:
Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, S.82;
Statistisches Jahrbuch der BRD 1955 und 1969;
eigene Berechnungen.

Zusammengefaßt:
Durch das Regionale Förderungsprogramm konnte im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Rückgang des Industrieumsatzes und der Industriebeschäftigten verhindert werden. Es wurde aber durch den Einsatz regionaler Fördermittel nicht erreicht, daß sich der Landkreis am allgemeinen Wirtschaftswachstum genügend beteiligte. Die Steigerungsraten blieben hinter denen anderer Gebiete zurück und damit wuchs der Rückstand.

3. KAPITEL

Lüchow-Dannenbergs gesamte Wirtschaftsentwicklung

Bisher wurde die Förderung des Kreises Lüchow-Dannenberg untersucht und das Wachstum seiner Wirtschaftszweige dargestellt. In diesem Kapitel soll die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises beschrieben und beurteilt werden.
Als Merkmale dienen dazu:

die Entwicklung der Beschäftigung und Erwerbstätigkeit;
das Pendlerwesen;
die Arbeitslosenquote;
der Gesamtumsatz im Landkreis;
die Höhe und Entwicklung seines Anteils am gesamten Bruttoinlandsprodukt.

Beschäftigung

1968 gab es in Lüchow-Dannenberg rd. 500 bei Gemeinden beschäftigte Arbeitnehmer. Von ihnen waren

53 in der Stadt Lüchow beschäftigt,
36 in der Stadt Dannenberg und
19 in der Stadt Hitzacker. [1)]

Zur gleichen Zeit hatte die Kreisverwaltung einen Personalstand von insgesamt 420 Beschäftigten. [2)]

---

1) Statistik von Nds.: Bd. 131.
2) Landkreis Lüchow-Dannenberg: Haushaltsplan 1969.

Die Zahl der in Lüchow-Dannenberg bei Bundes- und Landesbehörden Beschäftigten ging von 1960 bis 1963 zurück, von 1963 bis 1966 stieg sie gering an. (Vgl. Tab.25).

Tabelle 25

Lüchow-Dannenberg: Beschäftigte bei der Bundespost, Bundesbahn, Bundes- und Landesbehörden
- Stand: Oktober 1960, 1963, 1966 -

Dienststelle	Zahl der Beschäftigten		
	1960	1963	1966
Bundespost	345	363	360
Bundesbahn	103	90	84
Bundesbehörden	542	482	480
Landesbehörden	1.141	1.034	1.095
insges.	2.131	1.969	2.019

Quelle:
Statistik von Nds.: Bd. 10, Bd. 53, Bd. 96.

1950 gab es in Lüchow-Dannenberg rd. 10.000 Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft, die Hälfte davon in der Industrie und im Handwerk. [1] 1961 waren es rd. 12.000 Arbeitsplätze, davon in der Industrie 3.300. [2] Die meisten Selbständigen hatte zu diesem Zeitpunkt die Landwirtschaft. Im sekundären und tertiären Wirtschaftsbereich waren 88 v.H. aller Arbeitnehmer tätig. [3] 1963 arbeiteten von 14.000 Arbeitnehmern

10,5 v.H. in der Land- und Forstwirtschaft,
47,5 v.H. im Handwerk und der Industrie,
42,0 v.H. im Dienstleistungssektor. [4]

1) Veröffentl. von Nds.: R.F,Bd.15,H.5, Teil 3.
2) Statistik von Nds.: Bd. 54.
3) Statistik von Nds.: Bd. 27.
4) Errechnet nach Unterlagen des Arbeitsamtes Uelzen.

Im Landkreis waren 1939 rd. 25.000 Personen erwerbstätig gewesen. 1950 waren es rd. 34.000 Erwerbspersonen und 1961 rd. 24.000. Vorherrschender Wirtschaftszweig blieb die Landwirtschaft, jedoch sank ihr Anteil von 1939 bis 1961 um ein Drittel. (Vgl. Tab.26).

Tabelle 26

Lüchow-Dannenberg: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in v.H. in den Jahren 1939, 1950 und 1961

Wirtschaftsabteilung	1939 v.H.	1950 v.H.	1961 v.H.
Land- und Forstwirtschaft	68,2	54,4	45,9
Handwerk und Industrie	15,5	20,6	24,6
Handel und sonst. Dienstl.	16,3	25,0	29,5
	100,0	100,0	100,0

Quelle:
Stat. Jahrbuch für Niedersachsen 1952; Statistik von Nds.: Bd. 61.

1950 waren in Lüchow-Dannenberg in der Landwirtschaft doppelt soviele Erwerbstätige - im Verhältnis zur gesamten Erwerbstätigkeit - beschäftigt wie im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Industrie war im Landkreis jedoch nur halb so hoch wie im Durchschnitt der Bundesrepublik.

1961 waren von 100 Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt:

in Lüchow-Dannenberg 46 Personen;
im Kreis Uelzen 31 Personen und
im Bundesdurchschnitt 14 Personen.

Der Abstand zu den Durchschnittswerten des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik hatte sich bis 1961

vergrößert: der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft war in Lüchow-Dannenberg dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt, der Anteil der Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe stieg von 1950 bis 1961 in Lüchow-Dannenberg von 21 v.H. auf 25 v.H., im Landesdurchschnitt von 36 v.H. auf 43 v.H. Der industrielle Vorsprung anderer Gebiete hatte nicht eingeholt werden können. (Vgl. Tab.27).

Tabelle 27

Anteile der Wirtschaftsabteilungen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1950 und 1961

Gebiet	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und sonstige Dienstleist.
	v.H.	v.H.	v.H.
1950			
Lüchow-Dannenberg	54,4	20,6	25,0
Kreis Lüneburg	51,4	26,6	22,0
Kreis Uelzen	41,7	27,7	30,6
Niedersachsen	30,4	36,1	33,5
Bundesrepublik	25,6	43,7	30,7
1961			
Lüchow-Dannenberg	45,9	24,6	29,5
Kreis Lüneburg	35,3	37,0	27,7
Kreis Uelzen	30,9	30,4	38,7
Niedersachsen	19,5	42,6	37,9
Bundesrepublik	14,2	48,6	37,2

Quelle:
Stat. Jahrbuch für Niedersachsen 1952; vgl. Anhang: Tab. A 14.

Pendlerwesen

Durch zunehmende Beschäftigung im sekundären und tertiären Sektor nahm im Landkreis in den größeren Orten die Zahl der Einpendler zu. Pendler-Zielort im Süden des Landkreises war vor allem Lüchow, im Norden waren Dannenberg und Hitzacker die Pendler-Zielgemeinden. [1] Von 1961 bis 1966 stieg in Lüchow die Zahl der Einpendler um 30 v.H., in Dannenberg und Hitzacker blieb sie konstant:

	- Einpendler -	
	1961	1966
Lüchow	1.253	1.634
Dannenberg	819	827
Hitzacker	225	221 [2]

1966 hatte ein Siebtel aller im Kreis wohnenden Arbeitnehmer außerhalb des Landkreises seinen Arbeitsplatz. Von den rd. 1.800 nach auswärts Pendelnden waren

341 in Hamburg beschäftigt,
212 in Uelzen,
171 in Hannover und
148 in Lüneburg. [3]

25 v.H. der Auspendler waren ungelernte Arbeiter, 30 v.H. Facharbeiter, 15 v.H. kamen aus Handwerksberufen. 10 v.H. der auswärts Arbeitenden waren 1966 als Angestellte in kaufmännischen Berufen beschäftigt.

Die Auspendler für eine Tätigkeit im Kreis zurückzugewinnen ist schwierig. Durch jahrelange Betriebszugehörigkeit haben sie an ihrem derzeitigen Arbeitsplatz oft soziale Vorteile erlangt (z.B. zusätzliche Pensionsansprüche, verlängerte Kündigungsfristen), derer sie bei Arbeitsplatzwechsel verlustig gingen. [4]

1) Vgl. Anhang: Karte 2.

2) Statistik von Nds.: Bd. 65;
Unterlagen der Kreisverwaltung.

3) Nach Unterlagen der Kreisverwaltung.

4) Dies gilt vor allem für die bei der Hamburger Hafenbetriebs-Gesellschaft Beschäftigten.

Arbeitslose

1951 war im Landkreis ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung noch ohne Beschäftigung. [1] Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahre 1952 auf 16 v.H.; im Bundesdurchschnitt waren 1952 8,5 v.H. der Erwerbsfähigen ohne Beschäftigung. [2]

Im Rahmen der 'werteschaffenden Arbeitsfürsorge' wurden im Landkreis zur Verringerung der Arbeitslosigkeit große - öffentlich geförderte - Tiefbau-Vorhaben begonnen.[3] Durch den verstärkten Ausbau von Straßen und die Kanalisierung und Eindeichung der Jeetzel fanden in den folgenden Jahren viele der Arbeitssuchenden im Baugewerbe eine Beschäftigung. Im Sommer 1960 betrug die Arbeitslosenquote nur noch 8 v.H. In den darauffolgenden Jahren ging sie durch den Beginn der Produktion bei der SKF - GmbH in Lüchow und der Continental AG in Dannenberg weiter zurück.

Am 1. Januar 1966 waren in Lüchow-Dannenberg insgesamt 539 Personen arbeitslos,
davon 215 Männer und
101 Frauen aus dem Bereich der Arbeitsamt-Nebenstelle Lüchow
und 189 Männer und
34 Frauen aus dem Bereich der Arbeitsamt-Nebenstelle Dannenberg.
Von den 860 Arbeitslosen zu Beginn des Jahres 1969 stammten zwei Drittel aus dem Süden des Kreises. [4]

---

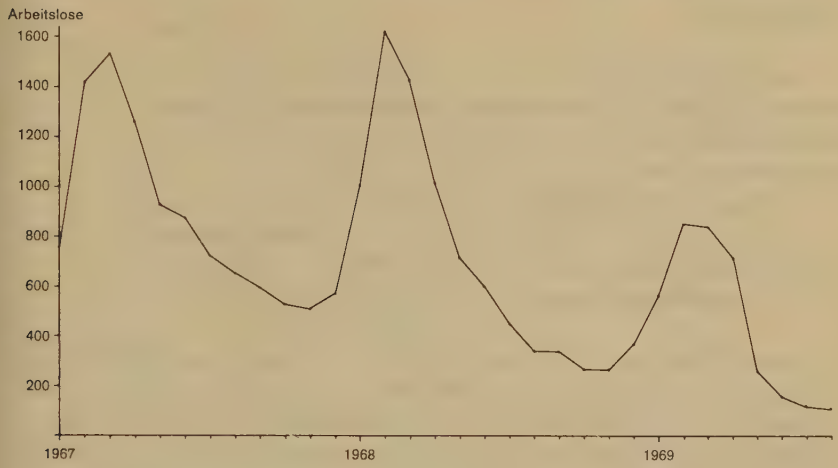
1) Stat. Monatshefte für Nds.: 6. Jg., H. 2.

2) Neues Archiv für Nds.: Bd. 8 (13), S.11.

3) Für das Jeetzelprojekt berechnete man 1952: "Bei einer Bauzeit von etwa 8 Jahren würden also im Durchschnitt je Jahr 60.000 Tagewerke abzuleisten sein. Damit können ... 8 Jahre lang etwa 300 Erwerbslose beschäftigt werden." Landkreis Lüchow-Dannenberg: Landesplanerisches Gutachten 1952, S. 134.

4) Nach Unterlagen des Arbeitsamtes Uelzen.

Abb.12
Lüchow-Dannenberg 155
Monatliche Arbeitslosenmeldungen von Januar 1967 bis Juli 1969



Quelle: Unterlagen des Arbeitsamtes Uelzen

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

In den letzten Jahren schwankte die Zahl der Arbeitslosen im Jahresablauf stark. Die winterliche Arbeitslosenquote war im Landkreis stets hoch, bedingt durch den großen Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten. (Vgl. Abb.12).

Bislang konnte es die Förderungspolitik in Lüchow-Dannenberg nicht verhindern,

daß die Arbeitslosenquote höher blieb als in den Nachbarkreisen;

daß im Landkreis in manchen Jahren winters ein Siebentel aller Erwerbsfähigen arbeitslos wurde.

Im Januar 1968 betrug im Kreis Uelzen der Arbeitslosenanteil 7,9 v.H., im Bereich der Arbeitsamt-Nebenstelle Dannenberg 13,3 v.H. und der Nebenstelle Lüchow 14,8 v.H. Im Januar 1969 hatte die Arbeitslosenquote in Uelzen eine Höhe von 4,6 v.H., im Raum Dannenberg von 6,8 v.H. und im Raum Lüchow von 8,1 v.H. Der Bundesdurchschnitt lag zu diesem Zeitpunkt bei 1,8 v.H.

Gesamtumsatz

Im ersten Vierteljahr 1954 war der durchschnittliche monatliche Umsatz je Großumsatzsteuerzahler in Lüchow-Dannenberg halb so hoch wie im niedersächsischen Landesdurchschnitt:

Lüchow-Dannenberg	31.100 DM	monatlicher Umsatz je Steuerzahler;
Kreis Uelzen	55.300 DM,	
Land Niedersachsen	67.500 DM. [1]	

Im Zeitraum von 1955 bis 1958 stieg im Landkreis der Umsatz in allen Wirtschaftsbereichen - bezogen auf die Einwohnerzahl - nur gering an. Der Rückstand zum Nachbarkreis Uelzen konnte nicht verringert werden, der Abstand zum niedersächsischen Landesergebnis wuchs. (Vgl. Tab.28).

Tabelle 28

Lüchow-Dannenberg/Uelzen/Niedersachsen: Umsatz sämtlicher Wirtschaftshauptbereiche im Zeitraum 1955 - 1958
- Jahresumsatz in DM je Einwohner -

Jahr	Lüchow-Dannenberg DM/Einw.	Kreis Uelzen DM/Einw.	Land Niedersachsen DM/Einw.
1955	3.648	6.416	6.684
1956	3.175	5.889	6.975
1957	3.425	6.093	7.548
1958	3.895	6.866	8.061

Quelle:
Veröffentl. von Nds.: Reihe F, Bd. 12, H. 34, H. 37, H. 43, H. 47.

1) Stat. Monatshefte für Nds.: 8.Jg., H. 10.

Abb.13

Gesamtumsatz in den Landkreisen 1954-1966 Regierungsbezirk Lüneburg

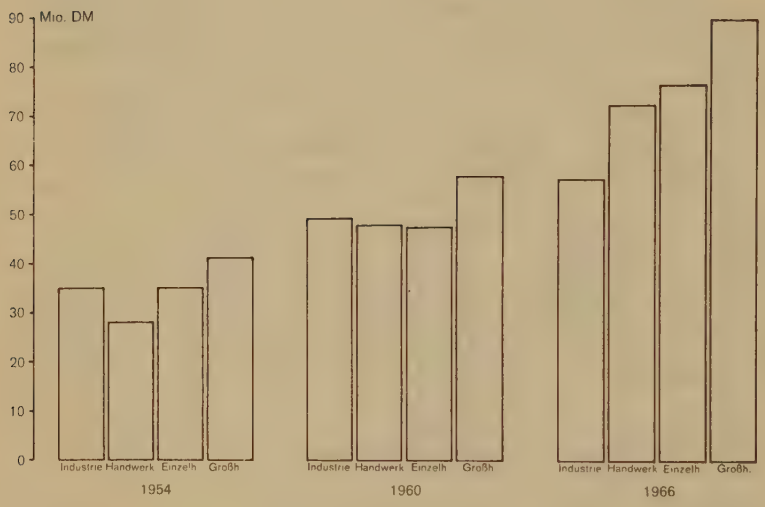
Von 1954 bis 1960 ist der Gesamtumsatz in Lüchow-Dannenberg nur wenig gestiegen. Erst seit der Errichtung der Zweigwerke der SKF GmbH in Lüchow und der Continental AG in Dannenberg wurden die Zuwachsraten im Umsatz größer, blieben aber hinter denen anderer Kreise im Regierungsbezirk Lüneburg zurück. (Vgl. dazu Abb.13). Bis 1966 vergrößerte sich deshalb im Gesamtumsatz der Abstand zwischen Lüchow-Dannenberg und seinen Nachbarkreisen. 1956 betrug der Umsatz-Abstand zwischen Lüchow-Dannenberg und dem Kreis Uelzen 400 Mio. DM, 1966 830 Mio. DM:

- Gesamtumsatz 1956 und 1966 -

	1956 (Mio.DM)	1966
Lüchow-Dannenberg	190	341
Kreis Uelzen	596	1.177. [1)]

1) Vgl. Anhang: Tab. A 10.

Abb 14
Lüchow-Dannenberg
Umsatz in den Wirtschaftshauptbereichen Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Großhandel in den Jahren 1954, 1960 und 1966



Quelle: s. Anhang, Tab. A 12

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Der Umsatz je Einwohner stieg im Landkreis von 1962 bis 1966 um 26 v.H., im Kreis Uelzen um 32 v.H. (Vgl. Tab.29).

Tabelle 29

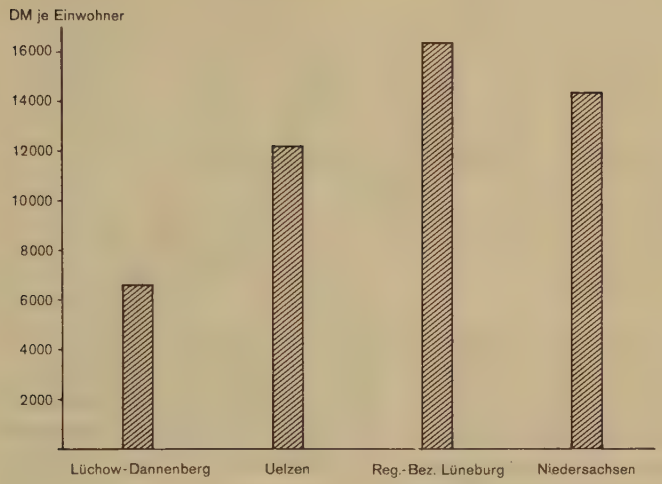
Gesamtumsatz 1962, 1964, 1966
- in DM je Einwohner -

Jahr	Lüchow-Dannenberg DM/Einw.	Kreis Uelzen DM/Einw.	Regierungsbez. Lüneburg DM/Einw.	Land Niedersachsen DM/Einw.
1962	5.203	9.295	12.454	11.238
1964	5.813	10.349	14.365	12.862
1966	6.599	12.298	16.278	14.476

Quelle:
Stat. Monatshefte für Nds.: 17. Jg., H. 11; 19.Jg., H.9; 21.Jg., H.10.

Von 1954 bis 1966 nahm der Umsatz im Bereich des Handels am stärksten zu. (Vgl. Abb.14). 1949 betrug

Abb.15
Gesamtumsatz 1966



Quelle: s. Anhang. Tab. A 12

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

der Umsatz aller Wirtschaftshauptbereiche im Landkreis insgesamt 82 Mio. DM, 1966 erzielte allein schon der Großhandel rd. 90 Mio. DM. 1966 würden in Lüchow-Dannenberg je Einwohner nur 45 v.H. vom Landesdurchschnitt umgesetzt. (Vgl. Abb.15). Der Anteil der Industrie am Gesamtumsatz war rückläufig. Von 1962 bis 1966 sank er um ein Sechstel. (Vgl. Tab.30).

Tabelle 30

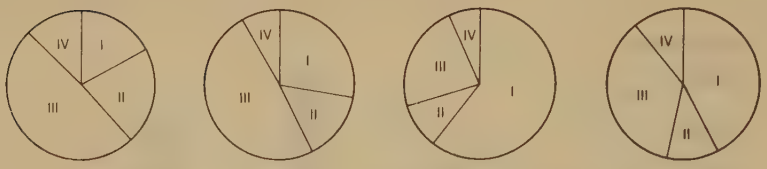
Lüchow-Dannenberg: Umsatz-Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche in den Jahren 1962, 1964 und 1966

Jahr	Gesamtumsatz DM je Einw.	Umsatz-Anteile Industrie v.H.	Handwerk v.H.	Großhdl. v.H.	Einzelhdl. v.H.
1962	5.203	19,9	18,8	27,3	21,7
1964	5.813	18,1	20,8	26,0	22,0
1966	6.599	16,9	21,4	26,3	22,8

Quelle: Vgl. Tab. 29.

Abb. 16

Verteilung des Umsatzes nach Wirtschaftshauptbereichen 1966



I = Industrie
II = Handwerk
III = Handel
IV = Sonstige Bereiche

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel
Quelle: s. Anhang, Tab. A 12

Wegen des geringen Gewichts der Industrie und ihres Umsatzes wich 1966 die Umsatz-Verteilung in Lüchow-Dannenberg stark von den niedersächsischen Durchschnittswerten ab. (Vgl. Abb.16). Der hohe Anteil des Industrie-Umsatzes im Regierungsbezirk Lüneburg war durch das Volkswagen-Werk in Wolfsburg bedingt.

Bruttoinlandsprodukt

Zwischen 1957 und 1966 hat sich der Beitrag des Landkreises zum Bruttoinlandsprodukt verdoppelt. Der Anteil der Landwirtschaft ging in diesem Zeitraum von 40 v.H. auf 30 v.H. zurück. (Vgl. Tab.31).

Tabelle 31

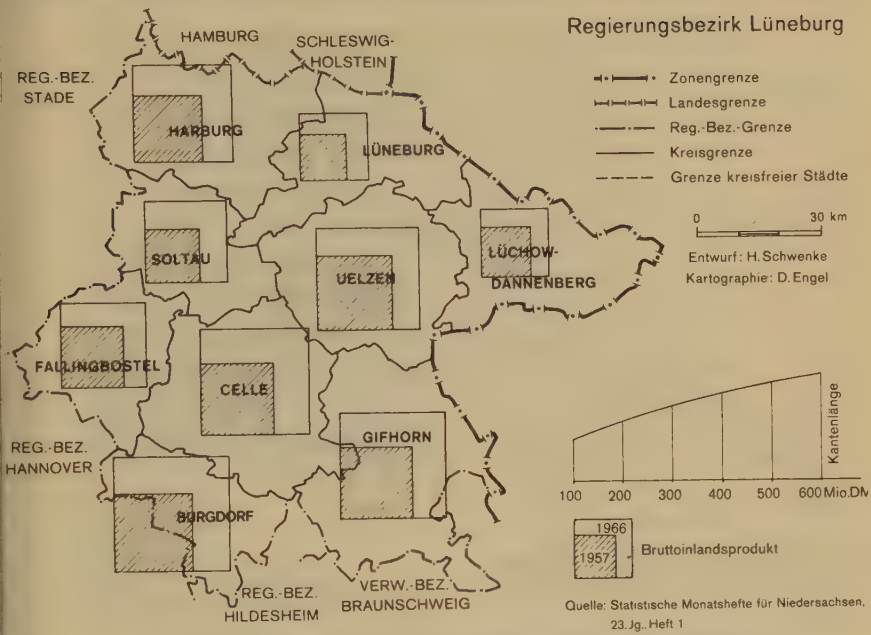
Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts

	1957	1961	1966
Bruttoinlandsprodukt insges. (Mio.DM)	132,6	185,1	251,9
Anteile der Wirtschaftsbereiche in v.H.			
Land- und Forstwirtschaft	39,6	34,6	29,8
Warenproduzierendes Gewerbe	21,7	24,0	27,1
Handel und Verkehr	14,9	16,7	16,6
Sonstige Dienstleistungen	23,8	24,7	26,5

Quelle:
Stat. Monatshefte für Nds.: 23.Jg.,H.1.

Abb. 17

Bruttoinlandsprodukt der Landkreise 1957 und 1966



Quelle: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 23. Jg., Heft 1

Im Vergleich zu den anderen Landkreisen des Regierungsbezirks Lüneburg war 1957 die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in Lüchow-Dannenberg gering gewesen. Bedingt durch höhere Ausgangswerte und größere Zuwachsraten der Nachbarkreise vergrößerte sich bis 1966 der Abstand. (Vgl. Abb.17).

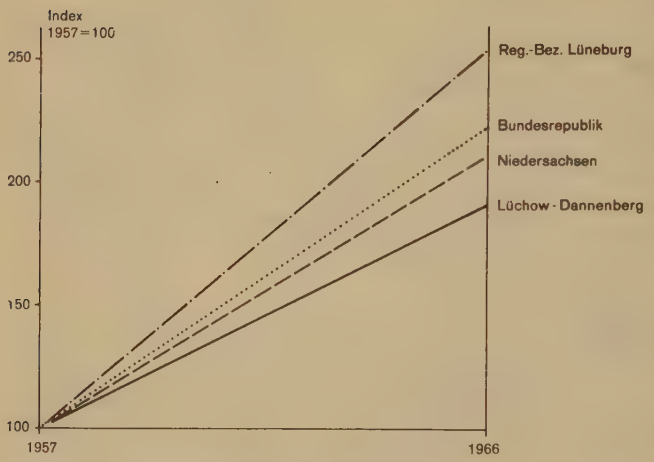
1961 betrug der Wert des Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten:

im Kreis Lüchow-Dannenberg	8.330 DM,
im Kreis Lüneburg	9.300 DM,
im Kreis Uelzen	10.970 DM,
im Regierungsbezirk Lüneburg	13.150 DM,
im Land Niedersachsen	11.710 DM. [1]

1) Statistik von Nds.: Bd. 71.

Abb. 18

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1957-1966



Quelle: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 23.Jg.,Heft 1;
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

Bei steigendem Gesamtumsatz und sinkender Bevölkerungszahl verdoppelte sich in Lüchow-Dannenberg von 1957 bis 1966 der Wert des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner. (Vgl. Tab.32).

Tabelle 32

Lüchow-Dannenberg: Bruttoinlandsprodukt 1957, 1961, 1964, 1966
- in DM je Einwohner -

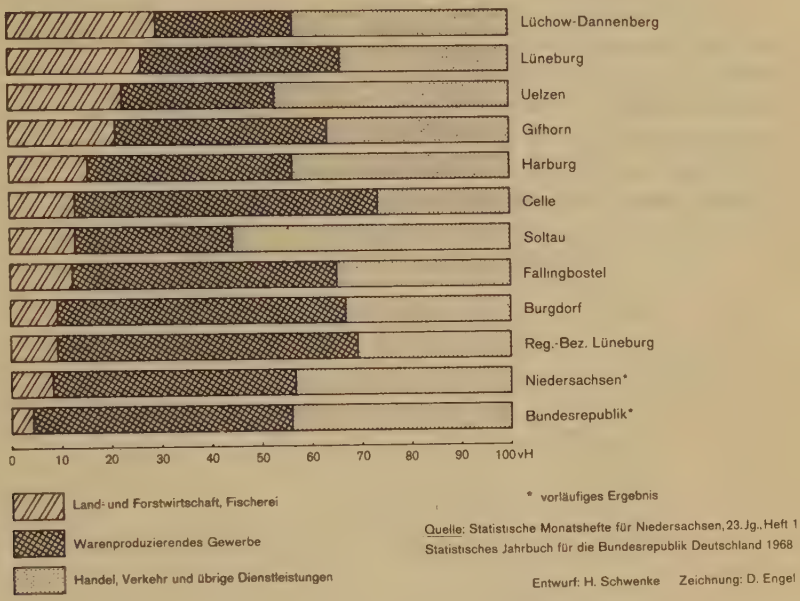
Jahr	BIP je Einw. in DM	BIP je Person der Wirtschaftsbevölkerung
1957	2.340	2.360
1961	3.500	3.570
1964	4.490	4.580
1966	4.880	4.980

Quelle: Vgl. Tab. 31.

Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts blieb im Landkreis von 1957 bis 1966 hinter der durchschnittlichen Zunahme zurück. (Vgl. Abb.18). Dies bedeutete für

Regierungsbezirk Lüneburg

Anteile der Wirtschaftsbereiche in den Landkreisen am Bruttoinlandsprodukt 1966 in vH



Lüchow-Dannenberg - bei niedrigen Ausgangswerten - ein weiteres Wachsen des Rückstandes. 1957 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Lüchow-Dannenberg 2.340 DM, im niedersächsischen Durchschnitt 3.570 DM; 1966 waren es im Landkreis 4.880 DM je Kopf der Bevölkerung, im Landesdurchschnitt 7.040 DM.[1)]

Im Jahre 1966 war im Landkreis der Anteil des Wirtschaftsbereiches Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt größer als der des warenproduzierenden Gewerbes. Er war in Lüchow-Dannenberg unter allen Landkreisen des Regierungsbezirks am höchsten. (Vgl.Abb.19). Strukturprobleme der Landwirtschaft mußten sich daher auch in diesem Kreis am meisten auswirken.

1) Vgl. Anhang: Tab. A 15.

Es ergab sich bei allen in diesem Kapitel untersuchten Merkmalen wirtschaftlicher Entwicklung (Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen, Pendlerwesen, Arbeitslosigkeit, Gesamt-Umsatz, Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt), daß durch die Regionalförderung der Rückstand des Kreises Lüchow-Dannenberg nicht ausgeglichen werden konnte. Meistens nahm er sogar noch zu.

3. A b s c h n i t t

Wirtschaftsförderung und die gesamte Entwicklung im Landkreis Lüchow - Dannenberg

1. K A P I T E L

D i e E n t w i c k l u n g

d e s K r e i s e s

i n e i n z e l n e n B e r e i c h e n

In diesem Kapitel wird Lüchow-Dannenbergs Gesamtentwicklung beschrieben, und zwar anhand folgender Merkmale:

der Bevölkerungsentwicklung,
der Ausstattung des Kreises mit öffentlichen Einrichtungen,
der Entwicklung der Gemeinde- und Kreisfinanzen.

Bevölkerungsentwicklung

Zwischen 1821 und 1968 war das Bevölkerungswachstum in Lüchow-Dannenberg geringer als in den Nachbarkreisen; im Landkreis blieb die Zunahme der Bevölkerung gegenüber der durchschnittlichen Bevölkerungszuwachsrate erheblich zurück. (Vgl. Abb.20).

Von 1820 bis zum Beginn des 2. Weltkriegs nahm die Einwohnerzahl Lüchow-Dannenbergs nur um 12 v.H. zu, im Landkreis Uelzen verdoppelte sie sich. (Vgl.Tab.33).

Tabelle 33

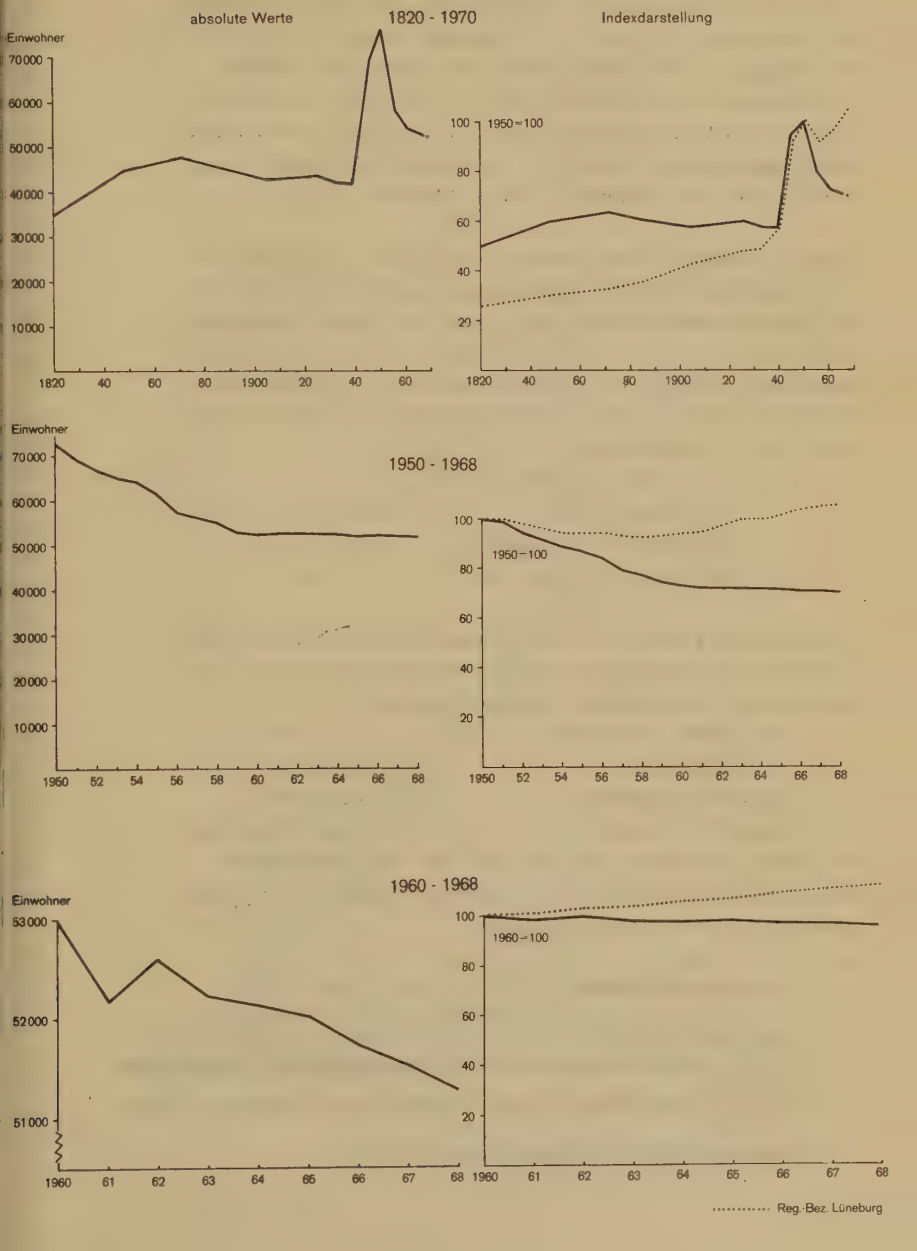
Bevölkerungsentwicklung

Jahr	Einwohner: Lüchow-Dannenbg.	LK Lüneburg	LK Uelzen
1821	36.814	22.310	32.432
1939	41.176	36.899	62.361
1968	50.964	62.375	95.694

Quelle: Vgl. Anhang, Tab. A 2.

Abb. 20

KREIS LÜCHOW-DANNENBERG Bevölkerungsentwicklung



Quelle: s. Anhang, Tab. A 1

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

In der frühen Nachkriegszeit bot der Kreis vielen Vertriebenen Unterkunft, wenngleich oft nur notdürftig. 1947 wohnten mehr als 20.000 Flüchtlinge in Lüchow-Dannenberg. [1] Bis 1950 stieg ihre Zahl auf 30.000, die gesamte Einwohnerzahl auf rd. 73.000. Seit dieser Zeit wurde die Abwanderung der Flüchtlinge gefördert. Viele Vertriebene wurden in die Industriegebiete umgesiedelt, um die Agrarräume zu entlasten. [2]

Die geforderte Entlastung kam schneller als erwartet. Wohnraum- und Beschäftigungsmangel ließ die Zahl der abwandernden Flüchtlinge bis 1956 stark ansteigen. Gegenüber 1950 nahm bis 1961 die Zahl der in Lüchow-Dannenberg wohnhaften Vertriebenen um 11.725 Personen ab (46,4 v.H.). Im gleichen Zeitraum betrug die Abwanderung von Flüchtlingen

im Landkreis Lüneburg	33,3 v.H.,
im Kreis Uelzen	33,5 v.H.,
im Reg.-Bez. Lüneburg	16,5 v.H.,
im Land Niedersachsen	12,8 v.H.. [3]

Durch die Flüchtlingswanderungen waren von 1950 bis 1961 die Veränderungsraten der Wohnbevölkerung im gesamten Regierungsbezirk Lüneburg negativ:

Reg.-Bez. Lüneburg	- 4,0 v.H.,
Kreis Uelzen	- 18,9 v.H.,
Lüchow-Dannenberg	- 27,2 v.H..

Nur im Landkreis Lüchow-Dannenberg nahm die Einwohnerzahl auch noch von 1961 bis 1968 ab, bedingt durch fehlende Arbeitsplätze in Industrie, Handel und Handwerk. (Vgl. Abb.21 und Tab.34).

---

1) Stat. Mitteilungen für Nds.:Juni 1947.

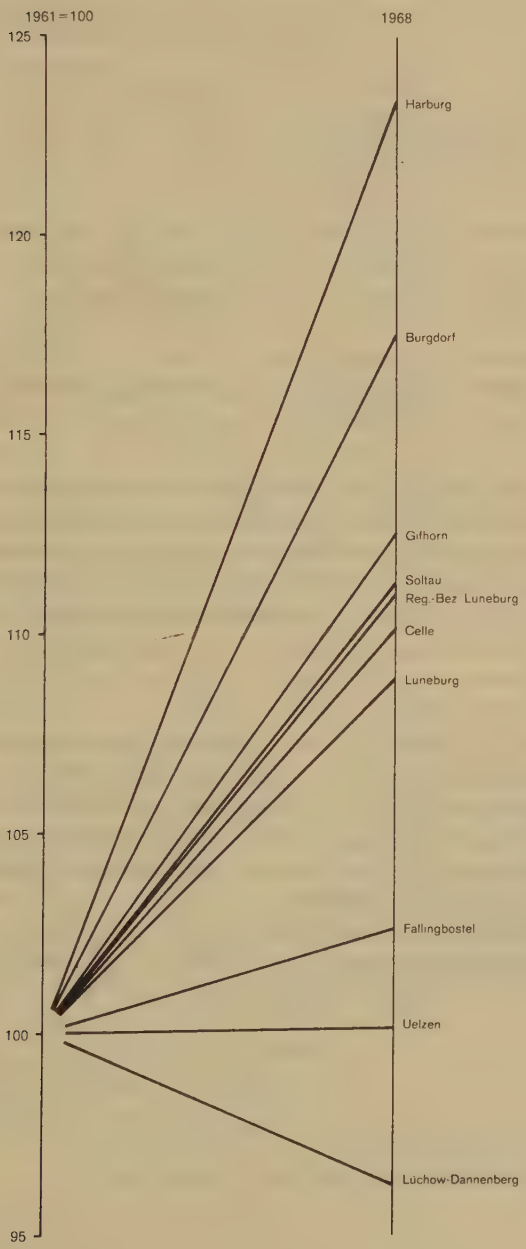
2) Im Gutachten von 1952 schrieb man zur Umsiedlung: "Man kann also die offizielle Umsiedlung auch im Kreis Dannenberg nur als den Beginn einer Entlastung ansehen."
Lüchow-Dannenberg: Landesplanerisches Gutachten 1952, S. 186.

3) Statistik von Niedersachsen: Bd. 60.

Abb. 21

Regierungsbezirk Lüneburg

Bevölkerungsveränderung in den Landkreisen 1961/1968



Quelle: s. Anhang, Tab. A 3

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Tabelle 34

Veränderungsraten der Wohnbevölkerung

Gebiet:	Lüchow-Dannenberg	Landkreis Lüneburg	Landkreis Uelzen	Reg.-Bez. Lüneburg
Jahr	v.H.	v.H.	v.H.	v.H.
1821/1871	+ 25,4	+ 36,3	+ 37,7	+ 36,8
1871/1939	- 10,8	+ 21,4	+ 39,7	+ 60,7
1939/1950	+ 76,7	+ 77,1	+ 88,6	+ 81,2
1950/1961	- 27,2	- 12,2	- 18,9	- 4,0
1961/1968	- 3,8	+ 8,7	+ 0,1	+ 11,0

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 3.

Die Abwanderung betraf nicht alle Bevölkerungsgruppen mit gleichen Anteilen. Vor allem die jüngeren und ausgebildeten Fachkräfte verließen den Kreis, der Bevölkerungsteil mit der größten Aktivität und Mobilität. Für den Landkreis begann damit ein Prozeß der sozialen Verarmung, der zu einem Substanzverlust an produktiven Kräften führte.

1961 waren im Kreis 43 v.H. 45 Jahre und älter, im Landesdurchschnitt nur 36 v.H. In den Jahren von 1964 bis 1967 konnte der positive Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung den negativen Saldo der Wanderungen nicht ausgleichen und daher einen Bevölkerungsrückgang im Landkreis nicht verhindern:

				Bevölkerungsstand am 31.12.
1964 - Lebendgeborene	905			
Gestorbene	693	Saldo	+ 212	52.020
1965 -		Saldo	+ 143	51.704
1966 -		Saldo	+ 158	51.511
1967 -		Saldo	+ 148	51.271. [1]

1) Stat. Monatshefte für Nds.: 1965-1968.

Durch den Rückgang der Einwohnerzahlen sank die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Landkreises. Sie betrug

1939	34	Einwohner je qkm,
1950	60	Einwohner je qkm,
1961	44	Einwohner je qkm,
1968	42	Einwohner je qkm. [1]

Ähnlich geringe Dichtewerte hatten 1968 in der Bundesrepublik nur der Landkreis Prüm im Regierungsbezirk Trier (43 Einw./qkm) und der Landkreis Rothenburg/Tauber im Regierungsbezirk Mittelfranken (42 Einw./qkm).

Die Städte Hitzacker, Dannenberg, Lüchow und Wustrow hatten 1967 mit mehr als 200 Einwohnern je qkm die höchsten Bevölkerungswerte im Landkreis. Dicht besiedelt waren ferner der gesamte Raum der Jeetzelniederung, das Gebiet zwischen Clenze, Schnega und Bergen und der Gartow-Schnackenburger Raum im Osten. Die Gemeinden im Gebiet der Osthannoverschen Endmoräne, der Lucie und der Gartower Talsandfläche hatten die geringsten Bevölkerungsdichtewerte. [2]

1968 erreichte der Dichtewert in Lüchow-Dannenberg nur die Hälfte des Bezirksdurchschnitts, ein Sechstel des Bundesdurchschnitts:

Lüchow-Dannenberg	42 Einw./qkm,
Reg.-Bez. Lüneburg	95 Einw./qkm,
Niedersachsen	147 Einw./qkm,
Bundesrepublik	242 Einw./qkm. [3]

In keinem der an Lüchow-Dannenberg östlich angrenzenden Kreise war zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerungsdichte ähnlich gering. (Kreis Hagenow: 51 E./qkm, Kreis Ludwigslust: 57 E./qkm, Kreis Osterburg: 48 E./qkm und

---

1) Vgl. Anhang: Tab. A 3.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 4.

3) Vgl. Anhang: Tab. A 3.

Kreis Salzwedel: 60 E./qkm).[1] In den westlich angrenzenden Kreisen war sie ebenfalls nirgends so niedrig. Im Regierungsbezirk Lüneburg lag Lüchow-Dannenberg an letzter Stelle und weit hinter den anderen Landkreisen zurück. (Vgl. Tab.35).

Tabelle 35

Regierungsbezirk Lüneburg: Bevölkerungsdichte in den Landkreisen 1939 und 1968

Landkreis	1939 (Einw./qkm)	1968 (Einw./qkm)
Burgdorf	75	164
Harburg	48	106
Gifhorn	41	84
Soltau	37	71
Celle	35	67
Uelzen	43	66
Fallingbostel	41	65
Lüneburg	37	62
Lüchow-Dannenberg	34	42

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 3.

Vom Bevölkerungsrückgang wurden die Gemeinden - je nach Größenklasse - unterschiedlich betroffen. Die Bevölkerungszahl in den Gemeinden mit 1.000 und mehr Einwohnern wuchs, die Bevölkerungskonzentration nahm im Landkreis von 1939 bis 1967 ständig zu:

1939 - Gesamtbevölkerung 41.176 Einwohner, davon 8.285 Einwohner in Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern lebend;

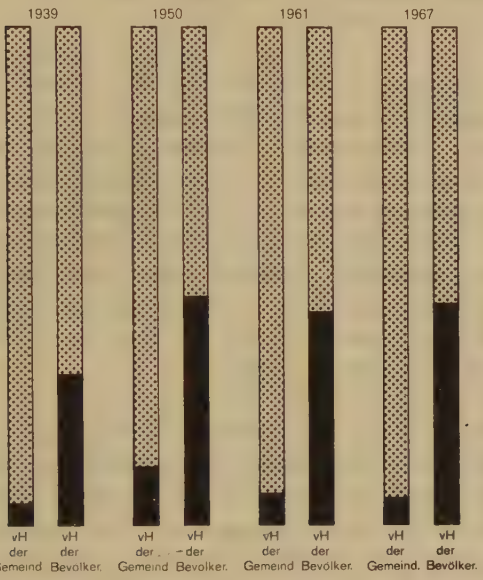
1950 - 72.741 Einwohner, darunter 19.890 in den größeren Gemeinden;

1) Statistisches Jahrbuch der DDR 1968.

Abb. 22

Lüchow-Dannenberg

Anteile der Gemeinden mit 500 und mehr Einwohnern an der Gesamtzahl der Gemeinden, Anteile der Wohnbevölkerung in Gemeinden mit 500 und mehr Einwohnern an der Gesamtbevölkerung



Quelle, s. Anhang, Tab. A 4

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

1967 - Gesamtbevölkerung 51.271 Einwohner, davon 19.718 Einwohner in Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern lebend.[1]

In Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern - 94 v.H. aller Gemeinden - wohnten 1967 nur noch 55 v.H. der Bevölkerung des Kreises.[2] (Vgl.Abb.22).

---

1) Vgl. Anhang: Tab. A 4.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 4.

Raumausstattung

Im größten Teil aller Gemeinden Lüchow-Dannenbergs war 1961 die Landwirtschaft der vorherrschende Wirtschaftsbereich. (Vgl. Abb.23).

Die geringen Einwohnerzahlen erschwerten es den Gemeindeverwaltungen, ihre Aufgaben genügend zu erfüllen. Nur wenige der Gemeinden erreichten die für Einrichtungen der Daseinsvorsorge als erforderlich angesehenen Mindestbevölkerungszahlen. [1] Zur gemeinsamen Erfüllung dieser Aufgaben schlossen sich deshalb viele Gemeinden zu Zweckverbänden zusammen. 1966 gab es rd. 60 Schulzweckverbände, mehr als 20 Wasser- und Bodenverbände, rd. 40 Feuerlöschverbände, Wegebau- und -unterhaltungsverbände und Deichverbände.

Seit 1930 ist in Lüchow-Dannenberg die Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs AG (HASTRA) für die Elektrizitätsversorgung zuständig. Gasversorgung gibt es seit 1912 nur in der Stadt Dannenberg. Eine zentrale Wasserversorgung für das gesamte Kreisgebiet ist nicht vorhanden, für große Teile des Gebietes aber bereits geplant. An ein Wasserleitungsnetz sind bisher im Landkreis nur die größeren Gemeinden, die Elbufergemeinden und die Gemeinden im Dannenberger Raum und im Drawehn angeschlossen.

---

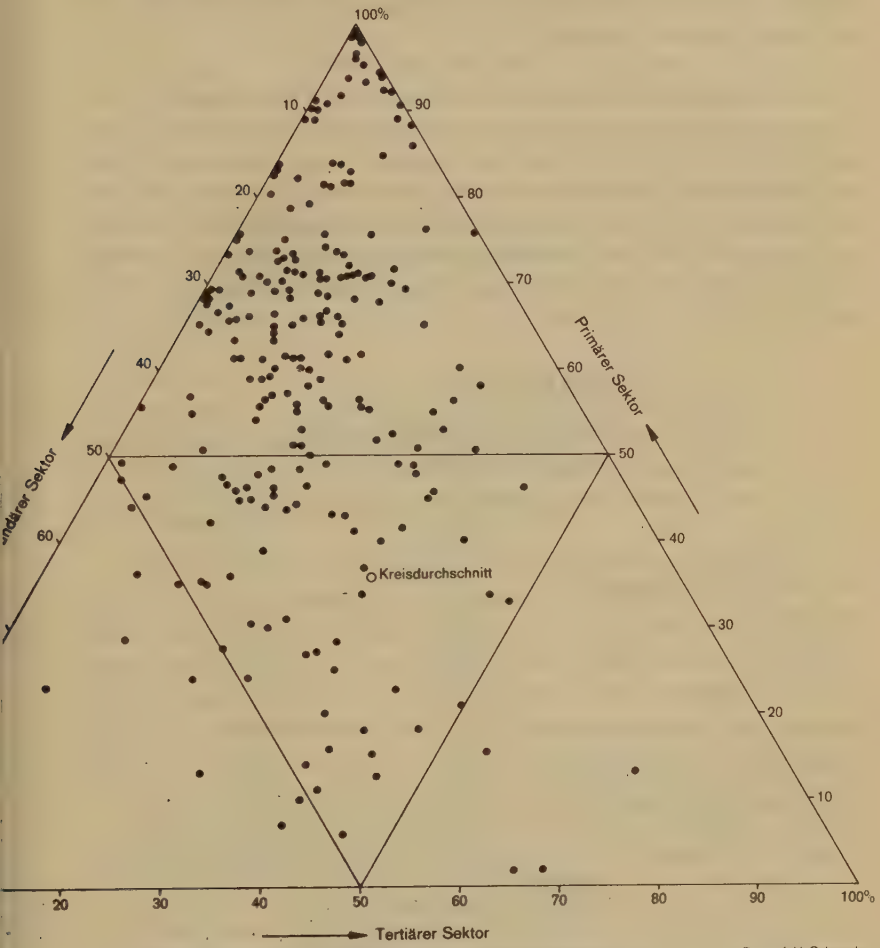
1) Als Mindestbevölkerungszahlen für Einrichtungen der Daseinsvorsorge werden in ländlichen Räumen angesehen:

Verwaltungsaufgabe	Einwohnerzahl
Grundschule	2.000
Sportplätze	2.000
Friedhöfe	3.000
Kindergärten	4.000
Gemeindeschwesternstat.	10.000
Wasserversorgungsanlgn.	10.000
Hauptschulen	13.500

vgl. Frido Wagener, Neubau der Verwaltung, Gliederung der öffentlichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und Integrationswert, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 41 (Berlin, 1969), S. 470.

Abb. 23

Lüchow-Dannenberg: Darstellung der Gemeinden nach Wirtschaftsbereichen 1961



Quelle: Statistik von Niedersachsen · Band 27, Gemeindestatistik Niedersachsen 1960/61 Teil 1, Nieders. LVA-Statistik, Hannover 1964

Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel.

Anlagen zur Abwasserbeseitigung sind nur in den Städten vorhanden. Die geringe Siedlungsdichte in den anderen Teilen des Kreisgebietes zwingt deshalb dort zur Abwasserversickerung. [1]

1945 waren im Landkreis nur 4 v.H. aller Wohnungen zerstört, im Kreis Uelzen waren es 8 v.H., im Landesdurchschnitt 13 v.H. [2] Das durchschnittliche Baualter der Wohngebäude im Landkreis war 1961 höher als im Durchschnitt Niedersachsens. Von 9.842 Wohngebäuden, die zu dieser Zeit in Lüchow-Dannenberg gezählt wurden, waren nur 18 v.H. nach der Währungsreform erbaut, im Landesdurchschnitt waren es 32,3 v.H. (Vgl.Tab.36).

Tabelle 36

Baualter und Ausstattung der Wohngebäude 1961

	Lüchow-Dannenberg v.H.	Niedersachsen v.H.
Baujahr der Wohngebäude		
vor 1870	31,0	17,2
1870-1900	23,4	14,3
1901-1918	12,8	12,0
1919-1948	14,9	24,2
1949 und später	17,9	32,3
Ausstattung der Wohngebäude		
mangelhafte Wasserversorgung	28,6	17,0
" Abwasserbeseitigung	27,5	23,5
mangelhafter Dachzustand	10,9	10,7
normaler Zustand	33,0	48,8

Quelle:
Statistik von Nds.: Bd. 38.

Von 1961 bis 1967 stieg im Kreis die Zahl der Wohngebäude um 13 v.H. (1967: 11.114), die Zahl der Wohnun-

1) Bei einer Einwohnerdichte von 40 Einw./ha werden Baukosten für die Kanalisation von 350 DM/E. errechnet, bei 250 Einw./ha 150 DM/E..
Vgl. Wagener:Neubau der Verwaltung, S. 435.

2) Stat. Monatshefte für Nds.: 2.Jg., H.1.

gen um 18 v.H. (1967: 17.307). Auf jede Wohneinheit entfielen 1967 in Lüchow-Dannenberg 2,9 Einwohner, im niedersächsischen Durchschnitt 3,1 Einwohner. [1]

1955 gab es im Landkreis nur eine Oberschule, die in der Lüchower Realschule dürftig mit untergebracht war, ferner Mittelschulen in Gartow, Clenze und Hitzacker. 1967 hatte der Kreis 56 allgemeinbildende Schulen, darunter 2 Gymnasien, 5 Realschulen und 8 Mittelpunktsschulen, ferner 5 Berufsfachschulen. [2] Die Frequenzen der Klassen entsprachen dem Landes- und Bundesdurchschnitt (29 Schüler je Klasse; 28 Schüler je Lehrer). [3]

1966 hatte der Landkreis 15 Turn- und Sporthallen, 1 Schwimmhalle, 6 Freibäder und 63 Sport- und Spielplätze. Mit diesen Einrichtungen war Lüchow-Dannenberg - bezogen auf die Einwohnerzahl - besser ausgestattet als der Durchschnitt des Landes Niedersachsen. [4]

1967 praktizierten im Landkreis 53 Ärzte und Fachärzte, sowie 25 Zahnärzte und Dentisten. Für die Bevölkerung standen in 3 Krankenanstalten insgesamt 358 Krankenbetten zur Verfügung. Gemessen an den Durchschnittswerten gab es im Landkreis zu wenig Fachärzte und Krankenhausbetten. (Vgl. Tab.37).

---

1) Statistik von Nds.: Bd. 38, Bd.39;
Statistische Berichte: F II 2, 1967, F II 4, 1968.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 17.

3) Statistische Berichte: Serie B I 1 - j.

4) 1966:

	Lüchow-Dannenberg	Niedersachsen
Einwohner je Turnhalle	3.447	4.315
je Schwimmbad (Freibad)	8.617	14.852
je Sportplatz	1.175	1.852
qm Fläche je Einwohner		
Freibäder	1,11	0,91
Spielplätze	0,70	0,45
Sportplätze	5,74	3,68.

Vgl.: Stat. Monatshefte für Nds.: 21. Jg., H.11.

Tabelle 37

Gesundheitswesen 1967

Gebiet	Ärzte	Fachärzte	Zahnärzte	Krankenhausbetten
	- je 100.000 Einwohner -			
Lüchow-Dannenberg	76	27	49	696
Niedersachsen	73	53	47	985
Bundesrepublik	83	65	52	1.083

Quelle:
Statistische Berichte: A IV 2-j/67;
Stat. Jahrbuch der BRD 1968.

1968 wurde in Dannenberg das Kreiskrankenhaus (260 Betten) umgebaut und neu eingerichtet. In Gartow wurde ein Kreis-Altersheim mit 60 Plätzen errichtet. In Liepe, Schnackenburg, Wustrow und Schnega entstanden Gemeinschaftshäuser. Sie stehen den Bürgern als Kulturzentren und für Geselligkeiten zur Verfügung.

Entwicklungsvorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes forderten vor 15 Jahren den Ausbau der Straßen

Bleckede - Hitzacker,
Lüneburg - Dannenberg - Lüchow,
Dannenberg - Gartow - Schnackenburg und
Lüchow - Gartow. [1)2)]

In der Zwischenzeit wurden diese Straßen - und viele andere - im Landkreis ausgebaut. 1967 betrug die Länge der Bundes-, Land- und Kreisstraßen in Lüchow-Dannenberg 481 km. Davon waren

120 km Bundesstraßen,
144 km Landesstraßen,

1) Deutscher Gewerkschaftsbund, Hoffnungen und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg sowie der Stadt Lüneburg (o.O., o.J.).

2) Vgl. Anhang: Karte 1.

217 km Kreisstraßen. [1]

Durch dieses Straßennetz wurde der Landkreis gut erschlossen. 1969 lag Lüchow-Dannenberg in der Straßendichte gegenüber dem Bundes- und Landesdurchschnitt zwar zurück, bezogen auf die Einwohnerzahl jedoch weit über den Durchschnittswerten: eine Folge der geringen Bevölkerungsdichte. (Vgl. Tab.38).

Tabelle 38

Straßendichte und Verkehrserschlossenheit 1969
- Bundes-, Land- und Kreisstraßen -

Gebiet	Einwohner je Straßen-km (Einw./km)	Fläche je Straßen-km (qkm/km)
Lüchow-Dannenberg	106	2,5
Niedersachsen	272	1,9
Bundesrepublik	383	1,6

Quelle:
Errechnet nach Unterlagen der Kreisverwaltung und dem Stat. Jahrbuch der BRD 1969.

Das größte Verkehrsaufkommen war auf folgenden Straßen zu verzeichnen:

der B 216 von Dannenberg nach Lüneburg,
der B 191 von Dannenberg nach Uelzen,
der B 248 zwischen Lüchow und Dannenberg,
der L 264 von Lüchow nach Uelzen und
der B 71 von Bergen nach Uelzen. [2]

Der PKW-Bestand stieg im Landkreis von 1959 bis 1968 auf das Doppelte. 1968 besaß jeder 5. Einwohner Lüchow-Dannenbergs ein Auto. Die PKW-Bestandsdichte

1) Nach Unterlagen der Kreisverwaltung.
2) Vgl. Anhang: Karte 1.

übertraf damit die der Nachbarkreise und den Bundes- und Landesdurchschnitt. 1968 kamen auf je 1.000 Einwohner

in Lüchow-Dannenberg 204 PKW,
im Kreis Lüneburg 202 PKW,
im Kreis Uelzen 194 PKW,
in Niedersachsen 192 PKW,
in der Bundesrepublik 195 PKW. [1)]

Den hohen PKW-Besatz in Lüchow-Dannenberg nur als Zeichen des erreichten Wohlstands anzusehen, wäre eine Fehldeutung. Die Zunahme des PKW-Bestandes beruht zum großen Teil auf dem ungenügenden Leistungsangebot öffentlicher Verkehrsmittel.

Dem niedrigen Fahrgastaufkommen entsprechend ist die Bedienung des Landkreises mit öffentlichen Verkehrsmitteln gering. Die Personenbeförderung auf der Schiene beschränkt sich auf die Strecken Lüchow-Dannenberg und Dannenberg-Lüneburg bzw. Dannenberg-Uelzen. Die Lüchow-Schmarsauer Bahn, die dem Fracht- und Personenverkehr in den Lemgow diente, stellte 1969 ihren Dienst ein. Von Stillegungsmaßnahmen ist ferner der Frachtgutverkehr auf der Strecke Lüchow-Lübbow bedroht. Die Frachtgut-Anlieferung auf dem Schienenweg ist für den Ostteil des Kreises am ungünstigsten. Von Gartow und Schnackenburg sind es bis zur nächsten Bahnstation rd. 30 km. Das Frachtaufkommen der kleinen Häfen an der Elbe ist unbedeutend. Abgehende Güter sind vor allem Baumaterialien, Sand und Kies. Ankommende Güter gibt es kaum.

Im Landkreis verkehren Busse der Bundespost, der Bundesbahn und einer Gesellschaft, in der der Kreis der alleinige Gesellschafter ist. Das Streckennetz berührt nur die größeren Orte, viele kleine Gemeinden

---

1) Stat. Monatshefte für Nds.: 23. Jg., H. 4; Stat. Jahrbuch für die BRD 1969.

sind ohne eigenen Verkehrsanschluß. In großen Teilen des Kreises fahren die Busse nur zweimal täglich. [1] Mit Fördermitteln des Kreises und des Landes wurden durch die Schulzweckverbände Schulbusse angeschafft.

Gemeinschaftsaufgaben mit Vorrang sind im Kreis Lüchow-Dannenberg in der Zukunft:

die Verbesserung der Verkehrsbedienung;
der weitere Ausbau des Gesundheitswesens;
die Erweiterung der zentralen Wasserversorgung;
wasserwirtschaftliche Maßnahmen in der Landgraben- und Dummeniederung.

Öffentliche Finanzen

Im letzten Teil dieses Kapitels werden finanzstatistische Zahlen aus folgenden Bereichen genannt:

Finanzentwicklung in der Vorkriegszeit;
Einheitswerte der Gewerbebetriebe und steuerpflichtiges Vermögen;
Steuereinnahmen und Hebesätze der Gemeinden;
Verwendungszweck der Gemeindeausgaben;
Gewerbesteuereinnahmen;
Schuldenaufnahme und Schuldenstand der Gebietskörperschaften;
Steuerkraft und Deckungsmittel der Landkreise;
Schlüsselzuweisungen und kommunaler Finanzausgleich.

---

1) Im Sommer 1969 fuhren werktäglich auf den Hauptstrecken Busse (hin und zurück):

Lüchow-Gartow-Vietze	3mal am Tage,
Lüchow-Clenze-Bergen-Schnega	4mal am Tage,
Lüchow-Wustrow-Clenze-Bergen-Uelzen	5mal am Tage,
Dannenberg-Zadrau	2mal am Tage,
Dannenberg-Uelzen	2mal am Tage,
Lüchow-Schmarsau	2mal am Tage,
Dannenberg-Damnatz-Landsatz	2mal am Tage.

1925 stammten im Finanzamtsbezirk Lüchow zwei Drittel der gesamten Einkünft aus der Land- und Forstwirtschaft, im Reichsdurchschnitt war es ein Siebentel. Nur ein Viertel aller Einkünfte wurde im Kreis Lüchow aus Gewerbetätigkeit erzielt. (Vgl. Tab.39).

Tabelle 39

Einkommenssteuer-Veranlagung 1925

von 1.000 RM Einkünften entfielen auf...	Finanzamts-bezirk Lüchow	Finanz-amtsbez. Dannenbg.	Landes-finanz-amtsbez. Hannover	Deutsches Reich
	(RM)	(RM)	(RM)	(RM)
Land- u. Forst-wirtschaft	665	582	295	150
Gewerbe	225	313	490	574
nichtselbst. Arbeit	9	3	80	126
Kapitalvermögen	3	2	21	35

Quelle:
Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs: Nr. 7.

1938 lag das Personalsteueraufkommen in Lüchow-Dannenberg weit hinter den Vergleichswerten der Nachbarkreise zurück. Es waren:

in Lüchow-Dannenberg 22 RM je Einwohner,
im Kreis Uelzen 46 RM je Einwohner,
im Kreis Salzwedel 50 RM je Einwohner,
im Deutschen Reich 118 RM je Einwohner. [1]

(Vgl. Abb.24). Ähnlich war es beim Umsatzsteueraufkommen. Es betrug - je Kopf der Bevölkerung - 1938 [2]

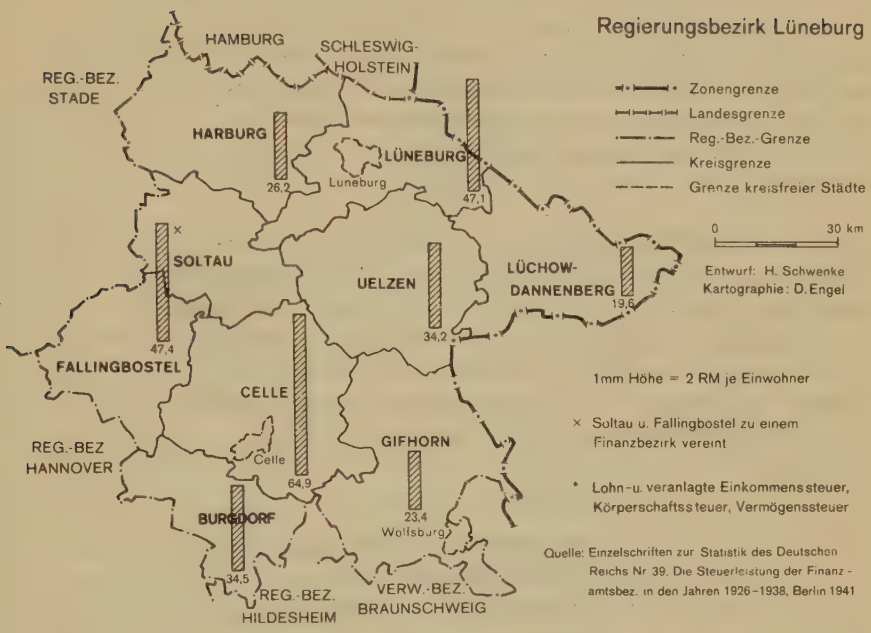
in Lüchow-Dannenberg 24 RM,
im Kreis Uelzen 35 RM,
im Kreis Salzwedel 34 RM,
im Deutschen Reich 46 RM. (Vgl. Abb.25).

1) Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs: Nr. 39.

2) Ebd.

Abb. 24

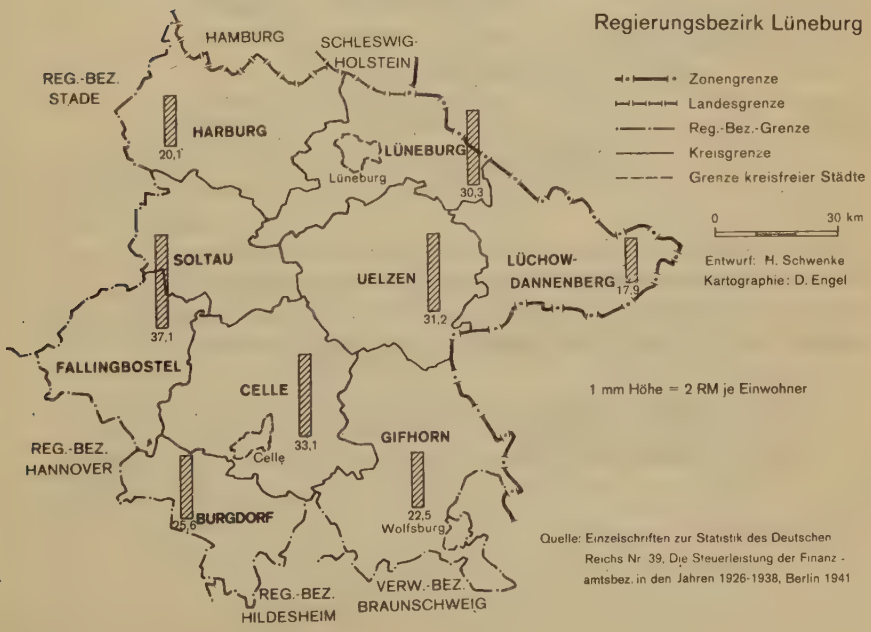
Personalsteuern* - Steuerleistung 1937



Quelle: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr 39. Die Steuerleistung der Finanzamtsbez. in den Jahren 1926-1938, Berlin 1941

Abb. 25

Umsatzsteuer - Steuerleistung 1937



Quelle: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr 39. Die Steuerleistung der Finanzamtsbez. in den Jahren 1926-1938, Berlin 1941

Von 1957 bis 1960 stieg in Lüchow-Dannenberg das durchschnittliche steuerpflichtige Vermögen um ein Drittel, im Landkreis Lüneburg um zwei Drittel. Das durchschnittliche Gesamtvermögen erhöhte sich von 1963 bis 1966 im Untersuchungsgebiet um 8 v.H., im Landkreis Lüneburg um 15 v.H. [1)]

Von 1953 bis 1966 wuchs der Einheitswert der gewerblichen Betriebe von 13 auf 43 Mio. DM, das Rohvermögen der Betriebe von 26 auf 237 Mio. DM.[2)] Der durchschnittliche Einheitswert je Betrieb verdoppelte sich im Zeitraum 1957-1966. Dies geschah in den Nachbarkreisen ebenfalls, so daß der Rückstand Lüchow-Dannenbergs zunahm. (Vgl. Tab.40).

Tabelle 40

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1957 und 1966
- Durchschnitt je Betrieb in DM -

Landkreis	1957 (DM)	1966
Lüchow-Dannenberg	24.674	48.006
Lüneburg	23.000	51.020
Uelzen	47.844	91.476
Niedersachsen	98.053	157.023

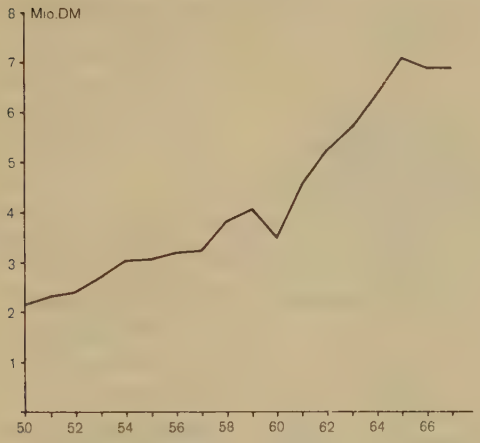
Quelle:
Stat. Monatshefte für Nds.: 14.Jg., H. 2; 22.Jg., H. 8.

Der größte Zuwachs an Einkünften war durch Einkommen aus dem Gewerbebetrieb zu verzeichnen. Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft waren im Landkreis rückläufig. Da in Lüchow-Dannenberg und dem Land Nieder-

1) Stat. Monatshefte für Niedersachsen: 14. Jg., H.1; 16. Jg., H.6; 19 Jg., H.1; 22. Jg., H. 5.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 32.

Abb. 26
Lüchow-Dannenberg
Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1950-1967



Entwurf: H. Schwenke
Zeichnung: D. Engel

Quelle: s. Anhang, Tab. A 38

sachsen die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen zwischen 1954 und 1965 die gleichen Zuwachsraten aufwiesen, nahm der Abstand zwischen dem Kreis- und dem Landesergebnis zu. (Vgl. Tab.41).

Tabelle 41

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen 1954 und 1965

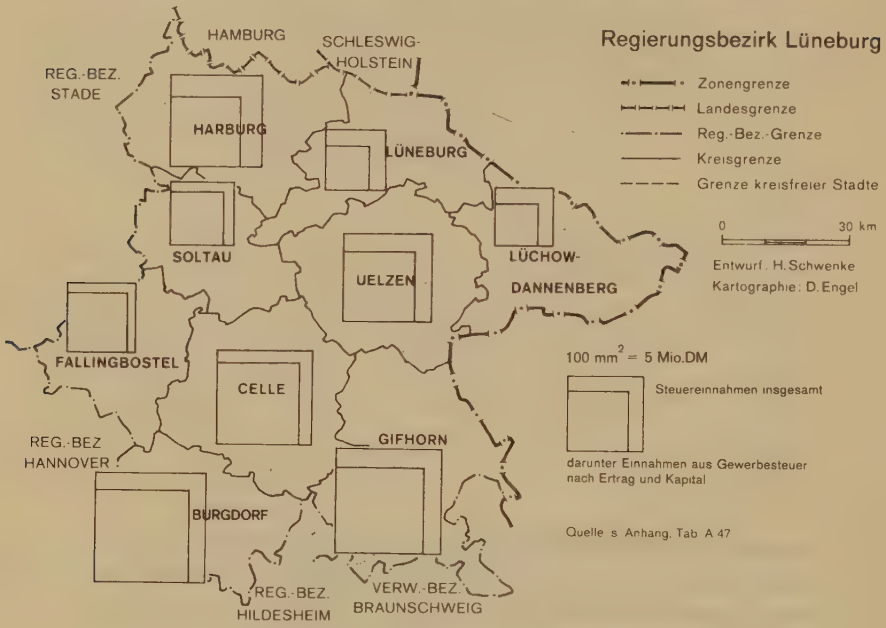
Landkreis	1954 (DM)	1965
Lüchow-Dannenberg	5.760	15.973
Lüneburg	6.690	17.140
Uelzen	9.025	21.350
Niedersachsen	7.495	21.268

Quelle: Vgl. Anhang, Tab. A 39.

Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden erhöhten sich in Lüchow-Dannenberg seit 1950 (rd. 2 Mio. DM) bis 1967 um rd. 5 Mio. DM (vgl. Abb.26).

Abb.27

Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden in den Landkreisen 1967



Damit hatten die Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg 1967 die geringsten Steuereinnahmen im Regierungsbezirk Lüneburg. (Vgl. Abb.27).

Bezogen auf die Einwohnerzahl war das gemeindliche Steueraufkommen in Lüchow-Dannenberg dem Durchschnitt entsprechend gewachsen (1950: 29 DM/E., 1968: 141 DM/E.). (Vgl. Tab.42).

Tabelle 42

Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1950, 1960, 1968 - DM/Einw. -

Landkreis	1950 (DM/E.)	1960 (DM/E.)	1968 (DM/E.)
Lüchow-Dannenberg	28,91	68,06	140,93
Lüneburg	28,57	58,16	127,90
Uelzen	40,73	83,34	166,38
Niedersachsen	38,42	81,84	154,31

Quelle: Vgl. Anhang, Tab. A 45.

55 v.H. aller Steuereinnahmen entstammten 1968 der Gewerbesteuer. Sie war unter den Realsteuern am stärksten gestiegen. (Vgl. Tab.43).

Tabelle 43

Lüchow-Dannenberg: Steuereinnahmen 1950, 1960, 1968 - in DM je Einwohner

	1950 DM/E.	1960 DM/E.	1968 DM/E.
Steuereinnahmen insges.	28,91	68,24	140,93
davon...			
Grundsteuer A	14,72	23,06	34,17
Grundsteuer B	5,53	9,36	24,20
Gewerbesteuer	7,89	33,90	77,07

Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 38.

Im Vergleich zu den Steuereinnahmen waren in Lüchow-Dannenberg die Finanzzuweisungen schneller gewachsen. Während die Steuereinnahmen (1950: 2 Mio. DM) bis 1967 auf rd. 7 Mio. DM stiegen, erreichten die allgemeinen Finanzzuweisungen (1950: 0,5 Mio. DM) 1967 bereits eine Höhe von rd. 9 Mio. DM. [1] Von dem Anstieg der Zuweisungen waren am meisten die kleinen Gemeinden begünstigt. Sie bekamen - bezogen auf die Einwohnerzahl - am meisten: im Jahre 1966 erhielten die Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern in Lüchow-Dannenberg durchschnittlich 258 DM/E.,[2] Gemeinden mit 500 - 1.000 Einwohnern nur 52 DM/E..[3]

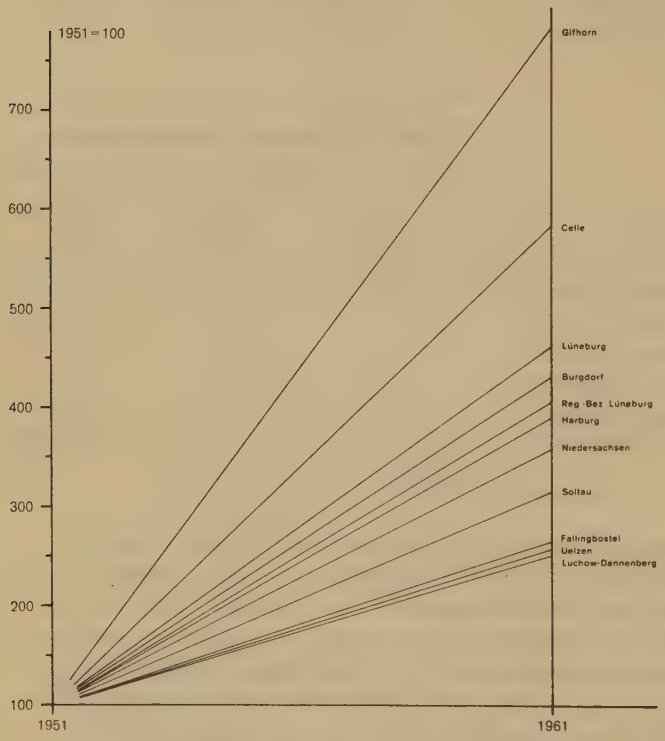
Der wachsende Finanzbedarf zwang die Gemeinden zur Anhebung der Realsteuerhebesätze. Bei der Grundsteuer A

1) Vgl. Anhang: Tab. A 38.

2) Nach § 5,II Finanzausgleichsgesetz erhielten kleine Gemeinden - sofern sie einer Samtgemeinde angeschlossen waren - Schlüsselzuweisungen wie Gemeinden mit 500 Einwohnern.

3) Statistik von Nds.: Bd. 112.

Abb.28
Regierungsbezirk Lüneburg
Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens 1951/1961



Quelle: s. Anhang, Tab. A 46 Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

betrug der durchschnittliche Hebesatz 1967 299 v.H. (Bundesdurchschnitt: 212 v.H.), bei der Grundsteuer B 280 v.H. (Bundesdurchschnitt: 237 v.H.) und bei der Gewerbesteuer 298 v.H. (Bundesrepublik: 293 v.H.). [1)]

Bis 1961 war die Wachstumsrate der Gewerbesteuer in Lüchow-Dannenberg hinter der anderer Kreise des Regierungsbezirks Lüneburg zurückgeblieben. (Vgl. Abb.28). In den folgenden Jahren stieg das Gewerbesteueraufkommen im Landkreis stark an, bedingt durch die Gründung der beiden größeren Betriebe in Dannenberg und Lüchow.

1) Vgl. Anhang: Tab. A 30.

Dennoch erreichten die gesamten Gewerbesteuereinnahmen 1967 im Landkreis nur eine Höhe von 3,9 Mio. DM. Damit lag der Landkreis im Regierungsbezirk Lüneburg an letzter Stelle. (Vgl. Tab.44).

Tabelle 44

Regierungsbezirk Lüneburg:
Gewerbesteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1967

Landkreis	Gewerbesteuereinnahmen (Mio.DM)
Burgdorf	17,8
Celle	13,6
Fallingbostel	7,3
Gifhorn	15,2
Harburg	9,9
Lüchow-Dannenberg	3,9
Lüneburg	4,0
Soltau	6,0
Uelzen	10,0

Quelle:
Vgl. Anhang, Tab. A 47.

Je Kopf der Bevölkerung betrugen die Einnahmen aus Gewerbesteuern 1968:

in Lüchow-Dannenberg	77 DM/Einw.;
im Kreis Uelzen	104 DM/Einw.;
in Niedersachsen	107 DM/Einwohner.[1]

Bis 1967 hatten die Gebietskörperschaften in Lüchow-Dannenberg 3,5 Mio. DM Schulden zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft aufgenommen, jedoch nur 0,06 Mio. DM zur Förderung von Wirtschaft und Verkehr.[2] In DM je Einwohner umgerechnet stieg der Stand der unrentierlichen Schulden (Schulden für Verwaltungszweige, deren Schuldendienst den Haushalt voll belastet) in den Gemein-

1) Vgl. Anhang: Tab. A 45.
2) Statistik von Nds.: Bd. 113.

den von 1961 bis 1968 um mehr als das Doppelte. Gleichfalls verdoppelte sich der Schuldenstand für Straßenbau-Maßnahmen. Die Schuldenaufnahme für die Land- und Forstwirtschaft jedoch stieg um mehr als das Dreifache. [1] Von 1960 bis 1968 wuchs der Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden

im Landkreis Lüchow-Dannenberg von 8 auf 25 Mio.DM,
im Kreis Lüneburg von 5 auf 21 Mio. DM,
im Kreis Uelzen von 11 auf 47 Mio. DM. [2]

Je Kopf der Bevölkerung betrug der Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden am 31.12.1968

in Lüchow-Dannenberg 501 DM/Einw.,
im Kreis Lüneburg 344 DM/Einw.,
im Kreis Uelzen 493 DM/Einwohner. [3]

Die Realsteuerkraft[4] erreichte 1967 nur zwei Drittel des niedersächsischen Landesdurchschnitts. (Vgl.Tab.45).

Tabelle 45

Realsteuerkraft 1951, 1961, 1967
- in DM je Einwohner -

Landkreis	1951 (DM/E.)	1961 (DM/E.)	1967 (DM/E.)
Lüchow-Dannenberg	31,34	72,37	115,98
Lüneburg	32,08	88,55	111,49
Uelzen	43,65	96,88	149,61
Niedersachsen	56,35	146,69	184,09

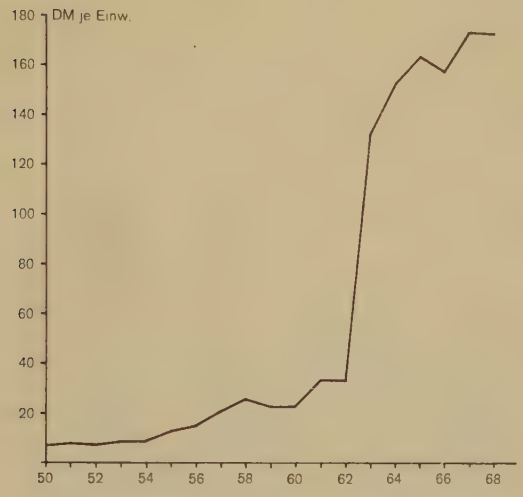
Quelle:
Vgl. Anhang: Tab. A 40.

An den Landkreis flossen deshalb im Finanzausgleich hohe Zuweisungsbeträge. Vom Jahre 1963 ab, nach dem

1) Statistik von Nds.: Bd. 9; Bd. 125.
2) Statistik von Nds.: Bd. 3, Bd. 125.
3) Vgl. Anhang: Tab. A 44.
4) Die Realsteuerkraft entspricht dem fiktiven Realsteueraufkommen bei einheitlichen Hebesätzen für alle Gemeinden.

Abb. 29

Lüchow-Dannenberg
Allgemeine Finanzzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden 1950-1968



Quelle: s. Anhang, Tab. A 38 Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Wirksamwerden des Finanzausgleichsgesetzes, stiegen sie stark an. (Vgl. Abb.29). Der Landkreis lag damit im Regierungsbezirk Lüneburg an der Spitze. (Vgl. Tab.46).

Tabelle 46

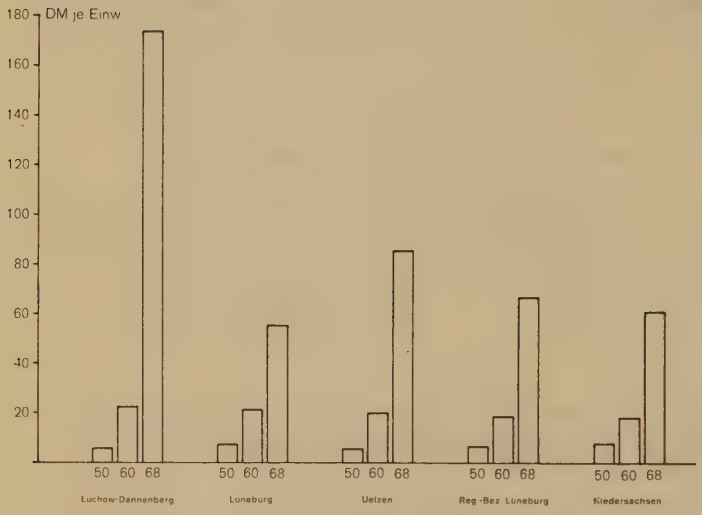
Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden 1963 und 1967 - in DM je Einw. -

Landkreis	1963 (DM/E.)	1967 (DM/E.)
Lüchow-Dannenberg	131,18	174,81
Lüneburg	37,72	48,04
Uelzen	63,73	80,16
Reg.-Bez. Lüneburg	45,23	60,71

Quelle:
Stat. Monatshefte für Nds.: 1969, H.4.

Abb. 30

Allgemeine Finanzzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950,1960 und 1968



Quelle: s. Anhang Tab. A 45

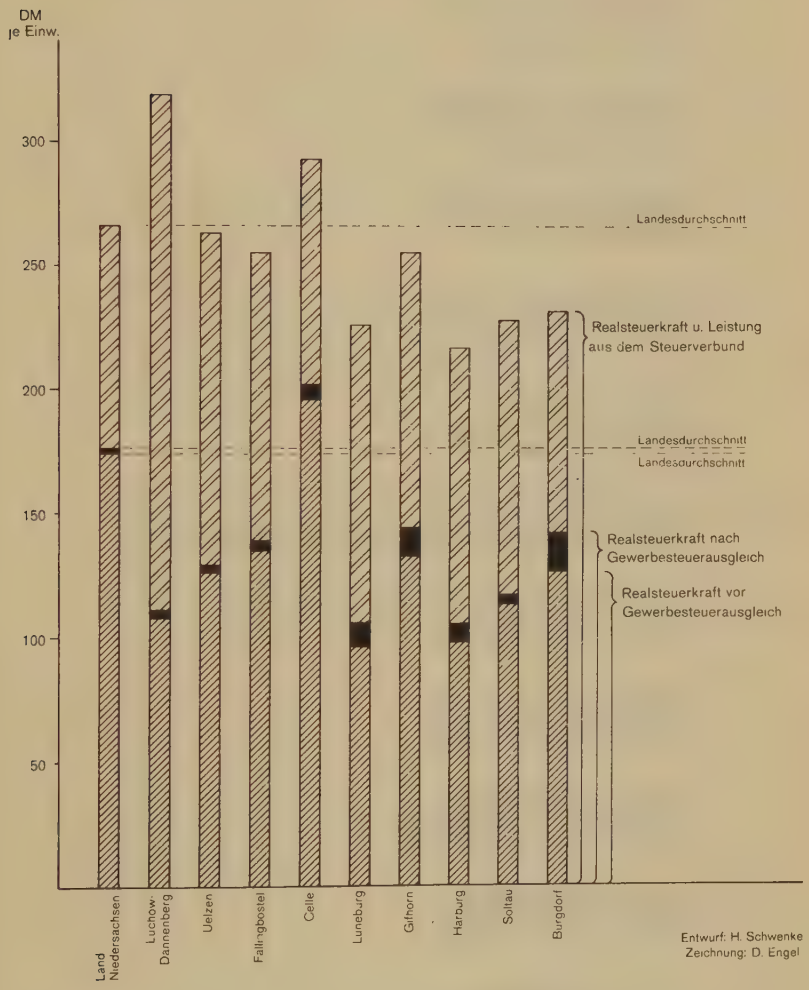
Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Die Regelung des § 5,II Finanzausgleichsgesetz begünstigte die vielen Zwerggemeinden im Landkreis. Da die Mehrzahl der Kleinstgemeinden Samtgemeinden angeschlossen war, erhielt jede der Gemeinden, auch die kleinste, Schlüsselzuweisungen wie eine Gemeinde mit 500 Einwohnern. Der Anstieg der Finanzzuweisungen übertraf deshalb die Durchschnittswerte der Nachbarkreise. (Vgl. Abb.30). Nach dem kommunalen Finanzausgleich lag Lüchow-Dannenberg in der Realsteuerkraft und der Leistung aus dem Steuerverbund - je Kopf der Bevölkerung - 1965 deshalb an der Spitze aller Landkreis im Regierungsbezirk Lüneburg. (Vgl. Abb.31).

Ebenso war es 1968 im Landkreis: die Steuerkraft betrug nur ein Drittel der Schlüsselzuweisungen. (Vgl. Abb.32). Bezogen auf die Einwohnerzahl stand damit den Gemeinden im Landkreis das größte Finanzvolumen zur Verfügung. In keinem anderen Landkreis Niedersachsens war das Finanzausgleichsverfahren ähnlich wirksam wie in Lüchow-Dannenberg.

Abb. 31

Regierungsbezirk Lüneburg
Kommunaler Finanzausgleich 1965 in den Landkreisen



Quelle: SCHNEPPE, Friedrich: Raumbedeutsame Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen. Hannover 1968, S. 148f

Abb. 32

Regierungsbezirk Lüneburg

Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise im Finanzausgleich 1968

Quelle s. Anhang, Tab. A 41

Entwurf H. Schwenke

Zeichnung D. Engel

Die finanzstatistischen Zahlen zeigen für Lüchow-Dannenberg in der Vorkriegszeit wie auch in der Zeit nach dem Kriege stets ein Zurückbleiben hinter der allgemeinen Entwicklung und der der Nachbarkreise. Diese Ungunst wurde für den Landkreis zum großen Teil durch hohe Schlüsselzuweisungen ausgeglichen. Die starke Abhängigkeit des Landkreises von Zuweisungen birgt jedoch die Gefahr, daß durch Einbußen bei künftigen Finanzausgleichs-Änderungen die Haushaltsmittel nicht mehr zur Erfüllung aller Verwaltungsaufgaben ausreichen.

Anhand der Bevölkerungsentwicklung, der Ausstattung mit öffentlichen Versorgungseinrichtungen und der Entwicklung der Gemeindefinanzen wurden in diesem Kapitel die Untersuchungen zur gesamten Entwicklung des Landkreises ergänzt.

Zusammengefaßt: die meisten Vergleichszahlen zeigen einen Rückstand des Kreises Lüchow-Dannenberg gegenüber seinen Nachbarkreisen. Zum großen Teil nahm der Rückstand im Betrachtungszeitraum zu. Das Ziel der Förderungspolitik - der Abbau des regionalen Gefälles - wurde daher nicht erreicht.

2. KAPITEL

Entwicklung der Teilgebiete und der größeren Orte

In diesem Kapitel wird die Entwicklung in den Teilräumen des Landkreises Lüchow-Dannenberg beschrieben. Über folgende Wirtschaftsräume wird berichtet:

den Raum Gartow-Schnackenburg;
das Gebiet der Lucie;
Lemgow und Öring, im Südosten des Kreises;
das Niederungsgebiet im Süden;
die Schweinemark;
den Clenzer Raum;
das Gebiet der Göhrde;
den Elbuferraum von Neu-Darchau bis Hitzacker;
den Dannenberger Raum;
den Lüchower Raum. [1)]

Raum Gartow-Schnackenburg

Der Gartow-Schnackenburger Raum hat an drei verschiedenen Naturräumen Anteil: dem Talsandgebiet des heutigen Gartower Forsts, den Elbmarschen im Schnackenburger Raum und der Diluvialscholle des Höhbeck.

Geringe Bevölkerungsdichte und abnehmende Einwohnerzahlen sind Kennzeichen für den gesamten Raum. 1967 hatte nur Schnackenburg mehr als 100 Einw./qkm, Gartow, Vietze und Trebel hatten mehr als 50 Einw./qkm.[2)] In den

---

1) Vgl. Anhang: Karte 1.

2) Vgl. Anhang: Tab. A 3.

anderen Gemeinden war die Bevölkerungsdichte geringer. Von 1961 bis 1968 waren im gesamten Gebiet die Einwohnerzahlen rückläufig. In den kleinen Gemeinden Kapern, Gummern, Laasche und Meetschow sanken sie in diesem Zeitraum um mehr als ein Viertel, im Durchschnitt um ein Achtel. Nur in der Stadt Schnackenburg blieb die Bevölkerungszahl von 1961 bis 1968 nahezu unverändert.

1968 bestanden in Gartow, Trebel, Schnackenburg und Gorleben einige metall- und holzverarbeitende Betriebe, alle jedoch nur mit geringen Beschäftigtenzahlen. Im Durchschnitt war mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen dieses Raumes in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Das Gewerbesteueraufkommen war entsprechend gering: 1968 nahmen nur Gartow und Gorleben mehr als 50 DM/E. ein (Gorleben: 52 DM/E.). Gartows Einnahmen in Höhe von 73 DM je Einwohner entsprachen dem Kreisdurchschnitt.

Im Regionalen Förderungsprogramm sind dem Raum von 1953 bis 1968 erhebliche Mittel zugeflossen. In diesem Zeitraum bekamen die Gemeinden Trebel, Gorleben, Vietze, Pevestorf, Nienwalde, Gartow und Schnackenburg für die Wirtschaftsförderung mehr als 100 DM/E. Bundes- und Landesmittel, die Gemeinden Brünkendorf, Pevestorf, Gartow und Schnackenburg für die Verbesserung der Infrastruktur mehr als 300 DM/E., die anderen Gemeinden zum großen Teil mehr als 100 DM/E. Trotz der hohen Zuschüsse konnten die Erwerbsmöglichkeiten in diesem Gebiet nur gering erweitert werden. In den kleineren Gemeinden war die Landwirtschaft der vorherrschende Wirtschaftszweig, in den größeren blieben Handel, Handwerk und Fremdenverkehr die Erwerbsgrundlagen.

Da Schnackenburg in der Nachkriegszeit zur Zollgrenzstelle für die Elbschiffahrt wurde - und damit zum Wohnort von Beamten der Wasserschutzpolizei und des Zollgrenzdienstes und ihrer Familien -, blieb die Stadt vor einem starken Sinken der Einwohnerzahlen bewahrt. Ihre Bevölkerungszahl blieb von 1961 bis 1968 nahezu konstant; in diesem Raum mit starker Bevölkerungsabnahme eine günstige Entwicklung. Schnackenburg hatte

1939	526	Einwohner,
1950	863	Einwohner,
1961	693	Einwohner,
1968	691	Einwohner. [1]

Schnackenburg ist wirtschaftlich nur auf die Elbschiffahrt ausgerichtet. Deshalb übernimmt der Flecken Gartow für das gesamte Gebiet die Funktion eines zentralen Ortes. Nur Prezelle und Trebel, Gemeinden am Westrand des Gartower Forsts, sind in ihrer Versorgung bereits nach Lüchow ausgerichtet, die Gemeinde Gorleben nach Dannenberg. Für die anderen Gemeinden ist Gartow die zentrale Einkaufsstätte. Der Einkauf des täglichen Bedarfs in den Städten Dannenberg und Lüchow - Entfernung: mehr als 30 km - wäre zu hinderlich.

Gartow hat außer einem Sägewerk keinen Industriebetrieb von Bedeutung. Handel und Fremdenverkehr, Gartenbau und Landwirtschaft sind die Erwerbsgrundlagen.

Die Einwohnerzahl von 1968 entsprach dem Vorkriegsstand. Von 1961 bis 1968 hatte sie um 13 v.H. abgenommen:

1939	1.136	Einwohner,
1950	1.857	Einwohner,

---

1) Gustav Uelschen: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821 - 1961.
Statistik von Nds.: Bd. 131.

1961 1.290 Einwohner,
1968 1.123 Einwohner. [1]

Fördermittel ermöglichten in Gartow den Bau eines Freibades und eines Altersheimes, den Neubau der Realschule und die Errichtung eines Familien-Feriendorfes. Die Gemeinde entwickelte sich zum führenden Fremdenverkehrsort im Landkreis. Da der Ertrag der Landwirtschaft in diesem Raum unter der Ungunst der Wasserverhältnisse von Seege und Aland leidet, bieten die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr der Bevölkerung eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit. Diese Einnahmen werden aber stets nur zusätzlich sein können, weil das Fremdenverkehrsgewerbe starken saisonalen Schwankungen in der Nachfrage - und damit in den Erträgen - ausgesetzt ist.

Lucie

Das Gebiet der Lucie, zwischen Dannenberg, Lüchow und dem Gartower Raum, ist bis heute ein rein agrarer Raum geblieben. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte lag 1967 unter 20 Einwohnern je qkm; die Einwohnerzahlen der Gemeinden hatten seit 1961 ständig abgenommen.

Mehr als drei Viertel der Bevölkerung sind dort im Bereich der Land- und Forstwirtschaft erwerbstätig, der Rest findet in Lüchow und Dannenberg Beschäftigung. Nur in zwei Gemeinden, Groß-Gusborn und Liepe, lag 1968 das Gewerbesteueraufkommen über 10 DM je Einwohner (Groß-Gusborn 16 DM/E., Liepe 12 DM/E.). In den anderen Gemeinden des Gebietes betrug es unter 10 DM/E. und lag damit bei einem Zehntel des Kreisdurchschnitts.

Durch die Jeetzelregulierung wurde im Gebiet der Lucie die Entwässerung verbessert, der Anteil des

---

1) G. Uelschen: Die Bevölkerung...; Stat. von Nds.: Bd. 131.

Dauergrünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nahm daher ab. Gleichzeitig wurde durch die Senkung des Grundwasserspiegels jedoch der Waldbestand der Lucie - vorwiegend Eichenwald - bedroht.

Lemgow und Öring

Ähnlich wie in der Lucie verlief die Entwicklung im Lemgow und im Öring, im Südosten des Kreises. Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft waren in diesem Raum nicht vorhanden, Handel und ländliches Kleingewerbe nur gering vertreten.

Vor dem Kriege konnten die dortigen landwirtschaftlichen Betriebe auf den Böden der Grundmoräne bessere Erträge erreichen als durchschnittlich im Kreis. In den letzten zwanzig Jahren aber wurde das Gebiet zu einem ländlichen Notstandsraum, verursacht durch den Rückgang der Betriebsgewinne und Erschwernisse bei der Feldbestellung.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge - eine Folge steigender Betriebskosten und sinkender Agrarmarktpreise - war eine struktur- und branchenspezifische Erscheinung der Landwirtschaft im gesamten Bundesgebiet, nur mußte sie in ausschließlich agrarischen Räumen offener zutagetreten. Noch mehr wogen im Lemgow die Erschwernisse bei der Ackerbestellung. Mehrmals im Jahr stand das Land für Wochen unter Wasser, bedingt durch das gut ausgebaute Entwässerungssystem im östlichen Kreis Arendsee. Durch die Zonengrenze war das gesamte Gebiet des Landgrabenverbandes geteilt worden. Die voll ausgebaute Vorflut im Oberlauf wurde auf westlicher Seite bis jetzt nicht durch ein gleichwertiges Kanalsystem ergänzt. Es kam daher ständig zu Überschwemmungen während der Vegetationszeit.[1)]

1) Nach Angaben der Bezirksregierung in Lüneburg soll 1970 mit dem Ausbau des Landgrabens begonnen werden.

Wegen des starken Rückgangs der Erträge war ein Teil der lanwirtschaftlichen Betriebe zur Hofaufgabe gezwungen. Die aus der Landwirtschaft Ausscheidenden suchten sich in Lüchow Arbeit oder wanderten ab. 1967 lag die durchschnittliche Bevölkerungsdichte dieses Raumes unter 50 E./qkm. Von 1961 bis 1968 ging in den meisten Gemeinden die Einwohnerzahl zurück, mit Ausnahme der Randgemeinden in der Nähe der Städte Lüchow und Wustrow.

Im Zeitraum von 1953 bis 1968 erhielten die Gemeinden Schmarsau, Schweskau, Trabuhn, Bösel und Dangenstorf die meisten regionalen Fördermittel. Das höchste Gewerbesteueraufkommen wurde 1968 in diesem Gebiet mit 108 DM/E. in der Gemeinde Schweskau erzielt. Schweskau, zugleich Sitz der Mittelpunktsschule, ist in Zukunft als Nahversorgungsbereich für den Lemgow vorgesehen.

Das Niederungsgebiet im Süden

Aus dem Regionalen Förderungs-Fonds bekamen im Gebiet der Landgraben- und Dummeniederung und der oberen Jeetzelniederung drei Gemeinden wesentlich höhere Fördermittel als die anderen: der Flecken Bergen, die Stadt Wustrow und die Gemeinde Lübbow.

Von 1953 bis 1968 erhielten Wustrow und Bergen mehr als 300 DM/E. Zuschüsse zur Infrastrukturverbesserung. Ebenfalls in dieser Höhe bekam Wustrow Landes- und Bundesmittel zur Wirtschaftsförderung, in Bergen und Lübbow war die Mittel-Bereitstellung geringer. Die anderen Gemeinden des Gebietes hatten aus dem Regionalprogramm nur sehr geringe Förderbeträge erhalten.

In den kleinen Gemeinden des Niederungsgebietes verlief die Entwicklung ähnlich wie im Lemgow. Ihre Einwohnerzahlen nahmen ständig ab; 1967 lebten dort weniger

als 50 E./qkm. Handel, Handwerk und Industrie konnten sich - in bescheidenem Rahmen - nur in den Orten Lübbow, Wustrow und Bergen entfalten.

Die Gemeinde Lübbow hatte 1964 423 Einwohner und 7 DM/E. Einnahmen aus Gewerbesteuer (Kreisdurchschnitt: 67 DM/E.). 1968 lebten in der Gemeinde 458 Einwohner; die Gewerbesteuereinnahmen waren auf 25 DM/E. angestiegen (Kreisdurchschnitt: 74 DM/E.). Lübbows Einwohnerzahl war von 1961 bis 1968 um 1 v.H. gestiegen, in allen anderen Gemeinden des Niederungsgebietes hatte die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum abgenommen.

Die Gemeinde Bergen/Dumme hat bis heute nicht die Ansiedlung von Industrie erreichen können. Vor dem Kriege hatte Bergen regen Durchgangsverkehr nach Salzwedel und Uelzen. Aus ihm zogen Handel und Handwerk Nutzen. 1952, nach der Unterbrechung der Straßenverbindung nach Salzwedel, begann Bergens Entwicklung zu stagnieren. Die Einwohnerzahl ging zurück. Von 1961 bis 1968 sank sie um ein Siebentel:

1939	943	Einwohner,
1950	1.628	Einwohner,
1961	1.180	Einwohner,
1968	1.015	Einwohner. [1]

Der Erweiterung der Handels- und Handwerksumsätze waren in Bergen durch die Konkurrenz der Gemeinden Clenze und Schnega Grenzen gesetzt. Daher versuchte Bergen als zusätzliche Einnahmequelle das Fremdenverkehrswesen auszubauen.

1964 hatte Bergen 54 DM/E. Einnahmen aus der Gewerbesteuer, 1966 61 DM/E. und 1968 53 DM/E. Das entsprach 1968 zwei Dritteln des Kreisdurchschnitts. Es war nicht gelungen, durch das Regionale Förderungsprogramm die Wirtschaftskraft Bergens ausreichend zu stärken.

---

1) G. Uelschen: Die Bevölkerung...; Stat. von Nds.: Bd. 131.

Am günstigsten verlief im gesamten Niederungsgebiet im Süden des Kreises die Entwicklung in der Stadt Wustrow. Die Stadt hatte

1939 1.108 Einwohner,
1950 1.655 Einwohner,
1961 1.259 Einwohner,
1968 1.247 Einwohner. [1)]

Viele von Wustrows Bürgern haben ihren Arbeitsplatz in Lüchow. In Wustrow sind einige kleinere Industriebetriebe ansässig (Bowdenzugfabrik, Weberei). Die Stadt ist für die Gemeinden der Umgebung das Nahversorgungszentrum. Im Ort befindet sich eine Mittelpunktsschule, außerdem ein Dorfgemeinschaftshaus.

Die Entwicklung Wustrows war in der Nachkriegszeit von der Lüchows abhängig und verlief - gleich jener - günstig. 1964 betrug das Gewerbesteueraufkommen in Wustrow 30 DM/E., 1966 57 DM/E., 1968 65 DM/E.(Durchschnittswert der Gemeinden von 1.000 b.u. 2.000 Einwohnern im Landkreis Lüchow-Dannenberg: 1964 44 DM/E.; 1968 63 DM/E.).

Die Schweinemark

Das Gebiet der Schweinemark, im Südwesten des Landkreises, ist ein Agrarraum, in dem die wirtschaftliche Entwicklung günstiger verlief als im Lemgow, der Lucie und der Dummeniederung. Durch die günstigere Verkehrslage (Bahnverkehr und Bundesstraße nach Uelzen) sind die Absatzbedingungen für die landwirtschaftlichen Produkte, vor allem Speise- und Saatkartoffeln, gut.

Zentrum der Schweinemark ist die Gemeinde Schnega, ein ehemaliges 'Adeliches Gut', heute Sitz der Samtgemeindeverwaltung. Ein Dörfergemeinschaftshaus - errichtet mit rd. 0,5 Mio. DM Landes- und Bundeszuschüssen -

1) G. Uelschen: Die Bevölkerung...; Stat. von Nds.: Bd. 131.

und eine Mittelpunktsschule befinden sich gleichfalls in dieser Gemeinde. Trotz hoher Fördermittel und starker Verbesserung der öffentlichen Versorgung ging die Einwohnerzahl Schnegas von 1961 bis 1968 um ein Sechstel zurück. Schnega hatte

1939	438	Einwohner,
1950	804	Einwohner,
1961	568	Einwohner,
1968	471	Einwohner. [1]

Die Bevölkerungsdichte betrug 1967 nur in den Gemeinden Schnega, Billerbeck, Leisten und Warpke mehr als 50 E./qkm, in den meisten anderen Gemeinden lag sie zwischen 20 und 50 Einwohnern je qkm. Die Gemeinden Solkau, Winterweyhe, Göhr und Kakau - im Endmoränengebiet am westlichen Rand der Schweinemark - hatten sogar Bevölkerungsdichtewerte von unter 20 Einwohnern je qkm.

Auch dieser Raum blieb vom Bevölkerungsrückgang im Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht verschont. Von 1961 bis 1968 verzeichnen nur die Gemeinden Varbitz, Thune und Spithal ein geringes Bevölkerungswachstum. Im Durchschnitt nahm in diesem Zeitraum die Einwohnerzahl der Gemeinden in der Schweinemark um ein Sechstel ab. Am höchsten waren die Abnahmeraten im westlichen Randgebiet (Quartzau: Abnahme der Einwohnerzahl von 1961 bis 1968 um zwei Drittel; Solkau: um ein Drittel).

Handwerks- und Handelsbetriebe brachten den Gemeinden Schnega und Billerbeck (1968: 243 Einwohner) in der Schweinemark die größten Gewerbesteuereinnahmen. Sie betrugen
in Schnega (1964: 78 DM/E.; 1968: 119 DM/E.) und Billerbeck (1964: 181 DM/E.; 1968: 186 DM/E.) mehr als im Kreisdurchschnitt (1964: 67 DM/E.; 1968: 74 DM/E.).[2]

---

1) Uelschen: Die Bevölkerung...;Stat. v. Nds.: Bd.131.

2) Statistik von Nds.: Bd. 74, Bd. 131.

Die Gemeinden im Westteil der Schweinemark sind wirtschaftlich mehr nach Uelzen ausgerichtet als nach Lüchow. In Solkau, Proitze, Varbitz und Kakau, in Schäpingen, Gielau, Warpke und Göhr fährt man wegen größerer Einkäufe und Besorgungen nach Uelzen, nicht nach Lüchow; in Uelzen sucht man einen Arbeitsplatz, wenn man in Schnega, Bergen oder Clenze keinen findet. Der Anteil der aus dem Kreis Pendelnden ist daher in der Samtgemeinde Schnega hoch. Im Westrand der Schweinemark gibt es nur wenig Arbeitnehmer, die in Lüchow bei der SKF-Kugellager-GmbH beschäftigt sind. [1)]

Eine Zusammenlegung der Kreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen im Rahmen einer Gebiets- und Verwaltungsreform würde für das Gebiet der Schweinemark keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten, weil dieser Raum zum großen Teil bereits auf Uelzen ausgerichtet ist.

Das Clenzer Gebiet

Der Einflußbereich des Fleckens Clenze reicht von Teilen der Schweinemark im Süden bis nach Wittfeitzen und Waddeweitz, Gemeinden im Unteren Drawehn, im Norden. Im Westen reicht er bis zu den Dörfern am Endmoränenzug - Proitze, Solkau, Schlannau und Quartzau -, im Osten umfaßt er den größten Teil aller Dörfer im Oberen Drawehn. Viele Gemeinden dieses Gebietes haben weniger als 100 Einwohner. Die häufigste Dorfform ist der Rundling. Durch diese Siedlungsform wird der Neubau von Höfen und Häusern und die gewerbliche Ansiedlung erschwert.

Die Bevölkerungsdichte war 1967 in Clenze mit 154 Einwohnern je qkm viel höher als in den Gemeinden der Umgebung: im Oberen Drawehn betrug sie durchschnittlich weniger als 50 E./qkm, in den Dörfern an der Endmoräne

---

1) Vgl. Anhang: Karte 2.

lebten im Durchschnitt weniger als 20 E./qkm. Von 1961 bis 1968 hatten in diesem Raum Clenze, Jiggel, Schlannau und Prießeck zunehmende Bevölkerungszahlen, die restlichen Gemeinden abnehmende. Die Einwohnerzahl Clenzes wuchs in diesem Zeitraum um 7 v.H. Damit lag sie weit über dem Vorkriegsstand und hatte einen Teil des Abwanderungsverlustes von 1950 bis 1961 ausgeglichen. Clenze hatte

1939	772	Einwohner,
1950	1.478	Einwohner,
1961	1.215	Einwohner,
1968	1.303	Einwohner. [1]

Aus dem Regionalen Förderungsprogramm hatte der Ort Mittelzuweisungen in gleicher Höhe wie Bergen/Dumme erhalten. Im Vergleich zu Bergen konnte sich Clenze jedoch günstiger entwickeln. Es besitzt einige kleinere Betriebe; der Umsatz in Handel und Handwerk konnte durch den großen Absatzbereich gesteigert werden. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs nahm zu.

1957 gab es in Clenze drei Industriebetriebe mit insgesamt 10 Beschäftigten, 1966 hatten die Betriebe 72 Beschäftigte. Von den Pendlern der Samtgemeinde Clenze hatten 1967 mehr als die Hälfte Arbeitsstätten außerhalb des Landkreises.

Am wirtschaftlichen Aufstieg Clenzes war der Fremdenverkehr stark beteiligt. Die schöne Lage und die vielen Wandermöglichkeiten ließen Clenze zum größten Fremdenverkehrsort im südwestlichen Kreisgebiet werden. Clenzes Entwicklung entsprach somit der des Fleckens Gartow im Ostteil des Kreises.

Im Gewerbesteueraufkommen - bezogen auf die Wohnbevölkerung - lag Clenze 1964 und 1968 in der betref-

---

1) Uelschen: Die Bevölkerung...; Statistik von Nds.: Bd. 131.

fenden Gemeindegrößenklasse im Landkreis an der Spitze. 1964 betrug die Differenz im Gewerbesteueraufkommen zwischen Bergen und Clenze 13 DM/E., 1968 waren es 38 DM je Einwohner. (Vgl. Tab.47).

Tabelle 47

Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Gemeinden mit 1.000 b.u. 2.000 Einw. in den Jahren 1964 und 1968 - je Kopf der Bevölkerung -

Gemeinde	1964 DM/E.	1968 DM/E.
Bergen	54	53
Clenze	67	91
Gartow	44	73
Schaafhausen	21	29
Wustrow	30	65

Quelle:
Statistik von Nds.: Bd. 74, Bd. 131.

Die Gemeinden an der Göhrde

Das Gebiet der Göhrde, im Nordwesten des Landkreises, ist ein Raum vorwiegend forstwirtschaftlicher Nutzung mit nur geringen Entwicklungsmöglichkeiten für Handel und Gewerbe. Kleinere Zentren in diesem Waldgebiet, die Gemeinden Zernien und Göhrde und die Gemeinde Karwitz im Dragahner Forst, konnten ihre Bedeutung nur erlangen, weil sie an den Bundesstraßen nach Uelzen und Lüneburg lagen, die im Süden und Norden durch diesen Raum führen.

Aus dem Regionalen Förderungsprogramm erhielten von 1953 bis 1968 die Gemeinden Fliessau, Karwitz, Zernien und Göhrde die meisten Mittel. Den größten Nutzen aus der Vergabe zog die Gemeinde Zernien: ihre Wohnbevölkerung stieg von 1961 bis 1968 um 28 v.H..

1967 betrug die Siedlungsdichte in den meisten Gemeinden weniger als 50 E./qkm, in einigen Gemeinden sogar weniger als 20 E./qkm. Göhrde (61 E./qkm) und Zernien (242 E./qkm) unterschieden sich deutlich von diesen geringen Bevölkerungsdichtewerten.

In der Entwicklung der Einwohnerzahlen von 1961 bis 1968 zeigen sich im Waldgebiet der Göhrde große Gegensätze: die Einwohnerzahlen der Gemeinden Schmessau, Bredenbock, Zernien und Sarenseck nahmen um mehr als ein Viertel zu, in Wedderien und Plumbohm traten keine großen Änderungen ein, in den anderen Gemeinden gingen die Einwohnerzahlen stark zurück.

Die Gewerbesteuereinnahmen 1968 - bezogen auf die Einwohnerzahl - lagen in Göhrde und Zernien um zwei Drittel über dem Kreisdurchschnitt. Sie betrugen

in	Göhrde	119 DM/E.,
in	Zernien	121 DM/E.,
in	Karwitz	65 DM/E. und
im Kreisdurchschnitt		74 DM je Einwohner.[1]

Die restlichen Gemeinden in diesem Raum hatten 1968 Einnahmen aus Gewerbesteuern, die unter 10 DM je Einwohner lagen.

Der Elbuferraum von Neu-Darchau bis Hitzacker

Der Raum entlang der Elbuferstraße unterscheidet sich von seinem Hinterland durch höhere Bevölkerungsdichtewerte, größere Pendleranteile und eine stärkere gewerbliche Durchdringung. Dieser Einfluß geht von der Stadt Hitzacker und den Orten im daran anschließenden Kreis Lüneburg aus.

Die Gemeinden im Elbufergebiet sind auf den Fremdenverkehr ausgerichtet. Die Elbuferstraße - sie ist von

1) Statistik von Nds.: Bd. 131.

Neu-Darchau bis Drethem fertiggestellt, ihre Fortsetzung bis Hitzacker ist geplant - führt an Wochenenden viele Besucher in diesen landschaftlich schönen Raum. In naher Umgebung von Neu-Darchau, Klein-Kühren und Glienitz wurde viel gebaut. Zum großen Teil waren die Bauherren Hamburger, die in den Elbufergemeinden ihren zweiten Wohnsitz errichteten.

Einwohnerzahlen und Steueraufkommen haben sich in den Gemeinden dieses Gebietes unterschiedlich entwikkelt. Von 1964 bis 1968 blieb in Neu-Darchau die Einwohnerzahl nahezu gleich (1968: 584 Einwohner), das Gewerbesteueraufkommen stieg um ein Viertel (1968: 28 DM je Einwohner). In Glienitz (1964: 162 E.; 1968: 149 E.) und Drethem (1964: 126 E.; 1968: 98 E.) sanken die Einwohnerzahlen in diesem Zeitraum, jedoch stiegen die Gewerbesteuereinnahmen stark an. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung haben im Elbuferraum dazu beigetragen, die Wirtschaftsstruktur günstig zu beeinflussen. Damit war die Verwendung der Mittel hier wirksamer als in Teilen des Kreisgebietes im Osten.

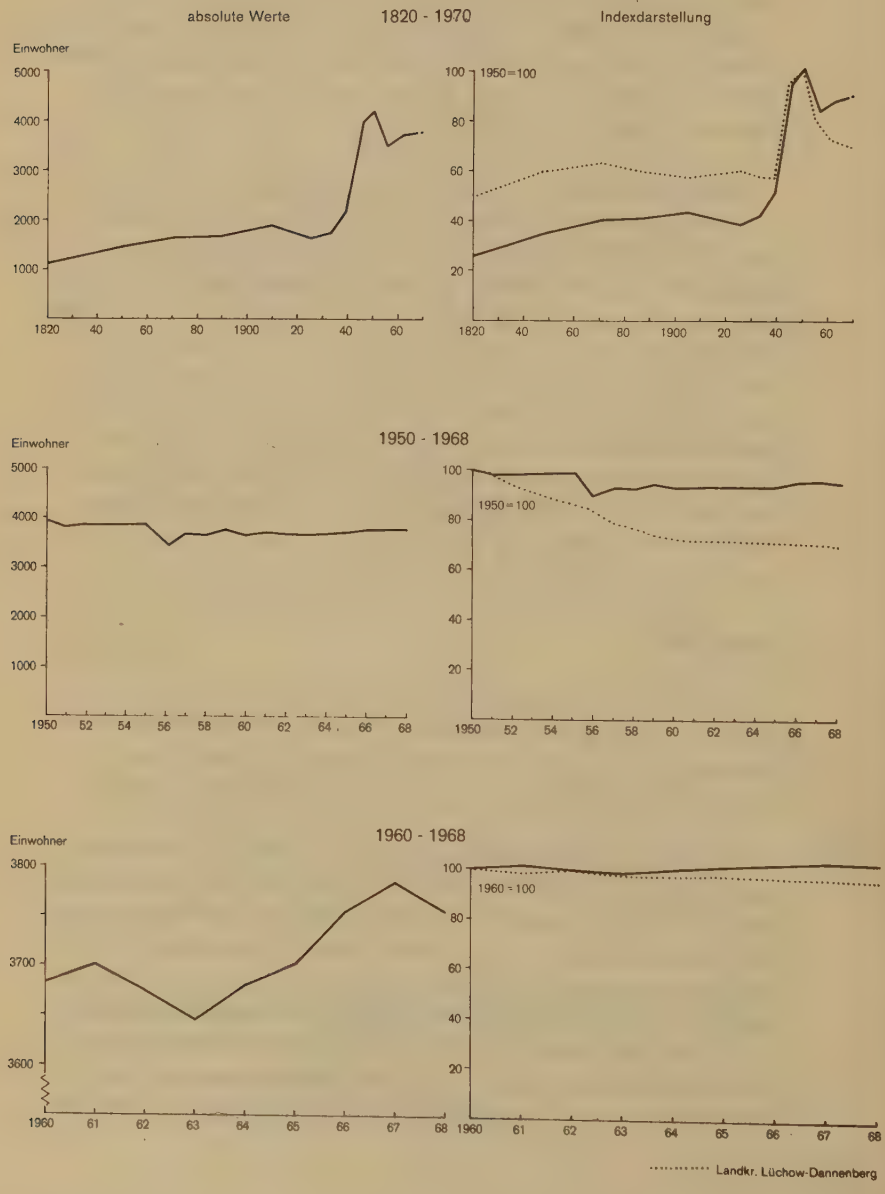
Hitzacker

Vor 150 Jahren hatte Hitzacker 1.152 Einwohner. 1939 waren es 2.143 Einwohner, 1968 3.757. Der Bevölkerungsanstieg geschah nicht allmählich; vor allem seit Kriegsende schwankte die Einwohnerzahl stärker.

Die erste Phase des Anstiegs seit 1820 war in Hitzacker um 1910 beendet, als sich die Pläne nicht erfüllt hatten, aus Hitzacker ein Bad zu machen. Bis 1930 ging die Einwohnerzahl zurück. Dann begann sie wieder zu steigen, bedingt durch die Errichtung eines Wehrmachtsbetriebes in den folgenden Jahren. 1950 hatte Hitzacker durch starken Zuzug von Flüchtlingen über 4.000 Einwohner. (Vgl. Abb.33). So vielen Bürgern konnte die Stadt jedoch nicht genügend Erwerbsmöglichkeiten bieten.

Abb. 33

HITZACKER (Stadt) Bevölkerungsentwicklung



Quelle: s. Anhang, Tab. A 1

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Deshalb wanderte bis 1956 ein Teil von ihnen ab. Seit dieser Zeit verlief die Bevölkerungsentwicklung günstig. Die Einwohnerzahl schwankte bis heute nur noch geringfügig und stand damit im Gegensatz zur ständigen Bevölkerungsabnahme im gesamten Landkreis Lüchow-Dannenberg.

In Lüchow-Dannenberg haben die Städte Dannenberg, Lüchow und Hitzacker die höchsten Zuweisungs-Beträge aus dem Regionalen Förderungsprogramm erhalten. In Hitzacker siedelten sich jedoch nur kleinere Industriebetriebe oder Zweigwerke neu an. Erfolgreicher verlief die Förderung des Fremdenverkehrs. Mit Zuschüssen aus Bundes- und Landesmitteln wurde ein Schwimmbad erbaut, ein Kurpark angelegt, im Kurmittel-Haus mit dem Ausbau der Badeeinrichtungen begonnen. Die Stadt nennt sich heute 'Luftkurort Hitzacker'. Die jedes Jahr in Hitzacker stattfindenden 'Sommerlichen Musiktage' sind weithin bekannt und ziehen viele Gäste an.

Bislang können Einnahmen aus dem Fremdenverkehr jedoch nur ein ungenügender Ersatz für fehlende Industriebetriebe und deren Gewerbesteueraufkommen sein. Die Saison im Fremdenverkehr dauert nur von Mai bis September. Außerhalb der Saison muß sich daher ein Teil von Hitzackers Bürgern anderswo eine Beschäftigung suchen. Kontinuität der Beschäftigung und der städtischen Einnahmen wäre nur durch die Förderung der Industrieansiedlung zu erreichen, nicht durch die Förderung des Fremdenverkehrs. Daher ist der bisherige Erfolg regionaler Förderungspolitik in Hitzacker nur ein Teilerfolg.

Der Dannenberger Raum

Die Bevölkerungsentwicklung in der Umgebung Dannenbergs ist durch steigende Einwohnerzahlen in den Gemeinden der Jeetzelniederung und durch sinkende in den Elbmarschgemeinden gekennzeichnet.

Von 1961 bis 1968 stieg in Dannenbergs näherer Umgebung die Einwohnerzahl in den Gemeinden Schaafhausen, Pisselberg und Prabstorf um mehr als ein Viertel, in Lüggau, Nebenstedt und Prisser zwischen 10 v.H. und 20 v.H. In der gleichen Zeit betrug der Bevölkerungsrückgang in den Gemeinden der Dannenberger Elbmarsch im Durchschnitt 10 v.H. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Liepehöfen, im Süden Dannenbergs, sank von 24 Einwohnern im Jahre 1950 auf 11 im Jahre 1961 und 3 Einwohner im Jahre 1968.

Mit 3 Einwohnern war Liepehöfen 1968 die kleinste Gemeinde im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Da sie der Samtgemeinde Dannenberg angeschlossen war, empfing sie nach § 5,II Finanzausgleichsgesetz Schlüsselzuweisungen wie eine Gemeinde mit 500 Einwohnern. Die Allgemeinen Finanzzuweisungen im Jahre 1968 - bezogen auf die Einwohnerzahl - betrugen daher in Liepehöfen je Einwohner 13.432 DM, im Kreisdurchschnitt 174 DM/E.

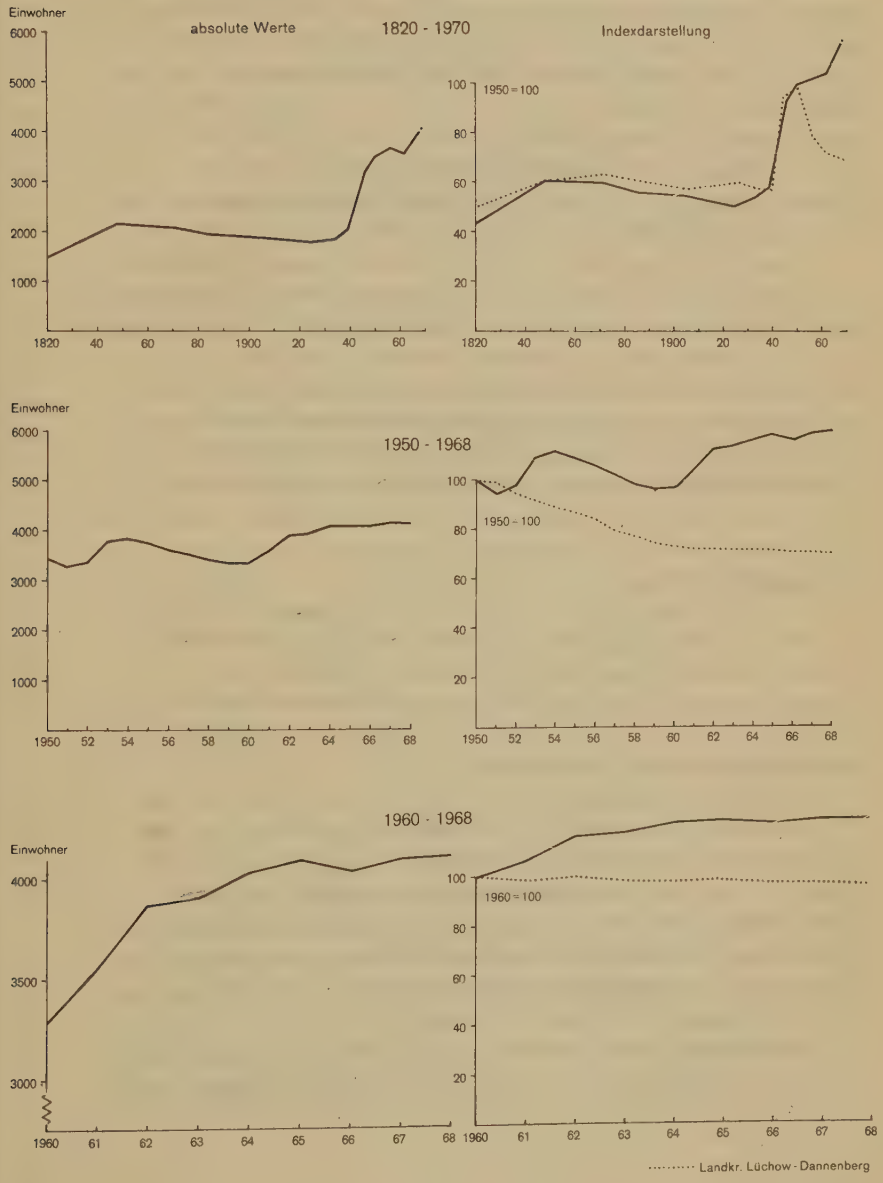
Neben der Stadt Dannenberg bekamen vor allem die Gemeinden Schaafhausen, Prisser, Riskau und Damnatz Zuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm. Bestrebungen zur Gewerbeansiedlung hatten im Dannenberger Gebiet in den Gemeinden Schaafhausen und Prisser Erfolg. Dennoch blieb die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen gering. Sie lag, bezogen auf die Einwohnerzahl, in Prisser (1968: 29 DM/E.), Nebenstedt (1968: 31 DM/E.) und Schaafhausen (1968: 29 DM/E.) 1968 nur bei 40 v.H. des Kreisdurchschnitts.

Dannenberg

Dannenberg hatte 1821 1.541 Einwohner,
1939 2.018 Einwohner und
1968 4.118 Einwohner.
(Vgl. Abb.34).

Abb. 34

DANNENBERG (Stadt) Bevölkerungsentwicklung



Quelle: s. Anhang, Tab. A 1

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Nach einer Zeit kurzen Wachstums war im vorigen Jahrhundert die Bevölkerungszunahme bereits um 1850 zu Ende gegangen. Von 1850 bis 1940 war die Einwohnerzahl in Dannenberg leicht rückläufig. Der hohe Bevölkerungsstand zu Kriegsende konnte in den folgenden Jahren nicht gehalten werden. Zwischen 1953 und 1960 nahm die Einwohnerschaft ständig ab. Erst 1960, nach der Gründung des Zweigwerkes der Continental AG, begann in Dannenberg die Bevölkerungsentwicklung günstiger zu verlaufen als sonst im Landkreis.

Dannenberg ist heute die zweitgrößte Stadt im Landkreis und zentraler Ort für den gesamten nördlichen Teil. Entsprechend der Zunahme industrieller Arbeitsplätze hat sich in der Stadt die Beschäftigung im tertiären Bereich erhöht. Es gibt zahlreiche Hotels und Gaststätten. Der Handels- und Dienstleistungsbereich ist durch viele kleinere Betriebe häufig vertreten.

Der Lüchower Raum

Den Gemeinden im Raum um Lüchow sind, mit Ausnahme von Woltersdorf und Grabow, regionale Fördermittel nur in geringer Höhe gewährt worden. Kleinere Industriebetriebe gab es in diesem Gebiet 1968 nur in den Gemeinden Küsten und Woltersdorf.

Gegenüber den Gemeinden im Lemgow, in der Lucie und im Gebiet der Endmoräne wiesen die Gemeinden in der Umgebung Lüchows 1967 eine wesentlich höhere Bevölkerungsdichte auf. In der Stadt Lüchow lebten mehr als 600 E./qkm, in den angrenzenden Gemeinden zum Teil mehr als 100 E./qkm (Kreisdurchschnitt 1967: 43 E./qkm).

Der Lüchower Raum gehörte zu den Gebieten mit steigender Bevölkerungszahl. Von 1961 bis 1968 erhöhte

sich die Einwohnerzahl in Gollau, Reetze und Kolborn um mehr als ein Viertel, in Saaße, Reitze und Küsten um 10 v.H. bis 25 v.H. Ein starker Bevölkerungsverlust von mehr als einem Viertel war im gleichen Zeitraum nur in Krautze und in Lübeln, einem Rundlingsdorf, zu verzeichnen.

Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben hatte in den Randgemeinden Lüchows nur wenig Erfolg. Dementsprechend lagen die Gewerbesteuereinnahmen nur auf geringer Höhe und waren im Zeitraum von 1964 bis 1968 nur in Küsten, einem Ort an der Landstraße nach Uelzen, wesentlich gestiegen (1964: 27 DM/E.; 1968: 48 DM/E.).

Angesichts der Fühlungsvorteile und Vergünstigungen, die die Stadt Lüchow neu ansiedelnden Gewerbebetrieben bieten kann, ist die gewerbliche Durchsetzung des umliegenden Gebietes trotz regionaler Wirtschaftsförderung nur schwer möglich. Das Schwergewicht regionaler Förderung in den Gemeinden des Lüchower Raumes sollte deshalb im Ausbau ihrer Funktionen als Wohngemeinden für in Lüchow Beschäftigte liegen: durch verstärkte Fördermittel für die Infrastruktur-Verbesserung.

Lüchow

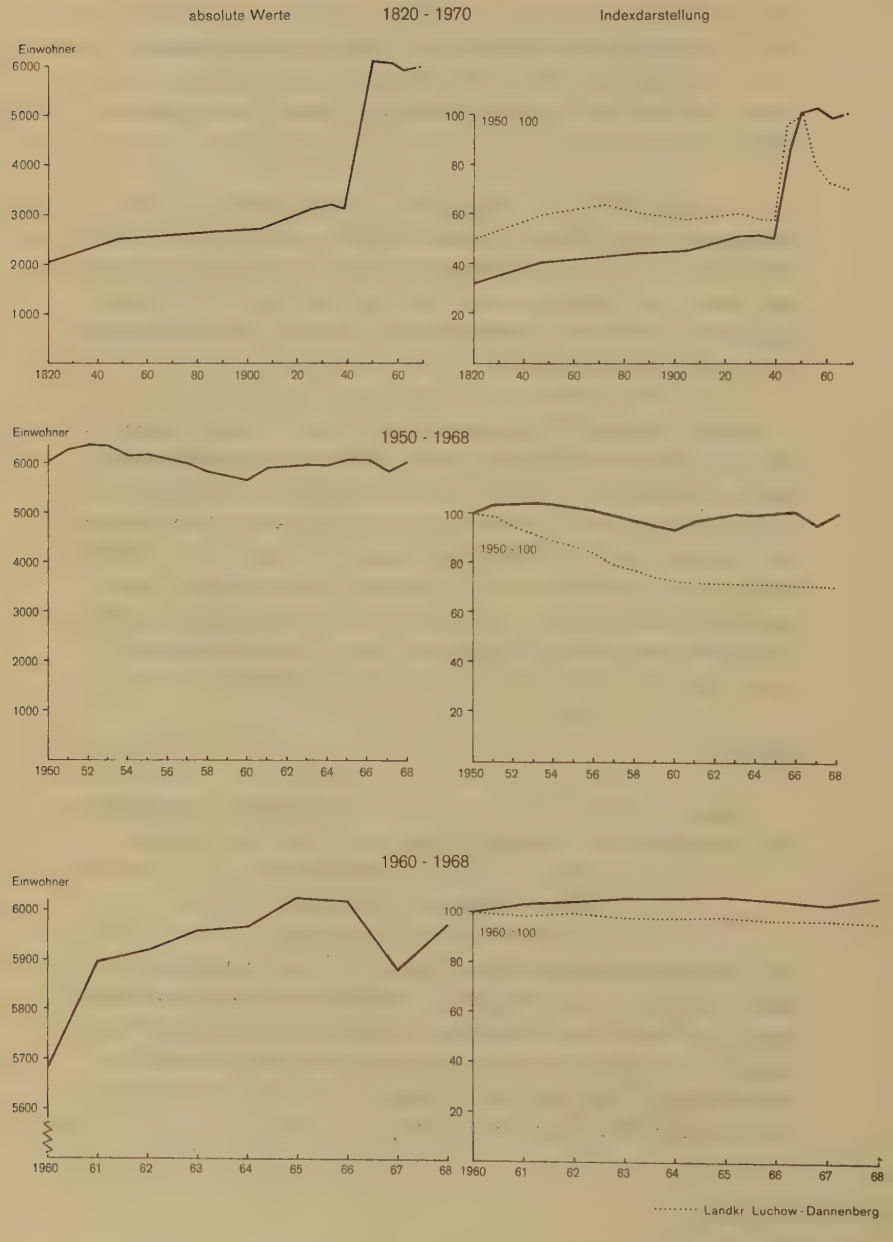
Lüchow ist heute mit rd. 6.000 Einwohnern der größte Ort im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Die Stadt hatte

1821	2.046	Einwohner,
1939	3.023	Einwohner,
1968	5.960	Einwohner.

Der hohe Bevölkerungsstand in der frühen Nachkriegszeit konnte in den folgenden Jahren nicht gehalten werden. Von 1952 bis 1960 ging die Einwohnerzahl um 10 v.H. zurück. Erst nach der Gründung des SKF-Zweigwerkes in Lüchow begann in der Stadt erneut der Anstieg der Bevölkerungszahl. (Vgl. Abb.35).

Abb. 35

LÜCHOW (Stadt) Bevölkerungsentwicklung



Quelle: s. Anhang, Tab. A 1

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

Bezogen auf die Einwohnerzahl und in absoluter Höhe hat Lüchow im Landkreis die höchsten Zuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm erhalten. Diese Zuschüsse und Darlehen stärkten Lüchows Funktion als zentralen Ort erheblich. Von 1950 bis 1966 stieg die Zahl der Einpendler um das Zwölffache:

1950	140	Einpendler,
1956	518	Einpendler,
1962	1.146	Einpendler,
1966	1.634	Einpendler. [1]

1968 gab es in der Stadt viele kleinere Betriebe, den Großbetrieb der SKF-Kugellagerfabriken GmbH, zahlreiche Behörden und Dienststellen der Kreisverwaltung, 25 Hotels und Gaststätten.

Lüchows Funktion als zentraler Ort bedingte jedoch auch Nachteile: durch den verstärkten Ausbau öffentlicher Versorgungseinrichtungen stieg der Schuldenstand der Stadt so an, daß er 1969 bei 1.000 DM/E. lag und damit beim Doppelten des Kreisdurchschnitts.

Hitzacker-Dannenberg-Lüchow

1968 lebte mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Landkreises in den drei Städten Dannenberg, Lüchow und Hitzacker. Zwei Drittel aller im Kreis in der Industrie Beschäftigten fanden in ihnen Arbeit. In Handel, Handwerk und Industrie vollzog sich im Landkreis ein Konzentrationsprozeß, der die größeren Gemeinden begünstigte. Ihr Anteil am gewerblichen Bereich, am Umsatz, an den Beschäftigten- und Bevölkerungszahlen nahm ständig zu.

In den drei Städten verlief die Entwicklung unterschiedlich. Am stärksten war das gewerbliche Wachstum

---

1) Nach Unterlagen der Kreisverwaltung und Angaben der Stadtverwaltung in Lüchow.

in Lüchow gewesen. In Hitzacker war die Zahl der Arbeitsplätze von 1957 bis 1968 nahezu gleich geblieben, der Anteil dieser Stadt sank daher in dem Zeitraum um die Hälfte. (Vgl. Tab.48).

Tabelle 48

Hitzacker-Dannenberg-Lüchow:
Industrie-Beschäftigten-Anteile
in den Jahren 1957 und 1968

	1957	1968
im gesamten Landkreis in der Industrie Beschäftigte	1.235	2.339
davon in...		
Hitzacker (v.H.)	14,5	7,0
Dannenberg (v.H.)	5,1	18,7
Lüchow (v.H.)	16,7	42,6
Anteil der drei Städte	36,3 v.H.	68,3 v.H.

Quelle:
Unterlagen zum Industriebericht 1957 und 1968, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Statistik - Hannover.

1966 hatten von 1.581 Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe mehr als 70 v.H. ihren Arbeitsplatz in den drei obengenannten Städten. Es bestanden in diesem Wirtschaftszweig

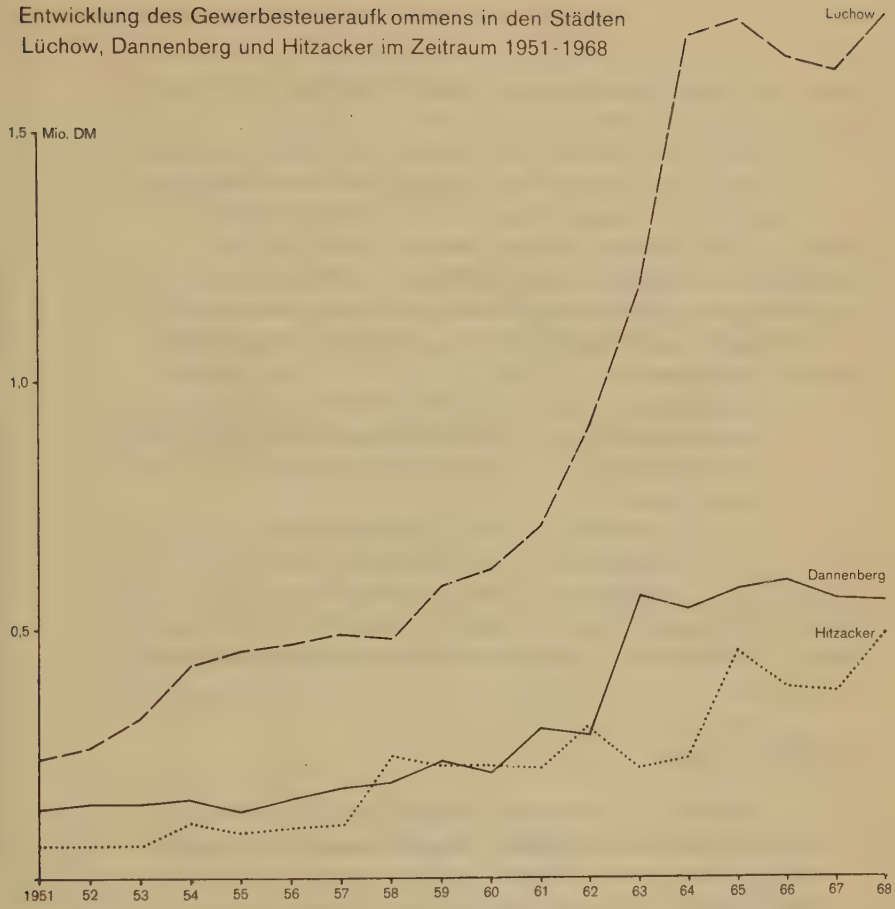
in Lüchow 91 Betriebe mit 601 Beschäftigten,
in Dannenberg 45 Betriebe mit 425 Beschäftigten und
in Hitzacker 25 Betriebe mit 84 Beschäftigten. [1]

1968 erreichte das Gewerbesteueraufkommen in Lüchow die Höhe von 1,75 Mio. DM, die beiden anderen Städte hatten zusammen nur 60 v.H. dieser Summe. Der Anteil der Einnahmen aus der Gewerbesteuer an den Gesamteinnahmen betrug in Lüchow 80 v.H., in Dannenberg und Hitzacker

1) Landkreis Lüchow-Dannenberg: Agrarstrukturelle Vorplanung, H. 1.

Abb.36

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in den Städten Lüchow, Dannenberg und Hitzacker im Zeitraum 1951-1968



Quelle: s. Anhang, Tab. A 48

Entwurf: H. Schwenke Zeichnung: D. Engel

50 v.H. Im Zeitraum von 1961 bis 1968 stiegen in Lüchow die Gewerbesteuereinnahmen um rd. 1 Mio. DM, in Hitzacker und Dannenberg zusammen nur um die Hälfte. (Vgl. Abb.36).

1964 entsprachen Hitzackers Einnahmen aus Gewerbesteuer, bezogen auf die Einwohnerzahl, mit 66 DM/E. dem Kreisdurchschnitt (67 DM/E.). 1968 waren sie mit 136 DM/E. doppelt so hoch wie dieser und lagen damit in der Nähe des Landesdurchschnitts. In Lüchow wurden

1968 249 DM/E. Einnahmen aus Gewerbesteuern erzielt, in Dannenberg 120 DM/E.

Mit zunehmender Industrialisierung stieg in den drei Städten die Verpflichtung zum Ausbau und zur Verbesserung der Infrastruktur. Dadurch wuchs die Verschuldung der Gemeinden. Von 1964 bis 1968 stieg die Schuldenlast je Einwohner in Lüchow und Dannenberg um rd. 120 Mark, in Hitzacker um rd. 560 Mark. Der Schuldenstand betrug 1968

in Lüchow	980 DM/Einwohner,
in Dannenberg	1.123 DM/Einwohner,
in Hitzacker	888 DM/Einwohner,
im Kreisdurchschnitt	479 DM/Einwohner,
im Landesdurchschnitt	643 DM/Einwohner. [1]

Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben brachte zum Teil höhere Folgekosten als die Gewerbesteuer-Mehreinnahmen ausmachten.

Zusammenfassung:

Die Gemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurden in den vergangenen zwanzig Jahren stark unterschiedlich gefördert. Im Ostteil des Kreises erhielten die Orte Gartow und Schnackenburg hohe Förderbeträge, im Südwesten die Gemeinden Clenze, Schnega und Bergen, in der Jeetzelniederung die Städte Wustrow und Lüchow, Hitzacker und Dannenberg. Besonders geförderte Gebiete waren: der Raum um Gartow, die Schweinemark, die Gemeinden in der Umgebung von Wittfeitzen und Zernien, die Gemeinden an der Elbuferstraße und das gesamte Gebiet der Jeetzelniederung. Räume geringer Förderung waren die Agrargebiete im Lemgow, in der Lucie und im Drawehn.

---

1) Statistik von Nds.: Bd. 131.

In den nur gering geförderten Gebieten lag 1967 die durchschnittliche Bevölkerungsdichte bei 20 Einwohnern je qkm. Aus diesem Gebiet pendelten viele Erwerbstätige nach Dannenberg und Lüchow und größeren Orten außerhalb des Landkreises.

Die Räume mit dichter Besiedlung und günstiger Bevölkerungsentwicklung waren zugleich die Gebiete mit der höchsten Förderung. In ihnen befanden sich die wenigen Industriebetriebe des Landkreises und die meisten der Arbeitsplätze in Handel und Handwerk. Dort war auch das Gewerbesteueraufkommen am größten.

Durch die Wirtschaftsförderung war daher der Konzentrationsprozeß innerhalb des Landkreises verstärkt worden: das Wachstum der größeren Orte in der Jeetzelniederung und im Gartower und Clenzer Raum - zu Lasten der übrigen Kreisgebiete, die in wirtschaftlicher Stagnation verharrten.

3. TEIL

BEURTEILUNG DER FÖRDERUNGSPOLITIK

1. KAPITEL

Die Förderung im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Im zweiten Teil dieser Arbeit wurde der Umfang der Hilfen für Lüchow-Dannenberg beschrieben, die Entwicklung der Wirtschaftszweige und die Gesamtentwicklung im Landkreis. Im dritten und letzten Teil wird auf die Erfolge und Mißerfolge der Förderungspolitik in Lüchow-Dannenberg eingegangen, auf Entwicklungsvorschläge für den Landkreis und auf die Wirksamkeit des regionalpolitischen Mitteleinsatzes.

Es ist in Lüchow-Dannenberg dem Mitteleinsatz im Regionalen Förderungsprogramm zu verdanken,

daß in Handwerk, Handel und Industrie neue Arbeitsplätze gewonnen wurden;
daß sich durch neue Erwerbsmöglichkeiten die Abwanderungsrate verringert hat;
daß durch die Jeetzelregulierung die Möglichkeit landwirtschaftlicher Nutzung im Niederungsgebiet verbessert wurde;
daß sich durch den guten Ausbau des Straßennetzes die Fahrzeiten innerhalb des Landkreises erheblich vermindert haben;
daß in den größeren Gemeinden der Ausbau von Infrastruktur-Einrichtungen vorrangig betrieben wurde.

Durch die Mittelbereitstellung im Regionalen Förderungsprogramm gelang es jedoch nicht,

bisher mehr als zwei größere Industriebetriebe für die Ansiedlung in Lüchow-Dannenberg zu gewinnen;

einen entwicklungs- und erweiterungsfähigen Industrieraum im Landkreis zu schaffen;

die Wirtschaftsstruktur des Kreises, die durch das Übergewicht der Land- und Forstwirtschaft gekennzeichnet ist, entscheidend zu verändern;

die Wirtschaftskraft Lüchow-Dannenbergs bedeutend zu stärken;

den wirtschaftlichen Rückstand des Kreises gegenüber seinen Nachbarkreisen zu verringern;

genügend Arbeitsplätze für die aus der Landwirtschaft Ausscheidenden zu schaffen;

die Fernpendler für die Arbeitsaufnahme im Landkreis zurückzugewinnen;

das allmähliche Absinken der Einwohnerzahl zu verhindern;

für die ländliche Bevölkerung Lebensbedingungen zu erreichen, die denen im übrigen Bundesgebiet gleichwertig wären.

Warum wurden die regionalpolitischen Ziele nur zum Teil erreicht ? Dafür lassen sich als Begründung folgende Thesen aufführen:

Die Rivalität der Städte Dannenberg und Lüchow ließ keine von ihnen zum Oberzentrum werden.

Mittel zur Wirtschaftsförderung und Infrastrukturverbesserung

wurden stets zu gleichen Teilen an die Städte vergeben. Wegen der Aufteilung der Förderbeträge konnte jedoch in keiner der Städte die Standortattraktivität so gesteigert werden, daß sie jenen Wert erreichte, von dem ab der Prozeß der gewerblichen Durchdringung aus eigener Kraft beginnt.

Die Vielzahl der Gemeinden war der wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich.

Im ehemaligen Kreis Dannenberg wurden um 1930 bereits 170 kleinere Gemeinden aufgelöst, im ehemaligen Kreis Lüchow blieben sie erhalten. Seitdem geschahen nur wenige Gemeinde-Zusammenschlüsse, jedoch wurde ein Teil der gemeindlichen Verwaltungsaufgaben den neugebildeten Samtgemeinden übertragen. 1968 gab es im Kreis Lüchow-Dannenberg 230 Gemeinden, in denen rd. 50.000 Einwohner lebten, davon allein in 8 größeren Gemeinden rd. 20.000. Die restlichen Gemeinden hatten zum großen Teil weniger als 200 Einwohner. Die ungenügende Ausstattung der kleineren Gemeinden mit öffentlichen Versorgungseinrichtungen erschwerte ihre wirtschaftliche Entwicklung und förderte die Abwanderung.

Die Wirtschaftsstruktur des Kreises wurde durch Fördermittel vor allem bewahrt, aber gering nur verbessert.

Den größten Teil der Förderbeträge empfing die Land- und Forstwirtschaft als Anpassungs-Beihilfe. Die Zunahme ihrer Leistungsfähigkeit konnte aber mit dem Wachstum der Förderung nicht Schritt halten; viele Fördermaßnahmen dienten nur der Bewahrung der Agrarstruktur, nicht aber dem in der Landwirtschaft notwendigen Rationalisierungsprozeß. Diesen Mangel hat der Gesetzgeber zu vertreten, weil er die Vergaberichtlinien für die Fördermittel festlegte. Die im Kreis ansässige Landwirtschaft nutzte nur die ihr gegebenen Möglichkeiten.

Soweit der Kreis oder die Gemeinden Einfluß auf die Mittelverwendung besaßen, kamen diese Förderbeträge gleichfalls vorrangig der Land- und Forstwirtschaft zugute, bedingt durch die Mehrheit von Vertretern landwirtschaftlicher Belange in der kommunalen Politik.

Eine zweckmäßige und zielgerichtete Industrialisierungspolitik wurde in Lüchow-Dannenberg kaum betrieben. Sie hätte einer Gruppe von Verantwortlichen bedurft, ausgestattet mit genügend Kraft, um ihre Konzeption trotz der Klagen benachteiligter Wirtschaftszweige und Kreisgebiete durchzusetzen. Da aber die dortigen Verantwortlichen den Unwillen der benachteiligten Stände zu sehr fürchteten, wurden Fördermittel zumeist anteilig an alle vergeben und verloren dadurch viel von ihrer Merklichkeit.

Die Gleichbehandlung Lüchow-Dannenbergs mit anderen Fördergebieten war von Nachteil für die Entwicklung im Landkreis.

Wie die Landkreise Uelzen und Lüneburg gehörte auch Lüchow-Dannenberg zwei besonders zu fördernden Raum-Kategorien an: dem Zonenrandgebiet und den Bundesausbaugebieten.
In diesem Fördergebiet war die Art der Förderung einheitlich geregelt, Darlehen und Zuschüsse wurden im gesamten Förderraum in gleicher Höhe gewährt. Nicht einheitlich jedoch war die Notwendigkeit zur Förderung: sie resultierte aus der Standortungunst des jeweiligen Kreises.
In der Vergangenheit war es für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises ein großer Nachteil, nur die gleichen Fördermöglichkeiten zu besitzen wie jene Fördergebiete, die bereits durch Verkehrslage und Gewerbebesatz standortattraktiver wirkten. Ein Unternehmer siedelte daher - rationale Verhaltensweise vorausgesetzt - seinen Betrieb eher in den Nachbarkreisen Uelzen und Lüneburg an als in Lüchow-Dannenberg. Er bekam dort die gleichen Steuervergünstigungen und Betriebsdarlehen, lag aber an der Nord/Süd-Verkehrsachse von Hamburg nach Hannover und genoß durch bereits bestehende Betriebe größere Fühlungsvorteile.
Betriebe, für deren Standortentscheidung die Wirtschaftsförderung den Ausschlag gab, wählten daher ihren Standort nicht im abseits gelegenen Wirtschaftsraum Lüchow-Dannenberg.

Durch Bundesministerien wurde die einheitliche Förderung verschieden strukturierter Kreise mit dem Gleichheitsprinzip begründet. Für die Anwendung des Gleichheitsprinzips spricht zweierlei: durch generelle statt fallweiser Regelung werden Verwaltungsaufgaben übersichtlicher und damit schneller lösbar. Zugleich wird dadurch die Ermessensfreiheit und damit auch die Ermessenswillkür der Verwaltungsorgane eingeengt.
Aus den Vorteilen entspringen zugleich die Nachteile des Gleichheitsprinzips: da ohne Ansehen der Einzelumstände entschieden wird, werden die Verwaltungshandlungen dem einzelnen Fall nur selten gerecht. Der generellen Lösung fehlt oft die Möglichkeit zur Abstufung der Verwaltungsmaßnahmen.
Regionale Förderungspolitik dient dem Zweck, bestimmten Räumen durch verstärkten Mitteleinsatz zum Anschluß an die allgemeine Entwicklung zu verhelfen. Die Auswahl dieser Räume erfolgt nach Merkmalswerten. Sie kann nicht frei von Willkür sein, da es feststehende allgemeingültige Notstandsmerkmale bislang nicht gibt. Angesichts dieser Unzulänglichkeiten würde die Abstufung und damit die fallweise Behandlung die Förderungspolitik erschweren. So lange ausreichende Bestimmungsmerkmale für den wirtschaftlichen Notstand eines Landkreises fehlen, muß in Kauf genommen werden, daß durch die einheitliche Förderung im gesamten Gebiet einige Landkreise begünstigt werden und einige benachteiligt. Diese Entscheidung ist zwar willkürlich, aber jede andere wäre es auch.

Bei der Vergabe der Mittel mangelte es an einheitlichen Zielvorstellungen.

Im Gutachten der Landesplanung für den Kreis Lüchow-Dannenberg forderte man 1952, mit Vorrang die kleineren ländlichen Gewerbebetriebe zu stärken und zur Verringerung der Einwohnerzahlen die Umsiedlung zu fördern.
Die weitere Entwicklung führte zu einer Revision dieser Auffassung: die Bevölkerungsabnahme geschah schneller als erwartet und in größerem Umfang als erwünscht.
Friktionen im Wirtschaftsablauf verleiteten zu kurzfristigen Hilfen und breitgestreuter Verteilung der Fördermittel. Diese Art der Intervention behinderte jedoch die umfassende Sanierung des Kreises. Sie führte zum Bewahren der überkommenen Struktur anstatt zu ihrer Änderung.

Die Organisation der Mittelvergabe wies erhebliche Mängel auf.

Den Möglichkeiten gewerblicher Ansiedlung war es hinderlich, daß zwischen dem Antrag auf Förderung eines Industriebetriebes und der Bewilligung ein längerer Zeitraum lag. Industriegelände konnte nur dann mit Fördermitteln erschlossen werden, wenn bereits ansiedlungswillige Betriebe vorhanden waren.
Bundes- und Landesmittel wurden von den Ministerien unkoordiniert vergeben. Es mangelte an einer gemeinsamen Träger-Organisation zur Wirtschaftsförderung.

In jedem Fachressort wurden eigene Leitpläne zur Förderung entwickelt und in die Tat umgesetzt. Die verschiedenen und nebeneinander laufenden Förderprogramme führten insgesamt zu einer Schwächung der Förderungswirkung.

Nach den Plänen der Kommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen sollen im künftigen Regierungsbezirk Nordost-Niedersachsen der Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Kreis Uelzen zusammengelegt werden. [1] Der Verwaltungssitz dieses künftigen Großkreises soll Uelzen sein, Lüchow sollte lediglich eine Verwaltungs-Außenstelle behalten.

Dieser Zusammenschluß wäre für den Kreis Uelzen nur von geringem Vorteil, für den Kreis Lüchow-Dannenberg jedoch sicherlich von Nachteil. Die Verlegung einzelner Verwaltungszweige nach Uelzen würde Lüchows Funktion als Zentrum beeinträchtigen. Eine verstärkte Abwanderung wäre zu erwarten.

Wenn als Grundsatz gelten darf, daß durch die Verwaltungsreform die Bevölkerung in einem Raum nicht benachteiligt werden soll, ergibt sich für Lüchow-Dannenberg die Verpflichtung, den dort Wohnenden den Besuch ihrer Verwaltungseinrichtungen in angemessenem Zeitaufwand zu ermöglichen. Die Angemessenheit wäre nicht gewahrt, wenn Einwohner aus dem Gartower Raum zum Besuch der Behörden in Uelzen zwei Stunden Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln benötigten. Daher müssen Verwaltungszweige mit häufigem Publikumsverkehr auf jeden Fall in Lüchow bleiben.

Bezogen auf die geringen Einwohnerzahlen ist die Verwaltung in Lüchow-Dannenberg auf allen Ebenen - Gemeinden, größere Orte, Landkreis - aufwendiger als

---

1) Bezirksreform in Niedersachsen - Vorschläge und Überlegungen der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- u. Gebietsreform (Hannover, 1968).

der Durchschnitt im Land Niedersachsen. Die Senkung des Verwaltungsaufwands ist daher auch in Lüchow-Dannenberg möglich und nötig. Will man aber zu Einsparungen gelangen, ohne die Merklichkeit der Verwaltungsleistungen im Landkreis herabzusetzen, so ist das nur in jenen Verwaltungsbereichen zu verwirklichen, deren Fühlungnahme mit der Bevölkerung gering ist. Das gilt vor allem für die allgemeine Verwaltung und die oberen Kreisorgane. Unter der Voraussetzung, daß die Verwaltungszweige mit regem Publikumsverkehr in Lüchow verbleiben, ist die Verwaltungs- und Gebietsreform zu begrüßen.

Im Raumordnungsprogramm 1969 des Landes Niedersachsen sind im Regierungsbezirk Lüneburg drei Städte als Mittelzentren und zu entwickelnde Schwerpunkträume ausgewiesen: Lüneburg, Uelzen und Celle. In ihnen soll die Erweiterung und Ansiedlung von Arbeitsstätten und die Wohnungsbauförderung mit Vorrang geschehen. [1] In Lüchow-Dannenberg wird nur die Stadt Lüchow als ein zum Mittelzentrum zu entwickelndes Grundzentrum vorgeschlagen. Nahezu der gesamte Kreis wird als Erholungsraum und Naturpark ausgewiesen. Als besonders zu förderndes Verbesserungsgebiet soll Lüchow-Dannenberg zu einem neuen Fremdenverkehrsgebiet werden.

Es ist wirtschaftlich sinnvoll, daß die Mittel des Regionalen Förderungsprogramms im Regierungsbezirk Lüneburg vorrangig dem Ausbau der Wirtschaftskerne in Lüneburg, Uelzen und Celle dienen sollen, der Stärkung der Nord/Süd-Achse von Hamburg nach Braunschweig und Hannover. Jedoch sollte man für Lüchow-Dannenberg in diesem Zusammenhang die Entwicklungsmöglichkeiten zu einem Fremdenverkehrsgebiet nicht überschätzen.

---

1) Landes-Raumordnungsprogramm 1969, hg. vom Niedersächsischen Minister des Innern (Hannover, 1969), S. VI f.

Wegen der Abgelegenheit entfällt jeglicher Durchreiseverkehr. Der Wochenend- und Ausflugsverkehr kann das regionale Einkommen nur gering steigern. Kur- und Erholungsverkehr erfordert hohe Anfangsinvestitionen und Folgekosten.

Bislang sind die Einnahmen im Fremdenverkehr in Lüchow-Dannenberg noch gering. Bedingt durch die geringe Zahl an einem Sommeraufenthalt in Lüchow-Dannenberg Interessierter und durch die kurze Saison, kann der Fremdenverkehr für den Raum daher nur zu einer zusätzlichen Einnahmequelle werden, nicht aber zum Haupterwerb.

In Lüchow-Dannenberg wird in Zukunft mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerungszahl zu rechnen sein, vor allem zu Lasten der kleineren Gemeinden. Um zu leistungsfähigeren landwirtschaftlichen Betrieben zu gelangen, wird bis 1980 noch ein Viertel aller Landwirte den Betrieb aufgeben müssen und zur Abwanderung gezwungen sein, wenn es nicht gelingt, neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen.

Zukünftige Zentren werden im Kreis nur die Städte Lüchow und Dannenberg sein, ergänzt durch die Unterzentren Gartow, Hitzacker und Clenze. Industrieansiedlung wird nur in Dannenberg und Lüchow mit Erfolg betrieben werden können. Voraussetzung dafür ist eine Steigerung der Standortattraktivität dieser Städte durch die Verbesserung ihrer Infrastruktur-Einrichtungen.

Im übrigen Kreisgebiet wird man trotz hoher Förderbeträge den wirtschaftlichen Rückgang nur verringern können, nicht aber verhindern. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Gebietsteile aus eigener Kraft genügend öffentliche Grundeinrichtungen zur Versorgung ihrer Einwohner finanzieren können. Die ausreichende Versorgung wird daher wachsende Zuschüsse erfordern.

Wenn durch die Verantwortlichen für Lüchow-Dannenberg die Entwicklung zum Erholungsraum und Fremdenverkehrsgebiet vorgeschlagen wird und die Gewerbeförderung mit Vorrang nur in den Schwerpunkträumen Lüneburg, Celle und Uelzen betrieben werden soll, muß man daher mit in Zukunft stark steigenden Zuschüssen an den Landkreis zur Daseinsvorsorge der Bevölkerung rechnen, bedingt durch die geringe Wirtschafts- und Finanzkraft Lüchow-Dannenbergs. Zukünftige Zuschüsse an den Landkreis sind daher das Entgelt für die Funktionszuweisung als Naturpark und Erholungsraum. Sie entspringen der Verpflichtung der Raumordnungspolitik, den dort Wohnenden ausreichende Daseinsverhältnisse zu bieten.

2. KAPITEL

Regionale Förderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Die regionale Förderungspolitik des Bundes und der Länder bezweckt die Verringerung des Gefälles zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen. Damit dient sie der Aufgabenerfüllung des Raumordnungsgesetzes, im gesamten Bundesgebiet zu einer ausgewogenen Wirtschafts- und Sozialstruktur zu gelangen.

Instrumente regionaler Wirtschaftsförderung sind die Zuschüsse und Steuervergünstigungen für Wirtschaftssubjekte, die ihre Produktionsstätten im zu fördernden Gebiet wählen oder dort erhalten. Die Mittelvergabe kann an weitere Auflagen geknüpft werden und wird zumeist nur zeitlich befristet gewährt.

Trotz erheblicher Mittelaufwendungen im Regionalen Förderungsprogramm konnte in der Bundesrepublik das Wirtschaftsgefälle nur verringert werden, nicht aber beseitigt. Andere Standortfaktoren, so z.B. die Fühlungsvorteile in Ballungsräumen, besaßen mehr Gewicht als der Standortvorteil 'Wirtschaftsförderung'. Die Standortempfehlung im zu fördernden Gebiet blieb auf die Standortbestimmung von geringem Einfluß, da die Impulse des Konzentrationsprozesses stärker waren. Empfehlungen führten nur dann zum Erfolg, wenn sie eine bestehende Tendenz unterstützten, nicht aber, wenn sie ihr widersprachen. Da zu der Kategorie der Fördergebiete bald

ein Fünftel des Gesamtgebietes der Bundesrepublik gehörte, war die Summe, die auf einzelne Landkreise entfiel, gering.

Die Fördermaßnahmen wurden durch das bestehende Steuersystem in ihrer Wirkung geschwächt, da die bereits finanzkräftigen Kommunen im Wettbewerb die höchsten Vorteile bei der Industrieansiedlung einräumen konnten und damit der Standort der Neugründungen zumeist zu ihren Gunsten entschieden wurde. Die Realsteuern - die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden - und der Steuersatzmechanismus, der die Produktionsfaktoren zum gesamtwirtschaftlich günstigsten Standort lenken sollte, waren beide von ungünstigem Einfluß auf die räumliche Ordnung, da sie nicht raumneutral gehandhabt wurden. [1] "Aus kommunalpolitischer Sicht liegt der Hauptnachteil der Gewerbesteuer darin, daß sie zu übermäßigen Unterschieden in der Steuerkraft der Gemeinden führt, ohne daß diese einen entscheidenden Bezug zu den Lasten der Gemeinden aufweisen." [2]

Auch der Finanzausgleich zeigte eine ungünstige Wirkung. Er wurde in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich vorgenommen und war weitgehend von der Finanzkraft der Länder abhängig. Seine Hauptaufgaben, die Meßbeträge der Realsteuern in der räumlichen Streuung zu nivellieren und den Nachholbedarf zurückgebliebener Regionen zu decken, erfüllte er nur unzureichend. [3] Ähnlich urteilte der Beirat für Raumordnung in seiner Feststellung, daß durch die Maßstäbe zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen die Ziele der Raumordnung nicht

---

1) Vgl. Littmann: Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems..., S. 45.

2) Beirat für Raumordnung beim Bundesminister des Innern, Empfehlungen (Bonn, 1968), S. 38. Vgl. Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, S. 160 ff.

3) Vgl. Littmann, S. 47.

ausreichend gefördert wurden: "Das liegt zunächst daran, daß der Finanzausgleich auf einem Steuersystem aufbaut, das zu starke Steuerkraftunterschiede von Gemeinde zu Gemeinde aufweist." [1]

Die Wirkung regionaler Förderungspolitik war ferner dadurch geschwächt, daß man wiederholt kurzfristig intervenierte und stets nur Teilprobleme löste. Es mangelte an einer einheitlichen Trägerorganisation für Förderungspolitik. Durch die Handlungsfreiheit der beteiligten Institutionen - bedingt durch ein wenig präzisiertes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit metaökonomischen Elementen - kam es häufig zu regionalpolitischen Zielkonflikten. [2] Der Regionalpolitik fehlten ausreichende Kenntnisse über die Kosten und Erträge der Fördermaßnahmen. Sie konnte weder die Beschaffenheit einer gesamtwirtschaftlich optimalen Struktur nennen, noch die Kosten, die die Gemeinschaft aufzubringen hatte, wenn die gesamtwirtschaftlich günstigste Faktorallokation nicht erreicht wurde. [3]

Für die künftige Förderung hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebener Räume sind Förderziele vonnöten, die Zielkonflikte ausschließen. Dies läßt sich nur erreichen, wenn das Ziel regionaler Förderungspolitik frei von nicht quantifizierbaren gesellschaftlichen Wertsetzungen formuliert wird und alle Träger regionaler Wirtschaftspolitik gemeinsam danach streben.

---

1) Beirat für Raumordnung beim Bundesminister des Innern, Empfehlungen, Folge 2 (Bonn, 1969), S.40.

2) Vgl. Kloten: Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik, S. 30.

3) Vgl. Harald Jürgensen, "Produktivitätsorientierte Regionalpolitik", in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, Schriften der Adolf-Weber-Stiftung, hg. von R. Gunzert (Berlin, 1965), S. 30.

Die regionalpolitische Intervention beeinflußt die Marktbeziehungen, das Wachstum der gesamten Wirtschaft und die Einkommensverteilung.

> Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind demnach so anzulegen, daß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ihrer Wirkung auf die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Prozesses, auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum und auf die Gerechtigkeit der Verteilung entsteht. Sie sollten deshalb möglichst so gestaltet werden,
> - daß sie die Primärverteilung des Vermögens- und Einkommenszuwachses grundsätzlich weitgehend dem Wettbewerb am Markt überlassen; verteilungspolitische Korrekturen sollten möglichst erst danach einsetzen;
> - daß sie möglichst nur Anreize für das angestrebte wirtschaftliche Verhalten des Betroffenen geben, also Spielraum für die selbständige wirtschaftliche Entscheidung lassen;
> - daß ihr Ausmaß und der Kreis der Betroffenen bzw. Begünstigten möglichst überschaubar sind;
> - daß sie - soweit möglich - zeitlich begrenzt werden; dabei ist häufig eine im Zeitablauf degressive Gestaltung der Anreize und Begünstigungen zweckmäßig. 1)

Die Fördermaßnahmen sollten koordiniert geschehen, um die Einheitlichkeit des Förderzieles zu gewährleisten und die Vereinbarkeit des Mitteleinsatzes sicherzustellen. Die Koordination hat in mehreren Bereichen zu erfolgen:

> Koordination aller Fachressorts auf Bundes-, Länder- und Regierungsbezirksebene entsprechend den interministeriellen Ausschüssen (horizontale Koordination);
>
> Koordination zwischen über- und untergeordneten Fachbereichen (vertikale Koordination).[2)]

Die Fördermaßnahmen sollten auf Wirtschaftszweige und

---

1) Bundesrat: Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1967 bis 1970 gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967, Drucksache 104/70 (Bonn, 1970), S.4 f.

2) Vgl. Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, S. 156.

Gewerbebetriebe beschränkt bleiben, die zu einer starken Zunahme der Wertschöpfung in der Region führen. Daher wären nur solche Industrie- und Gewerbebetriebe zu fördern, deren Erweiterung oder Gründung zu einer Wertschöpfung je Erwerbstätigen führte, die den Durchschnitt im betreffenden Förderraum überschritte. [1)]

Um Fördermaßnahmen im öffentlichen Haushaltswesen erkennbarer und lenkbarer zu gestalten, sollten sie in Form direkter Zahlungen erfolgen, nicht in Form steuerlicher Vergünstigungen. "Gegen Steuervergünstigungen spricht, daß sie nicht Gegenstand der jährlichen Haushaltsberatungen sind und daß sich ihre finanziellen Auswirkungen je nach Art ihrer Konstruktion vielfach nicht genau ermitteln lassen. Die durch Steuervergünstigungen verursachte Belastung des öffentlichen Haushalts tritt insgesamt weit weniger in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung als es bei direkten Zahlungen der Fall ist." [2)]

In der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft kann durch Regionalpolitik der Wirtschaftsablauf nur durch Empfehlungen und Anreize beeinflußt werden. Raumordnungspolitische Maßnahmen können daher zwar die Daseinsfunktionen in Teilräumen verbessern, sie sollten uns alle aber nicht in falsch verstandenem Wohlfahrtsdenken aller Verantwortung entledigen. Die Entscheidung, wo wir wohnen, arbeiten und leben wollen, bleibt bei uns.

---

1) Vgl. Beirat für Raumordnung: Empfehlungen, Folge 2, S. 18 f.

2) Bundesrat: Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen..., S. 5 f.

S C H L U S S

Zusammenfassung

In dieser Arbeit wurden die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung in Lüchow-Dannenberg untersucht. Es ergab sich, daß sie in allen Wirtschaftszweigen vielfältig vergeben worden waren, ihre Wirkung aber nicht ausreichte, um dem Landkreis den Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Regierungsbezirk Lüneburg und dem Land Niedersachsen zu sichern.

Durch die Ungunst der Lage, der geschichtlichen Entwicklung und der Vorherrschaft des Wirtschaftsbereichs der Landwirtschaft blieb Lüchow-Dannenberg bis heute ein schwachstrukturierter ländlicher Raum, in seiner Entwicklung gegenüber den Nachbarkreisen im Rückstand. Der Rückgang der Einwohnerzahlen, die geringe Zunahme der Beschäftigten und des Umsatzes und das ungenügende Gemeinde-Finanzaufkommen geben davon Zeugnis.

Im Landkreis verlief die Entwicklung in den Städten Lüchow, Dannenberg und Hitzacker am günstigsten, am ungünstigsten war sie im Osten und Westen des Kreisgebietes. Im Gartow-Schnackenburger Raum, im Lemgow und im Drawehn nahmen die Einwohnerzahlen in den letzten zwanzig Jahren zum Teil stark ab, bedingt durch die geringe gewerbliche Durchdringung dieser Räume.

Die Landwirtschaft - bis heute der vorherrschende Wirtschaftszweig in Lüchow-Dannenberg - war bis vor einigen Jahren durch häufige Überschwemmungen der Elbe und der Jeetzel im Ertrag beeinträchtigt. Dieser Schwierigkeiten wurde man erst nach der Jeetzelregulierung Herr.

Bis heute gibt es im Landkreis nur zwei größere Industriebetriebe, Zweigwerke von Firmen aus Schweinfurt und Hannover. Die Bemühungen, weitere Industriebetriebe anzusiedeln, scheiterten. Das Versagen ist durch mangelnde Leitvorstellungen, durch die umständliche Organisation der Mittelvergabe und durch die ungenügenden Förderungsanreize zu begründen.

Daraus ergeben sich für die Regionalpolitik die Forderungen,

- je nach der Funktion des Förderungsraumes eine Zielvorstellung zu entwickeln;
- dieser Zielvorstellung die Förderpolitik anzupassen;
- durch Konzentration im Mitteleinsatz die Wirksamkeit zu steigern;
- durch Koordinierung aller Mittel-verteilenden Institutionen gezielte Förderpolitik zu ermöglichen.

Gelingt es in den nächsten Jahren nicht, zu Koordinierung und einheitlicher Zielfixierung zu gelangen, werden künftige Hilfsmaßnahmen zur gleichen Wirkungslosigkeit verurteilt sein wie bisherige.

LITERATURVERZEICHNIS

LITERATURVERZEICHNIS:

ADENAUER, Max: "Wirtschaftsförderung", in: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3. Bd., hg. von Hans Peters (Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1959), S. 898-905.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Gutachtliche Äußerung zur Frage der Entwicklung des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Veröffentl., Reihe Gutachten, Nr. 1, hg. von Kurt Brüning (Hannover, 1956).

Dies. (Hrsg.): Deutscher Planungsatlas - Band II Niedersachsen und Bremen, hg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Verbindung mit dem Niedersächsischen Landesverwaltungsamt (Hannover, 1961).

Dies.: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung (Hannover, 1966).

Dies.: Daten zur Raumplanung; Zahlen - Richtwerte - Übersichten (Hannover, 1969).

ALBERS, Willi: "Der Einfluß des Finanzausgleichs auf regionale Wettbewerbsbedingungen und Produktionsstandorte", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft - Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet, hg. von Harald Jürgensen (Göttingen, o.J.), S. 462-491.

Ders.: "Der Einfluß der Finanzpolitik auf die räumliche Ordnung der Wirtschaft", in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, Schriften der Adolf-Weber-Stiftung, hg. von R. Gunzert (Berlin, 1965), S. 49-73.

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Zonenrandgebietes: Strukturförderung im Zonenrandgebiet - "Lüneburger Programm" der Industrie- und Handelskammern des Zonenrandgebietes - (Lüneburg, 1968).

Arbeitskreis: Ostgrenzgebiete der Bundesrepublik: Denkschrift über das Ostgrenzgebiet der Bundesrepublik, vorgelegt vom Arbeitskreis 'Ostgrenzgebiete' der Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

ARNDT, Helmut : Mikroökonomische Theorie, 1. Bd.: Marktgleichgewicht, 2. Bd.: Marktprozesse (Tübingen, 1966).

BALDERMANN, Udo: Die Entwicklung des Straßennetzes in Niedersachsen von 1768 - 1960, Veröffentl. des Niedersächs. Inst. für Landeskunde u. Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Reihe A, Bd. 87 (Göttingen-Hannover, 1968).

BAROCKA, Egon: Kommunalkredit und kommunale Finanzwirtschaft (Frankfurt/M., o.J.).

BEHRENS, Karl Christian: Allgemeine Standortbestimmungslehre mit einem Anhang über Raumordnung (Köln-Opladen, 1961).

Ders.: Der Standort der Handelsbetriebe, Reihe: Der Standort der Betriebe, Band 2 (Köln-Opladen, 1965).

Ders.: "Die Umsetzung von Gewerbebetrieben", in: Führungsprobleme personenbezogener Unternehmen - Gedenkschrift zum 75. Geburtstag von Karl Friedrich Rössle (Stuttgart, o.J.), S. 66-72.

Beirat für Raumordnung: Empfehlungen (Bonn, 1968).

Ders.: Empfehlungen, Folge 2 (Bonn, 1969).

BLANCKENBURG, Peter von: Einführung in die Agrarsoziologie; (Stuttgart, o.J.).

BOESLER, Klaus-Achim: Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit, Abhandlungen des 1. Geogr. Inst. der Freien Universität Berlin, Bd. 12, hg. von A. Kühn und J.H. Schultze (Berlin, 1969).

BÖVENTER, Edwin von: Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung, Bd. 5, hg. von Walther G. Hoffmann (Tübingen, 1962).

BOUSTEDT, Olaf - RANZ, Herbert: Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung - Aufgaben und Methoden-, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Band 33 (Bremen, 1957).

BRÜGELMANN, u.a.: Raumordnungsgesetz vom 8.4.1965 Raumordnung - Landesplanung - Regionalplanung, Kohlhammer-Kommentare (Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1966).

BRÜNING, Kurt (Hrsg.): Landeskundlich - statistische Kurzübersichten für Niedersachsen, Land - Bezirke - Landkreise - Kreisfreie Städte, 2. Aufl. Veröffentl. des Niedersächs. Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe B, Bd. 5 (Bremen, 1956).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland - Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963 (Bonn, 1964).
Verlagerte und neuerrichtete Betriebe in den Jahren 1964 und 1965 (Bonn, 1966).

Bundesminister für Wirtschaft (Hrsg.): 1966 - Leistung in Zahlen.

Bundesrat: Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1967 bis 1970 gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967, Drucksache 104/70 (Bonn, 1970).

Bundesschatzministerium: ERP-Kredite für die deutsche Wirtschaft 1968

Bundesverband der Deutschen Industrie,u.a.: Leitfaden zur Industrieansiedlung.

CANNABICH, J.G.Fr.: Lehrbuch der Geographie nach den neuesten Friedensbestimmungen, 12. berichtigte und vermehrte Aufl. (Ilmenau, 1829).

CHRISTALLER, Walter: Die Zentralen Orte in Süddeutschland, Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen.(Jena, 1933).

CONRADY, Hans Walter: "Die Förderung der Landkreise im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik", in: Raumforschung und Raumordnung, 12.Jg., 1954, H.1, S. 23-28.

Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftsförderung - Staatliche Einflußnahme auf die Ansiedlung von privaten Industrieunternehmungen (Berlin, 1968).

Deutscher Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Band 55 (Bonn, 1964).

Ders.: Raumordnungsbericht 1966 der Bundesregierung, hg. vom Bundesminister für Verkehr, Bundestags-Drucksache V/1155.

Ders.: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1967). Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1967). Bundestagsdrucksache V/1400.

Ders.: Raumordnungsbericht 1968 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/3958.

Ders.: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes und Maßnahmen der Bundesregierung gemäß Landwirtschaftsgesetz und EWG-Anpassungsgesetz, Bundestagsdrucksache VI/372.

Deutscher Gemeindetag: Neuordnung der Gemeindefinanzen - wieso ?

Deutscher Gewerkschafts-Bund: Hoffnungen und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der Landkreise Lüchow-Dannenberg und Lüneburg sowie der Stadt Lüneburg. Vorschlag für ein Zonenrandschwerpunktprogramm.

Deutscher Industrie- und Handelstag: Regionale Strukturpolitik in der Bundesrepublik und der EWG, DIHT-Schriftenreihe, Heft 90 (Bonn,1964).

Deutscher Landkreistag: Einrichtungen der Landkreise, Schriften des Deutschen Landkreistages.

Deutscher Wetterdienst: Klima-Atlas von Niedersachsen (Offenbach/M., 1964).

DIETRICH, Alfred: "Forschung und Planung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirkes Lüneburg", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Band 8 (13) 1955/56, Heft 1, S. 10-21.

DIETRICHS, Bruno: Regionale Strukturpolitik und Raumordnung, Informationsbriefe für Raumordnung R.6.4.2, hg. vom Bundesminister des Innern.

DITTES, Ellen: Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder an die gewerbliche Wirtschaft 1968, Sonderausgabe der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 1, Mai 1968.

Dies.: Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder für den Wohnungsbau 1968, Sonderausgabe der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 2, Juni 1968.

Dies.: Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder an die Landwirtschaft, Sonderausgabe der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 3, Juni 1968.

DITTRICH, Erich: "Die deutschen Notstandsgebiete: eine Aufgabe der Raumpolitik", in: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung Nr. 21 (Bad Godesberg, 1955), S. 30-36.

Ders.: "Bestimmung förderungsbedürftiger Gebiete nach Bundes- und Ländergesichtspunkten", in: Raumforschung und Raumordnung, 18. Jg., 1960, H. 2/3, S. 65-76.

DÖRPMUND, Heinz: Die Mittel der Industriestandortlenkung und die Grenzen ihrer Anwendbarkeit, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Band 17 (Bremen, o.J.).

DRISCHLER, Luise: Wirtschaft und Siedlung im Wendland, Eine wirtschaftsgeographische Monographie, Diss. Hamburg (Hamburg, 1967).

EGNER, Erich: "Die Industrialisierung ländlicher Gebiete", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 169, S. 43-66.

Ders.: "Raumordnung durch Industrialisierungspolitik", in: 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960), S. 323-338.

Ders.: "Raumwirtschaftspolitik", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hg. von Erwin v. Beckerath u. a., Bd. 8 (Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1964), S.694-704.

ENGELKEN, Hans Gerhard, FRANZKE, Hans-Ulrich: Wirtschaftsförderung durch Bund, Länder und Europäische Gemeinschaften. Kredite - Bürgschaften - Zuschüsse (Freiburg/Br., o.J.).

Elbe-Jeetzel-Zeitung: 100 Jahre Lüchower Heimatzeitung 1854 - 1954, Sonderdruck der Elbe-Jeetzel-Zeitung (Lüchow, 1954).

ERSCH, J.S., GRUBER, J.G. (Hrsg.): Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und Künste (Leipzig, 1832)

ESENWEIN-ROTHE, Ingeborg: "Regionale Wirtschaftspolitik und soziale Marktwirtschaft", in: Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen, Eine Festschrift für Friedrich Lenz, hg. von Siegfried Wendt, Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Heft 9 (Berlin, o.J.), S. 215-236.

Dies.: "Sozialpolitische Probleme der Industrialisierung strukturschwacher Räume", in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 118. Bd., 1962, S. 296-310.

Evangelische Kirche in Deutschland: Die Neuordnung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftliche Aufgabe. Eine evangelische Denkschrift, hg. von der Kirchenkanzlei Bonn.

FOCKE, Sigrid: Das Hannoversche Wendland im Hinblick auf seine Entwicklungsmöglichkeiten für Fremdenverkehr und Industrie, Dipl.-Arbeit (Universität Frankfurt/M., 1967).

FRANZ, Günther: Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg, Veröffentl. des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Bd. 54 (Bremen, 1955).

FRANZIUS, O. u.a.: Die Wasserwege Niedersachsens, Veröffentl. der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V., H.8 (Hannover, 1930).

Fremdenverkehrsverband Lüneburger Heide e.V.: Hotels, Gasthäuser, Pensionen, Kursanatorien, Ferienwohnungen, Campingplätze in der Lüneburger Heide 1968/69.

GERCKE, Friedrich: Zur Bestimmung der Wirkung von Landentwicklungsmaßnahmen, dargestellt am Beispiel des Hannoverschen Emslandes, hg. von der Agrarsozialen Gesellschaft, Materialsammlung Nr. 34 (Göttingen, 1964).

Gesellschaft für Landeskultur GmbH: Landkreis Lüchow-Dannenberg, Agrarstrukturelle Vorplanung, Heft 1: Vorplanungsbericht, Heft 2: Vorplanung, als Ms. gedr. (Bremen, 1966/67).

Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation: Die Planung im ländlichen Raum, Leitfaden und Sachkatalog (Berlin-Bonn, 1966).

GIEL, Wilhelm: "Die Grundzüge der regionalen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik", in: Raumforschung und Raumordnung (Festschrift für Erich Dittrich), 22. Jg., 1964, H. 3/4, S. 113-117.

GIERSCH, Herbert: "Probleme der regionalen Einkommensverteilung", in: Probleme des räumlichen Gleichgewichts in der Wirtschaftswissenschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 14, hg. von Walther G. Hoffmann (Berlin, 1959), S.85-118.

Ders.: Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Band: Grundlagen (Wiesbaden, o.J.).

GIERSCH, Herbert: "Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik", in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet, hg. von Harald Jürgensen (Göttingen, o.J.), S. 386-400.

GIESE, Friedrich: Die Bundeskompetenz zur Regelung und Gestaltung der Raumordnung - Ein Rechtsgutachten, als Ms. vervielfältigt, hg. vom Inst. für Raumforschung (Bonn-Bad Godesberg, 1952).

GROTELÜSCHEN, Wilhelm, MUUSS, Uwe: Luftbildatlas Niedersachsen (Neumünster, 1967).

GUTHSMUTHS, Willi: "Raumordnung und Betriebswirtschaftspolitik", in: Raumforschung und Raumordnung (Festschrift für Erich Dittrich), 22. Jg., 1964, H. 3/4, S. 117-126.

HANSMEYER, Karl-Heinrich: Finanzielle Staatshilfen für die Landwirtschaft - Zur Theorie einer sektoralen Finanzpolitik (Tübingen, 1963).

Ders.: Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland - Materialien zu einem wirtschaftspolitischen Problem, Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, Heft 25, hg. von Günter Schmölders (Berlin, o.J.).

Ders.: "Ziele und Träger regionaler Wirtschaftspolitik", in: Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 41 (Berlin, 1968), S. 36-60.

HAUBNER, Karl: "Die Stadtregionen im Lande Niedersachsen (ohne Nordwest-Niedersachsen) 1961", in: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961 - Raum und Bevölkerung 5, Forschungsberichte des Ausschusses 'Raum und Bevölkerung' der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 32 (Hannover, 1967), S. 33-44.

HILDEBRAND, H.: Siedlungsform und Siedlungsdichte der Dörfer im Hannoverschen Wendland, Heimatkundliche Beiträge zum Studium Niedersachsens, Heft 1 (Hannover, 1958).

HOFFMEISTER, Johannes: Das Klima Niedersachsens, Veröffentl. der Wirtschaftswissenschaftl. Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V., Heft 6 (Hannover, 1930).

HOFFMEISTER, Johannes, SCHNELLE, F.: Klima-Atlas von Niedersachsen, Schriften der Wirtschaftswissenschaftl. Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. (Oldenburg, 1945).

HOHBERG, Heinz: Das Recht der Landesplanung. Eine Synopse der Landesplanungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Bd. 47 (Hannover, 1966).

HUNKE, Heinrich: 10 Jahre Wirtschaftsaufbau in Niedersachsen im Spiegel der öffentlichen Haushalte, 2. verb. und erg. Aufl., Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Band 36 (Bremen, 1960).

Ders.: "Investitionen als Instrument der Landesentwicklung", in: 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960), S. 489-504.

Ders.: Standort und Gestalt der Raumforschung. Eine wissenschaftstheoretische Untersuchung zum Raumproblem in der Landesentwicklung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Band 44 (Hannover, 1964).

Institut für Raumforschung: Deutsche Notstandsgebiete 1951, Informationen (Bad Godesberg, 1952).

Dass.: Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik. Denkschrift (Bad Godesberg, 1954).

Dass.: Kreiszahlen zur Raumordnung, Teil 3 (Bad Godesberg, 1967).

ISBARY, Gerhard: Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche - Zur Quantifizierung der Zentralen Orte in der Bundesrepublik Deutschland - Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung: Heft 56 (Bad Godesberg, 1965).

ISBARY, Gerhard: "Nahbereiche in der räumlichen Gliederung funktionsgesellschaftlicher Staaten", in: Versorgungsnahbereiche als Kleinzentren im ländlichen Raum, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte: Band 47 (Hannover, 1969).

ISBARY, Gerhard, v.d.HEIDE, Hans Jürgen, MÜLLER, Gottfried: Gebiete mit gesunden Strukturen und Lebensbedingungen - Merkmale und Abgrenzung -, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Band 57 (Hannover, 1969).

ISENBERG, Gerhard: "Regionale Wohlstandsunterschiede, Finanzausgleich und Raumordnung", in: Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, hg. von Fritz Neumark (Tübingen, 1956/57), S. 64-97.

JANSEN, Paul Günter: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Regionalpolitik, Beiträge zur Raumplanung, hg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Band 3 (Gütersloh, o.J.).

JOCHIMSEN, Reimut, TREUNER, Peter: Zentrale Orte in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Schaffung zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung: Heft 58 (Bad Godesberg, 1967).

JÜRGENSEN, Harald: "Produktivitätsorientierte Regionalpolitik", in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, Schriften der Adolf-Weber-Stiftung, hg. von R. Gunzert (Berlin, 1965).

KIEMSTEDT, Hans: Zur Bewertung der Landschaft für die Erholung, Beiträge zur Landespflege, Sonderheft 1 (Stuttgart, o.J.).

KLAWITTER, Heinz: Ausbau und Bedeichung der Jeetzelniederung, hg. vom Jeetzeldeichverband in Dannenberg (Dannenberg, 1964).

KLOTEN, Norbert: "Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik", in: Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik: Bd. 41 (Berlin, 1968), S. 18-35.

KÖHRING, Ernst (Hrsg.): Chronik der Stadt Lüchow (Lüchow, 1949).

Ders. (Hrsg.): Geschichte der Schützengilde zu Lüchow - aus Urkunden und Akten, Protokollen und Bildern zusammengestellt (Lüchow, 1952).

Ders.(Hrsg.): 800 - Jahrfeier der Stadt Lüchow 1158 - 1958 (Lüchow, 1958).

KÖTTER, Herbert: "Agrarsoziologie", in: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, hg. von A. Gehlen und H. Schelsky, 5. Aufl., 1964, S. 204-237.

KOLMS, Heinz: Finanzwissenschaft I: Grundlegung. Öffentliche Ausgaben. 3. verb. Aufl., Sammlung Göschen: Band 148 (Berlin, 1966);
Finanzwissenschaft II: Erwerbseinkünfte. Gebühren und Beiträge. Allgemeine Steuerlehre. 3. verb. Aufl., Sammlung Göschen: Band 391, (Berlin, 1966).

Kommission für die Finanzreform: Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. (Stuttgart-Köln-Berlin-Mainz, 1966).

KRAFT, Jürgen: Die Entwicklung des tertiären Sektors zwischen 1950 und 1961 und der Agglomerationsprozeß, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses, Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung -5-, hg. vom Institut für Wirtschaftsforschung (München, o.J.).

KRENZLIN, Anneliese: Die Kulturlandschaft des hannöverschen Wendlands, Diss. Phil. Fak. der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1931 (Stuttgart, 1931).

KÜHN, Arthur: "Die 'mittlere Zukunft' in der Raumforschung", in: 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960), S. 117-132.

Ders.: "Geographie, Angewandte Geographie und Raumforschung", in: Die Erde, Jg. 1962, S. 170 ff.

KÜHN, Arthur: "Angewandte Geographie", in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, hg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover, 1966), Sp. 113-124.

Ders.: "Angewandte Geographie", in: Festschrift für E. Scheu (Nürnberg, 1966), S. 27 ff.

Ders.: "Die Stellung der Angwandten Geographie im System der Wissenschaft" in: Kulturgeografi, Nr. 101 (Århus, 1967), S. 1933-1947.

Ders.: "Betrachtungen zur Raumlage", in: Die Mittelstadt, 1. Teil: Beiträge zur vergleichenden Stadtforschung, Forschungsberichte des Ausschusses 'Stadtforschung' der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte: Band 52 (Hannover, 1969), S. 51-77.

Landkreis Lüchow-Dannenberg: Kreis-Haushaltspläne 1956 ff.

Lastenausgleichsbank: 18. Jahresbericht (Bad Godesberg, 1967).

LAUE, Heinrich (Hrsg.): Heimatbücher des Kreises Dannenberg, 2. Reihe, 1. Heft (Lüchow, 1938).

LEMELSEN, Joachim: "Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, 1968, H.1, S. 26-44.

Ders.: "Untersuchungen über die Auswirkungen von Industrieansiedlungen in ländlich schwach strukturierten Gebieten Niedersachsens", in: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 17, 1968, H. 2, S. 139-149.

LIST, Friedrich: Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, Schriften/Reden/Briefe: Bd. VII, hg. von Erwin v. Beckerath u.a. (Berlin, o.J.).

LITTMANN, Konrad, u.a.: Die Gestaltung des kommunalen Finanzsystems unter raumordnungspolitischen Gesichtspunkten, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Band 50 (Hannover, 1968).

LÖSCH, August: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 3. unveränd. Aufl. (Stuttgart, 1962).

LÜBBERT: "Der Landkreis Lüchow-Dannenberg", in: Die Lüneburger Heide, Der Regierungsbezirk Lüneburg, Monographien Deutscher Wirtschaftsgebiete: Band XXII (Oldenburg, o.J.), S. 80 f.

LUNTOWSKI, Gustav: Die Industrie- und Handelskammern und die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr im Regierungsbezirk Lüneburg, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Lüneburg am 26.5. 1966 (Lüneburg, 1966).

MANECKE, Urban, F.C.: Topographisch=historische Beschreibungen der Städte, Aemter und adelichen Gerichte im Fürstenthum Lüneburg in zwei Bänden (Celle, 1858).

MARX, Detlef: Wachstumsorientierte Regionalpolitik, Wirtschaftspolitische Studien - 3 -, hg. von Harald Jürgensen (Göttingen, o.J.).

MEIBEYER, Wolfgang: Die Rundlingsdörfer im östlichen Niedersachsen. Ihre Verbreitung, Entstehung und Beziehung zur slawischen Siedlung in Niedersachsen, Braunschweiger Geographische Studien:Heft 1 (Braunschweig, 1964).

MEINHOLD, Wilhelm: "Subventionen", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hg. von Erwin v. Beckerath u.a., 10. Bd. (Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1959), Sp. 236-247.

MENKE, Antonius: Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Entwicklung ländlicher Räume. Eine Untersuchung in ländlichen Fremdenverkehrsgemeinden Niedersachsens und Westfalens (Hannover, 1965).

MEYER, Konrad: "Zur Bestimmung räumlicher Ungleichgewichte", in: Raumforschung und Raumordnung, 26. Jg., 1968, H. 3/4, S. 98-106.

MIEST, P.F.: "Lüchow - Dannenberg - Hitzacker, ein Vergleich dreier Städte", in: Heimatkundliche Beiträge zum Studium Niedersachsens:Heft 1 (Hannover, 1958), S. 37 ff.

MIKSCH, Leonhard: "Zur Theorie des räumlichen Gleichgewichts", in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 66, 1951, S. 5 - 50.

MÖLLER, Ferdinand: Gemeindliche Subventionsverwaltung (o.O., 1963).

MORGEN, Herbert, LÜBBING, Hermann, STEINHOFF, Karl: Die ländliche Kleingemeinde - in Nordwestdeutschland - in geschichtlicher, verwaltungsmäßiger und soziologischer Sicht, Veröffentl. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Bd.41 (Hannover, 1963).

MÜLLER-ARMACK, Alfred: "Soziale Marktwirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, S. 390-392.

MÜLLER, Georg: "Grundlagen für eine Neuabgrenzung der Fördergebiete - Methoden und Ergebnisse einer statistischen Analyse", in: Raumforschung und Raumordnung, 16. Jg., 1958, Heft 1, S. 15-24.

Ders.: "Raumwirksame Ausgaben im Bundeshaushaltsplan 1962", in: Raumforschung und Raumordnung, 21. Jg., 1963, Heft 2, S. 65-86.

Ders., u.a.: Die wirtschaftliche Entwicklung in den Fördergebieten des Bundes, Band 1: Eifel, Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung: Heft 50 (Bad Godesberg, 1963).

Ders., u.a.: Zur Problematik der Abgrenzung von hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten, Mitteilungen aus dem Institut für Raumordnung: Heft 60 (Bad Godesberg, 1968).

MÜLLER, J. Heinz: "Neuere Methoden der Regionalanalyse und ihre Anwendbarkeit auf kleinere Räume", in: Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik:Bd. 41 (Berlin, 1968), S. 86-107.

MÜLLER, Theodor: "Lüchower Niederung", in: Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands, 8. Lieferung, hg. von E. Meynen u.a. (Bad Godesberg, 1961), S. 1182-1183.

Niedersächsische Landesregierung: Raumordnungsbericht 1967.

Dies.: Raumordnungsbericht 1968.

Niedersächsischer Minister des Innern: Raumordnung und Landesplanung in Niedersachsen. 1963.

Ders.: Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung im Vergleich zu Landesplanungsgesetzen anderer Länder, Schriften der Landesplanung Niedersachsen.

Ders.: Grundlagen und Hinweise für ein Landes-Raumordnungsprogramm 1965.

Ders.: Grundlagen und Hinweise für ein Landes-Raumordnungsprogramm: Ergänzung 1966.

Ders.: Jahresbericht 1967 der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen.

Ders.: Bezirksreform in Niedersachsen. Vorschläge und Überlegungen der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform, 1968.

Ders.: Landes-Raumordnungsprogramm 1969.

Ders.: Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen, Gutachten der Sachverständigenkommission für die Verwaltungs- und Gebietsreform (Hannover, 1969).

Niedersächsischer Minister für Vertriebene: Eingliederung und Aufbau im Zonengrenzland Niedersachsen.

Niedersächsisches Landesverwaltungsamt: Standorte für Industrie-Ansiedlung in Niedersachsen. Eine Auswahl geeigneter Standorte in 157 Gemeinden, 3. neubearb. u. erw. Aufl. (Hannover, 1960).

Dass. (Hrsg.): Verwaltungsatlas des Landes Niedersachsen (Hannover, 1967).

OLSEN, Karl Heinrich: "Die Raumordnungspolitik und ihre Mittel", in: Raumforschung und Raumordnung, 22. Jg., 1964, H.3/4, S. 230-234.

OTREMBA, Erich, DRISCHLER, Luise: "Der Landkreis Lüchow-Dannenberg. Ein Beharrungsraum an der Zonengrenze", in: Der Beitrag der Landwirtschaft zur regionalen Entwicklung, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Bd. 36 (Hannover, 1967), S. 61-75.

PAASCHE: Denkschrift über die weitere Entwicklung des Landkreises Lüchow-Dannenberg (Lüchow, 1963).

PARTZSCH, Dieter: "Die Gebietskategorien nach dem Raumordnungsgesetz und das Problem ihrer räumlichen Ausgestaltung und Ordnung", in: Informationen zur Raumordnung, 1967, S. 285-293.

PÖSCHL, Arnold Ernst: Raum und Raumordnung (Berlin, o.J.)

POTTHOFF, Erich: "Raumplanung und Standorte des Einzelhandels", in: Genossenschaftliche Schriftenreihe: Heft 34.

Prognos AG: Die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Regierungsbezirks Lüneburg 1950-1980. (Basel, 1966).

PUDELKO, Alfred: "Allgemeine Betrachtungen zur Vor- und Frühgeschichte des Höhbecks", in: Die Kunde, 20. Jg., 1969.

QUIS: Die voraussehbaren Folgen einer Auflösung des Landkreises Lüchow-Dannenberg. (Zehn Punkte zur Gebietsreform). Ms.

RAUCHBACH, Ilse: Strukturuntersuchung zum Flächennutzungsplan Clenze. Ms.

Dies.: Flächennutzungsplan der Stadt Schnackenburg. Erläuterungsbericht. Ms.

Regierungspräsident in Lüneburg:	Landesplanerisches Gutachten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg. 1952.
Ders.:	Landesplanerisches Gutachten zur räumlichen Entwicklung der Stadt Lüchow.
Ders.:	Landesplanerisches Rahmenprogramm Stadt Schnackenburg. 1968.
RIEMANN, Fritz, HENGSTENBERG, Rolf:	Zur Industrialisierung kleinbäuerlicher Räume, Forschungsberichte des Wirtschafts- und Verkehrsmin. Nordrhein-Westfalen, als Ms. gedr., Nr. 469 (Köln-Opladen, 1957).
Sachverständigenausschuß für Raumordnung:	Die Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland. (Stuttgart, 1961).
SCHLAUWITZ, Walter (Hrsg.):	Der Bund als Finanzier. Kredite, Leistungen und Bürgschaften des ERP-Sondervermögens.
SCHMIDT, Herbert:	Räumliche Wirkung der Investitionen im Industrialisierungsprozeß. Analyse des regionalen Wirtschaftswachstums, Band 9: Die industrielle Entwicklung, hg. von Fritz Voigt u.a. (Köln und Opladen, 1966).
SCHMIDT, Karl-Heinz:	Das Handwerk im Zonenrandgebiet dargestellt am Beispiel Niedersachsens, Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Bd. 10, hg. von W. Abel (Göttingen, 1966).
Ders.:	Regionales Wirtschaftswachstum und Handwerksentwicklung im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik Deutschland, Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Bd. 11, hg. von W. Aberl (Göttingen, 1967).
SCHNATH, Georg, u.a.:	Geschichtlicher Handatlas Niedersachsens, Veröffentl. der Historischen Kommission für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen XX (Berlin, 1939).
SCHNEIDER, Hans K.:	"Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik", in: Beiträge zur Regionalpolitik, hg. von Hans K. Schneider, Schriften des Vereins für Socialpolitik: Bd. 41 (Berlin, 1968), S. 3-17.

SCHNEPPE, Friedrich: Raumbedeutsame Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Beiträge: Bd.2 (Hannover, 1968).

SCHRADER, Erich: Die Landschaften Niedersachsens. Bau, Bild und Deutung der Landschaft. Ein Topographischer Atlas, 3. erw. Aufl. (Hannover, 1965).

SCHULTZE, Joachim Heinrich: "Raumforschung und Geographie in ihrer Stellung zueinander", in: 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Festschrift der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Bremen, 1960).

SCHULZ, Willy: Primäre und sekundäre Rundlingsformen in der Niederen Geest des hannoverschen Wendlandes (Bad Godesberg, 1963).

SCHWEBE, Joachim: Volksglaube und Volksbrauch im Hannoverschen Wendland, Mitteldeutsche Forschungen: Bd. 19, hg. von Walter Schlesinger u.a. (Köln-Graz, 1960).

SIEBEL, Wigand: Die Logik des Experiments in den Sozialwissenschaften, Soziologische Schriften: Bd. 2 (Berlin, o.J.).

SPÖRLEIN, Helmut: Die Samtgemeinden in Niedersachsen. Ein Beitrag zum Recht der engeren Gemeindeverbände (Göttingen, o.J.).

STORBECK, Dietrich: "Regionale Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie über die Mittel, Ergebnisse und Probleme der Förderungspolitik des Bundes.", in: Regionale Entwicklungspolitik in Großbritannien und den Ländern der EWG - Materialien zur Raumplanung, hg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster: Beitrag 3 (Münster, 1968), S. 105-162.

THALHEIM, Karl C.: "Die west-östliche Zonengrenze als raumwirtschaftlicher Faktor", in: Zeitschrift für Raumforschung, Jg. 1950, Heft 1/2, S. 15-20.

TIETZ, Bruno: Unterschiede und Wandlungen der regionalen Handelsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 und 1961, Schriften zur Handelsforschung: Nr. 35, hg. von Edmund Sundhoff (Köln-Opladen, 1967).

UELSCHEN, Gustav: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen: Bd.45 (Hannover, 1966).

WAGENER, Frido: Neubau der Verwaltung. Gliederung der öffentlichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und Integrationswert, Schriftenreihe der Hochschule Speyer: Bd. 41 (Berlin, 1969).

WEBER, Alfred: Ueber den Standort der Industrien, 1. Teil: Reine Theorie des Standorts (Tübingen, 1909).

WEBER, Werner: Rechtsgutachten über Fragen der Verfassungsmäßigkeit des Regierungsentwurfs eines Raumordnungsgesetzes, Bundestagsdrucksache IV/1204.

WECZERKA, Hugo, BRUNS, Friedrich: Hansische Handelsstraßen, Atlas (Köln-Graz, 1962); Textband (Köln-Graz, 1967).

WESSELS, Theodor: "Subventionen", in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, hg. von Hans Seischab und Karl Schwantag, 3. Aufl., Bd. 3 (Stuttgart, 1960), Sp. 5321-5329.

WOLF, Siegmund A.: Zur Geschichte der Stadt Hitzacker und ihrer Bürgerhäuser 1258-1958 (Hitzacker, 1958).

ZEDLER, Johann Heinrich (Hrsg.): Grosses vollständiges Universal-Lexicon (Leipzig und Halle, 1734 ff.)

o. Verf.: Zonengrenzlandfahrt. Reisebericht für die Mitglieder des Zonenrandhilfs-Ausschusses. Lüchow-Dannenberg 1955.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

		Seite
Abb. 1:	Lage im norddeutschen Raum	42
" 2:	Lage in der näheren Umgebung	43
" 3:	RB Lüneburg: Verdichtungsräume, zentrale Orte und Förderungsgebiete	46
" 4:	Lüchow-Dannenberg: Klima-Übersicht	54
" 5:	RB Lüneburg: Darstellung der Landkreise und kreisfreien Städte nach Wirtschaftsbereichen 1961	62
" 6:	RB Lüneburg: Steuern (abzüglich Reichssteuerüberweisungen) 1935	63
" 7:	RB Lüneburg: Realsteuerkraft und Finanzzuweisungen an die Landkreise 1964	64
" 8:	Personalsteuern - Steueraufkommen in den Rechnungsjahren 1926-1937 (in RM/E.)	94
" 9:	Lüchow-Dannenberg: Aufteilung der Gesamtzahl der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche in Betriebsgrößenklassen	128
" 10:	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Monat in ausgewählten Fremdenverkehrsgemeinden	139
" 11:	Lüchow-Dannenberg: Gesamtumsatz aller Wirtschaftshauptbereiche und Umsatz der Industrie im Zeitraum 1950-1966	144
" 12:	Lüchow-Dannenberg: Monatliche Arbeitslosenmeldungen von Januar 1967 bis Juli 1969	155
" 13:	RB Lüneburg: Gesamtumsatz in den Landkreisen 1954-1966	157
" 14:	Lüchow-Dannenberg: Umsatz in den Wirtschaftshauptbereichen Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Großhandel in den Jahren 1954, 1960 und 1966	158
" 15:	Gesamtumsatz 1966	159
" 16:	Verteilung des Umsatzes nach Wirtschaftshauptbereichen 1966	160
" 17:	RB Lüneburg: Bruttoinlandsprodukt der Landkreise 1957 und 1966	161
" 18:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1957-1966	162

		Seite
Abb.19:	RB Lüneburg: Anteile der Wirtschaftsbereiche in den Landkreisen am Bruttoinlandsprodukt 1966 in v.H.	163
" 20:	Lüchow-Dannenberg: Bevölkerungsentwicklung	167
" 21:	RB Lüneburg: Bevölkerungsveränderung in den Landkreisen 1961/1968	169
" 22:	Lüchow-Dannenberg: Anteile der Gemeinden mit 500 und mehr Einwohnern an der Gesamtzahl der Gemeinden	173
" 23:	Lüchow-Dannenberg: Darstellung der Gemeinden nach Wirtschaftsbereichen 1961	175
" 24:	Personalsteuern - Steuerleistung 1937	183
" 25:	Umsatzsteuer - Steuerleistung 1937	183
" 26:	Lüchow-Dannenberg: Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1950-1967	185
" 27:	RB Lüneburg: Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1967	186
" 28:	RB Lüneburg: Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens 1951/1961	188
" 29:	Lüchow-Dannenberg: Allgemeine Finanzzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden 1950-1968	191
" 30:	Allgemeine Finanzzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950, 1960 und 1968	192
" 31:	RB Lüneburg: Kommunaler Finanzausgleich 1965 in den Landkreisen	193
" 32:	RB Lüneburg: Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise im Finanzausgleich 68	194
" 33:	Hitzacker: Bevölkerungsentwicklung	210
" 34:	Dannenberg: Bevölkerungsentwicklung	213
" 35:	Lüchow: Bevölkerungsentwicklung	216
" 36:	Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in den Städten Lüchow, Dannenberg und Hitzacker im Zeitraum 1951-1968	219

TABELLENVERZEICHNIS - TEXT:

		Seite
Tab. 1:	RB Lüneburg: Raumkategorien	45
" 2:	Lüchow-Dannenberg: Ergebnisse der Kreiswahlen von 1964 und 1968	58
" 3:	Anteile der Kleinstgemeinden an der Gesamtzahl der Gemeinden 1968	60
" 4:	Einsatz von Bundesmitteln im Regionalen Förderungsprogramm 1951-1967	101
" 5:	Regionales Förderungsprogramm: Einsatz von Bundesmitteln in Niedersachsen, nach der Art der Förderung, in den Jahren 1951-1967	104
" 6:	Lüchow-Dannenberg: Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1966	111
" 7:	Jeetzel-Deichverband: Finanzierungsplan	113
" 8:	Lüchow-Dannenberg: Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung, Darlehen für den gewerblichen Mittelstand im Zeitraum von 1953 bis 1968	116
" 9:	Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968: Darlehen für den gewerblichen Mittelstand	117
" 10:	Lüchow-Dannenberg: Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung - Zuschüsse für die Infrastrukturverbesserung der Gemeinden	118
" 11:	Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968: Zuschüsse für Gemeinden	119
" 12:	Lüchow-Dannenberg: Landwirtschaftsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen	129
" 13:	Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Viehbestandes von 1900 bis 1965	130
" 14:	Gesamtumsatz im Handwerk 1954-1960-1966	135
" 15:	Beschäftigte im Handel 1950 und 1961	136
" 16:	Umsatz im Groß- und Einzelhandel 1954-1960-1966	137
" 17:	Lüchow-Dannenberg: Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1968 in ausgewählten Gemeinden	138

		Seite
Tab.18:	Lüchow-Dannenberg: Betriebsgründungen und Schließungen von Betrieben zwischen 1949 und 1966	142
" 19:	Umsatz der Industrie 1954-1960-1966	143
" 20:	Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe - mit 10 und mehr Beschäftigten -	145
" 21:	Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe und Beschäftigte	145
" 22:	Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe - Branche und Zahl der Beschäftigten 1966	146
" 23:	Lüchow-Dannenberg: Beschäftigte nach Industriegruppen - 1959 und 1967 - in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten -	147
" 24:	Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner in den Jahren 1951, 1961, 1965	148
" 25:	Lüchow-Dannenberg: Beschäftigte bei der Bundespost, Bundesbahn, Bundes- und Landesbehörden - 1960, 1963, 1966 -	150
" 26:	Lüchow-Dannenberg: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen in v.H. in den Jahren 1939, 1950 und 1961	151
" 27:	Anteile der Wirtschaftsabteilungen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1950 und 1961	152
" 28:	Umsatz sämtlicher Wirtschaftshauptbereiche im Zeitraum 1955-1958 - Jahresumsatz in DM je Einw. -	156
" 29:	Gesamtumsatz 1962, 1964, 1966 - DM/E. -	158
" 30:	Lüchow-Dannenberg: Umsatz-Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche in den Jahren 1962, 1964 und 1966	159
" 31:	Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts	160
" 32:	Lüchow-Dannenberg: Bruttoinlandsprodukt 1957, 1961, 1964, 1966 - in DM je Einw. -	162
" 33:	Bevölkerungsentwicklung	166
" 34:	Veränderungsraten der Wohnbevölkerung	170
" 35:	RB Lüneburg: Bevölkerungsdichte in den Landkreisen 1939 und 1968	172

		Seite
Tab.36:	Baualter und Ausstattung der Wohngebäude 1961	176
" 37:	Gesundheitswesen 1967	178
" 38:	Straßendichte und Verkehrserschlossenheit	179
" 39:	Einkommenssteuer-Veranlagung 1925	182
" 40:	Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1957 und 1966	184
" 41:	Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen 1954 und 1965	185
" 42:	Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1950, 1960, 1968	186
" 43:	Lüchow-Dannenberg: Steuereinnahmen 1950, 1960, 1968 - in DM je Einw.-	187
" 44:	RB Lüneburg: Gewerbesteuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden 1967	189
" 45:	Realsteuerkraft 1951, 1961, 1967 - in DM je Einw. -	190
" 46:	Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden 1963 und 1967 - in DM/E. -	191
" 47:	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Gemeinden mit 1.000 bis unter 2.000 Einwohnern in den Jahren 1964 und 1968 - je Kopf der Bevölkerung -	207
" 48:	Hitzacker - Dannenberg - Lüchow: Industrie-Beschäftigten-Anteile in den Jahren 1957 und 1968	218

ÜBERSICHTSVERZEICHNIS:

		Seite
Übers. 1:	Regionales Förderungsprogramm: Fördermaßnahmen im Zonenrandgebiet	100
" 2:	Regionales Förderungsprogramm: Darlehens-Konditionen	103
" 3:	Investitionszuschüsse im Zonenrandgebiet	103
" 4:	ERP-Investitionskredite für Unternehmen im Zonenrandgebiet	105
" 5:	ERP-Kredite an Gemeinden in Agrargebieten	105
" 6:	Finanzierungshilfen des Bundes für landwirtschaftliche Betriebe	108
" 7:	Finanzierungshilfen des Landes Niedersachsen für landwirtschaftliche Betriebe	108

TABELLENVERZEICHNIS - ANHANG:

Tab. A 1: Bevölkerungsentwicklung im Kreis Lüchow-Dannenberg

" A 2: RB Lüneburg: Bevölkerungsentwicklung 1821-1968

" A 3: RB Lüneburg: Bevölkerungsdichte und Veränderungsraten der Wohnbevölkerung

" A 4: Lüchow-Dannenberg: Wohnbevölkerung in Gemeindegrößenklassen 1939, 1950, 1961, 1967

" A 5: Fremdenverkehrsmeldungen in ausgewählten Gemeinden 1964-1968

" A 6: Lüchow-Dannenberg: Entwicklung der Zahl der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche von 1895 bis 1968

" A 7: Lüchow-Dannenberg: landwirtschaftliche Nutzfläche je Betriebsgrößenklasse

" A 8: Umsatz der Großumsatzsteuerzahler in den Jahren 1949-1954

" A 9: Lüchow-Dannenberg: Umsatz der Großumsatzsteuerzahler 1949-1954

" A 10: RB Lüneburg: Gesamtumsatz 1956 und 1966

" A 11: Lüchow-Dannenberg: Arbeitslose

" A 12: RB Lüneburg: Umsatz in den Wirtschaftshauptbereichen 1966

" A 13: Lüchow-Dannenberg: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1950

" A 14: RB Lüneburg: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen 1961

" A 15: RB Lüneburg: Bruttoinlandsprodukt 1957, 1961, 1964, 1966

" A 16: RB Lüneburg: Bruttoinlandsprodukt 1961 nach Wirtschaftsbereichen

" A 17: Öffentliche Fürsorge: Sozialhilfe-Kosten

" A 18: Lüchow-Dannenberg: Bauhauptgewerbe

" A 19: Arbeitslose am 31.12.1951

" A 20: Industriebetriebe und Beschäftigte 1957-1966

Tab. A 21: Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten 1952-1967

" A 22: Lüchow-Dannenberg: Betriebe und Beschäftigte nach Industriegruppen im Zeitraum 1959-1966

" A 23: Lüchow-Dannenberg: Industrieberichterstattung 1966-1969

" A 24: Lüchow-Dannenberg: Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe 1966

" A 25: Lüchow-Dannenberg: Anzahl der Handwerksbetriebe, die in der Handwerksrolle verzeichnet sind, im Zeitraum 1961-1969

" A 26: Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968

" A 27: Lüchow-Dannenberg: Mittelzuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm im Zeitraum 1955-1968

" A 28: Lüchow-Dannenberg: Zuschüsse für Straßenbau und Straßenunterhaltung 1958-1969

" A 29: Lüchow-Dannenberg: Mittelzuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm

" A 30: Durchschnittshebesätze der kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950, 1960 und 1967

" A 31: Lüchow-Dannenberg: Regionales Förderungsprogramm, Kredite für Wirtschaftsförderung im Zeitraum 1951-1968

" A 32: Lüchow-Dannenberg: Rohvermögen und Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

" A 33: Bundes- und Landeszuschüsse für Infrastruktur-Investitionen in den Städten Lüchow, Dannenberg und Hitzacker in den Jahren 1953-1968

" A 34: Lüchow-Dannenberg: Kreishaushaltszahlen

" A 35: Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in ausgewählten Gemeinden 1964-1968

" A 36: Lüchow-Dannenberg: Zuschußbedarf in der ordentlichen Rechnung 1954-1966

" A 37: Lüchow-Dannenberg: Gesamtumsatz nach Wirtschaftshauptbereichen 1949-1966

" A 38: Lüchow-Dannenberg: Allgemeine Deckungsmittel der kreisangehörigen Gemeinden 1950-1968

Tab. A 39: RB Lüneburg: Gesamtbetrag der Einkünfte 1965

" A 40: RB Lüneburg: Realsteuerkraft 1951-1961-1967

" A 41: RB Lüneburg: Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise im Finanzausgleich 1963,1967,1968

" A 42: Lüchow, Dannenberg, Hitzacker: Steuerkraftzahlen 1954,1960,1963,1967

" A 43: Umsatzsteuerkraft in den Finanzamtsbezirken

" A 44: RB Lüneburg: Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise am 31.12.1968

" A 45: Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950,1960 und 1968

" A 46: RB Lüneburg: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1951/1961

" A 47: RB Lüneburg: Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden in den Landkreisen 1967

" A 48: Lüchow, Dannenberg, Hitzacker: Einnahmen aus Gewerbesteuer und Gesamteinnahmen 1948-1968

" A 49: Lüchow, Dannenberg, Hitzacker: Schlüsselzuweisungen 1956-1968

" A 50: Lüchow, Dannenberg, Hitzacker: Aufkommen an Grundsteuer A und Grundsteuer B, 1948-1968

KARTENVERZEICHNIS - ANHANG:

Karte 1: Naturräumliche Gliederung

Karte 2: Regionales Förderungsprogramm: Verteilung der Mittel im Zeitraum 1953-1968

Karte 3: Industriebetriebe und Industriebeschäftigte 1968

Tabelle A 1

Bevölkerungsentwicklung im Kreis Lüchow-Dannenberg

Jahr	Kreis Lüchow-Dannenberg Einwohner	Stadt Lüchow Einw.	Stadt Dannenberg Einw.	Stadt Hitzacker Einw.
1821	36.814	2.046	1.541	1.152
1848	43.910	2.495	2.117	1.475
1871	46.153	2.618	2.062	1.683
1885	44.381	2.652	1.932	1.691
1905	42.428	2.702	1.895	1.844
1925	43.238	3.072	1.763	1.637
1933	41.288	3.116	1.882	1.760
1939	41.176	3.023	2.018	2.143
1946	68.984	5.305	3.190	3.989
1950	72.741	6.063	3.447	3.945
1951	69.180	6.250	3.283	3.857
1952	66.717	6.282	3.387	3.873
1953	65.064	6.309	3.769	3.859
1954	63.268	6.287	3.826	3.852
1955	61.017	6.265	3.758	3.844
1956	57.406	6.115	3.652	3.491
1957	55.814	5.969	3.513	3.688
1958	54.372	5.845	3.407	3.651
1959	52.974	5.766	3.371	3.702
1960	52.194	5.697	3.346	3.684
1961	52.961	5.896	3.584	3.700
1962	52.214	5.921	3.888	3.676
1963	52.121	5.957	3.906	3.646
1964	52.020	5.967	4.039	3.680
1965	51.704	6.029	4.097	3.702
1966	51.511	6.023	4.047	3.757
1967	51.271	5.878	4.101	3.784
1968	5o.964	5.960	4.118	3.757
Ziel-zahl 1975	53.000	6.800	5.000	3.800

Quelle:
UELSCHEN, Gustav: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961; Hannover 196(
Statistische Monatshefte für Niedersachsen, ab Jahrg. 1947/48;
Regierungspräsident Lüneburg, Dezernat für Landesplanung und Statistik

Tabelle A 2

Regierungsbezirk Lüneburg

Bevölkerungsentwicklung 1821-1968

Jahr	1821	1905	1939	1950	1961	1968
Kreisfreie Städte						
Celle	9.370	23.709	37.915	59.920	58.506	56.419
Lüneburg	11.815	28.866	42.043	58.139	59.563	59.869
Wolfsburg	291	884	6.797	25.422	64.560	87.253
Landkreise						
Burgdorf	23.544	43.457	61.579	114.934	115.062	135.344
Celle	19.803	34.529	54.753	101.666	93.829	103.353
Fallingbostel	21.422	29.330	39.019	72.482	60.919	62.548
Gifhorn	31.940	55.236	65.739	119.281	119.427	134.377
Harburg	28.789	50.611	65.341	120.270	116.122	143.346
Lüchow-Dann.	36.814	42.428	41.176	72.741	52.961	50.964
Lüneburg	22.310	31.611	36.899	65.356	57.359	62.375
Soltau	10.371	21.066	33.817	64.480	59.335	66.029
Uelzen	32.432	49.502	62.361	117.614	95.416	95.694
Regierungsbez. Lüneburg	248.901	411.229	547.439	992.305	953.059	1.057.571

Quelle:
UELSCHEN, Gustav: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961;
Statistik von Niedersachsen Bd.60;
Statistische Monatshefte für Nds.

Tabelle A 3

Regierungsbezirk Lüneburg

Bevölkerungsdichte und Veränderungsraten der Wohnbevölkerung

Jahr	1939	1950	1961	1968	1950/61	1961/68
	Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm)				Bevölkerungsveränderung (in v.H.)	
Kreisfreie Städte						
Celle	994	1.571	1.534	1.480	- 2,4	- 3,6
Lüneburg	1.007	1.392	1.426	1.434	2,4	0,5
Wolfsburg	218	815	2.069	2.797	154,0	35,1
Landkreise						
Burgdorf	75	139	139	164	0,1	17,6
Celle	35	66	61	67	- 7,7	10,2
Fallingbostel	41	76	64	65	- 15,9	2,7
Gifhorn	41	74	74	84	0,1	12,5
Harburg	48	89	86	106	- 3,5	23,4
Lüchow-Dann.	34	60	44	42	- 27,2	- 3,8
Lüneburg	37	65	57	62	- 12,2	8,7
Soltau	37	70	64	71	- 8,0	11,3
Uelzen	43	81	66	66	- 18,9	0,1
RB Lüneburg	50	90	87	96	- 4,0	11,0

Quelle:
Statistik von Niedersachsen Bd.60;
Statistische Monatshefte für Nds.
UELSCHEN, Gustav: Die Bevölkerung in Niedersachsen 1821-1961

Tabelle A 4

Lüchow-Dannenberg

Wohnbevölkerung in Gemeinde-

größenklassen 1939, 1950, 1961 und 1967

	Zahl der Gemeinden			
Jahr	1939	1950	1961	1967
bis unter 500 Einw.	221	205	216	217
500 b.u. 1000 Einw.	6	20	7	5
1000 b.u. 2000 Einw.	1	4	4	5
2000 b.u. 5000 Einw.	3	2	2	2
5000 Einw. und mehr	-	1	1	1
insgesamt	231	232	230	230

	Einwohner			
Jahr	1939	1950	1961	1967
bis unter 500 Einw.	28.654	39.174	30.432	28.376
500 b.u. 1000 Einw.	4.237	13.677	4.425	3.177
1000 b.u. 2000 Einw.	1.108	6.546	4.944	5.955
2000 b.u. 5000 Einw.	7.177	7.281	7.257	7.885
5000 Einw. und mehr	-	6.063	5.903	5.878
insgesamt	41.176	72.741	52.961	51.271

Quelle:
Stat. Mon. f. Nds. 6. Jg. H. 3;
Statistik des Deutschen Reichs Bd.550;
Lüchow-Dann.:Haushaltsplan 1969

Tabelle A 5

Lüchow-Dannenberg
Fremdenverkehrsmeldungen in
ausgewählten Gemeinden 1964-1968

Jahr	Meldungen		Übernachtungen	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Hitzacker				
65	4.101	1.624	16.616	2.617
66	4.294	1.573	14.691	3.464
67	3.948	1.526	16.088	3.255
68	4.329		15.720	
Bergen				
65	831	531	4.198	636
66	1.202	558	4.630	1.120
67	1.016	428	4.187	3.390
68	1.184		6.907	
Dannenberg				
65	2.822	2.301	3.758	2.927
66	2.391	2.432	3.373	2.960
67	3.402	3.019	4.329	3.774
68	3.392		4.748	
Lüchow				
65	3.860	3.973	4.374	4.409
66	4.081	3.934	4.612	4.486
67	3.736	3.386	4.302	3.718
68	3.447		3.857	
Vietze				
66		48		298
67	402	34	5.888	370
68	469		6.708	

	Kapazität		
	1964	1968	
Hitzacker	225	261	Betten
Bergen	87	97	"
Dannenberg	103	130	"
Lüchow	115	105	"
Vietze	31	106	"

Quelle:
Statistische Berichte, Serie G IV 1 - m

Tabelle A 6

Lüchow-Dannenberg
Entwicklung der Zahl der Betriebe
mit landwirtschaftlicher Nutzfläche
von 1895 bis 1968

Jahr	Betriebe insges.	davon in den Größenklassen... (in ha) b.u.2	2b.u.5	5b.u.10	10b.u.20	20b.u.50	50u.m.
		v.H.-Anteile					
1895	9.267	47,3	23,3	8,6	11,9	8,4	0,5
1925	8.575	41,2	22,0	17,5	13,4	5,6	0,3
1939	6.345	22,2	21,0	22,4	21,2	12,6	0,6
1949	6.121	21,5	20,8	21,3	21,9	13,9	0,6
1960	4.797	20,4	16,4	16,2	24,8	21,0	1,2
1968	4.197	22,4	15,9	12,9	17,6	28,8	2,4

Quelle:
Statistische Monatshefte, 22.Jg.H.11;
DRISCHLER,Luise:Wirtschaft und Siedlung
im Wendland, Diss. Hamburg 1967

Tabelle A 7

Lüchow-Dannenberg; landwirtschaftliche
Nutzfläche je Betriebsgrößenklasse

Jahr Größenklasse (ha)	1960	1965	1966	1967	1968
	in ha				
0,5 b.u. 2	984	938	968	985	1.002
2 b.u. 5	2.748	2.264	2.203	2.203	2.221
5 b.u. 7,5	2.658	2.167	2.176	2.047	1.927
7,5 b.u. 10	3.033	2.206	2.094	1.940	2.013
10 b.u. 15	7.794	5.164	4.847	4.696	4.302
15 b.u. 20	9.813	8.362	7.880	7.339	6.899
20 b.u. 30	16.154	17.777	17.697	17.351	17.114
30 b.u. 50	12.370	16.135	16.756	17.696	18.834
50 b.u. 100	3.115	4.541	4.903	5.426	5.478
100 und mehr	2.005	2.148	2.150	2.079	2.078
insgesamt	60.674	61.702	61.674	61.762	61.868

Quelle:
Statistische Monatshefte, 19.Jg.H.12;
20.Jg.H. 3;
21.Jg.H. 1;
22.Jg.H.11

Tabelle A 8

Umsatz der Großumsatzsteuerzahler in den Jahren 1949-1954

Quartal	Lüchow-D.	Lüneburg	Uelzen	RB Lüneburg	Niedersachsen
	(monatlicher Umsatz in DM je Einw.)				
I /49	280	170	466	381	553
I /50	335	258	572	546	646
II/50	384	327	623	607	719
III50	391	339	668	651	841
IV/50	405	382	817	751	933
I /51	395	378	718	726	934
II/51	435	423	817	750	977
III51	464	449	744	781	992
IV/51	517	478	1.057	911	1.149
I /52	785	470	918	803	1.038
II/52	527	471	958	863	1.061
III52	884	512	989	887	1.132
IV/52	571	535	1.171	1.013	1.214
I /53	499	493	1.027	904	1.083
II/53	576	560	1.181	999	1.147
III53	582	559	1.076	1.003	1.216
IV/53	597	641	1.303	1.132	1.314
I /54	514	591	1.082	1.026	1.159
II/54	630	650	1.235	1.141	1.278

Quelle:
Statistische Monatshefte, 4.Jg.H.1;
5.Jg.H.9,H.12;
6.Jg.H.1,4,9,1(
7.Jg.H.1

Tabelle A 9

Lüchow-Dannenberg: Umsatz der Großumsatzsteuerzahler 1949-1954

Quartal	Industrie	Handwerk	Großhandel	Einzelhandel
	(quartalsmäßiger Umsatz je Steuerpflichtigen) (in 1000 DM)			
II/49	160	17	139	23
II/50	145	17	109	21
II/51	168	19	136	22
II/52	152	23	158	25
II/53	155	25	152	27
II/54	163	21	171	27

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F Bd.12 H.26

Tabelle A 10

Regierungsbezirk Lüneburg

Gesamtumsatz 1956 und 1966

Kreis bzw. Stadt	1956	1966
	in 1000 DM	
Kreisfreie Städte		
Celle	430.722	892.610
Lüneburg	433.213	872.379
Wolfsburg	1.865.506	8.296.589
Landkreise		
Burgdorf	417.013	953.163
Celle	304.144	754.392
Fallingbostel	292.157	598.822
Gifhorn	470.032	918.096
Harburg	395.659	929.712
Lüchow-Dann.	189.983	340.693
Lüneburg	149.478	350.442
Soltau	303.410	677.517
Uelzen	595.808	1.176.838
RB Lüneburg	5.847.125	16.761.253

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F Bd.12
H.33,37,47;
Statistik von Niedersachsen
Bd. 13,41,81,108

Tabelle A 11

Lüchow-Dannenberg: Arbeitslose

Berichtsmonat	Arbeitssuchende
Januar 1965	621
Juli 1965	129
Januar 1966	539
Juli 1966	149
Januar 1967	1.424
Juli 1967	667
Januar 1968	1.629
Juli 1968	345
Januar 1969	860
Juli 1969	129

Quelle:
Unterlagen des Arbeitsamtes Uelzen

Tabelle A 12

Regierungsbezirk Lüneburg: Umsatz in den Wirtschaftshauptbereichen 1966

Landkreis bzw. Stadt	Gesamt-umsatz	Industrie (absolut und in v.H.-Anteilen am Gesamtumsatz)		Handwerk		Großhandel		Einzelhandel	
	DM je Einw.	1000 DM	v.H.	1000 DM	v.H.	1000 DM	v.H.	1000 DM	v.H.
Celle,Stadt	15.314	309.025	34,6	80.527	9,0	215.001	24,1	159.499	17,9
Lüneburg,St.	14.493	222.059	25,5	109.177	12,5	255.275	29,3	181.073	20,7
Wolfsburg,St.	98.037	7.913.044	95,4	85.890	1,0	44.944	0,6	138.798	1,7
Burgdorf	7.429	254.827	26,7	221.449	23,2	154.541	16,2	187.042	19,6
Celle,LK	7.490	211.425	28,0	184.082	24,4	151.140	20,1	124.778	16,5
Fallingbostel	9.602	225.072	37,6	108.809	18,2	100.834	16,8	97.890	16,4
Gifhorn	7.085	227.571	24,8	186.159	20,3	222.423	24,2	182.369	19,9
Harburg	6.942	131.096	14,1	256.258	27,5	225.738	24,3	178.332	19,2
Lüchow-Dann.	6.599	57.697	16,9	72.973	21,4	89.577	26,3	77.626	22,8
Lüneburg,LK	5.805	79.357	22,6	92.391	26,4	83.746	23,9	54.382	15,5
Soltau	10.583	141.088	20,8	121.803	18,0	210.602	31,1	128.137	18,9
Uelzen	12.298	325.699	27,7	175.761	14,9	402.119	34,2	177.485	15,1
RB Lüneburg	16.278		60,2		10,1		12,9		10,1
Niedersachsen	14.476		42,6		10,7		23,9		12,8

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F Bd.12 H.33;
Statistik von Niedersachsen Bd.41,108

Tabelle A 13

Lüchow-Dannenberg: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten am 13.9.1950
(ohne Öffentliche Verwaltung)

	Arbeitsstätten	Beschäftigte
Lüchow-Dannenberg insges.	3.171	10.263
davon in den Gemeinden...		
Bergen	137	343
Clenze	138	358
Dannenberg	269	1.346
Gartow	112	417
Gorleben	35	99
Hitzacker	221	1.017
Karwitz	32	133
Lüchow	494	2.050
Neu-Darchau	45	94
Prisser	39	172
Schnackenburg	66	171
Schnega	53	163
Woltersdorf	40	282
Wustrow	120	403
Zernien	34	100

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F H.5 Teil 3

Tabelle A 14

Regierungsbezirk Lüneburg: Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen 61

Quelle: Statistik v. Nds. Bd.61

Landkreis bzw. Stadt	von 100 Erwerbstätigen waren im Jahre 1961 beschäftigt im Bereich... Land+Forstwirtschaft	verarb. Gewerbe	Handel+ Verkehr	sonstige Dienstl.
Celle,Stadt	1,9	41,5	22,4	34,2
Lüneburg,Stadt	1,0	37,7	24,7	36,6
Wolfsburg,Stadt	0,6	71,7	10,4	17,3
Burgdorf	15,6	53,5	18,0	12,9
Celle	26,0	40,1	13,0	20,9
Fallingbostel	26,6	40,9	12,5	20,0
Gifhorn	29,4	46,0	10,7	13,9
Harburg	26,9	37,6	18,5	17,0
Lüchow-Dann.	45,9	24,6	13,0	16,5
Lüneburg	35,3	37,0	13,6	14,1
Soltau	23,4	38,7	15,6	22,3
Uelzen	30,9	30,4	19,1	19,6
RB Lüneburg	22,7	41,7	15,9	19,7
Niedersachsen	19,5	42,6	17,1	20,8

Tabelle A 15

Regierungsbezirk Lüneburg

Bruttoinlandsprodukt 1957, 1961, 1964, 1966

(in DM je Einwohner)

Jahr	1957	1961	1964	1966
Celle, Stadt	3.560	5.520	6.890	9.120
Lüneburg, Stadt	3.990	5.490	6.700	7.730
Wolfsburg, Stadt	13.500	22.520	31.310	31.570
Burgdorf	2.910	3.750	4.600	5.480
Celle	3.010	3.900	6.370	6.090
Fallingbostel	3.280	5.290	5.250	6.220
Gifhorn	2.420	3.660	4.170	4.610
Harburg	2.170	2.970	3.570	3.780
Lüchow-Dannenberg	2.340	3.500	4.490	4.880
Lüneburg	2.010	3.090	3.750	4.180
Soltau	2.600	3.810	4.850	5.600
Uelzen	3.000	4.460	5.110	5.950
RB Lüneburg	3.350	5.270	7.000	7.660
Niedersachsen	3.570	5.070	6.240	7.040
Bundesrepublik D.	4.289	5.807	7.102	8.062

Quelle:
Statistische Monatshefte, H.1-1969
Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969

Tabelle A 16

Regierungsbezirk Lüneburg

Bruttoinlandsprodukt 1961 nach Wirtschaftsbereichen

(in DM je Beschäftigten)

Kreis bzw. Stadt	Land-u.Forst-wirtschaft	Produzier. Gewerbe	Handel+ Verkehr	sonstige Dienstl.
Celle, Stadt	.	11.860	9.780	11.890
Lüneburg, Stadt	.	11.430	10.340	12.280
Wolfsburg, Stadt	.	30.350	8.020	16.180
Burgdorf	7.090	18.490	8.500	10.290
Celle	7.150	18.160	8.460	12.480
Fallingbostel	6.320	18.890	9.630	12.090
Gifhorn	6.960	15.680	9.600	12.590
Harburg	6.660	10.040	9.969	11.440
Lüchow-Dannenberg	6.480	9.010	9.230	11.300
Lüneburg	7.290	10.410	9.250	12.800
Soltau	6.260	10.370	11.010	12.480
Uelzen	9.880	11.610	10.420	12.340
RB Lüneburg	7.240	18.500	9.590	12.250
Niedersachsen	6.990	13.470	11.080	12.640

Quelle:
Statistik von Nds. Bd. 71

Tabelle A 17

Öffentliche Fürsorge: Sozialhilfe-Kosten

(in DM je Einwohner)

Jahr	Lüchow-Dann.	Lüneburg	Uelzen	RB Lüneburg	Niedersachsen
1957	18,64	10,53	19,97	15,54	24,79
1958	20,31	11,64	22,78	16,90	25,92
1959	17,66	11,31	19,68	14,68	24,03
1960	16,81	8,59	17,21	12,39	20,82
1962*	24,01	10,41	21,77	16,93	27,80
1963	20,26	9,09	25,67	16,89	27,33
1964	16,72	7,49	22,81	15,08	26,00
1965	19,32	8,07	20,55	15,14	28,07
1966	21,61	12,03	22,58	16,48	34,76
1967	21,99	13,34	22,40	17,92	39,03

* Leistungsverstärkung durch das Bundessozialhilfegesetz vom 30.6.61

Quelle:
Statistische Monatshefte

Tabelle A 18

Lüchow-Dannenberg: Bauhauptgewerbe

Monat	Betriebe	Beschäftigte	Arbeitsstunden (1000 Stunden)
Juli 1954	92	1.239	218
Juli 1955	90	1.276	237
Juli 1960	78	1.234	.
Juli 1961	73	1.232	206
Juli 1962	71	1.294	215
Juli 1963	71	1.419	223
Juli 1964	75	1.555	250
Juli 1965	73	1.671	266
Juli 1966	73	1.542	255
Juli 1967	73	1.360	217

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F 11/12 1955/56
Statistik von Nds. Bd.11,19,26,56,75, 85,104,115

Tabelle A 19

Arbeitslose am 31.12.1951

Lüchow-Dannenberg	23,1 v.H.	aller Arbeitnehmer
Lüneburg, Ldkrs.	21,4 v.H.	" "
Uelzen	17,5 v.H.	" "

Quelle: Statist.Monatshefte H.2-1952

Tabelle A 20

Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe und Beschäftigte 1957-1966

Jahr	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
insges.										
Betriebe	76	71	72	75	79	83	81	73	74	76
Beschäftigte	1235	1436	1621	1446	1829	2169	2318	2225	2130	2339
davon in den Gemeinden...										
Clenze										
Betr.	3	3	3	3	4	4	3	3	3	3
Besch.	10	10	9	8	43	49	30	62	57	72
Dannenberg										
Betr.	4	4	5	6	7	7	5	4	4	5
Besch.	63	96	100	130	157	299	311	357	364	385
Gartow										
Betr.	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4
Besch.	86	83	76	75	118	101	97	89	76	70
Hitzacker										
Betr.	7	7	6	6	7	7	7	8	8	9
Besch.	179	234	230	214	217	210	184	158	165	140
Karwitz										
Betr.	4	3	4	3	3	4	5	5	4	5
Besch.	19	15	55	60	83	46	62	80	48	118
Lüchow										
Betr.	14	12	12	12	13	13	12	12	12	13
Besch.	206	230	419	260	534	769	1012	939	895	936

Quelle:
Nds. LVA-Statistik: Unterlagen zu den Industrieberichten 1957-1966

Tabelle A 21

Lüchow-Dannenberg: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten 1952-1967

Jahr	Betriebe	Beschäftigte	September-Umsatz (1000 DM)
1952	35	954	1.634
1953	35	1.034	1.543
1954	36	1.065	1.905
1955	37	1.127	1.974
1959	36	1.419	4.049
1961	45	1.679	4.062
1963	44	2.141	4.676
1965	36	1.959	8.283
1966	38	2.172	7.651
1967	41	1.982	5.563

Quelle:
Veröffentlichungen R.F Bd.11 H.7,11,13,16
Statistik v.Nds. Bd.5,21,40,55,76,90, 105,116

Tabelle A 22

Lüchow-Dannenberg: Betriebe und Beschäftigte nach Industriegruppen im Zeitraum 1959-1966

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Grundstoffind.		Investitionsg. Industrie		Verbrauchsg. Industrie		Nahrungs-u. Genußmittel-Industrie	
	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.
1959	15	488	3	250	10	511	8	170
1961	17	400	4	424	16	609	8	246
1962	19	401	4	626	16	742	7	244
1963	20	389	6	881	12	615	6	256
1964	18	350	6	928	12	603	6	125
1965	18	338	5	905	12	585	7	163
1966	18	304	6	973	13	740	6	184
1967	17	240	7	964	12	692	5	86

Quelle:
Statistik v. Nds. Bd. 5,21,40,55,76,90, 105,116

Tabelle A 23

Lüchow-Dannenberg

Industrieberichterstattung 1966-1969

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Monat	Betriebe	Beschäftigte	Löhne u. Gehälter (1000 DM)	Umsatz (1000 DM)
Jan. 66	42	1.860	1.267	4.895
April 66	43	1.978	1.447	6.061
Juli 66	43	2.239	1.724	5.884
Okt. 66	43	2.194	1.569	6.621
Jan. 67	40	1.979	1.415	5.384
April 67	42	1.969	1.404	5.596
Juli 67	41	1.997	1.605	4.235
Okt. 67	44	2.011	1.557	7.641
Jan. 68	43	1.924	1.524	5.532
April 68	42	2.043	1.616	7.143
Juli 68	43	2.110	2.022	6.506
Okt. 68	42	2.230	1.999	8.349
Jan. 69	42	2.204	2.074	5.876
März 69	42	2.252	1.906	6.226

Quelle:
Statistische Berichte, Serie E I 1-m

Tabelle A 24

Lüchow-Dannenberg: Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe 1966

Samtgemeinde	Betriebe	Beschäftigte
Bergen	76	375
Clenze	102	377
Dannenberg	288	2.701
Elbufer	44	190
Gartow (m.Schnackenburg)	157	618
Göhrde	27	104
Gusborn	40	111
Hitzacker	161	1.129
Jameln	26	77
Karwitz	16	126
Küsten-Krummasel	26	77
Lemgow	46	113
Lüchow-Land	20	66
Lüchow-Nord	22	58
Lüchow-Stadt	408	3.672
Schnega (m.Billerbeck)	62	334
Trebel-Dünsche (m.Lanze)	26	134
Waddeweitz	34	78
Woltersdorf	37	150
Wustrow	87	445
Zernien	38	198
Lüchow-Dannenberg insgesamt	1.743	11.133

Quelle:
Unterlagen der Kreisverwaltung in Lüchow

Tabelle A 25

Lüchow-Dannenberg: Anzahl der Handwerksbetriebe, die in der Handwerksrolle verzeichnet sind, im Zeitraum 1961-1969

Jahr/Stichtag	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
1961	845	843	841	826
1962	819	802	797	793
1963	773	778	771	766
1964	753	748	747	740
1965	735	728	722	718
1966	713	708	711	702
1967	696	693	691	688
1968	679	680	671	666
1969	662			

Quelle: Auskunft der Handwerkskammer Lüneburg-Stade in Lüneburg

Tabelle A 26

Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968

Jahr		Lüchow-Dannenbg.	Uelzen	Gifhorn	Lüneburg	Lüneburg Stadt	Wolfsburg Stadt	insgesamt
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1953	Z	32.457	-	31.000	4.000	11.543	-	79.000
	D	111.000	7.000	63.000	-	20.000	-	201.000
54	Z	50.000	10.000	51.000	-	15.000	-	126.000
	D	157.500	114.000	179.700	37.300	25.000	4.000	517.500
55	Z	78.000	58.400	25.000	4.000	40.000	-	205.400
	D	198.277	94.000	188.000	66.500	136.000	-	682.777
56	Z	83.700	5.000	70.500	40.000	54.400	-	253.600
	D	139.500	85.000	148.000	60.200	138.600	26.000	597.300
57	Z	104.975	58.500	62.500	10.000	14.320	-	250.295
	D	233.500	18.000	173.500	113.750	63.000	5.000	606.750
58	Z	72.000	56.500	81.705	-	35.000	-	245.205
	D	262.800	134.000	83.000	70.000	86.500	38.000	674.300
59	Z	55.550	48.000	28.000	34.425	20.000	-	185.975
	D	135.250	104.000	59.200	55.000	136.000	-	489.450
60	Z	74.600	104.025	57.500	19.400	24.000	-	279.525
	D	321.400	102.800	90.300	212.500	106.000	-	833.000
61	Z	136.200	39.000	63.500	43.000	49.000	-	330.700
	D	150.480	189.800	167.400	154.000	79.800	-	741.480
62	Z	88.950	77.900	150.000	17.500	90.000	-	424.350
	D	157.000	271.970	155.000	162.000	75.400	50.000	871.370
63	Z	401.800	197.000	80.000	36.300	-	-	715.100
	D	224.300	199.250	129.700	214.700	88.100	20.000	876.050

Z = Zuschüsse an Gemeinden zur Infrastrukturverbesserung
D = Darlehen für den gewerblichen Mittelstand

Forts.: s. folgende Seite

Quelle: Dezernat für Wirtschaft beim Regierungspräsidenten, Lüneburg

Fortsetzung Tabelle A 26

Landeshaushaltsmittel zur Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet des Regierungsbezirks Lüneburg 1953-1968

Jahr		Lüchow-Dannenbg.	Uelzen	Gifhorn	Lüneburg	Lüneburg Stadt	Wolfsburg Stadt	insgesamt
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
64	Z	278.800	224.800	203.100	105.400	115.000	-	927.100
	D	300.800	166.000	92.000	117.500	201.900	10.000	888.200
65	Z	439.600	170.250	302.000	179.000	150.000	-	1.240.850
	D	311.000	474.100	194.000	165.500	156.000	50.000	1.350.600
66	Z	302.500	38.000	113.800	69.100	37.500	-	560.900
	D	364.900	276.500	102.700	149.300	159.900	-	1.053.300
67	Z	309.700	40.000	75.000	130.300	20.000	-	575.000
	D	396.600	241.300	123.000	219.100	70.000	-	1.050.000
68	Z	262.500	59.500	129.000	114.000	10.000	-	575.000
	D	350.300	155.700	261.000	96.000	137.000	-	1.000.000

Z = Zuschüsse an Gemeinden zur Infrastrukturverbesserung

D = Darlehen für den gewerblichen Mittelstand

Quelle: Dezernat für Wirtschaft beim Regierungspräsidenten, Lüneburg

Tabelle A 27

Lüchow-Dannenberg: Mittelzuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm im Zeitraum 1955-1968
(Zusammenstellung der Kreisverwaltung)

Jahr	Bundeszuschuss	Landeszuschuss	Darlehen	Insgesamt
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1955	761	-	1.139	1.900
1956	683	-	631	1.314
1957	717	-	12	729
1958	647	-	-	647
1959	500	-	133	633
1960	1.239	-	1.076	2.315
1961	1.008	-	95	1.103
1962	1.296	-	-	1.296
1963	1.990	-	-	1.990
1964	457	-	458	915
1965	1.477	430	-	1.907
1966	945	702	230	1.877
1967	1.116	689	-	1.805
1968	1.527	445	490	2.462
Summe	14.363	2.266	4.264	20.893

Quelle:
Kreisverwaltung in Lüchow

Tabelle A 28

Lüchow-Dannenberg: Zuschüsse für Straßenbau und Straßenunterhaltung 1958-1969

Quelle: Haushaltspläne des Landkreises

Jahr	Regionale Fördermittel u. Mineralölsteuermehraufkommen	Landeszuschüsse für Kreisstraßen	Landeszuschüsse für Gemeindeverbindungsstr.
	DM	DM	DM
1958	-	218.209	-
1959	-	221.886	-
1960	90.000	173.461	-
1961	100.000	252.506	-
1962	-	866.340	307.338
1963	150.000	834.164	319.072
1964	180.000	1.039.716	353.052
1965	-	1.085.012	381.976
1966	300.000	1.034.624	388.144
1967	150.000	1.316.924	382.082
1968 +	812.000	1.377.636	361.586
1969 +	475.000	1.450.240	382.080

+ = Haushaltsansatz

Tabelle A 29

Lüchow-Dannenberg: Mittelzuweisungen aus dem Regionalen Förderungsprogramm

Jahr	Darlehen Industrie	Darlehen Handwerk + Handel	Darlehen Gemeinden	Zuschüsse Gemeinden	Insgesamt
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1951	95	-	-	32	127
1952	120	-	-	-	120
1953	73	87	24	32	216
1954	310	143	124	374	951
1955	693	158	80	203	1.134
1956	461	140	50	247	898
1957	185	234	215	626	1.260
1958	80	263	120	524	987
1959	60	130	55	341	586
1960	1.100	321	76	401	1.898
1961	160	150	5	296	611
1962	110	157	-	375	642
1963	190	224	440	1.268	2.122
1964	150	301	170	609	1.230
1965	19	311	150	1.249	1.729
1966	714	365	100	954	2.133
1967	265	397	-	640	1.302
1968	715	350	1.106	2.363	4.534
Summe	5.500	3.731	2.715	10.534	22.480

Quelle:
errechnet aus Unterlagen des Dez. für Wirtschaft beim Regierungspräsidenten in Lüneburg

Tabelle A 30

Durchschnittshebesätze der kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950, 1960 und 1967 (i.v.H.)

Jahr	1950			1960			1967		
Steuerart	A	B	Gew.	A	B	Gew.	A	B	Gew.
Lüchow-Dann.	189	195	268	273	250	281	299	280	298
Lüneburg	177	179	259	213	206	256	235	228	256
Uelzen	204	220	273	258	240	277	279	250	293
RB Lüneburg	186	201	269	222	218	271	244	234	278
Niedersachsen	173	193	278	203	207	275	218	257	291

A=Grundsteuer A
B=Grundsteuer B
Gew.=Gewerbesteuer

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12 H.30; Statistik von Nds. Bd.69, 114

Tabelle A 31

Lüchow-Dannenberg: Regionales Förderungsprogramm, Kredite für Wirtschaftsförderung im Zeitraum 1951-1968

Jahr	Industrie	Handwerk	Handel	Sonstige	Insgesamt
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1951	95	-	-	-	95
1952	105	15	-	-	120
1953	55	67	17	21	160
1954	202	191	17	43	453
1955	549	208	76	18	851
1956	340	175	63	23	601
1957	143	138	117	21	419
1958	69	187	50	37	343
1959	26	70	79	15	190
1960	1.120	162	106	33	1.421
1961	40	115	45	110	310
1962	20	188	49	10	267
1963	100	118	152	44	414
1964	165	172	62	52	451
1965	35	139	79	77	330
1966	595	152	303	29	1.079
1967	35	117	344	166	662
1968	750	133	74	108	1.065
Summe	4.444	2.347	1.633	807	9.231

Quelle:
errechnet aus Unterlagen des Dez. für Wirtschaft beim Regierungspräsidenten in Lüneburg

Tabelle A 32

Lüchow-Dannenberg: Rohvermögen und Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Jahr	1953	1957	1960	1963	1966
Zahl der Betr.	608	723	820	832	903
Rohvermögen (Mio.DM)	26	45	107	159	237
Einheitswert	13	18	25	34	43
darunter nicht-natürliche Personen:					
Zahl der Betr.	81	80	101	112	103
Rohvermögen (Mio.DM)	8	13	69	110	173
Einheitswert	4	4	8	13	16

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12 H.38; Statistik von Nds. Bd.1,20,78,120

Tabelle A 33

Bundes- und Landeszuschüsse für Infrastruktur-Investitionen* in den Städten Lüchow, Dannenberg und Hitzacker in den Jahren 1953-1968

Jahr	Lüchow	Dannenberg	Hitzacker
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1953	10	-	1
1954	55	119	35
1955	162	119	-
1956	55	515	244
1957	-	229	160
1958	60	48	41
1959	100	136	-
1960	120	241	35
1961	192	226	-
1962	312	12	52
1963	646	205	110
1964	415	403	105
1965	368	105	120
1966	220	250	207
1967	374	320	145
1968	418	207	577

* Einnahmen im a.o.Haushalt für Maßnahmen im Bereich des Schulwesens, der Kanalisation usw.

Quelle: Haushaltsrechnungen der Städte

Tabelle A 34

Lüchow-Dannenberg: Kreishaushaltszahlen

Jahr	Volumen o.Haushalt	Volumen a.o.Haush.	Gesamt-vermögen	Schulden	Rein-vermögen
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1960	11.174	3.236	8.237	3.526	4.711
1961	15.163	1.443	10.048	4.479	5.569
1962	20.153	2.462	11.259	3.762	7.497
1963	22.186	1.022	13.289	2.405	10.884
1964	22.939	1.130	14.514	2.293	12.221
1965	25.390	1.218	17.079	2.300	14.780
1966	26.229	1.676	18.026	2.525	15.501
1967	25.336	3.465	23.153	4.021	19.132
1968*	30.517	2.856			
1969*	28.341	.			

* Haushaltsansatz

Quelle: Kreis-Haushaltspläne 1960-1969

Tabelle A 35

Lüchow-Dannenberg: Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in ausgewählten Gemeinden 1964-1968

(in DM je Einwohner)

Gemeinde/Jahr	1964	1966	1968
Bergen	54	61	53
Billerbeck	181	148	186
Clenze	67	91	91
Dannenberg	133	145	120
Gartow	44	85	73
Hitzacker	66	108	136
Karwitz	89	23	65
Lüchow	288	279	249
Nebenstedt	77	128	31
Neu-Darchau	21	42	28
Prisser	51	42	29
Riskau	77	367	280
Schaafhausen	21	15	29
Schnega	78	101	119
Schweskau	22	31	108
Tiessau	24	29	32
Tobringen	86	204	-
Waddeweitz	25	40	12
Woltersdorf	55	30	57
Wustrow	30	57	65
Zernien	97	56	121

Quelle:
Statistik von Niedersachsen Bd.74,99,131

Tabelle A 36

Lüchow-Dannenberg: Zuschußbedarf in der ordentlichen Rechnung 1954-1966

Jahr	Gesamtsumme Zuschußbed.	darunter für...Schul-wesen	Gesundheits-pflege	Bau-wesen
	1.000 DM	DM je Einw.	DM je Einwohner	
1954	2.091	32,52	4,31	5,42	4,33
1955	2.011	32,41	4,91	7,20	5,93
1956	2.222	38,23	6,86	7,24	5,90
1961	3.617	68,25	12,62	21,32	13,45
1962	4.855	92,68	20,77	41,25	7,56
1963	6.346	121,43	23,34	42,21	17,62
1964	6.490	124,68	23,68	22,34	35,87
1965	6.748	130,48	30,55	19,37	19,57
1966	6.285	121,73	24,04	15,65	19,25

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12, H.31,35,39
Statistik von Nds.,Bd.23,52,72,88,97,112

Tabelle A37

Lüchow-Dannenberg: Gesamtumsatz nach Wirtschaftshauptbereichen 1949-1966

Jahr	insgesamt	darunter in den Bereichen...			
		Industrie	Handwerk	Großhandel	Einzelhandel
	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM
1949	81.601	18.168	14.522	17.019	21.766
1950	93.113	18.161	20.433	15.613	26.704
1951	106.308	22.488	23.181	18.535	29.029
1952	118.977	22.092	27.482	21.249	32.612
1953	122.625	22.346	30.841	18.054	34.650
1954	163.455	35.424	28.304	40.985	35.952
1955	176.315	34.648	29.744	47.712	37.769
1956	189.983	35.248	32.831	52.335	40.645
1957	193.706	36.332	33.948	49.120	41.469
1958	214.612	43.022	37.188	58.564	44.250
1959	226.999	47.415	44.905	58.164	45.232
1960	235.408	49.090	47.360	58.492	47.635
1961	255.064	51.869	54.848	62.882	51.448
1962	272.594	54.237	51.243	74.525	59.046
1964	302.581	54.848	62.824	78.526	66.494
1966	340.693	57.697	72.973	89.577	77.626

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F Bd. 12
H. 26,33,34,37,43,47;
Statistik von Niedersachsen
Bd. 4,13,18,41,81,108

Jahr	Zahl der Steuerpflichtigen
1954	5.711
1956	2.489
1958	1.665
1960	1.663
1962	1.500
1964	1.525
1966	1.469

Quelle:
Veröffentlichungen, Reihe F Bd. 12
H. 33,37,47;
Statistik von Niedersachsen
Bd. 13,41,81,108

Tabelle A 38

Lüchow-Dannenberg: Allgemeine Deckungsmittel der kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950-1968

Jahr	Steuereinnahmen insges.		davon...			Allg.Finanzzuweisungen		
			Grdst.A Grdst.B Gew.St.			insgesamt	darunter Schlüsselzuw.	
	1.000 DM	DM je Einw.	DM je Einwohner			1.000 DM	DM je Einwohner	
1950	2.103	28,91	14,72	5,53	7,89	488	6,71	4,77
1951	2.297	33,20	15,51	5,90	11,09	539	7,79	6,59
1952	2.444	35,92	16,39	6,17	12,44	494	7,26	5,12
1953	2.729	41,41	18,48	6,98	15,01	528	8,01	5,28
1954	3.046	47,37	19,66	7,73	18,51	572	8,90	5,41
1955	3.093	49,86	20,75	8,37	19,22	797	12,85	8,90
1956	3.271	56,27	22,79	9,34	22,16	854	14,69	11,51
1957	3.253	62,69	24,66	9,81	25,37	1.161	20,53	13,76
1958	3.864	70,13	26,64	10,94	30,06	1.420	25,77	17,22
1959	4.058	75,75	28,41	11,57	33,23	1.187	22,16	18,14
1960	3.581	68,24	23,06	9,36	33,90	1.156	22,03	17,93
1961	4.672	88,16	31,74	13,76	40,15	1.777	33,53	27,21
1962	5.300	101,17	33,29	15,52	48,35	1.731	33,04	26,00
1963	5.861	112,15	32,89	16,40	58,59	6.939	132,77	125,92
1964	6.487	124,62	33,25	18,62	67,53	8.032	154,30	147,85
1965	7.139	138,04	33,39	19,59	80,24	8.509	164,53	157,32
1966	6.995	135,49	34,28	20,45	75,62	8.217	159,15	155,28
1967	6.993	136,03	33,79	21,53	75,11	9.008	175,23	166,65
1968	.	140,93	34,17	24,20	77,07	.	174,34	170,00

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12, H.30,42;
Statistik von Nds., Bd.12,69,114

Tabelle A 39

Regierungsbezirk Lüneburg:

Gesamtbetrag der Einkünfte 1965

Kreis bzw. Stadt	Gesamtbetrag der Einkünfte	Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen			Veränderungsrate 1965 gegenüber	
		1965	1961	1954	1961	1954
	1.000 DM	DM	DM	DM	%	%
Krsfr.Städte						
Celle	110.324	23.844	20.181	9.600	+ 18,2	+ 148,4
Lüneburg	102.092	25.510	20.352	9.747	+ 25,4	+ 161,7
Wolfsburg	108.315	27.512	21.143	9.339	+ 30,1	+ 194,6
Landkreise						
Burgdorf	188.605	21.442	17.246	7.965	+ 24,3	+ 160,2
Celle	115.979	18.694	14.228	7.481	+ 31,4	+ 149,9
Fallingbostel	75.377	20.101	15.352	6.739	+ 30,9	+ 198,3
Gifhorn	144.897	18.610	14.389	6.969	+ 29,3	+ 167,0
Harburg	248.194	20.152	16.242	6.791	+ 24,1	+ 196,7
Lüchow-Dann.	62.374	15.973	13.651	5.760	+ 17,0	+ 177,3
Lüneburg	64.496	17.140	14.151	6.690	+ 21,1	+ 156,2
Soltau	80.823	20.740	16.614	8.125	+ 24,8	+ 155,3
Uelzen	151.221	21.350	16.137	9.025	+ 32,3	+ 136,6
RB Lüneburg		20.733	16.475	7.672	+ 25,8	+ 170,2
Niedersachsen		21.268	17.094	7.495	+ 24,4	+ 183,8

Quelle:
Statistische Monatshefte, Jg.1968, H.12

Tabelle A 40

Regierungsbezirk Lüneburg:

Realsteuerkraft 1951-1961-1967

(in DM je Einwohner)

Jahr	1951	1961	1967
Krsfr.Städte			
Celle	66,80	161,50	213,69
Lüneburg	63,28	133,49	222,76
Wolfsburg	533,31	888,06	626,27
Landkreise			
Burgdorf	42,39	121,48	168,21
Celle	40,46	174,43	182,29
Fallingbostel	45,88	111,62	158,95
Gifhorn	35,80	139,35	158,36
Harburg	33,94	78,82	112,99
Lüchow-Dannenberg	31,34	72,37	115,98
Lüneburg	32,08	88,55	111,49
Soltau	37,47	97,33	125,83
Uelzen	43,65	96,88	149,61
RB Lüneburg	55,15	169,58	192,55
Niedersachsen	56,35	146,69	184,09

Quelle:
Statistische Monatshefte, Jg.1962, H.10;
Statistische Berichte, Serie L I 3

$$\text{Meßbetrag} = \text{Grundbetrag} = \frac{\text{Istaufkommen} \times 100}{\text{Hebesatz}}$$

Steuerkraftmeßzahl = Meßbetrag Grundsteuer A x 100 %
+ Meßbetrag Grundsteuer B x 120 % bzw. 150 %
+ Meßbetrag Gewerbesteuer x 200 %

Umlagekraft = Summe der Steuerkraftzahlen
+ Soll an Schlüsselzuweisungen

Realsteuerkraft = Grundbetrag
x Landesdurchschnittshebesatz

Tabelle A 41

Regierungsbezirk Lüneburg: Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise im Finanzausgleich 1963, 1967 und 1968

(in DM je Einwohner)

Landkreis	Jahr	Steuerkraftmeßzahl	StKM*+Gemeindeschlüsselzuweisungen	Landkreisschlüsselzuw.	StKM*+Gmde.-+Ldkr. zuw.
		(1)	(2)	(3)	(4)=(2)+(3)
	1963				
Burgdorf		87,58	118,21	17,73	135,94
Celle		106,74	131,36	24,14	155,50
Fallingbostel		82,80	108,11	33,44	141,55
Gifhorn		76,40	104,22	30,02	134,24
Harburg		55,05	85,52	32,84	118,36
Lüchow-Dannenberg		46,58	171,69	63,43	235,12
Lüneburg		55,38	79,98	47,21	127,19
Soltau		61,62	94,82	28,12	122,94
Uelzen		66,52	127,92	33,21	161,13
RB Lüneburg		72,81	111,86	31,97	143,83
	1967				
Burgdorf		107,83	148,83	20,21	169,04
Celle		118,60	153,23	28,55	181,78
Fallingbostel		109,17	139,30	36,53	175,83
Gifhorn		88,44	141,69	23,89	165,58
Harburg		70,35	113,79	35,77	149,56
Lüchow-Dannenberg		72,50	237,33	10,47	247,80
Lüneburg		73,18	106,55	51,63	158,18
Soltau		79,73	134,39	26,00	160,39
Uelzen		85,20	155,05	27,71	182,76
RB Lüneburg		90,34	143,83	28,54	172,37
	1968				
Burgdorf		96,43	152,68	27,32	180,00
Celle		108,96	158,42	34,57	192,99
Fallingbostel		103,02	140,61	48,09	188,70
Gifhorn		108,77	170,47	29,06	199,53
Harburg		76,92	129,78	42,47	172,25
Lüchow-Dannenberg		69,39	266,70	15,95	282,65
Lüneburg		79,64	121,49	62,10	183,59
Soltau		78,47	146,00	34,30	180,30
Uelzen		95,45	188,55	27,37	215,92
RB Lüneburg		92,62	159,63	34,91	194,54
Niedersachsen		92,96	143,04	26,19	169,23

* StKM = Steuerkraftmeßzahl

Quelle:
Statistik von Nds., Bd.69,114;
Statistische Monatshefte, Jg.1969 H.4

Tabelle A 42

Lüchow, Dannenberg, Hitzacker:
Steuerkraftzahlen 1954,1960,1963,1967

Jahr	Lüchow	Dannenberg	Hitzacker	RB Lüneburg
		(in DM je Einwohner)		
1954				
Grundsteuer A	1,25	1,02	1,67	7,68
Grundsteuer B	14,61	12,69	8,75	6,12
Gewerbesteuer	44,08	28,41	20,42	23,27
STEUERKRAFT-MESSZAHL	59,94	42,12	30,84	37,07
1960				
Grundsteuer A	1,20	1,07	1,98	8,23
Grundsteuer B	16,91	16,24	10,61	7,81
Gewerbesteuer	83,99	55,55	55,59	49,80
STEUERKRAFT-MESSZAHL	102,10	72,86	68,18	65,84
1963				
Grundsteuer A	1,16	0,91	1,96	8,15
Grundsteuer B	18,34	16,13	11,12	8,53
Gewerbesteuer	78,22	36,77	48,49	55,71
STEUERKRAFT-MESSZAHL	97,72	53,81	61,57	72,39
Schlüsselzuweis.	18,73	37,84	33,72	38,64
Umlagekraftmeßzahl	116,45	91,65	95,29	111,03
1967				
Grundsteuer A	1,11	0,92	1,97	7,74
Grundsteuer B	22,85	19,59	13,82	10,28
Gewerbesteuer	159,79	94,96	76,76	71,93
STEUERKRAFT-MESSZAHL	183,75	115,47	92,55	89,95
Schlüsselzuweis.	0,63	29,18	39,92	56,49
Umlagekraftmeßzahl	184,38	144,65	132,47	146,44

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12, H.30,42;
Statistik von Nds., Bd.12,69,114

Tabelle A 43

Umsatzsteuerkraft in den Finanzamtsbezirken (in DM je Einwohner)

Bezirk Durchschnitt	1949-1951	1956-1958	1963-1965
Lüchow-Dannenberg	48,87	95,91	150,05
Uelzen	72,72	153,49	225,44
Niedersachsen	85,27	176,59	271,91

Quelle:
Statistische Monatshefte, Jg.1966 H.6

Tabelle A 44

Regierungsbezirk Lüneburg: Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise am 31.12.1968

Landkreis	Gemeinden		Kreis	
	1.000 DM	DM/Einw.	1.000 DM	DM/Einw.
Burgdorf	79.439	595,09	14.155	106,04
Celle	41.192	401,54	7.323	71,38
Fallingbostel	30.142	482,70	6.927	110,93
Gifhorn	55.560	416,07	3.913	29,30
Harburg	39.692	280,99	16.700	118,23
Lüchow-Dannenberg	25.589	501,21	3.465	67,87
Lüneburg	21.337	343,93	1.789	28,84
Soltau	43.806	666,10	21.858	332,37
Uelzen	47.169	493,01	18.900	197,54

Quelle:
Statistik von Nds., Bd.125

Tabelle A 45

Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 1950,1960 und 1968

(in DM je Einwohner)

Landkreis	Jahr	Einnahmen insges.	davon... Grdst.A	Grdst.B	Gew.St.	Finanzzuw. insges.
Lüchow-	1950	28,91	14,72	5,53	7,89	6,71
Dannenberg	1960	68,06	23,24	9,36	33,90	22,03
	1968	140,93	34,17	24,20	77,07	174,34
Lüneburg	1950	28,57	15,39	4,53	7,79	7,08
	1960	58,16	17,09	6,43	29,57	20,13
	1968	127,90	23,12	16,43	73,31	55,20
Uelzen	1950	40,73	16,04	9,84	11,53	5,01
	1960	83,34	19,82	12,64	47,41	19,97
	1968	166,38	28,63	28,10	104,36	85,65
RB	1950	33,95	12,95	7,44	11,53	7,01
Lüneburg	1960	76,42	14,25	9,52	47,65	18,67
	1968	150,84	18,33	20,96	100,22	66,45
Nieder-	1950	38,42	12,17	8,88	14,49	7,62
sachsen	1960	81,84	12,23	10,37	53,75	18,01
	1968	154,31	16,02	21,89	107,41	61,22

Quelle:
Veröffentlichungen, R.F.Bd.12, H.30;
Statistik von Nds., Bd.69;
Statistische Monatshefte, Jg.1969 H.3

Tabelle A 46

Regierungsbezirk Lüneburg: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1951/1961

Stadt bzw. Kreis	Jahr 1951	1961	1951	1961
	1.000 DM		DM je Einw.	
Celle,Stadt	900	2.746	15,07	46,97
Lüneburg,Stadt	743	2.157	12,74	36,21
Wolfsburg,Stadt	4.556	19.170	170,44	296,86
Burgdorf	894	3.855	7,83	33,51
Celle	857	4.926	8,51	52,47
Fallingbostel	685	1.796	9,74	29,44
Gifhorn	610	4.717	5,18	39,53
Harburg	510	2.001	4,32	17,24
Lüchow-Dannenberg	293	750	4,16	14,15
Lüneburg	268	1.218	4,21	21,23
Soltau	480	1.516	7,63	25,53
Uelzen	800	2.050	6,99	21,50
RB Lüneburg			11,86	49,21
Niedersachsen			11,26	40,22

Quelle:
Statistische Monatshefte, Jg.1962,H.10

Tabelle A 47

Regierungsbezirk Lüneburg: Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden in den Landkreisen 1967

Landkreis	Steuereinnahmen insgesamt	darunter... Grdst. A	Grdst. B	Gewerbest.
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
Burgdorf	24.338	1.511	2.669	17.814
Celle	18.209	1.622	1.850	13.553
Fallingbostel	9.487	891	1.328	7.277
Gifhorn	22.092	2.658	2.163	15.244
Harburg	16.865	2.210	2.782	9.916
Lüchow-Dann.	6.993	1.737	1.107	3.861
Lüneburg	7.322	1.432	940	4.044
Soltau	8.346	713	1.441	5.950
Uelzen	15.685	2.743	2.439	10.005
RB Lüneburg*	129.698	15.517	16.719	87.663

* z.T. Differenz zwischen dem Bezirksergebnis und der Summe der Einzelergebnisse

Quelle:
Statistik von Nds.,Bd.114

Tabelle A 48

Lüchow, Dannenberg, Hitzacker:
Einnahmen aus Gewerbesteuer und
Gesamteinnahmen 1948-1968

Jahr	Gewerbesteuer			Gesamteinnahmen Haushaltsrechnung Abschn.96		
	Lüchow	Dannenbg.	Hitzacker	Lüchow	Dannenbg.	Hitzacker
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1948	71	.	.	185	.	.
1949	223	.	34	398	.	150
1950	213	.	30	378	.	171
1951	236	137	65	404	248	191
1952	267	153	66	483	317	194
1953	324	152	67	571	324	177
1954	427	162	109	707	335	293
1955	460	135	94	764	372	320
1956	473	159	101	721	383	323
1957	495	184	109	748	426	359
1958	482	196	245	833	532	517
1959	594	239	231	887	539	445
1960*	624	218	227	862	424	407
1961	708	301	226	1.084	629	457
1962	913	294	310	1.410	742	615
1963	1.187	572	224	1.648	944	544
1964	1.706	545	243	2.189	918	558
1965	1.740	581	461	2.131	895	843
1966	1.670	603	390	2.064	974	712
1967	1.639	567	378	2.049	1.083	798
1968	1.750	566	498	2.208	1.145	944

*Rumpfrechnungsjahr Quelle: Haushaltsrechnungen der Städte

Tabelle A 49

Lüchow, Dannenberg, Hitzacker:
Schlüsselzuweisungen 1956-1968

Jahr	Lüchow	Dannenberg	Hitzacker
	DM	DM	DM
1956	12.769	20.796	51.792
1958	35.856	44.772	84.336
1960	28.440	39.348	87.111
1962	152.656	101.240	141.360
1964	82.055	144.300	173.848
1966	5.096	134.288	130.472
1968	28.104	177.808	183.380

Quelle:
Haushaltsrechnungen der Städte

Tabelle A 50

Lüchow, Dannenberg, Hitzacker:
Aufkommen an Grundsteuer A und
Grundsteuer B, 1948-1968

Jahr	Lüchow		Dannenberg		Hitzacker	
	Grdst.A	Grdst.B	Grdst.A	Grdst.B	Grdst.A	Grdst.B
	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM	1.000 DM
1948	10	65	.	.	.	.
1949	14	89	.	.	10	61
1950	14	91	.	.	16	63
1951	13	92	9	69	15	64
1952	13	94	8	64	15	66
1953	16	125	9	66	14	62
1954	16	122	9	81	13	65
1955	16	134	9	86	15	67
1956	16	133	8	87	14	70
1957	16	133	9	88	15	71
1958	19	164	8	88	16	71
1959	18	169	8	89	16	72
1960	13	132	6	70	12	55
1961	19	204	9	111	16	78
1962	20	222	9	135	18	90
1963	21	230	9	139	19	93
1964	20	290	10	152	18	102
1965	18	271	7	158	17	114
1966	19	276	10	167	20	109
1967	19	290	10	175	19	115
1968	19	305	10	179	20	128

Quelle:
Haushaltsrechnungen der Städte Lüchow,
Dannenberg und Hitzacker

KARTE 1

Naturräumliche Gliederung

Quelle: Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands,
Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung,
Bad Godesberg 1961
Drischler, Luise: Wirtschaft u. Siedlung im Wendland,
Diss. Hamburg 1967

Entwurf: H. Schwenke
Kartographie: D. Engel

K. A R T E 2

Industriebetriebe 1968

1 Betrieb
5 Betriebe

Industriebeschäftigte 1968

100 Beschäftigte – 70 mm²

1 000 Beschäftigte
500 Beschäftigte
100 Beschäftigte
bis unter 60 Beschäftigte

Quelle: Statistisches Landesamt Hannover
Industriebericht 1968, Unterlagen des Dez. f. Wirtschaftsförderung beim Reg.-Präsidenten in Lüneburg

Entwurf: H.Schwenke
Kartographie: D.Engel

KARTE 3

Quelle: Unterlagen des Dezernates für Wirtschaftsförderung beim Regierungspräsidenten in Lüneburg; Unterlagen der Kreisverwaltung in Lüchow; Statistik von Niedersachsen, Band 31

Entwurf: H.Schwenke
Kartographie: D.Engel

LEBENSLAUF

4-3-1943	geboren in Früchtenau (Kreis Züllichau/Oder);
seit 1945	wohnhaft in Berlin;
April 1955	Besuch des Kant-Gymnasiums in Berlin-Spandau;
März 1962	Reifeprüfung am Kant-Gymnasium in Berlin-Spandau;
April 1962- Oktober 1962	1. kaufmännisches Praktikum bei der Schultheiss-Brauerei AG in Berlin-Spandau;
Nov. 1962	Beginn des Studiums der Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin;
März 1964- Oktober 1964	2. kaufmännisches Praktikum bei der Schultheiss-Brauerei AG, Niederlassung Bremen;
Febr. 1965- Mai 1965	kaufmännisches Praktikum bei der Cassella-Farbwerke AG in Frankfurt/M.;
Sept. 1966	Teilnahme an einer Exkursion von Prof. BEHRENS: Süddeutschland - Schweiz - Frankreich;
1966	Diplom-Arbeit am Lehrstuhl für Absatz- und Marktforschung - Professor Dr. Karl Christian Behrens - über das Thema: "Begriff und Gliederung der Absatzkosten";
April 1967	Teilnahme an einer Exkursion von Prof. THIESS: Oberfranken - Oberpfälzer Wald;
Juli 1967	Teilnahme an einer Exkursion von Prof. A. KÜHN: Trier - Luxemburg - Belgien;
Sept. 1967	Teilnahme an einer Exkursion von Prof. THIESS: Raum Braunschweig - Hannover;
Juni 1968	erfolgreicher Abschluß der Diplom-Prüfung für Betriebswirte an der Freien Universität Berlin;
Juli 1968	Teilnahme an einer Exkursion von Prof. A. KÜHN: Raum Hamburg und Lüneburger Heide;
seit August 1968	beschäftigt beim Lehrstuhl für Angewandte Geographie - Professor Dr. Arthur Kühn -, 1. Geographisches Institut der Freien Universität Berlin, zuerst als wiss. Hilfsassistent, später als wiss. Assistent;
seit Herbst 1968	Mitarbeit an einem Forschungsauftrag des Bundesministeriums des Innern - Abteilung Raumordnung - über die Raumwirksamkeit der öffentlichen Mittelvergabe;
seit 1969	Studium der Geographie.

Druck:

Der Präsident der Freien Universität Berlin
- Universitätsdruckerei -

1 Berlin 41, Kelchstraße 31